

# Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Regensburg 1919



Auf Grund der stenograph. Niederschrift  
hrsg. vom Vorstande



Duncker & Humblot *reprints*

**Stenographischer Bericht**  
der  
**Verhandlungen des Vereins für  
Sozialpolitik in Regensburg 1919.**

# Schriften

des

## Vereins für Sozialpolitik.

---

159. Band.

Verhandlungen der Generalversammlung in Regensburg  
15. und 16. September 1919.

Auf Grund  
der stenographischen Niederschrift herausgegeben  
vom Vorstande.



Verlag von Duncker & Humblot.  
München und Leipzig 1920.

# Verhandlungen

des

## Vereins für Sozialpolitik

in Regensburg 1919.

- I. Gedächtnisrede auf Gustav von Schmoller  
von Heinrich Hertner.
- II. Erinnerung an Eugen von Philippovich  
von Michael Sainisch.
- III. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen  
Reiche und Deutsch-Österreich  
mit Berichten von Ministerialdir. a. D. Lufensky und Dr. Gustav Stolper.
- IV. Probleme der Sozialisierung  
mit Berichten von Prof. Dr. Emil Lederer, Dr. Theodor Vogelstein,  
Prof. Dr. Franz Eulenburg und Prof. Dr. Leopold v. Wiese.



Verlag von Duncker & Humblot.  
München und Leipzig 1920.



Alle Rechte vorbehalten.

Wittenburg  
Pierersche Hofbuchdruckerei  
Stephan Geibel & Co.

# Inhaltsverzeichnis.

	Seite
<b>Erster Verhandlungstag, Montag, den 15. September 1919.</b>	
Zur Eröffnung . . . . .	1
<b>Gedächtnisrede auf Gustav von Schmoller.</b> Von Heinrich Herkner	11
<b>Erinnerung an Eugen von Philippovich.</b> Von Michael Hainisch.	25
<b>Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Deutsch-Osterreich:</b>	
A. Bericht von Ministerialdirektor a. D. Lufensky. . . . .	31
B. Bericht von Dr. Gustav Stolper . . . . .	49
Aussprache . . . . .	63
Schlußwort von Ministerialdirektor a. D. Lufensky . . . . .	89
Schlußwort von Dr. Gustav Stolper . . . . .	92
<b>Zweiter Verhandlungstag, Dienstag, den 16. September 1919.</b>	
Änderung der Satzung und geschäftliche Mitteilungen . . . . .	95
<b>Probleme der Sozialisierung:</b>	
A. Bericht von Professor Dr. Emil Lederer. . . . .	99
B. Bericht von Dr. Theodor Vogelstein . . . . .	119
Aussprache . . . . .	140
Schlußwort von Professor Dr. Lederer. . . . .	193
Schlußwort von Dr. Theodor Vogelstein. . . . .	201
C. Schriftlicher Bericht von Professor Dr. Franz Eulenburg . . . . .	207
D. Schriftlicher Bericht von Professor Dr. Leopold v. Wiese . . . . .	251
Verzeichnis der Redner . . . . .	261
Stimmzettel für die Ausschußwahlen . . . . .	262
Verzeichnis der Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik . . . . .	265
Satzungen des Vereins für Sozialpolitik. . . . .	276
Anhang: Verzeichnis der Schriften des Vereins für Sozialpolitik.	



## Vorbemerkung.

Die äußere Gestalt des vorliegenden Verhandlungsbandes ist nach Möglichkeit der der früheren Verhandlungsbände angeglichen. Der Text beruht auf der stenographischen Niederschrift des Münchener Parlamentsstenographen Bernhard Schwarz. Es ist aber allen Rednern, die umfangreichere Ausführungen gemacht haben, Gelegenheit gegeben worden, die Niederschrift zu verbessern, wovon sie zum Teil weitgehenden Gebrauch gemacht haben. Doch dürfte der Zusammenhang dadurch nirgends gestört worden sein. Freilich wurde infolge dieser Durchsichten der Redner das Erscheinen des Bandes verzögert.

Dem Bande ist der Stimmzettel für die Ausschußwahlen beigelegt, weil aus ihm zum guten Teile hervorgeht, in welcher Reihenfolge die Mitglieder in den Ausschuß eingetreten sind, außerdem nach alter Übung ein Mitgliederverzeichnis nach dem Stande vom 1. Dezember 1919 und schließlich ein bis zum Augenblick fortgeführtes Verzeichnis der Schriften des Vereins, um so einen möglichst vollständigen Überblick über den Bestand und die Arbeit des Vereins zu bieten.

Die Drucklegung wurde vom Vorsitzenden des Vereins, Herrn Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Herkner, von den Schriftführern, Herrn Verlagsbuchhändler Carl St. U. Geibel und dem Unterzeichneten, und von dem Leiter der Verlagsbuchhandlung und Mitglied des Ausschusses, Herrn Dr. Feuchtwanger, überwacht.

Berlin-Halensee, den 28. Dezember 1919.

Franz Boese.



## Erste Sitzung.

Montag, den 15. September 1919.

Die Sitzung wird 9 Uhr 45 Minuten durch den Vorsitzenden des Ausschusses, Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Heinrich Herkner (Berlin) eröffnet.

Vorsitzender Geheimer Regierungsrat Universitätsprofessor Dr. Heinrich Herkner (Berlin): Sehr geehrte Damen und Herren! Als Vorsitzender des Ausschusses habe ich die Ehre, die Generalversammlung zu eröffnen. Ich heiÙe Sie alle herzlich willkommen, vor allem den Herrn Handelsminister als Vertreter der bayerischen Staatsregierung, sodann die anderen Herren, die im Auftrage von Reichs- oder Staatsämtern und Körperschaften hier erschienen sind, alle unsere werten Gäste und Mitglieder.

Mit inniger Freude erfüllt es uns, daß wir Gelegenheit haben werden, uns mit unseren österreichischen Freunden hier auszusprechen. Aber nicht nur, daß wir überhaupt einmal wieder zusammenkommen, sondern auch, daß es uns vergönnt ist, gerade in Regensburg zu tagen, erscheint mir besonders erfreulich zu sein: Hier in dem alten, erinnerungsreichen, prächtigen Reichssaale, an der ehrwürdigen Stätte reichsstädtischer Herrlichkeit, in der wundervollen türme- und glockenreichen, altertümlichen Donaufstadt, deren zahlreiche, künstlerisch so bedeutsame Bauten und Denkmäler uns mehr als ein Jahrtausend gemeinsamer deutscher Geschichte vor Augen führen; hier an dem majestätischen Strome, dessen Fluten nicht nur die Dombauten von Ulm und Regensburg wider spiegeln, sondern auch den Kahlen- und Leopoldiberg! Auch er ergreift uns tief als ein gewaltiges Symbol der großdeutschen Idee. Hoffentlich erhält er bald jene Verbindung mit dem Main und dem Rhein, welche dazu bestimmt ist, den Nordwesten mit dem Südosten des deutschen Siedlungsgebietes enger zu verknüpfen. Wieviel anders stünden wir heute in unserer Eisenbahn- und Kohlennot da, wenn wir bereits diese seit so langer Zeit heiß, aber vergeblich ersehnte Wasserstraße schon besäÙen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Gewaltpolitik des Herrn Clemenceau will eine unübersteigliche Mauer zwischen den Bürgern der deutschen und der österreichischen Republik errichten und doch macht sie uns gleichzeitig zu Leidens- und Schicksalsgenossen. Vielleicht ist

gerade diese Gemeinsamkeit der Schmerzen und der Not erst recht dazu angetan, uns in eine untrennbare Einheit zu verwandeln. Schließlich ist es doch immer der Geist, der sich den Körper baut!

Acht Jahre sind verflossen, seitdem in Nürnberg unsere letzte Generalversammlung stattgefunden hat. Die 1913 fällige Generalversammlung war auf 1914 verschoben worden, da die zur Vorbereitung dieser Versammlung herauszugebenden Bände nicht rechtzeitig fertiggestellt werden konnten. Im September 1914 wollten wir in Düsseldorf zusammenkommen. Das machte der Ausbruch des Krieges unmöglich. Wir haben darauf verzichtet, während des Krieges eine Generalversammlung zu veranstalten. Abgesehen von manchen anderen Umständen war vor allem der Gesichtspunkt maßgebend, daß unter der Herrschaft des Belagerungszustandes diejenige Freiheit der Aussprache nicht erreicht werden konnte, welche die Seele unserer Wirksamkeit, welche die *conditio sine qua non* unserer ganzen Betätigung stets gebildet hat. Nur im engeren Kreise des Ausschusses war es möglich, frei zu diskutieren; so haben Erörterungen über die wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und seinen Bundesgenossen und über die Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft stattgefunden. Durch den Wegfall der Generalversammlung haben die Interessen unserer nicht dem Ausschusse angehörigen Mitglieder eine außerordentliche Beeinträchtigung erlitten, was vom Ausschusse und der Vereinsleitung aufs tiefste beklagt worden ist. Mit der Wiederherstellung der Redefreiheit haben wir sofort die Einberufung einer Generalversammlung ins Auge gefaßt. Leider haben die schweren inneren Unruhen dem Ausschusse erst gestattet, im Juni d. J. zusammenzutreten. Obwohl die Vorbereitungen für die Generalversammlung sofort in Angriff genommen wurden, erwies sich die Zeit als zu kurz, um die Schriften so früh, wie wir es gewünscht hätten, unseren Mitgliedern zugehen zu lassen. Ich möchte daher um eine nachsichtige Beurteilung bitten.

In besonderem Grade hat sich die hiesige Handelskammer um das Zustandekommen unserer Tagung verdient gemacht. Ihr und dem Ortsausschusse überhaupt möchte ich ebenso wie dem Herrn Oberbürgermeister und der Stadtverwaltung für die liebenswürdige Überlassung des stimmungsvollen und heute so fein geschmückten Reichssaales auch an dieser Stelle unseren herzlichsten und innigsten Dank aussprechen.

Das erste Geschäft, das wir vorzunehmen haben, ist die Wahl des Vorsitzenden der Generalversammlung. Im Auftrage des Ausschusses gestatte ich mir als Vorsitzenden vorzuschlagen den Rektor der Universität Hamburg, Herrn Professor Dr. Rathgen. Ich frage nun, ob Sie

darüber abstimmen oder nach dem bisherigen Gebrauch einfach durch Aklamation den Vorschlag des Ausschusses bestätigen wollen?

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß Sie mit dem alten modus procedendi einverstanden sind und ich bitte Herrn Professor Rathgen, den Vorsitz zu übernehmen.

Vorsitzender Professor Rathgen: Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen für die Ehre, die Sie mir erweisen und ich werde mich bemühen, das vermutlich nicht allzu schwere Amt nach Ihren Wünschen zu erfüllen und darf dabei gewiß auf Ihre Unterstützung rechnen.

Nach unserem Geschäftsgebrauch ist es Aufgabe des Vorsitzenden, die Vizepräsidenten zu berufen und die Schriftführer, die das Bureau bilden, und ich erlaube mir deshalb zu berufen als Vizepräsidenten Herrn Professor Dr. Hartmann aus Wien, Herrn Oberbürgermeister Bleyer, Regensburg und Herrn Kommerzienrat Weidinger. Ich darf wohl die Herren um ihre Unterstützung bitten.

Als Schriftführer bitte ich zu fungieren Herrn Professor Günther und die Herren Dr. Clarus und Dr. BINGOLD, die auf der Handelskammer als Syndici tätig sind. Ich darf auch die Herren Schriftführer bitten, mich zu unterstützen.

Ich erteile nun das Wort zur Begrüßung Herrn Handelsminister Hamm.

Bayerischer Handelsminister Hamm: Im Namen der bayerischen Staatsregierung und besonders auch des Ministers für soziale Fürsorge, der sich durch eine besondere Abordnung, nämlich Herrn Dr. Pott Hoff, vertreten läßt, erlaube ich mir, Ihnen einen herzlichen Willkommengruß zu entbieten. Wir begrüßen Sie als willkommene gern gesehene Gäste, die zu uns gekommen sind, um geistige Vertiefung und Erneuerung zu uns zu bringen. Wir begrüßen Sie in Bayern und Regensburg mit besonderem Dank.

Im Hinblick auf den ersten Gegenstand der Tagesordnung, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch-Osterreich bemerke ich, daß diese Frage uns ganz besonders am Herzen liegt. Wir alle, das ganze deutsche Volk fühlt mit unseren Brüdern und Schwestern in Deutsch-Osterreich sich eins.

Nach dem Friedensvertrage, der den Charakter der Vergewaltigung an sich trägt, soll Deutsch-Osterreich nicht mehr Deutsch-Osterreich heißen; aber nichtsdestoweniger fühlen wir uns in Bayern besonders mit unseren



Brüdern und Schwestern in Österreich einig und nahe und dies besonders in Regensburg. Hier in Regensburg tritt die Gemeinschaft des Stammes kraft der Nähe der Nachbarschaft und die Gemeinschaftsbeziehungen kraft so vieler Gemeinsamkeiten in Kultur und Geschichte so recht zutage. Und so glauben wir, daß wir in Bayern für das Reich eine Brücke und Verbindung zu Österreich werden sein können. Es ist der Geist, der sich den Körper baut, sagte vorhin der Herr Vorsitzende und es ist die Seele im Wirtschaftsleben das Stärkste und Mächtigste.

Das gilt auch für den zweiten Punkt der Tagesordnung. Wie auch das Ergebnis Ihrer Beratungen sein möge, wie eng oder wie weit der Verein für Sozialpolitik die Grenzen der Sozialisierung ziehen wird, was er auch immer für Voraussetzungen und Möglichkeiten finden wird, bei alledem und insbesondere bei all der mir als Handelsminister besonders am Herzen liegenden Hochhaltung der persönlichen Kraft der Betriebsleiter, die wir aus kulturellen Gründen nicht entbehren können, das eine ist sicher, daß wir eines brauchen, nämlich die Sozialisierung der Geister. Wir stecken tief im Mammonismus und in der Hingabe an den Genuß oder an das, was man für Genuß nimmt. Demgegenüber ist Ihr Verein gerade der gewesen, der auch in früheren Zeiten der Mammonisierung gegenüber die Idee hochgehalten hat. In dem Tagesgetriebe gerade dieser so sonnenhell scheinenden Tage, das schwer und düster auf uns lastet, brauchen wir immer wieder, die wir die Last der Politik getragen haben, Einkehr in die Idee und Rückkehr in die Idee und Sinn zu der Idee.

Das ist Aufgabe Ihres Vereins. Diese Aufgabe hat er bisher erfüllt und von der Erfüllung auf dieser Tagung erhoffen wir Neues im Dienste des deutschen Volkes, dem zu dienen die Aufgabe von uns allen ist, dem zu dienen in Schmerz und Treue unser Sehnen ist und in dieser Erwartung begrüße ich den Verein schon jetzt dankbar im Namen Bayerns. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender: Ich danke dem Herrn Minister für seine freundlichen Begrüßungsworte und erteile nun das Wort dem Herrn Oberbürgermeister dieser Stadt.

Oberbürgermeister Joseph Bleyer in Regensburg: Sehr geehrte Damen und Herren! Mit besonderer Freude hat die Stadt Regensburg davon Kenntnis genommen, daß der Verein für Sozialpolitik seine heurige Generalversammlung in ihren Mauern abhalten will. Wenn der Verein

heuer nach Süddeutschland gegangen ist, so will er damit wohl in erster Linie die enge Zusammengehörigkeit bekunden, die zwischen den deutschen Bruderstämmen mit Einschluß der von uns gewaltsam getrennten deutsch-österreichischen Brüder besteht, die besteht trotz der düsteren Schatten, die sich über Gegenwart und Zukunft unseres Vaterlandes gesenkt haben. Darum: Ihnen allen, vor allem aber auch den Gästen aus Deutsch-Österreich, ein herzliches Willkommen in Regensburg. Der Verein für Sozialpolitik hat in den ersten vier Jahrzehnten seines Bestehens den mächtigen politischen und wirtschaftlichen Aufstieg des Deutschen Reiches miterlebt und gestützt, er wird jetzt auch in den Zeiten des Verfalls und des tiefsten Niederganges unseres Staatslebens die klare Erkenntnis dessen fördern, was not tut, um die Kräfte unseres Volkes allmählich wieder zu heben und zu stärken. Eine wirtschaftliche Krise, der Gründersehndel nach dem siegreichen siebenziger Kriege, hat den Verein geboren. Die gleichen Probleme, die damals auf der Tagesordnung standen, der Kampf gegen den Mammonismus, die Versöhnung von Kapital und Arbeit, die Stellung des Lohnarbeiters in der Volkswirtschaft und seine sittliche und wirtschaftliche Hebung, beherrschen auch jetzt wieder das innerpolitische Leben. Galt es aber damals, in den weitesten Kreisen des Volkes erst das Verständnis für eine kraftvolle Sozialpolitik zu wecken, was ein Hauptverdienst Ihres Vereines für die Vergangenheit ist, so tobt jetzt der Kampf um die Grundlagen unseres kulturellen, wirtschaftlichen und staatlichen Lebens überhaupt. Dazu kommt die gewaltige Erschütterung, die unserem Volkstum aus dem rücksichtslos uns aufgezwungenen Gewaltfrieden droht. Ihr Verein hat bisher über den Parteien stehend mit wissenschaftlicher Schärfe und strenger Unparteilichkeit positive Reformarbeit geleistet und auf die in vielen Beziehungen vorbildliche deutsche Sozialpolitik nachhaltigen Einfluß geübt. Möge es ihm vergönnt sein, auch in der stürzenden und drängenden Gegenwart gehörig zu Wort zu kommen und deutsche Geistesarbeit, deutsche Gründlichkeit und deutschen wissenschaftlichen Fleiß wieder zu Ehren zu bringen. Möge Ihre Tagung in Regensburg dazu beitragen, daß unser seelisch gepeinigtes und gequältes deutsches Volk sich entschlossen wieder auf sich selbst besinnt, daß es in klarer Erkenntnis seiner Lage sich an das Heilmittel anklammert, das ihm allein helfen kann: die positive schaffende Arbeit, das vertrauensvolle versöhnliche Zusammenwirken der Arbeitenden aller Klassen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen im Namen der Stadt Regensburg aufrichtig einen erspriesslichen Verlauf Ihrer wichtigen Verhandlungen.

Vorsitzender: Ich danke Herrn Oberbürgermeister für die freundlichen Worte der Begrüßung und bitte Herrn Kommerzienrat Weidinger als Vertreter der Handelskammer das Wort zu nehmen.

Stello. Vorsitzender der Handelskammer Regensburg, Kommerzienrat Weidinger: Die Handelskammer Regensburg ist gebeten worden, die örtlichen Vorbereitungen für die Tagung des Vereins für Sozialpolitik zu übernehmen; sie hat sich dieser Aufgabe um so lieber unterzogen, als sie sich dessen bewußt ist, daß in ihrem Verein die Leuchten der national-ökonomischen Wissenschaft aller Richtungen, aber auch viele volkswirtschaftliche Praktiker und bedeutende Staatsmänner Deutschlands und Deutsch-Österreichs zu Worte kommen.

Gestatten Sie mir, daß ich Sie als Vertreter der Handelskammer Regensburg auf das herzlichste begrüße. Im übrigen möchte ich heute vor allem die Versicherung abgeben, daß die Beratungsgegenstände, mit denen Sie sich beschäftigen, die vollste Aufmerksamkeit der Handelskammer finden.

Die beiden wichtigsten Punkte Ihrer Tagesordnung sind: 1. das Problem der Sozialisierung und 2. die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch-Österreich.

Ich bin überzeugt, daß beide Fragen bei Ihren Verhandlungen von jeder nur möglichen Seite auf das gründlichste erörtert werden. Ihre Verhandlungen werden gewiß in hervorragendem Maße zur Klärung dieser soviel umstrittenen Fragen beitragen, soweit sie unter den heutigen Verhältnissen überhaupt geklärt werden können.

Der Bayerische Handelskammertag, als dessen Vertreter ich heute ebenfalls zu Ihnen spreche, hat zu beiden Problemen wiederholt Stellung genommen. Die Frage der Sozialisierung beurteilt er, wie Sie das wohl als selbstverständlich empfinden werden, mit der ihm geboten erscheinenden Zurückhaltung. In einer Entschließung, die auf dem Bayerischen Handelskammertag vom 11. Juli d. J. in Nürnberg einstimmig Annahme fand, wird aber durchaus anerkannt, daß die Wirtschaftsweise vor dem Kriege nicht unverändert wieder aufgenommen werden kann, daß sich eine weitergehende Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftsinteressen nach vielen Beziehungen hin als notwendig herausgestellt habe. Die Erklärung fährt dann im Wortlaut fort:

Es lassen sich auch bei grundsätzlicher Beibehaltung der bisherigen Wirtschaftsordnung Reformen durchführen, die eine größere Wirtschaftlichkeit der Produktion ermöglichen. Ein größerer Anteil an dem Ertrag dieser Produktion ist den Arbeitern und Angestellten durch die Lohn- und

Gehaltserhöhungen der letzten Zeit bereits zugestanden und ein Mitbestimmungsrecht wird ihnen durch Tarifverträge und Gesetze gesichert.

Ganz und gar ungeeignet ist das System der Gemeinwirtschaft für den Außenhandel, der nur durch angestrengteste Tätigkeit der Einzelunternehmer unter Wiederaufnahme früherer Verbindungen und unter Ausnützung des privaten Kredites wieder aufgebaut werden kann. Die vorerst noch erforderliche Kontrolle der Einfuhr ist hiermit nicht unvereinbar. Diese Kontrolle muß jedoch einerseits auf das äußerste beschränkt, anderseits in dem beschränkten Umfange lückenlos durchgeführt werden.

Auch auf dem Gebiete des Binnenverkehrs ist die grundsätzliche Wiederherstellung des freien Handels zu fordern.

Die starken Sympathien, die die bayerischen Handelskammern mit Deutsch-Österreich verbinden, finden ihren berechneten Ausdruck in einer Entschliebung, die am 5. Februar d. J. in München zur politischen Lage abgenommen wurde. Über Beziehungen zu unseren österreichischen Stammesbrüdern heißt es darin:

Der Bayerische Handelskammertag hat mit aufrichtiger Freude von dem begeisterten Eintreten der deutsch-österreichischen provisorischen Nationalversammlung für die große deutsche Einheit Kenntnis genommen. Die heute in der Handelskammer München zu einer Tagung versammelten Vertreter des Bayerischen Handelskammertages begrüßen auf das herzlichste die deutsch-österreichischen Stammesbrüder und geben sich der bestimmten Erwartung hin, daß der an die Deutsche Nationalversammlung in Weimar gerichtete Ruf nach der langersehnten Vereinigung aller Deutschen in einem einzigen freiheitlichen Vaterlande zum Heil und Segen unserer gemeinsamen Kultur und unserer gesamten wirtschaftlichen und politischen Entwicklung nicht ungehört verhallen wird.

Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß diese Auffassung auch diejenige der Handelskammer Regensburg ist. Hat sie doch schon in einem Zeitpunkt, in dem der Bestand der alten Habsburger Monarchie noch voll gesichert erschien, sich für ein weitgehendes wirtschaftspolitisches Bündnis des Deutschen Reiches mit Österreich-Ungarn ausgesprochen. An den in der gleichen Richtung zielenden Bestrebungen des mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins und des Deutsch-Österreich-Ungarischen Wirtschaftsverbandes hat sie lebhaften Anteil genommen und sich die von dieser Seite ausgearbeiteten Vorschläge in wesentlichen Punkten zu eigen gemacht.

Heute möchte man glauben, daß die ganze mühevollen Arbeit, die von diesen beiden Verbänden geleistet worden ist, vergeblich war und doch muß es über kurz oder lang gelingen, nicht nur mit Deutsch-Österreich,

für das unsere Herzen mit besonderer Wärme schlagen, sondern auch mit den übrigen Völkern des ehemaligen Habsburger Reiches zur weitgehenden Verständigung zum wenigsten in allen wirtschaftspolitischen Fragen zu gelangen.

Gerade unser engeres bayerisches Vaterland hat hieran ein hervorragendes Interesse, denn nur auf diesem Wege darf es hoffen, aus der wirtschaftspolitischen Sackgasse, in der es sich vor dem Kriege befunden hat, und heute mehr denn je befindet, herauszukommen.

Große Erwartungen haben wir in Regensburg besonders in dem Ausbau des bayerischen Großschiffahrtsweges und die damit in engstem Zusammenhange stehende großzügige Regulierung der Donauwasserstraße gesetzt. Auch diese Erwartungen sind schwer getäuscht worden. Trotz alledem dürfen wir nicht nachlassen in der tatkräftigen Verfolgung des einmal für richtig erkannten Zieles. Erst im Januar dieses Jahres ist unsere Kammer erneut für den baldmöglichen Ausbau des bayerischen Großschiffahrtsweges, zum wenigsten in den ausbaureifen Teilstrecken, eingetreten, wobei sie den Ausbau der bayerischen Donau besonders im Auge hatte. Die Handelskammer hatte die Genußtuung, eine völlig zustimmende Antwort der Bayerischen Verkehrsverwaltung zu erlangen. Per aspera ad astra! In diesem Sinne wünsche ich auch Ihren Verhandlungen den allerbesten Verlauf.

Vorsitzender: Ich danke Herrn Kommerzienrat Weidinger für seine Worte und bitte nun Herrn Dr. Hainisch das Wort zu ergreifen.

Dr. Michael Hainisch (Wien): Sehr geehrte Frauen und Herren! Die anwesenden Deutsch-Österreicher haben mich beauftragt, für die Worte der freundlichen Begrüßung den verbindlichsten Dank auszusprechen. Wir sind außerordentlich gern hierher gekommen, obgleich eine Reise in der Jetztzeit nicht gerade zu den Annehmlichkeiten des Lebens gehört. Wir sind hierher gekommen, nicht allein um zu lernen und um Bekannte zu treffen, sondern vor allem auch um unserm Gefühl der absoluten Zusammengehörigkeit mit den Deutschen des Reiches Ausdruck zu verleihen. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wir leben in einer furchtbar ernsten Zeit; in einer Zeit, wie wir sie noch nicht erlebt haben. Sie wissen, von unseren Staatswesen sind große Territorien abgeprengt worden, Millionen von Stammesgenossen werden unter das Joch von brutalen Völkern gezwungen, unsere Finanzen sind zerrüttet, unsere wirtschaftliche

Zukunft ist düster. Trotzdem liegt der ganze Ernst der Situation darin, daß unser Volk die letzte Prüfung nicht so bestanden hat, wie man es hätte erwarten sollen. Ich weiß sehr wohl, daß sich manches zur Entschuldigung anführen läßt. Ich will auch gar nicht anklagen, sondern nur feststellen. Nichtsdestoweniger glaube ich, wäre es falsch, die Flinte ins Korn zu werfen und zu verzagen.

Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen bei dieser Gelegenheit etwas aus meinem Leben erzähle, von der größten Katastrophe, die mich persönlich getroffen hat, von dem Tod meines Sohnes. Von meinen drei Söhnen stand mir der zweite besonders nahe. Er hatte sich schon als kleines Kind eng an mich geschlossen und eine sehr gute Entwicklung genommen. Alle Bekannten, Freunde und Lehrer weis sagten dem Jungen eine glänzende Zukunft. Als er 19 Jahre alt war, machte er mit mir eine Partie ins Hochgebirge. Er erkrankte hier scheinbar an einem Zahngeschwür, in Wirklichkeit aber an einer Blutvergiftung. Ich täuschte mich über die Schwere der Erkrankung nicht. Und so saß ich in meinem Blockhaus bei dem Sterbenden und sah hinaus ins Gebirge. Alle Schroffen und Gräben prägten sich meinem Gedächtnis auf ewige Zeiten ein. Endlich trat der Tod ein! Ich mußte in meinem Schmerz nicht, was ich anfangen sollte. Da kam am nächsten Tage ein Bauer zu mir, ein einfacher Mann, mit dem ich seit Jahren auf einem freundschaftlichen Fuß verlehre. Er kam, um mir sein Beileid auszudrücken und sagte zu mir im Dialekt: „Ich bedaure Sie, daß Sie ein so großes Unglück getroffen hat, aber sehen Sie, ich bin ein alter Mann und habe mir einen Grundsatz zurechtgelegt: man soll nie zurückschauen, sondern immer nach vorwärts!“ Ich muß sagen, daß diese Worte auf mich einen tiefen Eindruck gemacht haben. Und als jetzt die erschütternden Ereignisse an uns herangekommen sind, da habe ich mich oft jenes Mannes erinnert. Ich möchte mir erlauben, auch Ihnen zuzurufen: Lassen Sie das Vergangene vergangen sein, sehen Sie frohen Mutes in die Zukunft und fangen Sie an, Material herbeizuschaffen zum Neubau eines Hauses für das große, unteilbare deutsche Volk! (Beifall.)

Vorsitzender: Ich danke Herrn Dr. Hainisch. Es ist uns allen aus der Seele gesprochen, was er gesagt hat, daß es die Lösung unserer Zeit sein muß, voranzuschauen und nicht zurückzuschauen.

Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, wenn ich im Interesse unserer weiteren Tagung es mir versage, auf die freundlichen Worte der Begrüßung und alle Anregungen des weiteren näher einzugehen. Im

wesentlichen wird der Verlauf unserer Tagung die eigentliche Erörterung all der Gedanken bringen, die hier schon vorläufig angeschlagen worden sind. Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Herrn Dr. Clarus bitten, einige geschäftliche Mitteilungen zu machen.

Dr. Clarus macht Mitteilungen über das Vorhandensein einer Anwesenheitsliste, einer Liste für Neuaufnahme von Mitgliedern, einer Liste über ein gemeinschaftliches Mittagessen, über einen geplanten Ausflug nach der Walhalla am Mittwoch und Besichtigung des Hafens sowie Besichtigung der landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft.

Vorsitzender: Wir kommen dann zum zweiten Punkt unserer Tagesordnung und ich bitte zunächst Herrn Geheimrat Herkner, das Wort zu ergreifen.

# Gedächtnisrede auf Gustav von Schmoller.

Von

Heinrich Hertner.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist unserer beispiellosen Notlage mit ihren unermesslichen und unersehblichen Verlusten an Menschen, an sittlichen, geistigen und materiellen Werten durchaus angemessen, daß dumpfe und sonore Töne, wie sie einer Totenklage eignen, die Ouvertüre unserer Tagung bilden. Am 27. Juli 1917 ist uns Gustav von Schmoller, der 45 Jahre hindurch die für das Leben unseres Vereins schlechthin maßgebende Persönlichkeit gewesen ist, entrißen worden.

Indem ich den Namen Schmoller ausspreche, drängen sich mir unwillkürlich die Goethe-Worte auf die Lippen:

„Denn er war unser“.

Wie sein Geist

„Der Lebensplane tiefen Sinn erzeugt  
Und fruchtbar sich in Rat und Tat ergossen,  
Das haben wir erfahren und genossen“.

Selbst wenn ich kein einziges Wort über Schmoller als Forscher und Lehrer, als Mitglied der Akademie der Wissenschaften und des Herrenhauses sage, wenn ich wehmütigen und dankerfüllten Herzens bloß dessen gedenke, was der Verewigte für uns und unseren Verein gewesen ist, reicht die heute zu Gebote stehende Zeit nicht entfernt aus, um die gewaltige Fülle seiner erfolgsgekrönten, segensreichen Wirksamkeit auch nur andeutungsweise zu schildern. Denn Schmoller war vor allem Sozialpolitiker. Der Verein für Sozialpolitik galt ihm als das vornehmste Werkzeug, das er sich geschmiedet hatte, um die sozialpolitischen Ziele, von denen sein grundgütiges Herz von Jugend an erfüllt war, im praktischen Leben zur Geltung zu bringen. So liegt in der Tätigkeit Schmollers, die er in und für den Verein für Sozialpolitik entfaltet hat, vielleicht der ihm wichtigste und liebste Teil seiner ganzen Lebensarbeit eingeschlossen. Mit gutem Grunde ist von Knapp gesagt worden: schon die Gründung und Leitung des Vereins für Sozialpolitik würde genügen, um Schmoller die Bürgerkrone zu sichern.



Wenn ich betone, daß Schmoller mit Leib und Seele Sozialpolitiker gewesen ist, so bitte ich diesen Begriff nicht in dem engen Sinne eines bloßen Spezialistentums in industriellen Arbeiterfragen, wie Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, Koalitionsrecht und derartigem mehr aufzufassen. Sozialpolitik im Schmollerschen Sinne hatte weit mehr zu bedeuten und schloß auch einen guten Teil von dem mit ein, was jetzt als „Sozialisierung“ alle Geister beschäftigt und auch uns morgen eingehend beschäftigen soll. Der soziale Gedanke war ihm ein Ferment, dazu berufen, in unser gesamtes Dasein, in unsere ganze staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung tief einzudringen und sie damit gründlich umzugestalten. Mit Hilfe der Sozialpolitik sollte die strahlende Norm des *sum cuique* auf allen Lebensgebieten erglänzen, sollte überall die Idee der Gerechtigkeit sich siegreich erheben. Schmoller selbst hat seine Abhandlung über die Gerechtigkeit in der Volkswirtschaft in die vorderste Reihe seiner Werke gestellt. Ob mit Recht oder Unrecht, mag dahingestellt bleiben. Aber kein Zweifel kann darüber auftauchen, daß die Idee der Gerechtigkeit immer den Leitstern seines Wirkens gebildet, daß sie im Zentrum seiner ganzen Weltanschauung gestanden hat. „Das Beste, was wir besitzen,“ sagt er, „ruht auf der Idee der Gerechtigkeit.“ „Aller sozialer Fortschritt hängt von weiteren Siegen der Gerechtigkeit ab.“ Aristoteles hat einst den Ausspruch getan: „Nicht der Morgenstern und nicht der Abendstern sind so wunderherrlich wie die Gerechtigkeit.“ Wie in so vielen anderen Dingen hat Schmoller sicher auch darin dem ihm wohl verwandten griechischen Denker, der ihm als der erste des Altertums galt, aus vollem Herzen zugestimmt.

Diesen weiten Horizonten der Schmollerschen Sozialpolitik ist es zu danken, daß unser Verein sich niemals auf das sozialpolitische Arbeitsgebiet im engeren Wortsinne, wie es zum Beispiel die Gesellschaft für soziale Reform pflegt, beschränkt hat. Er hat vielmehr mit heißem Bemühen auch danach getrachtet, im Aktienrecht, in der Personalbesteuerung, in der Handelspolitik, im Kreditwesen, in der Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte, in der Politik der Binnenschiffahrt usw. der Sache der sozialen Reform ebenso zu dienen, wie etwa in der Fabrikgesetzgebung, im Hilfskassenwesen oder im Koalitionsrecht Vorbildliches zu leisten. Noch deutlicher vielleicht als in den späteren Zeiten mit ihrer ungeheuren, zersplitternden Mannigfaltigkeit der Ansprüche, die an Schmoller gestellt wurden, tritt gerade im ersten Jahrzehnt seiner öffentlichen Wirksamkeit klar zutage, welche tiefe Wurzeln die Idee der sozialen Reform in seinem ganzen Wesen geschlagen hatte, also in den Jahren, die der

Gründung des Vereins vorausgingen. Es ist aber auch noch aus einem anderen Grunde lochend und lohnend, in Kürze daran zu erinnern, was Schmoller 1862 bis 1872 geleistet hat.

Die meisten von Ihnen, verehrte Anwesende, haben Schmoller nur so gekannt, wie er uns in den letzten Jahrzehnten seines Lebens erschien. Vor unserm geistigen Auge steht das edle Bild des wunderbar abgeklärten, milden, über bestrickende Umgangsformen verfügenden, Personen und Dinge von olympischer Warte aus betrachtenden und beurteilenden Weltweisen und Lebenskünstlers, steht, kurz gesagt, die „Erzellenz von Schmoller“, an den alten Goethe Eckermanns gemahnend, mehr Antonio als Tasso, geschmückt mit den höchsten Orden, welche für Verdienste um Staat und Wissenschaft verliehen werden können. Nebenbei bemerkt, Schmoller hat übrigens äußere Ehrungen nie erstrebt. Er war stolz darauf, daß es ihm gelungen war, dem „Geheimen Regierungsrat“ zu entgehen, und als ihm die Verleihung des Adels bekanntgegeben wurde, rief er mißmutig aus: „Sie hätten mich doch wenigstens vorher fragen können!“ Eine Feier, die im Jahre 1912 im Hinblick auf den vierzigjährigen Bestand des Vereins Schmoller zu Ehren vorbereitet war, wurde von Schmoller abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß man ihn gelegentlich seines 70. Geburtstages bereits über Gebühr gefeiert habe.

Dieser Schmoller erschien vielen als „gemäßigt bis zum Übermaß“, nicht als Schürer, sondern als Dämpfer. Aber in der scheinbar so unnahbaren, vornehmen und kühlen Erzellenz lebte immer noch der Stürmer und Dränger von einst, der „Gönner des Sozialismus“, der „Kathekedozialist“, dem, unterstützt durch ein ungewöhnlich ausdrucksvolles, modulationsfähiges und registerreiches Organ, die packende Gewalt und der goldene Wogenglanz der Rede wie wenigen zu Gebote stand, so recht dazu erschaffen, schlummernde Gewissen wachzurütteln und zu guter Tat zu begeistern. Dieser junge Schmoller ist es gewesen, der unsern Verein gegründet und ihm die Wege gewiesen hat. Er war „von großer Lebendigkeit, mit schwarzem vollen Haar und lang herabwallendem Bart, von bräunlicher Hautfarbe und mit klugen, blitzenden Augen“. So müssen wir ihn uns vorstellen, als er 1872 die Eisenacher Versammlung zur Besprechung der sozialen Frage eröffnete und jene berühmte geworden Rede hielt, welche für die Verbreitung sozialpolitischer Ideen im deutschen Bürgertum ebenso wichtig geworden ist, wie etwa das „kommunistische Manifest“ von Marx und Engels für den Sozialismus der Arbeiterklasse.

Es war eine erstaunliche Leistung. Erstaunlicher aber ist, daß die Gedanken, welche 1872 so großes Aufsehen erregten, in allen wesentlichen

Punkten schon 1863 von dem damals erst 25 Jahre zählenden jungen Extraordinarius der Universität Halle ausgesprochen worden waren, und zwar in den lichtvollen und weitblickenden Aufsätzen über die Arbeiterfrage, die er in den Preussischen Jahrbüchern veröffentlicht hatte, um gegenüber Lassalle Stellung zu nehmen. Als Schmoller in Eisenach sprach, waren bereits F. A. Langes Arbeiterfrage, Marx' Kapital, Schöffles Kapitalismus und Sozialismus und Brentanos Arbeitergilden der Gegenwart erschienen. Als er sich mit Lassalle auseinandersetzen wollte, konnte er sich nur auf Lorenz von Stein, Hildebrand und Th. v. Bernhardt stützen und trotzdem: welch imponierende Reife des Urteils, welch tiefe Erfassung aller mit der Arbeiterfrage zusammenhängenden Dinge! In kühnem Entwürfe enthielten diese Aufsätze eigentlich schon alles, was Schmoller in späteren, feinzifelierten Spezialarbeiten und schließlich in seinem monumentalen Grundriß näher ausgeführt hat.

Mit bewunderungswürdiger Klarheit und Bestimmtheit schob er aus Lassalles Ideen alles zur Seite, was, wie die Lehre vom ehernen Lohn-gesetze, nur verwirrend und hemmend auf sozialpolitische Bestrebungen einwirken konnte. Er geht Hand in Hand mit Lassalle, wo es gilt, das Manchestertertum zu kritisieren und die große zivilisatorische Mission der Staatsgewalt dem Zeitbewußtsein tief einzuhämmern. Er steht aber hoch über Lassalle, wo er es unternimmt, die wahre Bedeutung des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung, der Gewerkschaften, der Genossenschaften und der Wohnungspolitik klarzulegen.

Die drohende Revolution könne, wie er darlegte, durch Reformen vermieden werden. Schmoller war Optimist, und ein gnädiges Geschick, das ihn vor unserem entsetzlichen Zusammenbruche aus dem Leben abberufen, hat ihm gestattet, seinem Optimismus bis zum Tode treu zu bleiben. Er besaß ein felsfestes Vertrauen zu den Kräften, von deren Wirksamkeit das Gelingen der Reformen abhing: zur Macht des „sittlichen Pathos“, zu dem Genius des deutschen Volkes, zur Monarchie und ihrem Beamtentum, zu den allgemeinen Entwicklungstendenzen unseres Zeitalters. „Unsere ganze Wirtschaftsgeschichte ist ein Wachsen der sittlichen Solidarität und Gemeinschaft, ein Wachsen der Gleichmäßigkeit und Kontinuität der ökonomischen und sozialen Existenz.“ Der wahre Fortschritt auch im ökonomischen Leben hängt von seinem Zusammenhang mit den übrigen Lebensgebieten und Zwecken, von der gesamten ethischen Kultur ab. Denn kein Zweig und kein Glied kann dauernd gedeihen, wenn der übrige Organismus leidet. Es gibt keine ökonomische Handlung, die, wenn sie wirklich unsittlich, nicht auf die Dauer auch ökonomischen Schaden stiftet.

Und umgekehrt ist jede wirklich sittliche Handlung, jede den Verhältnissen und Umständen entsprechende Tat auch ökonomisch auf die Dauer und das Ganze gesehen vorteilhaft. Das augenblickliche Interesse des Unternehmers mag durch niedrige Löhne gefördert werden, das dauernde Interesse nur durch einen intelligenten, hochstehenden und zufriedenen Arbeiterstand. Nicht unbedingte Gleichheit der äußeren Lebenslage und Genüsse kann als Ziel angesehen werden, wohl aber eine Hebung der äußeren Lage bis zu dem Punkt, wo auch für den Arbeiter Familienglück und häusliches Wohagen, sittlicher und geistiger Fortschritt erblühen können. Auch diese maßvoll umgrenzten Ziele werden freilich erst durch langwierige innere Kämpfe, durch tausendfache Kulturarbeit der einzelnen und der Jahrhunderte erreichbar sein, durch jene Tätigkeit,

„die nie ermattet,

Die zu dem Bau der Ewigkeiten

Zwar Sandkorn nur für Sandkorn reicht,

Doch von der großen Schuld der Zeiten

Minuten, Tage, Jahre streicht.“

Was Schmoller Lassalle entgegenhielt, gestützt auf gründliche Studien in Philosophie, Geschichte, Recht, Wirtschaft und Technik, war weitaus das bedeutendste, was damals gesagt wurde. Leider konnte Lassalle diesem ebenbürtigen Gegner nicht mehr antworten. Erst ein Teil der Schmoller'schen Ausführungen war erschienen, als Lassalle's Leben bereits einen jähen Abschluß gefunden hatte. So ist der Welt ein wissenschaftlich-politischer Zweikampf entgangen, der ohne Zweifel von den wohlthätigsten Einflüssen auf unsere soziale Entwicklung gewesen sein würde.

Die Ereignisse von 1866 und 1870 drängten die soziale Frage zunächst in den Hintergrund. Erst unter dem Eindruck der Gründerjahre und ihres grenzenlosen Mammonismus, unter dem Eindruck der sittlichen Verwahrlosung und Verrohung, die auch dieser siegreiche Krieg im deutschen Volke erzeugt hatte, fanden neue Anläufe statt, um eine Wendung zum besseren herbeizuführen. Anscheinend gleichzeitig, aber unabhängig voneinander, war von verschiedenen Seiten aus, vor allem aus den Kreisen der gelehrten Nationalökonomien, der Wunsch ausgesprochen worden, eine Organisation zur Abwehr der kapitalistischen Entartungen zu begründen, denen der Liberalismus anheim zu fallen drohte. Bergegenwärtigen wir uns das Ansehen, das Schmoller sich als Sozialpolitiker bereits erworben hatte, so erscheint es ganz natürlich, daß die ersten Beratungen in seinem Hause in Halle stattfanden, daß ihm die Führerrolle zufiel und daß der Verein im wesentlichen seinen Plänen entsprach.

Es bestanden nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheiten über die Grundsätze, nach denen die Organisation aufgebaut werden sollte. Eine Gruppe, zu der auch Brentano gehörte, wollte nur eine relativ geringe Zahl engerwandter Gefinnungsgenossen sammeln, die imstande gewesen wären, wegen der vollständigen Übereinstimmung ihrer Absichten, ein wirkungsvolles Programm aufzustellen und durchzusetzen. Es schwebte der Weg vor, der später von der Fabian Society in England tatsächlich betreten worden ist. Schmoller aber war anderer Meinung. Zwar sollte auch nach seiner Auffassung eine Gruppe von Männern mit einheitlicher prinzipieller Überzeugung und sozialer Weltanschauung den Kern der Vereinigung bilden. Aber um diesen Kern sollten sich Angehörige aller Berufsstände und politischen Parteien gruppieren, von denen anzunehmen war, daß sie „Interesse und sittliches Pathos für die soziale Frage“ befaßen. Dieser Standpunkt wurde von der Mehrheit gebilligt, und so fanden sich im Verein für Sozialpolitik nicht nur Gelehrte, sondern auch Unternehmer, Beamte, Tageschriftsteller und Arbeiter, nicht nur Angehörige der Mittelparteien, sondern auch Konservative, Sozialisten und Angehörige des Zentrums zusammen. Damit wurde einmal eine breite Grundlage gewonnen, aber auch die Möglichkeit — und darauf kam es Schmoller ganz besonders an — im Verein selbst einen lebhaften, frischen Kampf der Geister entbrennen zu lassen. Nur von solcher steten geistigen Reibung der sich bekämpfenden relativ gleichberechtigten, aber entgegengesetzten Richtungen und Interessen, von dieser „Dialektik“, erwartete Schmoller richtige Ergebnisse, das heißt den Sieg der Wahrheit und Gerechtigkeit.

„Ich möchte immer dahin wirken,“ sagte Schmoller, „daß die verschiedenen Parteien der Gegenwart sich gegenseitig als berechtigt und notwendig betrachten. Nur, wenn wir soweit kommen, daß die Parteien sich zueinander verhalten, wie die sich ergänzenden Teile eines und desselben Ganzen, ist ihr Kampf und ihre Wirkung eine segensreiche.“ Und es dahin zu bringen, erschien ihm vor allem die Aufgabe der Vertreter der Wissenschaft zu sein.

Er bejahte eben die ganze menschliche Natur, die gesamte Gesellschaft. Kein Element wurde von ihm als schlecht verworfen und für böse erklärt. Es kam ihm nur darauf an, daß es keinen größeren Raum erobere, als ihm vom Standpunkt des Gesamtinteresses aus gebühre. Für Schmoller galt es demnach, den Verein für Sozialpolitik so zu leiten, daß in ihm alle sozialpolitischen Auffassungen dauernd zur Geltung kommen konnten. Nicht auf Beschlüsse und Programme, sondern auf eine hochstehende

Debatte, auf einen regen Austausch der Erfahrungen, Kenntnisse und Urteile wurde der größte Wert gelegt. Da der Gang der Dinge in den späteren Jahren den Einfluß der Rechten stärker als den der Linken hatte anwachsen lassen, bestand Schmollers Hauptforge darin, gerade die radikalere gerichteten Persönlichkeiten dem Verein zu erhalten und stets für tüchtigen Nachwuchs zu sorgen.

Um den Verein die von Schmoller gesteckten Ziele erreichen zu lassen, ist Schmoller nicht schon von der Begründung des Vereins an, sondern erst 1890 formell an die Spitze getreten. Gneist und Rasse schienen ihm besser geeignet als er selbst, der damals als blutroter Katheder-Sozialist verschrien war, um dem Verein Persönlichkeiten aus dem liberalen und konservativen Lager zuzuführen, die er nicht missen wollte. Schmoller konnte sicher sein, daß er vermöge seiner unvergleichlichen Kunst der Menschenbehandlung, die jeden an den richtigen Platz zu stellen vermochte, vermöge seiner großen taktischen Begabung, seines überlegenen Wissens und Könnens, immer sehr wohl imstande sein würde, den Verein in seinem Sinne zu lenken, auch wenn er nicht selbst den Vorsitz führte. Für die Generalversammlungen wurden ihm die wichtigsten Referate anvertraut, und als Treitschke seine Fanfaren gegen die „Gönner des Sozialismus“ in die Welt schmetterte, war es Schmoller, der gegen ihn in die Schranken trat und die Sache des Vereins wie die Sache der Sozialreform überhaupt in einer der gedankenreichsten Streitschriften, die unsere Wissenschaft besitzt, wirksam zu verteidigen verstand.

Es ist hier unmöglich, im einzelnen die Ansammlung von Arbeit zu schildern, welche Schmoller im Laufe der Jahrzehnte für die Ausschuß- und Unterausschußsitzungen, für die Generalversammlungen, für die Herausgabe der nun über 150 Bände zählenden Vereinschriften geleistet hat. Eine Fülle von Streitigkeiten war im Verein selber zu schlichten, und immer wieder mußten vom Vereine auch Angriffe aller Art, die von Außenstehenden kamen, abgewehrt werden.

Nur auf einen, heute vielleicht besonders interessierenden, Teil der Wirksamkeit Schmollers möchte ich noch einige Lichter fallen lassen: nämlich auf seine Stellung zu den Deutsch-Ostreichern. Ungeachtet seiner schwäbischen Herkunft war Schmoller von Jugend an, vermutlich auf Veranlassung seines von ihm hochgeschätzten Schwagers Gustav Rümelin, strammer Anhänger der kleindeutschen Politik. Er versocht in der Zollvereinskrise den antiösterreichischen Standpunkt mit solcher Schärfe, daß er seine großdeutsch- und preußenfeindlich gestimmte Heimat verlassen mußte. Schmollers Laufbahn entwickelte sich parallel mit dem



Auffstieg der preußischen Macht. Einen großen Teil seiner besten Kräfte hat Schmoller für die Verherrlichung des Preußischen Staates und der Hohenzollern eingesetzt. Er unterstrich die sozialen Tüge im Königtum der Hohenzollern doppelt und dreifach, um auch auf seiten der jeweilig regierenden Herren das Bewußtsein einer großen sozialen Mission ihres Hauses stets lebendig zu erhalten.

Wie hatte diese spezifisch preußische Gesinnung auf seine Haltung gegenüber Österreich eingewirkt? Die beste Antwort erteilen die Tatsachen selbst. Von Anfang an wurde der Eintritt in den Verein für Sozialpolitik den Österreichern offen gehalten und Ernst von Plener hat schon in den ersten Jahren nach der Gründung regen Anteil an den Vereinsarbeiten genommen. Im Laufe der Jahre ist diese Betätigung der Österreicher immer mehr erweitert und vertieft worden. Bei allen Vereinsserhebungen wurden besondere Bände zur Erfassung der österreichischen Zustände und Verhältnisse herausgegeben. Zweimal hat der Verein für Sozialpolitik seine Generalversammlung in Wien abgehalten. Im Vorstände waren die Österreicher durch v. Philippovich vertreten. Auch im Ausschuß ist die Zahl der österreichischen Mitglieder mehr und mehr gewachsen. Mit besonderer Wärme hat Schmoller die Bestrebungen unterstützt, welche auf eine weitgehende Annäherung zwischen Deutschland und seinem österreichischen Bundesgenossen nach dem Kriege abzielten. Noch kurz vor seinem Tode hat er sich zugunsten einer vollen Zollunion zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ausgesprochen. Schmoller liebte Österreich, sein Land und sein Volk. Seine Erholung hat er gern in Marienbad, Bad Gastein, vor allem aber auf dem Ritten bei Bozen und in Meran gesucht.

Aber, so wird mir vielleicht entgegengehalten werden, ist in dem Konflikt zwischen Schmoller und Karl Menger nicht die alte österreichisch-preußische Rivalität auf dem Boden der Staatswissenschaften gewissermaßen neuerstanden? In der Tat, im Auslande hat man in dem Gegensatz der sogenannten österreichischen Schule und der Schmollerschen Richtung hier und da Reste der einstigen Feindschaft zwischen den zwei deutschen Großmächten erblicken wollen. Davon kann natürlich gar keine Rede sein. Hat doch Adolph Wagner, der in der besonderen Wertschätzung preußischer Eigenart noch erheblich weiter als Schmoller ging, in diesem Streit mehr auf der Seite Mengers als auf der Schmollers gestanden. Es war einzig und allein ein Konflikt, der aus der verschiedenen geistigen Veranlagung dieser beiden großen Meister unserer Wissenschaft entstehen mußte.

Schmoller, ein durchaus synthetisch veranlagter Kopf, ein Mann der Empirie und Induktion, deren Lücken er mit Hilfe seiner reichen Phantasie

und Intuition auszufüllen suchte, mochte von scharfen, starren Begriffsbestimmungen, von Stilisierungen und künstlichen Beleuchtungen nichts wissen, wollte vor allem mit seiner farbenreichen Palette ein Bild des ganzen wirklichen Leben „en plein air“ vor die Augen seiner Zuhörer und Redner zaubern, wollte anschauliche Typen in den Vordergrund stellen, bei deren Kennzeichnung auch dem Veränderlichen, dem Entwicklungsgedanken leichter Rechnung getragen werden konnte. Schmoller war vor allem Soziologe und Psychologe, mehr Staatsmann und Historiker als Logiker und Systematiker; Menger dagegen durchaus Logiker und Analytiker, ausgerüstet mit einer ungewöhnlichen Verstandeszähigkeit und Kraft der Abstraktion, in deren Höhenluft er sich lieber bewegte als in der empirischen Wirklichkeit.

So ist es begreiflich, daß beide Männer sich voneinander ein falsches Bild machten. Schmoller änderte sein Urteil, als er die bahnbrechenden Arbeiten erlebte, zu denen Menger Gelehrte wie v. Böhm-Bawerk, v. Wieser u. a. angeregt hatte. Auch Menger selbst dürfte, nachdem Schmollers Grundriß erschienen war, erkannt haben, daß sich Schmollers Interessen durchaus nicht in der Erforschung alter Zunfturkunden erschöpften. Jedenfalls hat Schmoller jede Gelegenheit ergriffen, um den tiefen Respekt zu bezeugen, den er für die Leistungen der „österreichischen Schule“ empfand, und die Österreicher haben sich auch als fleißige und hochwillkommene Mitarbeiter an dem von Schmoller herausgegebenen Jahrbuche betätigt.

Mochte Schmoller einst in dem Ausscheiden Österreichs eine politische Notwendigkeit erblickt haben, in allen Kulturfragen und ganz besonders in der Pflege der Staatswissenschaften und wissenschaftlichen Sozialpolitik hat er durchaus großdeutsch empfunden. Nirgends ist in den Schriften Schmollers auch nur die leiseste Spur von jenen Herabsetzungen Österreichs zu finden, in denen sich Treitschke und manche anderen kleindeutschen Politiker nicht leicht genug tun konnten.

Wenn heute an erster Stelle unserer Tagesordnung unser Verhältnis zu Österreich steht, so sind wir damit durchaus im Sinne Schmollers vorgegangen.

Was soll nun aus uns werden, nachdem dieser wetterkundige Pilot, der Jahrzehnte hindurch treu und unermüdet mit zielsicherer Hand das Schiff unseres Vereins durch alle Klippen und Untiefen zu steuern vermocht hat, aus unserem Kreise geschieden ist? Es würde gerade den Grundsätzen, die Schmoller vertreten hat, seiner opportunistischen Abneigung gegen ein für allemal feststehende, absolute Lösungen widersprechen, wenn der Verein für Sozialpolitik in Zukunft nur eben genau dasjenige tun wollte, was er in der Vergangenheit unter Schmollers Führung getan hat. Gewiß,



darin stimmen wir alle überein, auch in Zukunft soll der Verein ebenso erfolgreich im Dienste der Wissenschaft, des Vaterlandes und des menschlichen Fortschrittes überhaupt wirken wie bisher. Ob aber immer genau dieselben Mittel, die bisher angewendet worden sind, geeignet sein werden, das Ziel zu erreichen, das ist eine Frage, die unser Auschuß noch erst und eingehend zu prüfen haben wird. Es ist zum Beispiel möglich und denkbar, daß für die bessere Wahrnehmung rein wissenschaftlicher Aufgaben, für die Wahrnehmung theoretischer und soziologischer Forschungen, ein besonderes neues Organ zu schaffen sein wird; daß also auch in der äußeren Organisation des Vereins deutlicher zum Ausdruck kommt, daß der Verein sowohl mit wissenschaftlichen wie auch mit praktisch-politischen Problemen sich beschäftigt. Es ist möglich, daß dann auf der anderen Seite bei unserer politischen Wirksamkeit Männer des praktischen Lebens, insbesondere auch solche aus der Arbeiterklasse, in größerem Umfange zur Mitwirkung heranzuziehen sein werden, als es bisher möglich gewesen ist.

Immerhin finden sich in der reichen Erbschaft, die uns Schmoller hinterlassen, manche bewährten Grundsätze, von denen wir uns nicht leichten Herzens trennen können. Wir werden gut daran tun, auch künftig unsere unbedingte Unabhängigkeit nach jeder Richtung hin, nach unten und oben, nach rechts und links, eifersüchtig zu wahren, alles zu vermeiden, was zur Sektenbildung oder parteimäßigen Abschließung, zu einer geistigen Arterienverkalkung oder zur Vertretung irgendwelcher Sonderinteressen führen könnte. Der Verein wird sich nicht auf bestimmte Programme und Weltanschauungen verpflichten. Ihm werden alle Mitarbeiter willkommen sein, die ehrlich bestrebt sind, durch Ermittlung der Wahrheit dem Gemeinwohl zu dienen, und die selbst die Wege zu dem, was sie für richtig halten, mit den Waffen des Geistes zu vertreten imstande sind. Niemals kann bei uns die Zahl der Stimmen, sondern nur das geistige Gewicht der vorgebrachten Beweisgründe entscheiden. Auch in Zukunft wird es ratsam sein, möglichst in *mediam rem* einzutreten und zwar nicht dem Gözen des Tages, wohl aber im Goetheschen Sinne der „Forderung des Tages“ zu genügen.

Meine Damen und Herren! Der Tod Schmollers bildet leider nicht den einzigen Verlust, den wir zu beklagen haben. Außer dem stellvertretenden Vorsitzenden von Philippovich, dessen noch in besonderer Weise gedacht werden wird, sind uns auch Adolph Wagner, Hugo Thiel, Wilhelm Leyß, Johannes Conrad, Edgar Loening, Karl Flesch, Robert Wuttke, Robert Schachner und zuletzt noch Friedrich Naumann entrisen worden.

Wagner gehörte wie Schmoller zu den Männern, die an der Gründung des Vereins für Sozialpolitik lebhaften Anteil genommen haben. Aber im Gegensatz zu Schmoller fiel es ihm schwer, sich in das Gefüge einer Kollektivarbeit einzuordnen. Schmoller suchte auch bei seinen Gegnern vor allem nach Beziehungen und Punkten, in denen er mit ihnen Hand in Hand gehen konnte. Er gab ihnen gern die relative Berechtigung ihres Standpunktes zu. So erscheinen die Gegensätze oft weniger scharf und spitz als sie in Wirklichkeit waren. Wagner legte Wert darauf, die „Unterscheidungslehren“, wie die Theologen sagen, in den Vordergrund zu stellen, alles herauszuarbeiten, worin er anderer Meinung war. Daraus ergaben sich mancherlei Konflikte, die Wagners Beteiligung zeitweise stark eingeschränkt haben. Wenn er aber auf unseren Tagungen und in unseren Sitzungen erschien, dann hat sein herrliches, noch im Greisenalter jugendfrisches Temperament, seine rednerische Schlagfertigkeit und die Größe der Gesichtspunkte, die er in die Debatte warf, diese auf eine Höhe geführt, welche allen Teilnehmern an diesen Tagungen unvergeßlich blieb und rauschenden Beifall auszulösen pflegte.

Im übrigen hat der Verein für Sozialpolitik auch aus den sozialen Saatkörnern, die Adolph Wagner mit voller Hand überall ausgestreut hat, großen Nutzen geerntet. Wir sind stolz darauf, dankbar dafür, daß auch er zu uns gehört hat.

Nicht weniger als Wagner haben wir Hugo Thiel zu danken, dem rheinischen Bauern- und Arbeiterfreunde, dem sozialen Agrarpolitiker, der Jahrzehnte hindurch bei der Lösung der Agrarprobleme, mit denen der Verein sich beschäftigt hat, die maßgebende Persönlichkeit gewesen ist.

Lejis hat in seinen späteren Jahren nicht mehr an den Arbeiten unseres Vereins persönlichen Anteil genommen, aber in seinen zahlreichen Arbeiten hat er sich immer zu der Wirksamkeit unseres Vereins bekannt.

In Johannes Conrad ehren wir den aufrichtigen Gelehrten, den Lehrer zahlreicher praktischer Volkswirte, der auch in den Zeiten der wildesten Agrardemagogie gerade als aufrichtiger Freund der Landwirtschaft tapfer gegen Getreidezölle und Fideikommiss gekämpft hat.

Loening ist unser treuer Helfer bei der Bewältigung öffentlich-rechtlicher Fragen, besonders bei den Arbeiten über das Koalitions- und Vereinsrecht und den von ihm geleiteten großen Untersuchungen über die Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte gewesen.

Allen diesen Männern hat das Schicksal eine bis ins hohe Greisenalter reichende fruchtbare Tätigkeit gegönnt.

Aber der Tod hat auch Opfer aus der jüngeren und mittleren

Generation gefordert. Mit Robert Schachner, dem genauen Kenner der australischen Wirtschaft und Sozialpolitik, ist einer der tüchtigsten jüngeren Sozialpolitiker aus dem Leben geschieden. Auch der Frankfurter Vorkämpfer sozialer Kommunalpolitik, der Stadtrat Karl Fleisch, und Prof. Wuttke in Dresden wären berufen gewesen noch große Dienste zu leisten. Und endlich gar Friedrich Naumann! Seine überragende Persönlichkeit und unvergleichliche Rednergabe haben nicht nur unsere Diskussionen in den Generalversammlungen beflügelt, sondern unserer Wirksamkeit auch viele Kräfte zugeführt durch den sozialen Geist, den er in die Herzen der Jugend und vor allem der Frauenwelt einzupflanzen verstanden hat wie kein anderer.

Unermeßliches verlieren wir mit diesen Männern, von denen einige mit Recht zu den ersten unseres Volkes gerechnet werden.

Unermeßlich sind aber auch die Verluste, die uns dadurch erwachsen, daß zahlreiche für sozialpolitische Bestrebungen begeisterte edle Jünglinge und junge Männer, von denen wir werktätige Mitarbeit erhoffen durften, den Heldentod gestorben sind. Zum äußeren Zeichen, daß wir allen unseren Toten ein treues dankbares Andenken bewahren werden, bitte ich Sie, verehrte Anwesende, sich von Ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Ich danke Ihnen!

Alle diese Verluste treffen uns um so schmerzlicher, je gewaltiger die Aufgaben sind, die jetzt an uns herantreten. So spiegelt sich die herzzerstückernde Not unseres Volkes und Vaterlandes auch im Leben unseres Vereins wider. Wir dürfen und wollen aber den Kopf nicht sinken lassen, nicht verzagen. Wie man auch über das Deutschland urteilen mag, das nach Jahren übermenschlicher Leistungen schließlich in einer Weise zusammengebrochen ist, die auch der schwärzeste Pessimist nicht für möglich gehalten hätte, auf sozialpolitischem Gebiete brauchte es den Vergleich auch mit den fortgeschrittensten Staaten nicht zu scheuen.

Der Verlauf unserer sozialen Entwicklung hatte auch in der Arbeiterklasse die Anhänger des Reformgedankens von Jahr zu Jahr vermehrt. Ohne die Kriegseignisse wäre es bei uns nie und nimmermehr zur Revolution, zum Umsturz, zum Bürgerkrieg gekommen. Diese sozialpolitischen Leistungen unserer Vergangenheit gestatten uns auch heute noch, an unsere Zukunft zu glauben. Wir wollen uns die Überzeugung nicht aus dem Herzen reißen lassen, daß unser Volk noch eine große Mission in der Gesamtentwicklung der Menschheit zu erfüllen hat! (Stürmischer Beifall.)

**Vorsitzender: Ich erteile jetzt das Wort Herrn Dr. Hainisch.**



# Erinnerung an Eugen von Philippovich.

Von

Dr. Michael Sainisch.

Nicht bloß im Deutschen Reiche, auch in Deutsch-Osterreich haben wir in den letzten Jahren einen großen Teil unserer führenden Volkswirte verloren. Während aber Lexis und Conrad, Schmoller und Wagner das Patriarchenalter erreicht haben, sind die Deutsch-Osterreicher im besten Mannesalter von uns geschieden. Wenige Wochen vor dem Ausbruche des Weltkrieges hatten wir den Tod Robert Meyers zu beklagen. Da Meyer in erster Reihe Beamter des Finanzministeriums war, in dem er bis zum Minister vorrückte, ist sein Wirken weniger im Deutschen Reiche bekanntgeworden. Die Amtspflichten hinderten ihn ins Ausland zu reisen; deshalb konnte er auch an unseren Versammlungen fast nie teilnehmen. Es ist staunenswert, daß Meyer, trotz seiner Belastungen im Amte, noch Zeit finden konnte, einige sehr beachtenswerte Bücher zu schreiben, Lehrtätigkeit zu entfalten und an allen sozialpolitischen Bestrebungen teilzunehmen. Noch mehr müssen wir ihm danken, daß er stets zu den verlässlichsten deutschen Beamten zählte. Was das in einer Zeit zu bedeuten hatte, in der der Kurs der österreichischen Regierung antideutsch war, und in der das Finanzministerium die Domäne polnischer Politiker bildete, kann nur der ermessen, der, wie ich selbst, in der damaligen Zeit in einer Zentralstelle diente. Wir beklagen den Verlust des ausgezeichneten Mannes um so lebhafter, als die Regelung des Finanzwesens heute unsere Hauptforge bildet.

Auf Meyer folgten die zwei Männer, die von allen deutsch-österreichischen Volkswirten am meisten berühmt geworden sind: Eugen von Böhm-Bawerk und Eugen von Philippovich. Die Väter beider hatten dem Staate gedient, beide hatten eine ähnliche Bildung genossen, beide waren vornehme Männer lauterster Gefinnung. Und doch welcher Unterschied zwischen beiden. Mit dem Namen Böhm-Bawerk bleibt für immer eine Zinstheorie verknüpft, die Böhm in einem groß angelegten Werke aufgestellt hat. Ich glaube, daß auch derjenige, der mit mir diese Theorie für vollkommen verfehlt hält, dem monumentalen Werke die Anerkennung nicht wird versagen können. Er wird Böhm zu den originellsten und

scharffinnigsten Köpfen zählen müssen. Böhlm hat sein ganzes Leben auf den Ausbau und die Verteidigung seiner Zinstheorie verwendet. Denn seine früheren Arbeiten stellten eigentlich nur Vorarbeiten zu seinem Hauptwerke dar. Die Arbeit über den Wert hat Böhlm sogar vollkommen in sein Hauptwerk aufgenommen. Böhms Wirken war also durchaus einseitig; einseitig auch in dem Sinne, daß es sich ausschließlich auf dem Gebiete der Spekulation bewegte. Böhlm schloß sich völlig hermetisch von der Außenwelt ab. An keiner einzigen Versammlung der Gesellschaft österreichischer Volkswirte oder gar einer der sozialpolitisch interessierten Kreise hat er meines Erinnerns je teilgenommen. Nichts ist in dieser Richtung charakteristischer, als daß er österreichischer Finanzminister wurde, ohne einen Schritt in das benachbarte Ungarn gemacht zu haben, obgleich doch eine Kenntnis ungarischer Verhältnisse für den Minister, der Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn zu führen hatte, äußerst nützlich gewesen wäre.

Im Gegensatz zu Böhlm hat Philippovich so ziemlich alle Gebiete der Volkswirtschaftslehre bearbeitet, und schon in jungen Jahren ein Lehrbuch geschaffen, das zu den angesehensten Büchern zählt. Man kann es trotz des Titels mehr für ein System als für ein Lehrbuch halten, da es meines Erachtens an das Auffassungsvermögen der Jugend zu hohe Anforderungen stellt. Diese staunenswerte Leistung konnte Philippovich nur vollbringen, weil er die seltene Fähigkeit besaß, aus den Lehrgebäuden anderer das Brauchbare herauszuschälen und vollkommen selbständig in künstlerisch vollendeter Form darzustellen. Fremden Ideen gerecht zu werden, vermochte er wie wenige; deshalb halte ich auch die Darstellung der sozialen Ideen des 19. Jahrhunderts, die er in der Festschrift für Schmoller gegeben hat, für sein gelungenstes Werk. Philippovich brachte naturgemäß einen großen Teil seines Lebens hinter Büchern zu. Er hatte aber den Satz Goethes nicht vergessen, daß man zwei Blicke ins Leben und nur einen ins Buch machen solle, und es daher nie verschmäht, mit den wirtschaftlichen Praktikern engste Fühlung zu suchen. Ich selbst war oft Zeuge davon, wie eifrig Philippovich bemüht war, von den Praktikern zu lernen. Wenn ich mich nicht sehr irre, so hat es Philippovich schmerzlich empfunden, daß es ihm nicht vergönnt war, seinen Namen mit einem originellen Gedanken zu verknüpfen. Er hat dabei übersehen, daß er das, was er an Arbeit in die Tiefe nicht zu leisten vermochte, durch Arbeit in die Breite wettgemacht hat. Er fand zwar keine vollkommen originelle Lösung eines Problems, er verstand es aber meisterhaft, Probleme zu formulieren. Deshalb wurde er auch ein Lehrer ersten Ranges, der

schon als ganz junger Mann in Freiburg Hörer aus aller Herren Länder um sich versammelte. Als ich vor zehn Jahren in den Vereinigten Staaten und Canada reiste, wurden mir von nicht wenigen Gelehrten herzliche Grüße an ihren Lehrer Philippovich aufgetragen. Ganz besonders hat er aber als Lehrer in Osterreich gewirkt. Hier hatte Jahre hindurch L. von Stein die Studenten gefesselt, aber außer Philippovich meines Wissens nicht einen einzigen zu irgendeiner positiven Arbeit angeregt. Menger war Stein in der Alleinherrschaft gefolgt; er hielt auch ein Seminar ab. Aber bei diesen Übungen wurde so wie bei Mengers Vorlesungen außerordentlich wenig vorausgesetzt. Menger beschränkte sich mehr darauf, die jungen Leute in die Elemente der Wissenschaft einzuführen, als sie zu selbständigen Arbeiten zu veranlassen. Als es später gelungen war, das Monopol Mengers zu brechen, und nacheinander Brentano und Miaszkowski nach Wien zu berufen, wurden auch seminaristische Übungen abgehalten. Aber die Wirksamkeit der genannten Professoren war viel zu kurz, als daß sehr viel hätte erreicht werden können. So blieb es denn Philippovich vorbehalten, eine ganze Reihe von Schülern heranzubilden. Einige dieser Schüler sitzen auf Kathedern, die meisten stehen im Staatsdienste oder im Wirtschaftsleben.. Die Wirkung, die Philippovich durch seine Schüler auf unser ganzes öffentliches Leben ausübte und noch ausübt, läßt sich natürlich schwer abschätzen, sie muß aber als sehr bedeutend bezeichnet werden. So hat sich Philippovich insbesondere dadurch, daß er im Kreise der Intelligenz das Verständnis für die soziale Seite aller Fragen wachrief, große Verdienste erworben. Wenn heute in Osterreich die Klassengegensätze weniger scharf sind als sonstwo, so ist dies außer auf die Agrarverfassung und den weicheren Volkscharakter Deutsch-Osterreichs auch auf die Tätigkeit Philippovichs zurückzuführen.

Wie als Lehrer hat sich auch Philippovich als Sozialpolitiker in Osterreich große Verdienste erworben. Er konnte dies um so leichter, weil die herrschende Schule der österreicherischen Nationalökonomie zu den sozialen Bewegungen der Gegenwart gar keine Beziehung herzustellen wußte. Nicht als ob die sogenannten Osterreicher die Politik der besitzenden Klassen hätten treiben wollen. Davon konnte keine Rede sein. Sie vermeinten nur, vorerst die Theorie vollkommen ausbauen zu müssen, bevor sie zu sozialen Problemen Stellung nehmen könnten. So sagte mir einmal ein hervorragendes Mitglied der Schule, die Wissenschaft werde erst in zweihundert Jahren so weit sein, mit dem praktischen Leben Fühlung nehmen zu können, worauf ich erwiderte, daß dann wohl das



Leben über die Wissenschaft zur Tagesordnung übergehen werde. Im Gegensatz zu seinen Kollegen hat Philippovich überall eingegriffen, wo es etwas zu tun gab. Er hat an Enqueten teilgenommen, war Mitglied des Arbeitsbeirats und spielte in allen wissenschaftlichen Fachkreisen und sozialpolitischen Vereinigungen eine führende Rolle. Als wir in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine Gruppe bildeten, die nach dem Vorbilde der englischen Fabier das Bürgertum mit sozialen Ideen durchtränken wollte, stand uns Philippovich hilfreich zur Seite. Viele seiner glänzendsten Reden hat er in diesem Kreise gehalten. Heute sind alle unsere Genossen begraben und mir als letztem obliegt die traurige Pflicht, eines der Allerbesten unseres Kreises zu gedenken.

Die seltene Begabung des Verstorbenen sowie der Umstand, daß er einige Jahre in Freiburg gewirkt hatte, ließ ihn als berufenen Vermittler zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch-Österreich erscheinen. Auch in dieser Richtung hat er außerordentlich verdienstlich gewirkt. So konnte er als Präsident der Gesellschaft österreichischer Volkswirte durch Einladung reichsdeutscher Vortragenden eine Verbindung zwischen den Fachgenossen diesseits und jenseits der Grenze herstellen. Als besonders verdienstlich muß ich es Philippovich anrechnen, daß er auch dem Verein für Sozialpolitik die Wege in Österreich gebnet hat. Zweimal, in den Jahren 1894 und 1909, konnte der Verein seine Generalversammlung in Wien abhalten. Das wäre ohne Philippovich unmöglich gewesen, denn der Verein war in Österreich wenig bekannt und hatte nur einzelne Mitglieder, obgleich Ernst von Plener sich schon früh an den Arbeiten des Vereins beteiligt hatte.

Was Philippovich im Vereine selbst geleistet hat, ist wohl in aller Erinnerung. Viermal — in Köln, in Breslau, in München und in Wien — erstattete er mündliche Referate. Fast immer beteiligte er sich an der Diskussion, in den Ausschußsitzungen fehlte er fast nie und an den Vorbereitungen zur Herausgabe von Schriften nahm er den regsten Anteil. So war es stets seine Aufgabe, die Mitarbeiter zu finden, die über österreichische Verhältnisse zu berichten hatten. Schmoller selbst hielt die größten Stücke von Philippovich wohl auch deshalb, weil er ihm als Mann der mittleren Linie besonders nahe stand.

Wir werden heute über die Frage des Verhältnisses zwischen dem Reiche und Deutsch-Österreich zu verhandeln haben. Daß Philippovich diesen Tag nicht erlebte, berührt mich schmerzlich, gehörte er doch zu den wärmsten Freunden eines möglichst innigen Zusammenschlusses. Schon vor zwanzig Jahren ließ er in der Gesellschaft österreichischer Volkswirte

eine Reihe von Vorträgen über die Möglichkeit des Zusammenschlusses abhalten. Ja, kurz vor seinem Tode, als seine Arbeitskraft bereits nachzulassen begann, half er noch unter der Führung Friedjung's die Denkschrift über die Neugestaltung Österreichs verfassen, die von der Zensur verboten, von zahlreichen Staatsmännern, Gelehrten und Offizieren gelesen, einen mächtigen Eindruck hervorgerufen hat. Heute würde sich Philippovich wohl für den unbedingten Wiedereintritt Deutsch-Österreichs in das Deutsche Reich aussprechen. Sein nationales Empfinden würde ihm sagen, daß wir zum Reiche gehören, seine wissenschaftliche Einsicht, daß ein selbständiges Deutsch-Österreich nicht leben und nicht sterben kann. So möge denn heute sein Geist unsere Verhandlungen begleiten!

Philippovich als Redner zu schildern kann ich mir füglich ersparen. Sie alle sind ja so oft unter dem Zauber seiner Reden gestanden. Sie alle haben es erlebt, wie Philippovich es vermochte, auch die verfahrenste Debatte wieder in das richtige Geleise zu bringen. Hätte er in einem anderen Lande gelebt als in dem unglücklichen Österreich, so hätte man ihm wohl im Staate eine führende Rolle zugewiesen. So mußte er sich mit dem Sitze im Herrenhause begnügen, in das er, wie er selbst sagte, als Halbinvalide berufen wurde.

Wir betrauern in Philippovich einen Mann, den die Natur mit großen Fähigkeiten ausgestattet hatte, vor allem aber mit den ausgezeichnetsten Charaktereigenschaften. Gewiß, er zählt nicht zu den ganz wenigen Ausgewählten, die der Wissenschaft völlig neue Wege weisen konnten. Er hat aber auf den verschiedensten Gebieten so ungeheuer viel Ersprießliches geleistet, daß auch die Spur von seinen Erdentagen nicht untergehen wird, so lange es ein deutsches Volk gibt. (Lebhafter Beifall.)



## Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch-Österreich.

Vorsitzender: Wir treten in den dritten Punkt der Tagesordnung ein: Erörterung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch-Österreich.

Ich habe mit der Mitteilung zu beginnen, daß wir gehofft hatten, daß Excellenz Riedl uns aus der ganzen Fülle seiner Kenntnis dieser Dinge heraus ein Referat halten wollte. Sektionschef Riedl ist leider verhindert, zu unserer Tagung zu kommen und hier zu sprechen. Ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß einige unserer österreichischen Mitglieder in die Lücke einspringen werden.

Ich darf deshalb das Wort geben als alleinigem Referenten Excellenz Lufensky.

### Erster Bericht.

Wirklicher Geheimer Rat, Ministerialdirektor a. D. Lufensky (Berlin): Meine verehrten Damen und Herren! Bald nach dem Ausbruch des Krieges begann man sich in Deutschland und in der österreichisch-ungarischen Monarchie mit der Möglichkeit eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der auf Tod und Leben verbündeten Mittelmächte zu beschäftigen. Die Regierungen vermochten dem lebhaften Wunsche weiter Kreise nach einer wirtschaftlichen Annäherung auf die Dauer nicht Widerstand zu leisten. Anfänglich waren die Auffassungen bei ihnen geteilt und häufigem Wechsel unterworfen. Die Verhandlungen wollten zunächst nicht recht vorwärts schreiten: aber gerade jetzt, vor ungefähr einem Jahr, haben in Salzburg jene Verhandlungen stattgefunden, die die Frage eines Zusammenschlusses einer günstigen Lösung entgegenzuführen schienen. Nach ihrem Verlauf konnte angenommen werden, daß sich die Frage eines engen Wirtschaftsverbündnisses zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn endgültig würde lösen lassen, wenn, ja wenn — — — nicht eben schließlich alles doch so ganz anders gekommen wäre.

Der Krieg hat mit der Niederlage und dem Zusammenbruch der Mittelmächte geendet. Die österreichisch-ungarische Monarchie ist aus der Reihe der Staaten gestrichen, sie hat sich in ihre nationalen Bestandteile

aufgelöst. Ein neues Problem ist es, vor das wir dadurch gestellt worden sind, das Problem: Wie gestaltet sich das politische und wirtschaftliche Verhältnis des Deutschen Reiches zu den deutschen Bestandteilen der alten Doppelmonarchie, die ihre Staatlichkeit unter dem Namen Deutsch-Österreich begründen wollten, denen aber die Feinde, sei es aus kleinlicher Gehässigkeit, sei es aus Besorgnis vor allem, was den deutschen Namen trägt, den Charakter als Deutsch-Österreich nicht zugestehen wollten?

Diese beiden Probleme, das eine, das uns besonders während des Krieges beschäftigt hat, das Problem des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Mittelmächte, das andere, welches jetzt neu auftaucht, das Problem des Anschlusses Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich, sind in ihrem Ziel und in ihren Beweggründen vollständig voneinander verschieden. Man kann das zweite nicht als Fortsetzung des ersten auffassen, sondern es ist ein neues, in seinem Wesen durchaus anderes. Wenn ich dennoch kurz auf das frühere Problem des Wirtschaftsbündnisses der Mittelmächte eingehe, so geschieht dies, weil gerade aus dem Gegensatz zu diesem heraus das neue Problem um so klarer zu erkennen sein wird.

Das Wirtschaftsbündnis des Deutschen Reiches und der ihm verbündeten österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie stellte ein weltwirtschaftliches Problem dar. In zunehmendem Maße hatte sich in der Gesellschaft der Völker die Entwicklung zu mächtigen Imperien vollzogen. Rußland, die Vereinigten Staaten von Amerika, ganz besonders aber Großbritannien mit seinem enormen Kolonialbesitz stellten derartige weltwirtschaftliche gigantische Reiche dar, und in Ostasien bestand, wie immer klarer in die Erscheinung trat, bei Japan zum mindesten die Absicht, den Keim zu legen zu einem großen ostasiatischen Reiche. Diese Entwicklung war für die mittleren Staaten nicht ohne Gefahr. Sie versprach den Imperien, die bereits eine außerordentliche Macht darstellten, eine Stellung, die sich im Laufe der Zeit immer bedeutungsvoller gestalten mußte, weil derartige Imperien auf die ihnen benachbarten Staaten naturgemäß eine außerordentliche Anziehungskraft ausüben und sie gelegentlich — und solche Gelegenheiten werden im Laufe der Zeit immer und immer wieder eintreten — in den Kreis ihrer Interessensphäre einbeziehen. Der Vorteil der großen Imperien liegt darin, daß sie ein außerordentlich mächtiges, bedeutungsvolles Konsumtionsgebiet darstellen, das ihrer Industrie unbestritten zur Verfügung steht; hierdurch bieten sich für diese Industrie außerordentliche Möglichkeiten, sie kann auf dem Wege der Spezialisierung und des Großbetriebes zu einer Entwicklung gelangen, welche den weniger

bedeutungsvollen Staaten, die gleiche Vorteile nicht bieten können, verschlossen ist. Dazu kommt das Schwergewicht, welches diese Imperien bei handelspolitischen Verhandlungen, bei der Begründung und Festigung ihrer Beziehungen zu anderen Staaten naturgemäß in die Waagschale werfen. Es ist schließlich etwas anderes, ob ein Gebiet mit einer Bevölkerung von Hunderten von Millionen einem dritten Staat Vorteil gewährt oder ob ein verhältnismäßig kleiner Staat dies tut.

Es ergab sich aus dieser Sachlage selbst für einen wirtschaftlich so tatkräftigen, so erfolgreich arbeitenden Staat, wie das Deutsche Reich es damals war, dennoch die Gefahr, daß er gegenüber diesen Weltmächten in das Hintertreffen gelangen konnte, wenn es ihm nicht gelang, durch Zusammenschluß mit benachbarten Reichen seine Basis ebenfalls entsprechend zu verbreitern und zu vergrößern. Und als derartiges benachbartes Reich, welches für eine Verbreiterung der Basis von besonderer Bedeutung war, kam naturgemäß in erster Linie für Deutschland der Nachbarstaat Österreich-Ungarn in Frage, mit dem Deutschland bereits politisch in den engsten Beziehungen stand.

Sie sehen hieraus, daß das Problem, welches den Zusammenschluß Deutschlands mit der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie bezweckte, in erster Linie ein weltwirtschaftliches war, das in der weltwirtschaftlichen Entwicklung und in dem Bedürfnisse der mittleren Mächte wurzelte, den Riesenreichen, die sich mehr und mehr entwickelten, etwas Gleichartiges entgegenzustellen. Dieser wirtschaftliche Untergrund wurde verstärkt durch gewisse politische Erwägungen. Das innige politische Verhältnis, in welchem Deutschland und die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie seit langem zueinander standen, regte den Wunsch an, die politische Freundschaft auch auszudehnen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, und als nun die Waffenbrüderschaft in dem großen Völkerringen ihre Blutprobe ablegte, wurde in vielen der besten Herzen der beiden Völker dieser Gedanke zu einem brennenden Verlangen.

Trotz der starken Sympathie, die in den weitesten Kreisen einem wirtschaftlichen Zusammenschlusse Deutschlands und Österreich-Ungarns entgegengebracht wurde, fehlte es jedoch nicht an Widersachern gegenüber diesen Plänen.

Es war zunächst in Deutschland die Landwirtschaft, welche dem Zusammenschlusse mit gewissen, meiner Ansicht nach nicht durchweg begründeten Bedenken, gegenüberstand. Sie besorgte, daß die zollfreie Zulassung der agrarischen Erzeugnisse einzelner Teile Österreichs, ganz besonders aber Ungarns, auf die Preisbildung in Deutschland ungünstige Wirkungen für

die Landwirtschaft herbeiführen würde. Aus ähnlichen Gründen widerstrebt in Österreich-Ungarn ein Teil der dortigen Industrie dem Zusammenschluß. Ungarn hatte seit alters den Wunsch, eine eigene Industrie zu entwickeln. Es empfand schon unbequem den Wettbewerb, der seiner industriellen Produktion durch die zollfreie Einfuhr aus Österreich bereitet wurde und hatte noch größere Besorgnisse gegenüber einer zollfreien Einfuhr deutscher gewerblicher Erzeugnisse. Auch in Österreich wurden von der übermächtigen deutschen Industrie Nachteile befürchtet. Besonders galt dies für die böhmische Industrie, in geringerem Umfange auch für die niederösterreichische und steirische Montanindustrie. Auch in Deutschland fehlte es übrigens in den industriellen Kreisen nicht ganz an Gegnerschaft. Es kann festgestellt werden, daß diese auf wirtschaftlichen Erwägungen, auf Besorgnissen der Konkurrenz sich gründenden Bedenken gegen das mitteleuropäische Wirtschaftsbündnis im Laufe des Krieges zunehmend an Stärke abgenommen haben. Es brach sich mehr und mehr die Erkenntnis Bahn, daß der Vorteil des großen Wirtschaftsgebietes unvergleichlich mehr wert sei als die Nachteile, die sich für einzelne Betriebszweige aus der Einlassung ihrer Erzeugnisse ohne Zollschutz ergeben konnten. Zur Abschwächung der Bedenken führte sodann ein Gedankengang, der besonders in Österreich mit Erfolg vertreten worden ist, nämlich der Hinweis darauf, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Krieg eine so außerordentliche Umgestaltung erfahren hatten, daß überall eine wirtschaftliche Neuorientierung erforderlich sein würde. Für eine große Anzahl von Unternehmungen bestand die Notwendigkeit, sich nach Friedensschluß neu aufzubauen, teils wegen des Verschleißes ihrer Betriebsanlagen, teils weil sie während des Krieges zu anderen Produktionszweigen übergegangen waren und nun nach Friedensschluß genötigt gewesen wären, sich zu entscheiden, ob sie zur früheren Art des Betriebes zurückkehren wollten. Es kam hinzu, daß die Absatzverhältnisse durch den langandauernden Krieg vollständig desorganisiert waren und die Frage der Rohstoffversorgung mehr und mehr in den Vordergrund trat.

Aus allen diesen Gründen konnte gefolgert werden, daß die Bedeutung des Zollschutzes nach dem Krieg für eine längere Zeit wesentlich zurücktreten würde, da ferner die allenthalben erforderliche Neuorganisation die verschiedenen Betriebe vor eine ziemlich gleiche Situation stellte, konnte mit Recht behauptet werden, daß, wenn man überhaupt zur Beseitigung der Zollgrenzen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn kommen wollte, hierfür kein Augenblick je geeigneter gewesen war oder in Zukunft geeigneter sein würde als der Zeitpunkt nach dem Abschluß des Friedens.

Die Verhandlungen, die damals zwischen den beteiligten Regierungen stattgefunden haben, litten unter dem Mangel einer festen, in sich geschlossenen Auffassung der Regierungen der Mittelmächte. Insbesondere gilt dies auch für Deutschland, wo nicht allein die einzelnen Ressorts einen voneinander abweichenden Standpunkt vertraten, sondern oft auch innerhalb desselben Ressorts die Frage des wirtschaftlichen Zusammenschlusses eine verschiedene Beurteilung fand. Ich habe in dieser Beziehung selbst betrübende Erfahrungen gemacht und bittere Stunden erlebt infolge der Schwierigkeiten, die in dem Ressort, dem ich als Beamter angehört habe, dem Zusammenschluß entgegengesetzt wurden. Der letzte Chef des preußischen Handelsministeriums aus der vorrepublikanischen Zeit stand den wirtschaftlichen Vereinigungsbestrebungen der Mittelmächte nicht gerade wohlwollend gegenüber. Weniger aus einem sachkundigen Urteile über die wirtschaftlichen Verhältnisse, denn dazu mangelten ihm die für ein solches Urteil erforderlichen Kenntnisse auf wirtschaftlichem Gebiete (Heiterkeit), als vielmehr aus einer inneren Stimmung heraus und vielleicht auch deshalb, weil er der Auffassung war, daß in denjenigen Kreisen, die für das Verbleiben der preußischen Minister im Amte von besonderer Bedeutung zu sein pflegten, der Anschlußgedanke nicht sehr sympathisch beurteilt wurde.

Weitere Bedenken gegen das wirtschaftliche Bündnis Deutschlands mit Österreich-Ungarn wurden aus den verschiedenen Charaktereigenschaften hergeleitet, die die norddeutsche Bevölkerung von der österreichisch-ungarischen Bevölkerung scheiden sollte. In Norddeutschland war man der Auffassung, daß die österreichisch-ungarische Bevölkerung es vielfach an Energie, bisweilen auch an Zuverlässigkeit fehlen ließ und dieser Vorwurf wurde auch gegen unsere deutsch-österreichischen Freunde gelegentlich erhoben. In Österreich hingegen tadelte man den übertriebenen Schneid des Norddeutschen, um so mehr, als sich dieser mehr in Worten als in Taten äußerte, und man klagte über die Großsprecherei des Preußen. Wenn dieser wechselseitigen Kritik ein begründeter Kern in gewissem Umfange zugrunde liegen mag, so wird man doch sagen müssen, daß die Besorgnisse, die aus diesen verschiedenen Charaktereigenschaften Bedenken gegen den Zusammenschluß herleiteten, außerordentlich übertrieben waren. Einzelne beklagenswerte Vorkommnisse hatte man sehr mit Unrecht generalisiert.

Soviel über das frühere Problem. Stellen wir ihm das neue Problem gegenüber, so wurzelt es keineswegs in der weltwirtschaftlichen Stellung der mitteleuropäischen Mächte. Die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie ist in Trümmer zerfallen und auch für das Deutsche Reich



wird man heute mit Bedauern feststellen müssen, daß es in dem Zustande der Zerrüttung und Ohnmacht, in dem es sich zurzeit befindet, auf den Charakter als Weltmacht zurzeit wenigstens keinen Anspruch erheben darf. Aber auch in Zukunft und nach Besserung der Verhältnisse wird durch einen Zusammenschluß der beiden Staaten dasjenige Ziel, das man früher mit „Mitteleuropa“ verfolgte, daß der mitteleuropäischen Produktion neue kräftige Impulse gegeben werden, nicht erreicht werden können. Zunächst kann das „große Wirtschaftsgebiet“ auf diesem Wege natürlich nicht mehr erreicht werden. Im besten Falle werden, wenn sich Deutsch-Österreich an Deutschland anschließt, einigermaßen die Verluste und Nachteile ausgeglichen werden, die durch die Verkrüppelung des Deutschen Reiches, durch die Loslösung wirtschaftlich besonders wertvoller Bestandteile des Reiches eintreten. Dagegen kann das neue Gebilde, das durch den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich entstehen würde, auch nicht annähernd die gleiche Bedeutung auf wirtschaftlichem Gebiete erlangen, wie die vorhin erwähnten Weltimperien England mit seinen Kolonien oder die Vereinigten Staaten von Amerika. Immerhin wenn auch diese weltwirtschaftlichen Ziele nicht mehr in Frage kommen, ist der Anschluß doch nicht ohne wirtschaftliche Bedeutung, von geringerer freilich für das Deutsche Reich als für Deutsch-Österreich. Deutsch-Österreich ist in einem Zustand aus dem Kriege hervorgegangen, der es nötigt, irgendwo seinen Anschluß zu suchen. Allein auf sich gestellt würde es voraussichtlich wirtschaftlicher Verkümmern entgegengehen. Diesen Anschluß wünschen die Feinde dadurch herbeizuführen, daß sie eine Verbindung der Donaufstaaten, welcher Deutsch-Österreich beitreten sollte, anstreben. Dabei würde aber Deutsch-Österreich kaum auf seine Rechnung kommen. Seinem wirtschaftlichen Interesse wird es vielmehr allein entsprechen, wenn es sich an Deutschland anschließt.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse stehen jedoch bei der Anschlußfrage erst in zweiter Reihe. In erster Linie handelt es sich um etwas anderes, nämlich darum, daß die deutschen Stämme national zu einer Einheit zusammengeschlossen werden. Es tritt damit ein Ziel in den Vordergrund, welches im vorigen Jahrhundert lange Zeit hindurch von unsern Vorfahren mit Sehnsucht erstrebt worden ist, das Ziel einer politischen Einigung des Deutschtums aller deutschen Stämme. Dieses Ziel schien endgültig begraben zu sein mit der Auseinandersetzung, die 1866 zwischen Preußen und Österreich stattgefunden hat. Die scheinbare Unerreichbarkeit dieses Zieles hat gerade bei vielen und dem Deutschtum besonders treuen Söhnen der Mutter Germania trotz des glänzenden

Auffstieges des Deutschen Reiches eine gewisse Behmut nie ganz verschwinden lassen. Die Entwicklung des deutschen Reiches, so glänzend sie auch war, schien die politische Trennung von unseren österreichischen deutschen Brüdern unabweisbar zu machen. Die Widerstände, die sich der politischen Einigung aller deutschen Stämme nach der Entwicklung seit 1866 entgegenstellten, erschienen unüberwindlich. Sie beruhten in der Struktur der österreichisch-ungarischen Monarchie einerseits, andererseits in der Rivalität der Herrschergeschlechter, welche in Osterreich und in Deutschland von alters her angestammt waren, der Hohenzollern und der Habsburger. Nun sind diese Widerstände wider alles Erwarten beseitigt worden durch eine Entwicklung, die an und für sich einen Leidensgang voll Bitternis darstellt, wie er selten einem Volke zuteil wurde. Aber ein Gutes hat diese Entwicklung mit sich gebracht. Es ist dadurch freie Bahn geworden dafür, daß der alte Wunsch des Zusammenschlusses sämtlicher deutschen Stämme doch noch schließlich erreicht werden kann. Die wirtschaftlichen Besorgnisse, auf die ich vorhin hinweisen konnte als bedenklich vom Standpunkt des mitteleuropäischen Wirtschaftsverbündnisses, lassen sich gegenüber dem Anschluß Deutsch-Osterreichs an Deutschland in keiner Weise geltend machen. Die deutsche Landwirtschaft hat kein entgegengesetztes Interesse, denn ihre Besorgnisse beruhten auf der Machtstellung der ungarischen Landwirtschaft und auf gewissen Erzeugnissen wie Hopfen und Braugerste, die besonders in Böhmen erzeugt wurden. Die deutsche Landwirtschaft steht nunmehr ohne jedes Bedenken dem Anschlußgedanken gegenüber. Was die Bedenken betrifft, die in Osterreich auf industriellem Gebiet bestanden, so bleiben, nachdem Ungarn und Böhmen von Osterreich losgelöst worden sind, schließlich nur noch die etwaigen Besorgnisse, die aus den niederösterreichischen und speziell den Wiener Verhältnissen hergeleitet werden können. Gegenüber dem großen Gedanken der Einheit sämtlicher deutschen Stämme müßten diese wirtschaftlichen Bedenken schon an sich zurücktreten. Sie sind aber auch in ihrer Stärke nicht besonders zu werten. Was die Wiener Industrien anbetrifft, so darf eins nicht vergessen werden. Sie erleiden durch die Aufteilung der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie einen außerordentlichen Nachteil dadurch, daß ihr ungehemmtes Absatzgebiet auf die rein deutschen Landesteile beschränkt wird und die übrigen Gebietsteile als Absatzgebiete nur noch unter Zollzahlung erreichbar sein werden. Für sie bedeutet der Anschluß an Deutschland eine Erweiterung ihres Absatzgebietes, die sie vollständig entschädigen wird für das, was sie auf der anderen Seite verlieren werden. Nach meiner Meinung

würde es für den Fall eines Anschlusses von Deutsch-Österreich an Deutschland durchaus möglich sein, den etwaigen in der Übergangszeit sich ergebenden Nachteilen durch angemessene Übergangsbestimmungen entgegenzuwirken, etwa durch Bestimmungen, wonach für eine Reihe von Jahren die österreichische Gütererzeugung in denjenigen Zweigen, die einem gefährvollen Wettbewerb von deutscher Seite ausgesetzt wären, gegen diesen Wettbewerb geschützt würde. Notwendig wird ferner sein, daß man eine besondere Fürsorge eintreten läßt für die uns Deutschen allen so am Herzen liegende Stadt Wien, die zweifellos von allen deutschen Gebieten durch die Entwicklung der neuen Verhältnisse am allermeisten gelitten hat. Mit den Deutschen Österreichs sind die Angehörigen des Deutschen Reiches von der Notwendigkeit durchdrungen, diese Stätte alter Kultur, dieses Bollwerk des Deutschtums, das bestimmt ist, den Verkehr mit dem Orient zu vermitteln, in ihrer bedeutenden und glanzvollen Stellung aufrechtzuerhalten. Gemeinsam stellen wir die Forderung, daß bei dem Zusammenschluß für Wien alles geschieht, was irgendwie geschehen kann, um den Übergang in die neuen Verhältnisse zu erleichtern.

Wenn ich vorhin geltend machte, daß Verschiedenheiten der Charaktereigenschaften gegen das Wirtschaftsbündnis, das zwischen den Mittelmächten geschlossen werden sollte, ins Treffen geführt wurden, so können diese heute gegen den Zusammenschluß kaum noch erhoben werden. Die Leiden und Demütigungen, die wir im Kriege und nachher erfahren haben, haben hier ausgleichend gewirkt. Die früher unbekümmerte, auch von den Norddeutschen so sympathisch empfundene Lebensfroheit des Österreichers ist in den schweren Zeiten des Krieges, wenn nicht ganz verloren gegangen, so doch gedämpft worden, und in Norddeutschland ist die anmaßende Schneidigkeit, die den Ausländer und auch den Deutschen in der habsburgischen Monarchie verletzte, durch die Demütigungen, denen wir ausgesetzt gewesen sind, nicht minder gedämpft worden. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Kreise, die es für altpreußische Tugend halten, eine derartige Schneidigkeit zu bekunden, von dem außerordentlichen Einfluß, den sie bisher auf die Gestaltung des staatlichen Lebens in Deutschland gehabt haben, zurückgedrängt worden sind. Wenn hiernach die Entwicklung dahin geführt hat, daß die inneren Hindernisse, die bisher einem Zusammenschluß zwischen Deutschland und Deutsch-Österreich entgegenstanden, weggefallen sind, und wenn ferner festzustellen ist, daß dieser Zusammenschluß dem einmütigen Willen oder wenigstens dem Wunsche der großen Mehrheit des deutschen Volkes einschließlich der

Deutschen in Deutsch-Österreich entspricht, so ist auf diesem leider ein neues und, wie es scheint, schwer zu beseitigendes Hindernis entstanden in dem Machtgebot unserer Feinde.

Der Präsident der Vereinigten Staaten Wilson hat immer und immer wieder den Standpunkt vertreten, daß für die Neugestaltung der Welt, wie er sie sich denkt, als Grundlage zweierlei in Betracht komme. Einmal das Nationalitätsprinzip. Jeder Nation soll die Möglichkeit gegeben werden, sich im Kreise der Völker auszuleben. Die zweite Grundlage bildet das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Diesen Gedanken haben sich alle unsere Feinde angeschlossen, wie sie auch in Deutschland und den Mittelmächten viele Freunde gefunden haben. Unsere Feinde haben hiernach soweit gehandelt, als die Durchführung dieser Ideen sich gegen Deutschland richtete. Insofern haben sie sich ständig auf das Nationalitätsprinzip und auf das Selbstbestimmungsrecht der Nationen berufen. Nun aber, wo man sich in Deutschland auf den gleichen Standpunkt stellt und ebenfalls die Konsequenzen aus den Wilsonschen Ideen ziehen will, lehnen es unsere Gegner ab, sich von den Grundsätzen leiten zu lassen, um deretwillen sie angeblich den Krieg geführt haben. Und doch müßte gerade das Verhältnis Deutschlands zu Deutsch-Österreich das typische Schulbeispiel für diejenigen Ideen bilden, deren Durchführung nach den Wünschen des Präsidenten der Vereinigten Staaten künftig die Grundlage der Staatenbildung sein sollen. Denn sowohl in Deutschland als in Deutsch-Österreich besteht der Staat nach den Änderungen, die der Krieg herbeigeführt hat, im wesentlichen aus Angehörigen einer und derselben Nation, aus Deutschen. Die beiderseitigen Angehörigen stimmen in ihrem Kulturzustande, in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen im wesentlichen überein; sie stehen auf derselben Kulturstufe, haben die gleiche soziale und wirtschaftliche Entwicklung durchgemacht und sind zu einer staatlichen Gemeinsamkeit durchaus prädestiniert. Dabei ist auch der Wille, diese staatliche Gemeinsamkeit zu bilden, bei ihnen vorhanden. Infolgedessen würde bei konsequenter Durchführung der Pläne des Herrn Wilson die Vereinigung Deutschlands und Deutsch-Österreichs nicht nur gebilligt, sondern von den Gegnern sogar angestrebt werden müssen.

Nichtsdestoweniger verhalten sich unsere Gegner, im Widerspruch mit den von ihnen erklärten Grundsätzen, diesem Anschlusse gegenüber ablehnend. Die Stellung der einzelnen Gegner ist dabei offenbar verschieden. Einzelne gegnerische Staaten scheinen dem Anschlusse weniger antipathisch gegenüber zu stehen, sie würden darüber mit sich reden lassen und wünschen ihn vielleicht sogar. Dagegen scheint bei Frankreich der

Herd allen Widerspruchs zu liegen und es ist ihm gelungen, diesen Widerspruch bisher erfolgreich zum Ausdruck zu bringen. In dem Friedensvertrag mit Deutschland und Deutsch-Österreich ist eine Bestimmung aufgenommen, welche den Zusammenschluß zunächst einmal verhindert. Man hat Deutschland gezwungen, Deutsch-Österreich als selbständigen und unabhängigen Staat anzuerkennen. Eine ähnliche Bestimmung ist auch in dem Friedensvertrag mit Deutsch-Österreich aufgenommen worden. Weiter ist die Bestimmung vorgesehen, daß jede Änderung in der Selbständigkeit und Unabhängigkeit Deutsch-Österreichs nur zulässig sein soll, sofern sie vom Räte des Völkerbundes genehmigt wird. Dieser Rat des Völkerbundes setzt sich bekanntlich zusammen aus fünf Vertretern der sogenannten Hauptmächte: Großbritannien, Frankreich, den Vereinigten Staaten, Italien und Japan und aus vier Vertretern, welche von der allgemeinen Versammlung des Völkerbundes gewählt werden sollen. In diesem Räte des Völkerbundes werden die Entschlüsse grundsätzlich mit Einhelligkeit getroffen. Die Sachlage liegt also so, daß nur, wenn der Rat des Völkerbundes mit Stimmeneinheit den Zusammenschluß Deutsch-Österreichs mit Deutschland genehmigt, dieser Zusammenschluß nach den Bestimmungen des Friedensvertrages zulässig ist.

Man kann annehmen, daß einzelne der im Räte vertretenen Staaten, auch der Hauptmächte — besonders gilt dies bei Italien, den Vereinigten Staaten und vielleicht auch Großbritannien —, daß einzelne dieser Staaten dem Zusammenschluß Deutschlands mit Deutsch-Österreich nicht widerstreben, sondern sich wenigstens im Laufe der Zeit damit einverstanden erklären werden. Dagegen ist zunächst mit einem schwer zu überwindenden Widerspruch Frankreichs zu rechnen, welches nach den Bestimmungen des Friedensvertrages allein in der Lage ist, den Zusammenschluß zu verhindern. Wie ernst es einstweilen der Entente und besonders Frankreich mit dem Wunsch ist, diesen Anschluß zunächst nicht zur Tat werden zu lassen, das ergibt sich aus den Vorgängen, die in der letzten Zeit auf Grund der bekannten Bestimmungen unserer neuen Reichsverfassung sich abgepielt haben. Im Artikel 61 der Verfassungsurkunde hat Deutschland die Bestimmung aufgenommen, daß Deutsch-Österreich nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht zur Teilnahme an dem Reichsrat mit der seiner Bevölkerung entsprechenden Stimmzahl erhalten soll, und es ist ferner vorgesehen, daß bis dahin, also bis der Anschluß vollzogen sein wird, die Vertreter Deutsch-Österreichs im Reichsrat eine beratende Stimme haben sollen. Daß hiermit nicht beabsichtigt gewesen ist, den Friedensvertrag und seine das Verhältnis Deutschlands zu Deutsch-

Osterreichs behandelnden Bestimmungen zu verletzen, ergibt sich daraus, daß in den Schlußbestimmungen der deutschen Verfassungsurkunde ausdrücklich die Vorschrift vorgesehen ist, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages durch die Vorschriften der Verfassung nicht beeinträchtigt werden können.

Der Entente ist diese Sicherung jedoch nicht genug gewesen. Sie hat gefordert, daß der Artikel 61 unserer Verfassung, den ich inhaltlich erwähnt habe, beseitigt, oder wenigstens in einer ihr genügenden Weise für unwirksam erklärt werden soll und angedroht, daß, wenn dies nicht in vierzehn Tagen geschehen würde, sie uns militärisch dazu zwingen würde, indem rechtsrheinisches Gebiet von ihren Truppen besetzt werden würde.

Sie haben die Antwort gelesen, welche auf diese brutale vergewaltigende Anordnung von der deutschen Regierung erteilt worden ist, eine Antwort, die nach meinem Gefühl dem Empfinden des deutschen Volkes vielleicht nicht genügend Rechnung trägt. Ich will damit keine übelwollende Kritik gegen das Verhalten der Regierung in dieser Angelegenheit äußern. Im Gegenteil, die Regierung befand sich gegenüber der von den Feinden gestellten Forderung und gegenüber den Zwangsmaßregeln, die uns angedroht wurden, in einer ebenso schwierigen wie verantwortungsvollen Lage, und nach meiner Auffassung ist in der Antwort sowohl was den Wortlaut als auch was die Form angeht, durchaus die erforderliche Würde gewahrt worden. Aber was ich vermisse, das ist, daß man vielleicht doch einen anderen Ton hätte finden können, einen mehr zu Herzen gehenden Ton.

Wie dieser Streitfall schließlich erledigt werden wird, steht noch dahin. Vorgestern erschien es so, als wenn die Feinde sich zufrieden geben würden, wenn ein Protokoll aufgenommen und von der Nationalversammlung genehmigt wird, in welchem ausgesprochen wird, daß die Bestimmungen in Artikel 61 der Verfassung nicht eher in Kraft treten können, als bis der Rat des Völkerbundes den Anschluß Deutsch-Osterreichs an Deutschland genehmigt haben wird. —

Für uns entsteht die Frage, wie wir uns in Zukunft zu dem Zusammenschluß Deutsch-Osterreichs und Deutschland nach diesen Vorkommnissen verhalten sollen, und in dieser Beziehung möchte ich meine Auffassung dahin entwickeln:

Der Friedensvertrag stellt eine unerhörte Vergewaltigung dar. Er steht nicht im Einklang mit denjenigen Grundlagen, welche bei Abschluß des Waffenstillstandes als für den Friedensvertrag maßgebend vereinbart



worden sind. Immerhin ist der Friedensvertrag von Deutschland angenommen und unterschrieben worden, und unsere Staatsmänner haben erklärt, daß sie ihn in loyaler Weise ausführen wollen. Auf diesen Standpunkt wird sich die Regierung sowohl des Deutschen Reiches als Deutsch-Österreichs stellen müssen. Sie wird genötigt sein, anzuerkennen, daß allerdings ein Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland nur möglich ist, wenn der Rat des Völkerbundes zustimmt, und sie wird, wenn diese Zustimmung nicht alsbald zu erzielen ist, danach streben müssen, daß allmählich diejenige Stimmung bei den Feinden Platz greift, die diesen Anschluß als dem Nationalitätenprinzip und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker entsprechend anerkennt und deshalb die Bedenken dagegen zurücktreten läßt. Sofort in dieser Beziehung Schritte zu tun, würde ich für unglücklich halten, weil damit zu rechnen wäre, daß irgendwelche Schritte unsererseits mit einer schroffen und verletzenden Ablehnung beantwortet werden würden. Wir müssen hier der Zukunft das weitere überlassen.

Wenn ich es als eine Pflicht der Loyalität anerkenne, daß wir diese unerfreuliche Rechtslage hinnehmen, so muß ich aber bemerken, daß unter das, was wir zu tun verhindert sind, zweierlei nicht fällt.

Erstens kann es dem Deutschen Reich und der österreichischen Republik nicht verwehrt werden, solche Beziehungen unter sich zu begründen, aufrechtzuerhalten und zu fördern, welche sich aus dem nachbarlichen Verkehrsverhältnis und aus den sonstigen Verkehrsbeziehungen ergeben, und die in gleicher Weise auch zwischen uns und sonstigen Staaten getroffen werden können. Ich bin daher der Auffassung, daß es einwandfrei ist, wenn Deutschland und Deutsch-Österreich zur Regelung ihres Güteraustausches oder zur Sicherung der Stellung ihrer Staatsangehörigen einen Vertrag miteinander abschließen, daß unsere Gegner in solche Abmachungen nicht hineinzureden haben, soweit wir nicht in ihnen jene Rechte beeinträchtigen, welche sich die feindlichen Staaten durch den Friedensvertrag vorbehalten haben.

Sodann kann aber auch durch den Friedensvertrag nicht gehindert werden, daß die einzelnen Staatsangehörigen sowohl Deutschlands als auch der österreichischen Republik den Anschlußgedanken ihrerseits weiter verfolgen. Durch den Krieg sind nicht nur die einzelnen Staaten, sondern das gesamte Deutschtum von stolzer Höhe herabgestürzt worden, und schweren Zeiten sieht es jetzt entgegen. Es muß das Bestreben eines jeden Deutschen sein, seinerseits durch Tüchtigkeit und Anstrengung einem neuen Aufstieg den Weg zu bereiten. Zu dem Zwecke ist es vor allem

erforderlich, daß jeder Deutsche sich seines Deutschtums bewußt und stets bereit ist, dafür einzutreten; notwendig ist ferner die Erkenntnis, daß es einer Vereinigung aller deutschen Kräfte bedarf, wenn anders dieser Aufstieg mit der Aussicht auf Erfolg verfolgt werden soll. In dem Streben nach Zusammenschluß dürfen wir nicht erlahmen. Wir müssen vielmehr alles daran setzen, daß im Interesse der Entwicklung der deutschen Nation die politische und wirtschaftliche Einigung der deutschen Stämme schließlich erreicht wird. Solange diese Einigung noch nicht erfolgt ist, sollte sich jeder einzelne nichtsdestoweniger betrachten als Angehöriger, als Sohn des deutschen Volkes, das in seinem innern Kern zusammengehört und auch durch die ihm aufgezwungene staatliche Struktur nicht auseinander gerissen werden kann. Es muß den verschiedenen Staaten, es muß der ganzen Menschheit klar gezeigt werden, daß die Deutschen sich als Einheit fühlen und ihr Geschick so zu bestimmen wünschen, daß sie auch politisch und wirtschaftlich geeint leben.

Ich habe die feste Zuversicht, daß auf diesem Wege der Zusammenschluß schließlich erreicht werden wird, trotz allen Hasses und trotz aller Furcht, die ihm zurzeit entgegensteht. Ich habe die Zuversicht, daß trotz aller Wetterwolken das geeinte deutsche Volk erstehen und zu neuer Herrlichkeit aufsteigen wird.

Meine Damen und Herren! Ich hatte die Absicht, im wesentlichen diese allgemeineren Ausführungen hier zu machen, in der Hoffnung, daß mein Mitberichterstatter, Excellenz Riedl die einzelnen Fragen, die im Zusammenhang mit dieser allgemeinen Frage stehen, behandeln würde. Bei diesen einzelnen Fragen steht das österreichische Interesse im Vordergrund. Es handelt sich dabei insbesondere um die Bedürfnisse Deutsch-Österreichs, und in welcher Weise diese Bedürfnisse im Zusammenleben mit dem Deutschen Reich befriedigt werden können. Nachdem nun Excellenz Riedl es nicht hat ermöglichen können, heute hier zu sein, gebe ich mich der Hoffnung hin, daß diese einzelnen Punkte in der Debatte von den hier anwesenden österreichischen Herren, die auf diesem Gebiet Erfahrung haben, und sich zum Teil auch literarisch auf diesem Gebiet eifrig betätigt haben, zur Sprache gebracht werden.

Ich bitte, mir aber doch zu gestatten, daß ich zur Vorbereitung für die Diskussion und ohne zu beanspruchen, dabei irgendwie den deutsch-österreichischen Wünschen in erschöpfender Weise Rechnung zu tragen, auf einige der Punkte, die nach meinem Dafürhalten in Betracht kommen, noch kurz hinweise.

Es besteht gegenwärtig keinerlei Rechtsgrundlage für die Beziehungen



Deutschlands und Deutsch-Österreichs, weder für die Rechtsstellung, die die Staatsangehörigen des einen Teils im Gebiet des andern Teils haben, noch auch für den Güteraustausch. Nach meiner Auffassung ist der Handelsvertrag, der zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn bestand, nicht mehr zu Recht bestehend. Ich bin der Meinung, daß mit der Auflösung Österreich-Ungarns dieser Handelsvertrag außer Kraft getreten ist, denn ich kann nicht Deutsch-Österreich als Rechtsnachfolger der Habsburger Monarchie ansehen. Wie der Handelsvertrag nicht mehr zwischen Deutschland und den anderen Satzesessionsstaaten besteht, besteht er auch nicht mehr zwischen Deutschland und Deutsch-Österreich. Andererseits haben unsere Gegner einseitig durch die Vorschriften des Friedensvertrages eine Reihe Sicherungen für sich vorgesehen, wie sie gewöhnlich durch die Bestimmungen eines Handelsvertrages begründet zu werden pflegen. Die Ententemächte haben auf persönlichem Gebiet vorgeschrieben, daß ihre Staatsangehörigen diejenige Rechtsstellung in Deutschland haben, welche die deutschen Staatsangehörigen und in gewissen Fällen die Meistbegünstigten in Deutschland besitzen. Was die Zölle betrifft, so haben die Ententemächte uns vorgeschrieben, daß der Zolltarif, wie er vor Kriegsbeginn bestanden, noch innerhalb von sechs Monaten nach der Ratifikation des Friedensvertrages in Wirksamkeit sein soll, daß wir ferner für weitere dreißig Monate bezüglich gewisser Abschnitte des Zolltarifs genötigt sind, den Ententestaaten die früheren Zölle weiter zu gewähren, so daß wir erst nach Ablauf von drei Jahren in der Gestaltung unserer Zölle freie Hand haben. Sie haben sich ferner den Anspruch auf eine unbedingt einseitige Meistbegünstigung zusichern lassen, und zwar zunächst für eine Dauer von fünf Jahren, jedoch mit der Maßgabe, daß diese Frist durch Beschluß des Rates des Völkerbundes auf längere Zeit hinaus ausgedehnt werden kann.

Soweit die Rechtslage. Ich glaube, daß es nicht schwierig sein wird, auch für den Verkehr zwischen Deutschland und Deutsch-Österreich neue einwandfreie rechtliche Grundlagen zu schaffen. Man wird sich vor allem darüber zu verständigen haben, daß die Vorschriften unseres alten Handelsvertrages wieder in Kraft treten, soweit sie die Rechtsstellung der beiderseitigen Staatsangehörigen ergeben. Andererseits wird über den Güteraustausch und die dabei in Betracht kommenden Zölle eine Vereinbarung zu treffen sein. Was das letztere anbetrifft, so würden wir nach den Verpflichtungen, die wir im Friedensvertrage übernommen haben, schon nach Ablauf von sechs Monaten in gewissem Umfange neue zolltarifarisches Abmachungen treffen können. Ich möchte jedoch nicht emp-

fehlen, solches zu schnell zu tun. Die Verhältnisse der Produktion und das Schutzbedürfnis der heimischen Gütererzeugung sind im Augenblick außerordentlich wenig durchsichtig. Eine Klarheit hierüber ist auch in den nächsten Monaten in keiner Weise zu erwarten; unter diesen Umständen wäre es nicht ratsam, zu schnell daran zu gehen, den deutschen Zolltarif zu erhöhen oder durch einen neuen zu ersetzen. Ich bin der Meinung, daß wir eine längere Zeit, etwa drei Jahre, ruhig mit allen weitergehenden Zollmaßnahmen warten sollten. Wir sollten den Tarif, wie er vor Kriegsbeginn bestanden hat, trotzdem wir ihn unter den veränderten Verhältnissen als höchst unvollkommen anerkennen müssen, als etwas Feststehendes hinnehmen und abwarten, wie die Verhältnisse auf dem Weltmarkt sich regeln werden, welchen Einfluß die veränderte Preislage, der Mangel an Rohstoffen, die Notwendigkeit, Rohstoffe auf andere Weise als vor dem Kriege zu beschaffen, auf das Wirtschaftsleben haben wird, in welcher Weise die Industrie unserer Feinde erstarrt ist, wie sich die Wettbewerbsverhältnisse gestalten werden.

Alle das sind Punkte, die für die Neugestaltung des deutschen Zolltarifs von fundamentaler Bedeutung sind, und in denen wir einstweilen nicht klar sehen.

Nach alledem wird es genügen, wenn wir mit Deutsch-Österreich vereinbaren, daß wir uns gegenseitig Meistbegünstigung gewähren; zu einem weitergehenden Entgegenkommen wird die Möglichkeit deshalb nicht geboten sein, weil sonst, in Folge der Verpflichtung, die wir haben, den Gegnerstaaten Meistbegünstigung zu gewähren, diese ein weitergehendes Entgegenkommen in Folge der Meistbegünstigung für sich in Anspruch nehmen würden. Wir müssen uns eben behelfen, so gut es geht.

Wichtiger als diese Neuregelung der gesetzlichen Unterlagen, des Güterausstausches und der Rechtsbeziehungen zwischen Deutschland und Deutsch-Österreich ist die Frage, wie sich die Verhältnisse zwischen diesen Staaten tatsächlich gestalten sollen, und in dieser Beziehung bin ich der Auffassung, müßte ein möglichst enges Zusammenwirken der beteiligten Kreise der beiden Staaten gefördert und herbeigeführt werden. Es wird möglich sein, daß bei der Errichtung neuer Unternehmungen Deutschland eventuell finanzielle Hilfe leistet. Es wird nötig sein, daß deutsche Banken sich mit den Banken Deutsch-Österreichs alsbald in Verbindung setzen und gemeinsam vorgehen und so den Wiederaufbau auf wirtschaftlichem Gebiete in die Wege leiten. (Sehr richtig!)

In Deutsch-Österreich gibt es viele Quellen, die für die dortige Entwicklung erschließungsfähig sind und, wenn erforderlich, muß Kapital

zur Verfügung gestellt werden, damit sie erschlossen werden können. Ich möchte hinweisen auf eines dieser Gebiete, das sind die Wasserkräfte im Gebirge, deren Ausnützung für die volkswirtschaftliche Entwicklung Deutsch-Österreichs von großem Wert sein würde. Während des Krieges sind ferner in Österreich unter dem Zwang der Zeit Funde an Mineralien gemacht worden, die, wie es scheint, wertvoller sind als solche Funde im allgemeinen sich zu erweisen pflegen. Eine genaue Prüfung und eventuelle Ausnützung dieser Vorkommen wird, wenn nötig, unter finanzieller deutscher Beteiligung herbeizuführen sein.

Nicht minder sollte auf anderen Gebieten ein enges Zusammenwirken Deutschlands und Deutsch-Österreichs in die Wege geleitet werden. Schon bisher haben beide Staaten ihre Gesetzgebung ähnlich gestalten können, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse bei ihnen in vielen Punkten übereinstimmten oder einander ähnelten. In Zukunft wird dies schon deshalb in noch größerem Umfange der Fall sein können, weil in Österreich nur der deutsche Teil der alten Bevölkerung verblieben ist, während die übrigen Nationen, deren Interessen oft abweichend lagen, aus der staatlichen Gemeinschaft ausgeschieden sind. Es wird deshalb beiderseits darauf geachtet werden müssen, daß die gesetzlichen Neuregelungen, die auf den verschiedensten Gebieten erforderlich werden, tunlichst in ähnlicher Weise und auf derselben Grundlage in den beiden Staaten getroffen werden. Ich möchte als Beispiel hinweisen auf die sozialpolitische Gesetzgebung, die zum Teil neu geordnet werden wird und unter dem neuen Regime weitere Fortschritte machen wird. Hier wird es keine Schwierigkeiten machen, diese Gesetzgebung von vornherein möglichst gleichzugestalten.

Auch auf jenen Gebieten, die nach der neuen Verfassung beider Staaten neu geregelt werden müssen, sollte die Notwendigkeit dieser Regelung zu einem weitgehenden Meinungsaustrausch, zu einer möglichst gleichmäßigen Festsetzung der Ziele und einem stetigen Hand in Hand gehen führen. Die Regierungen werden sich hierbei gewisse Beschränkungen auferlegen müssen, um sich nicht dem Vorwurfe einer Umgehung des Friedensvertrages auszusetzen. Insofern diese Gefahr vorliegt, ist zum mindesten anzustreben, daß die gesetzgeberischen Aktionen, die in gleicher Weise in beiden Staaten in die Wege geleitet werden, durch Vereinstätigkeit, Literatur usw. möglichst in Einklang miteinander gesetzt werden. Diese Art einer gemeinsamen Behandlung der gesetzgeberischen, für den Staat wichtigen Fragen wird nicht allein das übereinstimmende Interesse und Bedürfnis sowohl Deutschlands wie Österreichs befunden und dadurch die Angemessenheit eines Zusammenschlusses dartun, sondern wird auch dazu

führen, daß die Staatsangehörigen der beiden Staaten einander näher geführt, und mehr und mehr zu dem Gedanken gebracht werden, daß sie sich fühlen als Glieder und Söhne eines einheitlichen deutschen Volkes.

Wenn dieser Weg beschritten wird, so wird er den späteren Zusammenschluß sehr erleichtern. Ist die Gesetzgebung bis dahin in paralleler Bahn gehalten worden, sind die gesetzlichen Vorschriften in beiden Staaten übereinstimmend, so wird das naturgemäß für den künftigen Anschluß von Wert sein, auf den wir die Hoffnung nicht aufgeben dürfen, und nie aufgeben werden, denn er ist eine Notwendigkeit, eine so wichtige Forderung deutschen Wesens und deutscher Kultur, daß wir ihn mit allen Kräften erstreben müssen. Der Anschluß Österreichs an Deutschland muß kommen und wird kommen!! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für den klaren Überblick, den er uns durch sein Referat verschafft hat.

Wir werden die Verhandlungen jetzt unterbrechen müssen. Ich möchte Ihnen aber mitteilen, daß nachher die Debatte eröffnet werden wird durch einen Redner, der in freundlicher Weise eine Art Korreferat erstatten wird, Dr. Stolper, dessen Beiträge zur Frage des Verhältnisses zwischen Deutschland und Österreich wir ja alle hochschätzen.

Ich bitte Sie deshalb, am Nachmittag möglichst pünktlich zu sein. Es ist in Aussicht genommen, um 3 Uhr mit den Verhandlungen zu beginnen und zwar bitte ich, daß wir wirklich um 3 Uhr zusammenkommen und nicht erst mit dem akademischen Viertel, damit für die weiteren Verhandlungen genügender Platz bleibt.

(Die Sitzung wird darauf 12,30 Uhr geschlossen.)

**Vorsitzender: Die Sitzung ist eröffnet (3,05 Uhr). Ich bitte  
Herrn Dr. Stolper, das Wort zu nehmen.**

# Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch-Österreich.

## Zweiter Bericht.

Dr. Gustav Stolper (Herausgeber des „Österreichischen Volkswirt“, Wien): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor der Aufgabe, über ein aktuelles politisches Thema wissenschaftlich zu diskutieren, beschleicht einen immer eine gewisse Verlegenheit. Man hat das unbehagliche Gefühl, man könnte agitatorisch werden, oder man könnte sich nicht genug vor gewissen Begriffen hüten, die man als feststehend annimmt, während sie im Augenblick der Diskussion gerade anfangen kontrovers zu werden. Unsere politische Begriffswelt ist durch den Krieg und insbesondere durch die Ereignisse der letzten Monate vollkommen zerstört worden. Und so ist es vor allen Dingen wichtig, daß wir uns Klarheit schaffen über den Sinn dessen, was wir erlebt haben und noch erleben.

Es ist sehr schwierig, in der Lage, in der wir uns befinden, bereits die Distanz zu den Dingen zu gewinnen, die nötig erscheint, um objektiv haltbare Schlüsse zu ziehen. Ich möchte ein wenig erinnern an die Art, wie wir unsere ganze politische Entwicklung während des Krieges betrachtet haben. Bis 1917 sah es so aus, als ob dieser Krieg überhaupt keine wesentlichen Veränderungen in dem staatlich-politischen Gefüge Europas hervorrufen würde. Es begann sich da schon eine Art Theorie herauszubilden, die den Krieg als ein untaugliches Mittel in der Entwicklung der Völker oder zur Schlichtung politischer Streitigkeiten bezeichnete. Es schien eine allgemeine Stagnation einzutreten, und nichts anderes als die Formel dieser Auffassung war es ja, daß gewisse Kreise den Frieden ohne Annexionen und Kontributionen verlangten, das heißt im wesentlichen die Wiederherstellung des status quo ante. Diejenigen, die dies verlangten, waren teils radikale Pazifisten, die die Wiederherstellung des status quo ante deshalb forderten, weil sie die notwendigen politischen und nationalen Veränderungen auf dem Wege der sozialen Umgestaltung herbeiführen zu können glaubten. Die anderen waren die Restgnierten, das heißt diejenigen, die die Kriegslage so auffaßten, daß sich durch den Krieg nichts von den Problemen aus der Welt

schaffen lasse, die den Krieg herbeigeführt haben. Das Merkwürdige ist, daß in dem Augenblick, wo diese Formel akzeptiert werden konnte, durch die tatsächliche Entwicklung der Dinge ihre Anwendung bereits abgeschlossen war. Vom Ausbruch der russischen Revolution im März 1917 an war tatsächlich nicht mehr an eine Wiederherstellung des status quo ante zu denken.

Ich möchte das auf deutschem Boden als Österreicher betonen, weil wir die Diskussion, die Sie in Deutschland über Ihre politischen Fehler der letzten Jahre führen, mit einigermaßen gemischten Gefühlen verfolgen. Wir sind nicht parteipolitisch gebunden und haben für die Vorgänge in Deutschland gewissermaßen einen gesamtdeutschen Blick, dort wo der Deutsche selbst nur einen Teilblick hat. Das ist kein Verdienst, weil wir mit unserm staatlichen und nationalen Schicksal nicht so sehr an dem Sieg der einen oder anderen Richtung in Deutschland beteiligt sind als daran, daß Deutschland als Ganzes uns halbwegs das bleibe, was es uns war, nämlich der letzte Hort, die letzte Zuflucht. Unser Referent hat den Parallelismus oder vielmehr den Unparallelismus der sogenannten „mitteleuropäischen“ Bewegung während des Krieges und der großdeutschen Anschlußbewegung seit dem Zusammenbruch schon scharf hervorgehoben. Ich möchte hinzufügen, daß tatsächlich zwischen beiden Bewegungen keine andere Beziehung herrscht als die, daß wir Deutsche in Österreich schon während des Krieges national gerungen haben, uns aber damals die Frage gestellt haben: Kann Österreich selbst als Ganzes anders gehalten werden denn durch einen engen Zusammenschluß Österreichs mit dem Reich? Ob das politisch richtig oder falsch gewesen ist, können wir nicht beurteilen, denn diese mitteleuropäische Politik ist nicht gemacht worden. Österreich ist zusammengebrochen, und eine gewisse Probe auf die Richtigkeit dieses Gedankens scheint es zu sein, daß Österreich in dem Augenblick zusammengebrochen ist, wo Deutschland geschlagen wurde. Österreich stand so lange, als es der Bundesgenosse des aufrechten starken Deutschen Reiches war. Und nun ist dieser Krieg so ausgegangen, wie er eben ausgegangen ist, und wir versuchen, so gut es geht, heute schon eine Summe daraus zu ziehen. Diese Summe scheint uns das Folgende zu sein:

Vernichtet hat dieser Krieg die Nationalitätenreiche: Österreich-Ungarn, Rußland, die Türkei. Sie scheiden als Ganzes aus der Staatenreihe aus. Der Krieg bedeutet auf diese Weise die höchste Vollendung oder die letzte Auswirkung des nationalen Gedankens. Der nationale Gedanke als staatenbildendes Prinzip scheint durch ihn seine letzte Bewährung er-

fahren zu haben. Und nun fragen wir uns, was hat in solcher Situation die Wissenschaft für eine Funktion, und hat sie überhaupt eine Funktion? Mir scheint die Wissenschaft in diesem Augenblick nichts anderes tun zu können, als den Versuch zu unternehmen, Ziel und Stärke der politisch und sozial wirksamen Kräfte zu erfassen, und Wesen einer richtigen Politik müßte es sein, diesen wirkenden sozialen und politischen Kräften die politisch angemessene Form zu geben. An diesem Maßstab haben wir das Friedenswerk von St. Germain und Versailles zu messen, unter diesem Gesichtspunkt sollten einmal die Politiker und Staatsmänner, die dort versucht haben, das neue politische Gefüge Europas und der Welt zu ordnen, das Friedenswerk betrachten. Ist es ihnen gelungen, diese wirkenden politischen Kräfte zu erfassen, richtig zu werten und ihnen politisch die richtige Form zu geben? Der Krieg hat die Nationalitätenstaaten zerstört. Die Entente richtet neue Nationalitätenstaaten auf. Denn alles, was sich auf dem Boden der alten österreichisch-ungarischen Monarchie erhebt, sind Nationalitätenstaaten nach dem Muster des alten Österreich oder besser nach dem des alten Ungarn. Der Krieg scheint durch den Zusammenbruch Österreich-Ungarns bewiesen zu haben, daß ein Herrschaftsverhältnis von Volk zu Volk unhaltbar ist. Die Entente richtet neue derartige Herrschaftsverhältnisse auf. Der Krieg ist im wesentlichen daraus entstanden, daß es kein friedliches Mittel gab, einen Ausgleich zu schaffen zwischen nationalen Entwicklungstendenzen und den Beharrungstendenzen der staatlichen Machtorganisationen. Der Völkerbund hätte seiner Idee nach das übergeordnete Organ sein sollen, das imstande wäre, diese starren Machtorganisationen, die die Staaten bisher dargestellt haben, so weit elastisch zu erhalten, daß sie sich neu aufkommenden nationalen Tendenzen anpassen könnten. Der Völkerbund von Paris ist selbst nichts anderes als eine starre Machtorganisation, nichts als eine politische Organisation zur Erhaltung nicht eines bestimmten nationalen, sondern eines bestimmten staatlichen Zustandes. Er versucht den staatlichen Bestand, das staatliche Gefüge Europas zu perennieren, versucht, durch Zwangsmittel gewissermaßen dieselben Probleme ungelöst zu erhalten, an denen das alte Österreich-Ungarn zugrunde gegangen ist. Und mit ein Mittel zur Aufrechterhaltung dieses künstlichen Gefüges, dieses Versuches, dem geschichtlich wirkenden Gesetz sich entgegenzustellen, ist der Zwang, der auf Deutsch-Österreich ausgeübt wird, sich unabhängig und selbstständig zu erhalten. Der Wortlaut des Artikels 188 des Friedensvertrages, der im letzten Augenblick hineingekommen ist, und dem man anmerkt, daß den Herren in Paris dabei doch ein wenig bange geworden



ist, und daß sie sich ein wenig den Weg offen halten wollen zur Umkehr, ist folgender:

„Die Unabhängigkeit Österreichs ist unabänderlich, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt. Daher übernimmt Deutsch-Österreich die Verpflichtung, sich, außer mit Zustimmung des gedachten Rates, jeder Handlung zu enthalten, die mittelbar oder unmittelbar oder auf irgend welchem Wege, namentlich — bis zu seiner Zulassung als Mitglied des Völkerbundes — im Wege der Teilnahme an den Angelegenheiten einer anderen Macht seine Unabhängigkeit gefährden könne.“

Es steht in diesem Artikel sehr wenig. Es steht vor allem nichts darin, was die Lebensfähigkeit Deutsch-Österreichs irgendwie gewährleisten könnte. Man hat meines Erachtens sehr mit Unrecht in St. Germain das Hauptgewicht aller Bestrebungen darauf gelegt, einen „milden“ Frieden zu erlangen, und es ist nicht zu leugnen, daß in dieser Beziehung manche Erfolge erzielt worden sind. Mit Unrecht, sage ich deshalb, weil alle Zugeständnisse für uns wertlos gewesen wären. Mir hat wenige Tage vor meiner Reise hierher ein Wiener Bankdirektor gesagt: Wenn man mir die Aufgabe gestellt hätte, diesen Frieden zu machen, und seine Bedingungen nach eigenen Ermessen zu formulieren, ich wäre nicht imstande gewesen, aus Deutsch-Österreich durch irgendeine Friedensbedingung einen lebensfähigen Staat zu machen. Das ist das Entscheidende. Die Wiedergutmachungskommission, die man uns gibt, hat negative Kompetenzen. Sie kann Härten mildern, uns vor gewissen Dingen bewahren, aber diese ganze Wiedergutmachungskommission ist nicht imstande, uns eine positive Hilfe zu gewähren. Sie kann uns auf die Dauer keine Lebensmittel verschaffen, keine Kohlen, keine Rohstoffe, und vor allem nicht unsere ganz unmögliche soziale Verfassung ändern. Das, was wir im Augenblick tun können und müssen, ist: uns selbst und der Welt Klarheit zu verschaffen über die Struktur dieses deutsch-österreichischen Staates. Ich habe Ihnen deshalb zu zeigen — und darin muß ich dem Herrn Referenten widersprechen —, daß die Frage des Anschlusses Deutsch-Österreichs nicht nur und gar nicht in erster Linie eine nationale Herzensangelegenheit ist, daß diese Frage nicht eine Angelegenheit ist, die man wohlwollend weiter als Ideal bei sich im Herzen hegen kann, und daß man im übrigen höchstens vorbereitende Schritte tun könne, um vielleicht in einigen Jahren das ersehnte Ziel leichter zu erreichen, sondern daß diese Frage ihre ganze Aktualität bewahrt hat, daß die Anschlußfrage heute und morgen wie seit Monaten ihre lebenswichtige Bedeutung für Deutsch-Österreich und das ganze deutsche Volk behält.

Wie sieht dieses Deutsch-Österreich aus? Wir haben einen Staat, einen sogenannten Staat mit  $6\frac{1}{2}$  Millionen Einwohnern — eine Volkszählung wird alsbald stattfinden —, von denen  $2\frac{8}{10}$  Millionen auf die Hauptstadt entfallen. Das ist weit mehr als ein Drittel des ganzen Staatsvolkes. Vergleichen Sie damit einen anderen Großstaat: Frankreich, Deutschland, England. Wir finden überall ein normales Verhältnis darin, daß die Hauptstadt höchstens 10% der Bevölkerung zählt. Wenn England darüber hinaus geht, so ist nicht zu übersehen, daß London zugleich der Mittelpunkt des ungeheuren Kolonialreiches ist. Mit Ausnahme von Frankreich ist kein Staat in seiner Wirtschaft so zentral verwaltet, wie es das alte Österreich war. Wien war tatsächlich Mittelpunkt und Herz dieses Staates, und war es trotz aller ungarischen Aspirationen nicht nur für Österreich, sondern geistig auch für Ungarn. Das ist geleugnet worden, das hat man nicht wahr haben wollen, aber es ist doch so gewesen. Wirtschaftsform, organisatorische Ideen, technische Fortschritte, Steuerpolitik, soziale Reformen, für all das hat Wien den Ton angegeben und die gedankliche Arbeit geleistet, für all das ist Wien auch der Sitz der Organe gewesen. Und nun zerfällt dieses Reich, zerfällt es in eine Anzahl von sogenannten Nationalstaaten, die alle trotz ihrer ungeheuren Schwierigkeiten doch nicht mit solchen Lebensorgen zu ringen haben, daß man sagen könnte, sie müßten daran zugrunde gehen. Polen hat mit ungeheuren organisatorischen Schwierigkeiten zu kämpfen. In der Tschecho-Slowakei liegen die Dinge besser. Dort ist ein großer Teil der alten österreichischen Beamenschaft in der ersten Verwaltungsinstanz übernommen worden. Auch die Statthalterei hat schon wertvolle Kräfte für die zweite und dritte Instanz der Verwaltung geliefert. Trotzdem ringt auch die Tschecho-Slowakei mit starken organisatorischen und verwaltungstechnischen Schwierigkeiten. Aber sowohl Polen wie die Tschecho-Slowakei sind Staaten mit gewaltigen wirtschaftlichen Hilfsquellen. Sie verfügen über eine breite Rohstoffbasis, über eine starke, vielleicht für sie zu starke Industrie, und sie tragen vielleicht die geringsten Kriegslasten, die irgendwie europäischen Staaten aus diesem Kriege übrigbleiben. Deutsch-Österreich wird durch diesen Frieden verurteilt, das Erbe des alten Österreich anzutreten. Wir können die Rechtsnachfolge ablehnen und tun es auch, aber die materiellen Folgen haben wir zu tragen, und denen können wir uns nicht entziehen. Das bedeutet nicht nur die Übernahme des weitaus größten Teiles der alten österreichischen Schuld, sondern es bedeutet, daß uns gewissermaßen der Kopf zurückbleibt, dem die Blutwege abgeschnitten sind, die ihn früher ernährt haben, ein Gehäuse ohne Inhalt, ein Apparat,

dessen Wirkungsbereich weggefallen ist. Es bleibt übrig eine Stadt von  $2\frac{3}{10}$  Millionen Einwohnern, die auf einmal Grenzstadt geworden ist, eine Stadt, die den ganzen Ministerialapparat der alten Monarchie in sich beherbergt. Jetzt zeigt sich die üble Kehrseite der Medaille, daß trotz allem und allem Österreich bis zum letzten Augenblick ein deutsch verwalteter Staat war. In den Zentralstellen saßen wenigstens 80% Deutsche oder wenigstens solche Angehörige fremder Nationen, denen es in und nach der Revolution nicht schwer wurde, sofort festzustellen, daß sie doch Deutsche seien, weil sie ihren Wohnsitz in Wien behalten wollten und sich in Deutsch-Österreich sicherer als bei den anderen Staaten aufgehoben glaubten. Mir ist eine Reihe von Fällen bekannt, daß Beamte in hohen Rängen, die im Juli 1918 sich noch als Tschechen ausgaben, auf einmal Deutsch-Österreicher geworden sind. Und nun kommt dazu noch das große Heer von Offizieren, dazu kommt weiter das große Heer von Intellektuellen, die überhaupt nur eine Reichshauptstadt beschäftigen kann. Denken sie an die 3000 Advokaten, an die Tausende von Ärzten, Schriftstellern, Künstlern usw., kurz all das, was nur seinen Nährboden in einem Kulturzentrum haben kann, wie es im alten Österreich Wien und nur Wien gewesen ist. Wenn ich sage, daß dieses Österreich stärker zentralisiert war als einer der übrigen europäischen Staaten, so heißt das gleichzeitig, daß es in diesem Deutsch-Österreich außer Wien an Großstädten im soziologischen Sinne eigentlich nichts gibt, daß es dort infolgedessen auch keine Bourgeoisie gibt. Das ganze übrige Österreich besteht aus Proletariern, Bauern oder Kleinbürgern. Der Fabrikant, der in der Provinz seine Fabrik hat, sitzt in Wien. Der Wirtschaftsplan wird in Wien gemacht. Der Rohstoffeinkauf erfolgt über Wien. Der Vertrieb der Produkte geschieht in Wien. Die Finanzierung erfolgt von Wien aus. Die Provinz hat außer Sparkassen nur landwirtschaftliche Genossenschaften, also überhaupt keine nennenswerte Kreditorganisation. Eine Bankkonzentration wie in Deutschland hat bei uns nicht vor sich gehen können, denn außerhalb Wiens hat es fast keine Kreditbanken oder Privatbankiers gegeben. Aber Wien hat von der Erfüllung dieser wirtschaftlichen Funktionen gelebt, es hat gelebt davon, daß es der wirtschaftliche Mittelpunkt auch der jetzigen Nationalstaaten vor allem der Tschecho-Slowakei war. Aber die tschecho-slowakischen Aktiengesellschaften, die bisher in Wien ihren Sitz haben, wandern jetzt ab. Sie wandern ab unter dem Druck der Prager Regierung. Sie sind als deutsch-österreichische Unternehmungen nicht imstande, den Schutz einer amtlichen Stelle in ihrem Staate zu finden. Es ist das sehr begreiflich, denn die

Prager Regierung will ihre Industrie nationalisieren. Dieser Begriff hat dort keine besondere Bedeutung. Es heißt erstens: die Industrie muß tschecho-slowakisch werden, und außerdem hat es noch eine engere Bedeutung: sie soll möglichst tschechisch werden, das heißt entdeutscht werden. Über die Mittel, die dazu angewendet werden sollen, ist man sich in Prag noch nicht einig. Eines der wirksamsten Mittel hat die Prager Regierung durch den Friedensvertrag in die Hand bekommen, indem dieser ihr die Möglichkeit gibt, die Kriegsanleihen ihrer eigenen Staatsangehörigen anzuerkennen oder nicht. Die Prager Regierung beabsichtigt, die „individuelle“ Methode einzuschlagen. Sie behält sich die Freiheit vor, bei einem Unternehmen die Kriegsanleihe weiter zu verzinsen und bei dem andern nicht. Wir können uns ja denken, welche Tendenzen man damit verfolgt. Und bedenken Sie, daß diese deutsch-böhmische Industrie, die Filialen der Wiener Banken mit Kriegsanleihe angestopft sind in noch viel höherem Maße als die reichsdeutschen Banken, daß die Tschechen nahezu nichts an Kriegsanleihen haben, und das wenige, was sie besaßen, während der Revolution abgestoßen haben. So hat die größte tschechische Bank Ende 1917 einen Kriegsanleihebesitz von 30—40 Millionen gehabt, während ihr Besitz Ende 1918 nur noch 1,7 Millionen betragen hat, und hier handelt es sich um eine Bank mit 120 Millionen Aktienkapital. Die 1,7 Millionen werden natürlich anerkannt werden.

Ein anderes Mittel zur „Nationalisierung“ ist, daß man die Kreditorganisationen der Wiener Banken in dem tschecho-slowakischen Gebiet liquidiert. Die Liquidation ist in vollem Zug. Und die Banken, die sich vielleicht zur Sicherung eines günstigen Angebots beeilten, waren zu dieser Eile gezwungen. Man hat ihnen das Geschäft in diesen Monaten fast unmöglich gemacht. Man hat sie nicht in die Lage versetzt, ihren Kunden Kredite einzuräumen, so daß z. B. Zuckerfabriken, die ihre Campagne beginnen, gezwungen waren, zu einer tschechischen Bank zu gehen. So wird es der Reihe nach in rascher Folge wohl mit allen Wiener Banken gehen. Zurück bleibt in Wien der Kopf der Unternehmungen mit einem Heer von Beamten, die nun nichts mehr zu tun haben. Das wird vorläufig noch dadurch verhüllt, daß die Banken mit Hilfsarbeiten für den Fiskus, Vermögenskonfiskation und dergleichen beschäftigt sind und auch die Liquidation der Monarchie, besonders die Währungstrennung und die Absperungsmaßnahmen viel Arbeit machen. In dem Augenblicke wird es offenbar werden, wo diese größtenteils nicht geschäftsmäßige Betätigung der Beamten wegfällt. Bis jetzt sind die Buchhaltungen in der Zentrale geführt worden, die letzten Entscheidungen sind in Wien gefallen. In

Wien wurden die großen Anleiheverhandlungen geführt und bei den Emissionen ist die Wiener Börse die herrschende gewesen. Das stirbt jetzt ab, und ein Apparat bleibt in Wien übrig, der aufgebaut und bestimmt war für ein Reich von 53 Millionen Menschen, während diesem Apparat jetzt nur noch Funktionen bleiben für ein Hinterland von 4 Millionen agrarisch-kleinbürgerlicher Bevölkerung.

Sie sehen, auf allen Gebieten steht da zum erstenmal eine Stadt in der Weltgeschichte vor dem Problem ihres eigenen Untergangs, und zwar eines ziemlich unvermittelten Untergangs, der sich nicht allmählich vollziehen kann, sondern der sich katastrophal vollzieht. Heute besteht eine Art Schwebezustand. Heute werden die öffentlichen Beamten weiter bezahlt. Sie werden in den Banken weiter beschäftigt und die Offiziere werden entlohnt. Das ist ein Zustand, den man zwei bis drei Jahre vielleicht aufrechterhalten kann: Geschichtlich gesehen eine lächerlich kurze Frist. Und wie soll man in einer derartig kurzen Übergangszeit diesen Menschenmassen neue Beschäftigung geben, wie soll man die Berufsumschichtung vornehmen? Ein Amerikaner, der jüngst in Wien war, sagte zu mir: Die Wiener Bevölkerung muß bis auf 1 Million auswandern. Es wird 1 Million auswandern. Aber es wird die auswandern, von der die andere gelebt hat. Und zurückbleiben werden die Intellektuellen, Pensionisten und was es sonst an wirtschaftlich unproduktiver Bevölkerung gibt.

Eine derartige Entwicklung vollzieht sich nicht, sagte ich, ohne die schwersten Katastrophen und sozialen Erschütterungen, Katastrophen, von denen wir nicht wissen, in welcher Form sie sich vollziehen, und von welchen Fernwirkungen sie begleitet sein werden. Über den Ernst der Situation geben sich nur erstaunlich wenige Menschen Rechenschaft. Am wenigsten geben sich unsere eigenen Staatsgenossen davon Rechenschaft. Wien — das fühlen sie instinktiv — ist etwas ganz anderes als das übrige Deutsch-Österreich. Man kann sich einen stärkeren Gegensatz in der sozialen und wirtschaftlichen Struktur kaum denken. Da ist eine andere Geistigkeit, andere Probleme, eine andere Art der Weltbetrachtung eine andere Art zu politisieren, zu denken. Diese Riesenstadt ist für den Nicht-Wiener in Deutschland etwas Fremdes, das man instinktiv aber entschieden ablehnt. Die deutsch-österreichischen Länder fühlen, daß der Strudel, in den Wien hinabgerissen werden kann, sie unter Umständen mitreißt, und sie wollen sich nicht mitreißen lassen, da die Rettung Wiens ohnehin über ihre eigene Kraft geht. Daher kommen die Separationsbestrebungen. Sie wissen, daß eine persönliche Freizügigkeit innerhalb Deutsch-Österreichs nicht mehr besteht. Sie kommen leicht nach Deutsch-

land und in die Schweiz, aber Sie dürfen sich als Wiener in Tirol nicht länger als drei Tage aufhalten. Jetzt hat Wien ein Einreiseverbot eingeführt. Das sind nicht Verwaltungsschikanen und politische Scherze, sondern der Ausdruck der ernstesten Tatsache, daß sich die einzelnen Länder als selbständige Organismen fühlen und überhaupt untereinander kein Gemeinschaftsbewußtsein mehr besitzen.

Das ist kein Wunder. Dieses Deutsch-Österreich ist niemals ein staatliches oder sonst geschichtliches Gebilde gewesen. Es war immer nur der Teil eines großen Ganzen und war jedenfalls niemals in seiner heutigen Form staatlich zusammengefaßt. Es gibt infolge dessen auch heute in Deutsch-Österreich niemanden, der ein deutsch-österreichisches Staatsbewußtsein hat. Es gibt ein deutsches Nationalbewußtsein und einen Provinzialismus, ein Stammesbewußtsein. Kein Mensch fühlt sich als Deutsch-Österreicher, und ein Staat ohne Geschichte und ohne Staatsbewußtsein ist etwas Undenkbares und wäre es auch dann, wenn es nicht die ganz unmögliche Struktur hätte, wie ich sie skizziert habe.

Und nun könnte man meinen, daß auch dieses Unmögliche in der Geschichte längeren Bestand hätte, wenn man nicht eben leben müßte. Aber vor welchen wirtschaftlichen Aufgaben steht dieser Staat? Ich setze voraus, daß es gelingt, eine deutsch-österreichische Verfassung zu konstruieren. Dieses Deutsch-Österreich braucht heute monatlich allein für die Zufuhren von Getreide, Fleisch und Fett 15 Millionen Dollar, das sind heute 800 Millionen Kronen, das macht im Jahr 10 Milliarden. Darin ist nicht enthalten der Bedarf an Zucker, Kartoffeln, Eiern u. a. und all das, was man an zusätzlichen Nahrungsmitteln zu den Rationen einführen muß. Darin sind auch nicht enthalten neun Zehntel des Kohlenbedarfs und nicht enthalten unser Rohstoffbedarf. Wir kommen auf diese Weise zu einem jährlichen Passivum von gering geschätzt 12—13 Milliarden Kronen. Was steht nun auf der anderen Seite? Wir haben eine Industrie, die im wesentlichen auf zwei Pfeilern ruht, das ist Eisen und Holz. Die Eisenbasis ist ziemlich breit, aber wenig tragfähig, weil die Kohle fehlt. Die Holzbasis darf nicht überschätzt werden. Wir haben bis Mitte August 48 Millionen Dollar Kredit erhalten und für diesen Kredit haben wir unsere Waldungen bereits verpfändet. Es wird ziemlich viel Holz geschlagen und exportiert: Um aber nur die 48 Millionen Dollar abzutragen, müssen wir 2 $\frac{1}{2}$  Jahre so weiter exportieren, und um die 48 Millionen Dollar zu verbrauchen, haben wir 2 $\frac{1}{2}$ —3 Monate gebraucht.

Nach dem Friedensvertrag hat Deutsch-Österreich den größten Teil



der alt-österreichischen Schulden, insbesondere alle Valutaschulden, zu übernehmen und außerdem die Einlösung aller im Ausland umlaufenden Banknoten. Wir wissen nicht, wieviel das ist. Aber auch wir waren Okkupationsmacht in Galizien, in der Ukraine, in Rumänien und Serbien. Wir haben auch Banknoten ausführen müssen zur Bezahlung von Schulden und Rohstofflieferungen. Was außerdem auf dem Wege der Vermögenshinterziehung ins Ausland an Noten geflossen ist, ist nicht zu kontrollieren. Jedenfalls sind das alles einige Milliarden.

Von den Industrien, die uns zur Verfügung stehen, hätte namentlich die Eisen- und Metallindustrie nicht ungünstige natürliche Bedingungen. Aber gerade diese Industrie ist auf Massenproduktion, auf den großen Markt, auf Spezialisierung angewiesen, und gerade das ist etwas, was einem Staat wie Deutsch-Österreich unerreichbar ist, genau so wie der Schweiz. Qualitätsindustrien wie die Schweiz haben wir auch, aber nur in geringem Maße, und zwar in Artikeln, von denen ich fürchte, daß für diese, da es sich um Artikel des Geschmacks und Luxusbedarfs handelt, in wenigen Jahren nur eine beschränkte Nachfrage bestehen wird, ganz abgesehen von der Pariser Konkurrenz, die aus politischen Gründen übermächtig werden wird. Darauf ist die Existenz eines Staates nicht zu gründen.

Wovon leben wir denn eigentlich? Wir leben vorläufig von nichts als von Papier und ausländischen Nahrungsmitteln. Was unsere Industrie arbeitet — und sie kann nur wenig arbeiten, weil sie keine Kohlen hat, um halbwegs Kompensationsgüter für den Warentausch zu schaffen —, das deckt nur den geringsten Teil von dem, was wir aus dem Ausland brauchen. Zu beleben ist diese Industrie nicht, weil das Fundament fehlt, auf dem sie belebt werden kann, und vor allem wäre die stärkste Belebung dieser Industrie erst imstande, den Teil der deutsch-österreichischen Wirtschaft zu alimentieren, der bisher von dieser Industrie gelebt hat, nicht die Hunderttausenden zu ernähren, die von den Industrien der Nationalstaaten gelebt haben.

Jeder weiß, daß man heute keine neuen Fabriken bauen kann; daß selbst dort, wo die kommerzielle Möglichkeit vorhanden wäre, die Sache daran scheitert, daß die Leute keine Arbeiterwohnhäuser bauen können, daß selbst, wenn es gelänge, die Materialien zu beschaffen, eine Wohnung von 1 Zimmer und Küche selbst auch dann auf 8000 Kronen jährlich zu stehen käme. Auf solcher Grundlage kann die Wirtschaft der Zukunft nicht aufgebaut werden.

Die Konsequenzen: Es stehen drei Möglichkeiten, theoretisch gesehen, offen, um diesen Staat irgendwie über Wasser zu halten. Die eine

Möglichkeit, von der manche Leute noch sprechen und von der zu meinem schmerzlichen Bedauern auch unser Staatskanzler gesprochen hat, ist die eines selbständigen Deutsch-Österreich nach Analogie der Schweiz. Aber Deutsch-Österreich bietet schlechterdings keine Analogie mit der Schweiz. Zwar ist auch die Schweiz ein industriell passiver Staat. Aber die Schweiz wird dadurch aktiv, daß sie einen ungeheuren Fremdenverkehr hat, der dieses Defizit ausgleicht, den wir niemals haben können und werden. Die Schweiz hat eine starke geschichtliche Tradition und daher ein hochentwickeltes Staatsbewußtsein, und sie hat eine glücklich ausgeglichene soziale Struktur. Die Schweiz hat keine Millionenstadt, sondern sie besitzt eine ganze Anzahl von Kultur- und Wirtschaftszentren, von einer Größe, die der Größe des Landes und der Wirtschaftsbasis, auf der sie beruhen, angemessen ist, und die Schweiz hat nicht die Liquidation eines verlorenen Krieges durchzuführen und ist nicht mit all den ungeheuren Schwierigkeiten belastet, durch die wir hindurch müssen. Die Möglichkeit eines selbständigen Deutsch-Österreich scheidet nach all dem bisher Gesagten wohl aus.

Die zweite Möglichkeit wäre die Donauföderation, d. h. ein enger wirtschaftlicher — und wie manche wünschen — politischer Zusammenschluß mit einigen der Staaten des früheren Österreich-Ungarn. Der Friedensvertrag sieht für eine begrenzte Zeit von fünf Jahren ein Sonderverhältnis zwischen Deutsch-Österreich, der Tschecho-Slowakei und Magyaren vor. Ich vermute, daß diese Klausel nicht aus Rücksicht auf Deutsch-Österreich hineingekommen ist, sondern aus Rücksicht auf die tschecho-slowakische Industrie. Für uns wäre eine derartige Verbindung verheerend. Sie wäre es deshalb, weil das Wiener Problem damit in keiner Weise zu lösen wäre, denn die Tschecho-Slowakei wird niemals darauf verzichten, Prag zum Mittelpunkt zu machen, und außerdem bietet Budapest ein ähnliches Problem wie Wien. Wir haben industriell alles von einer derartigen Verbindung zu fürchten. Ich kann mir eine wirtschaftliche Föderation zwischen Staaten denken, die sich wirtschaftlich ergänzen und sich gegenseitig etwas zu bieten haben. In Wirklichkeit ist es aber so, daß der ganze Warenverkehr zwischen der Tschecho-Slowakei und Deutsch-Österreich sich einseitig von Norden nach Süden vollzieht, daß sie uns alles und wir ihr fast nichts zu liefern haben. Industriell haben wir von der Tschecho-Slowakei weitaus am meisten zu fürchten. Daß der eine Teil der Lieferant, der andere der Markt ist, das wäre das typische Kolonialverhältnis. Eine Föderation mit Südslawien anzustreben, kann nicht in Frage kommen, weil dieses es sich wohl über-



legen wird, mit den Überschüssen seiner Wirtschaft einem Staat auf die Beine zu helfen, der ihm wenig zu bieten hat. Wäre Deutsch-Österreich ein Staat mit einer reichen Industrie, so könnte man sich denken, daß dieser Agrarstaat und der Industriestaat Deutsch-Österreich ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet bilden. Davon ist aber keine Rede. Dieses Deutsch-Österreich hat eine geringe Textilindustrie und zwar nur als Baumwollindustrie. Wir müssen jeden Meter Herrenkleiderstoff aus dem Auslande einführen, weil wir über keine einzige Wollweberei verfügen. Industriell haben wir also den agrarischen Ländern wenig zu bieten. Kurz, mir scheint dieser Plan der Donauföderation wenig Aussicht auf Verwirklichung zu haben, nicht nur, weil er am deutsch-österreichischen Widerstand scheitern würde — dieser würde vielleicht vorerst wenig fühlbar werden, weil wir gelähmt sind —, sondern weil die Nationalstaaten nicht darauf eingehen können. Bestand würde eine solche Föderation nicht haben, da die entgegengesetzten nationalen Tendenzen in einer ganz neuen, ungeschichtlichen, traditionslosen Form noch weniger Widerstand und Lösungsmöglichkeit fänden, als im alten Österreich-Ungarn.

bleibt das, was eigentlich nicht hätte strittig sein sollen: die dritte Möglichkeit, die Vereinigung mit Deutschland. Ich sehe vom nationalen Moment ab. Ich möchte nur die Bemerkung nicht unterdrücken, wie tief bedauerlich es ist, daß das Nationale bei den Deutschen sich nicht annähernd so von selbst versteht wie bei den anderen Völkern, daß man sich unter Deutschen gleichsam entschuldigen muß, wenn man national empfindet. Das hängt bei uns damit zusammen, daß die deutsch-nationale Politik in Österreich nicht sehr glücklich gewesen ist. Immerhin sollte man glauben, daß es in derartigen Lebensfragen eines ganzen Volkes keine Meinungsdivergenzen geben sollte. Ich glaube auch, daß es nicht nötig ist, auf diesen Punkt weiter einzugehen.

Aber das muß festgestellt werden, daß dieser Zusammenschluß auch das einzige ist, was uns wirtschaftlich retten kann, das einzige, was imstande ist, diesem leer gewordenen Gehäuse einen neuen Inhalt, der vorhandenen Organisation einen neuen Funktionsbereich zu gewähren. Dieses Wien, das aufgehört hat, Mittelpunkt eines Reiches zu sein, dieses Wien, das aufgehört hat, Kopf und Herz eines 53 Millionen-gebildes zu sein, muß ersatzweise Kopf und Herz für einen Teil Deutschlands werden, und Deutschland hat bisher bewiesen, daß es neben Berlin Platz genug für Großstädte mit ihren eigenartigen Funktionen hat.

Und Deutsch-Österreich bringt dem Reich manches mit. Ich muß meinem leisen Bedauern Ausdruck geben, daß darüber unser deutscher

Referent nicht gesprochen hat. Wir müssen es Ihnen überlassen, nachzudenken, was wir Ihnen neben den schweren Opfern als Gewinnmöglichkeit zu bieten haben. Denn es würde gegen das Gebot des guten Geschmacks verstoßen, wenn ich den Anschein erweckte, unseren eigenen Wert anzupreisen. Ich möchte nur kurz die Frage erörtern, wie so uns der Anschluß an das Deutsche Reich neue Funktionsmöglichkeiten bringt. Unsere Funktion wäre es, die östlichen Interessen des Deutschen Reiches wahrzunehmen. Wir, als östliche Exponenten des Deutschen Reiches, können der Vertreter der östlichen Interessen des Deutschen Reiches werden: politisch, wirtschaftlich, kommerziell, finanziell. Sie können unsere Bankorganisation dazu benützen, Ihren Orienthandel zu finanzieren, Sie können die Wiener Handelsfirmen dazu benützen, um der deutschen Industrie und dem deutschen Handel Auslandsorganisationen zu schaffen, und sie können vor allem dazu beitragen, daß die Entwicklung des rückständigen neu-altens Deutsch-Osterreich sich in Form und Tempo vollzieht, das das deutsche Tempo ist und nicht das österreichische. Deutsch-Osterreich ist das einzige Gebiet, in dem sich Deutschland nach diesem Krieg wirtschaftlich hemmungslos betätigen kann, und es liegt auch in Ihrem Interesse, daß dieses einzige Gebiet zu Ihrem und unserm Segen rasch und intensiv bearbeitet werde.

Die Lasten, die wir Ihnen aufbürden, sind schwer. Sie bestehen in der ungeheuren Schuldenlast, die wir mit uns schleppen, eine Schuldenlast, die sich für Sie freilich dadurch verringert, daß Sie sie in Mark zählen können und heute auf die Mark mehr als 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Kronen gehen. Sie verringert sich ferner dadurch, daß Sie mit dieser Schuld die entwicklungsfähige Steuerkraft dieses 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen-Volkes übernehmen, und sie verringert sich schließlich/relativ dadurch, daß diese 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen nur etwa 10 % des Deutschen Reiches sind, und daß Sie selbst mit einer solchen Schuldenlast beladen sind, daß es auf uns gar nicht mehr ankommt. Für die Kriegsschädigung sind wir ohnehin solidarisch haftbar.

Geschenkt wird uns nichts werden. Sie werden nicht mehr zu zahlen haben, wenn wir uns Ihnen anschließen, denn wir werden zusammen das Äußerste zu tragen haben, dessen wir fähig sind, ob wir unsere Lasten zusammenlegen oder ob wir sie getrennt weiter zu schleppen versuchen.

Ich glaube, wir haben keine Möglichkeit, sie noch lange zu schleppen, bis zum 15. August hat unser Kredit von der Entente gereicht, seitdem leben wir von Krediten, die wir uns auf „inoffiziellem“ Wege verschaffen. Wir führen Banknoten aus und verkaufen sie gegen ausländische Noten, die wir dann zur Zahlung verwenden. Diesen Schleichhandel betreiben

bei uns staatliche Organe. Auf diese Weise ist eine Wirtschaftspolitik auf die Dauer nicht fortzuführen. Wir haben einen Kompensationsvertrag mit Jugoslawien abgeschlossen. Er ist von unserer Seite zum Teil in Warenlieferungen, zum Teil in Geld zu erfüllen. Aber Jugoslawien nimmt weder deutsch-österreichische noch jugoslawische Kronen in Zahlung, aber es nimmt bezeichnenderweise Mark. Sie sehen, Sie haben noch Kredit, und das kann für Deutsch-Österreich eine beträchtliche Hilfe sein, und ob Sie 60 oder 63 Millionen Menschen zu ernähren haben, erschwert Ihr Problem nicht mehr sehr wesentlich. Aber ich will den Anschluß Ihnen nicht schmachhafter machen, als er Ihnen aus anderen Gründen erscheinen mag.

Ich habe gesagt, daß wir uns nicht darauf verlassen dürfen, daß unser Herzenswunsch irgend einmal in Erfüllung geht. Ich meine, daß die Entwicklung sich so vollzieht, daß in dem Augenblick, wo die Reparationskommission in Wien ihre Arbeit aufnimmt, die Herren zu der Erkenntnis kommen werden, daß das, was sie sich zugemutet haben, für sie selbst zu schwer ist. Zumal der einzige Staat, der unmittelbar an der Verhinderung des Zusammenschlusses zwischen Deutsch-Österreich und dem Reich interessiert ist, Frankreich, nicht imstande ist, Hilfe zu leisten und die anderen Mächte kein Interesse haben, den Anschluß zu verhindern.

Das ist der Friedensdelegation der Alliierten entgangen. Aber es wird in Wien den Vertretern der Reparationskommission unmittelbar bewußt werden. Und dann kommt der Augenblick, wo unsere Frage aktuell wird, wo die Anschlußidee von neuem zur Diskussion und Beschlußfassung in Paris gestellt werden muß.

In diesem Augenblick muß aber das ganze deutsche Volk selber wissen, was es will. Es darf nicht wieder geschehen, daß in dem Augenblick, da in Entente-Kreisen die Erkenntnis dämmert, daß dieser Zusammenschluß notwendig ist, die Entente-Diplomaten berichten können, den Anschluß wolle man in weiten Kreisen des deutschen Volkes überhaupt nicht. Und wenn Sie wegen der Anschlußklausel im Friedensvertrag ängstlich sind, so sage ich: Nach diesem Vertrag müssen wir erst recht und immer wieder über den Anschluß sprechen, so viel, so laut und so eindringlich, als es möglich ist, nicht im Überschwang der nationalen Phrase, sondern in der Erkenntnis der wirtschaftlichen Notwendigkeit. Wir müssen wissen, was wir wollen, wissen, was wir müssen, und wollen, was wir müssen. Und wir müssen uns klar darin sein, daß schließlich die Stunde kommen muß, wo auch das deutsche Volk wieder entdeckt, daß es einen Willen zum Leben hat. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Nach dieser ausgezeichneten Rede eröffne ich die Diskussion und erteile zunächst das Wort Herrn Dr. Spann.

Prof. Spann (Wien): Verehrte Versammlung! Meine Absicht ist es, über die Bedeutung des Anschlusses, im besonderen für die industrielle Produktion das Nötigste zu sagen.

Wovon man bei Beurteilung dieser Frage wie des ganzen Anschlusses ausgehen muß, ist eine richtige Vorstellung vom Wesen der Volkswirtschaft. Verhängnisvoll ist die übliche und herkömmliche Meinung, „Volkswirtschaft“ sei eine mechanische Zusammensetzung wirtschaftlicher Güter oder — und das ist schon revolutionär — der wirtschaftlichen Tätigkeiten, die hinter den Gütern stehen. Vielmehr ist „Volkswirtschaft“ ihrem tiefsten Wesen nach ein organisches Ganzes, in welchem die verschiedenen Tätigkeitsarten und Wirtschaftszweige aufeinander abgestimmt und angewiesen sind; nicht nur Landwirtschaft und Gewerbe, sondern auch die einzelnen Gewerbearten untereinander, das Bankwesen, die Finanzkraft eines Landes, sowie auch alle sonstigen Zweige der Volkswirtschaft hängen aufs genaueste miteinander zusammen, entsprechen einander und sind innig aufeinander angewiesen. Es scheint mir wesentlich, diesen Gesichtspunkt von Anbeginn zu betonen, weil wir gewohnt sind, eine gewisse mechanische, freihändlerische Beurteilungsweise volkswirtschaftlicher Dinge zu haben. So sagte man uns in Wien kürzlich bezeichnenderweise: wozu braucht Ostrau im (deutsch-österreichischen) Inlande zu liegen? Kaufen muß man die Kohle ja ohnehin. Ob Ostrau zu Deutsch-Österreich gehört oder im Ausland liegt, macht wirtschaftlich grundsätzlich nichts aus! Das ist ein Trugschluß. Man kauft, wenn diese Kohle im eigenen Staat ist, notwendig unter ganz anderen Bedingungen. Nicht nur die Zölle spielen hier eine Rolle, sondern auch die Frachtsätze, die der Einflußnahme der inländischen Volkswirtschaft entzogen sind, die erhöhten Handelskosten, die Wälutaschwankungen, die Verwaltungsmaßnahmen und vieles andere. Wenn wir von diesem Standpunkt aus die Dinge betrachten, so müssen wir staunen über die frivole Unkenntnis, mit der man in St. Germain einen Körper geschaffen hat, dem Haupt und Glieder fehlen und der nur ein verstümmelter Rumpf ist, der seine Lebensbedingungen nach keiner Seite hin finden kann.

Ganz konkret gesprochen, wie sieht die deutsch-österreichische Volkswirtschaft aus?

Unser zweiter Berichterstatter hat schon Wesentliches darüber gesagt. Ich möchte nur das mich Angehende näher ausführen. Zuerst: Welche

Naturschätze hat Deutsch-Österreich? Es sind hauptsächlich die Eisenerze in Steiermark, das Holz und die Wasserkräfte. Das sind unsere Naturschätze. Außerdem haben wir aber noch andere ganz wesentliche Wirtschaftsmittel. Hier ist wichtig unsere Textilindustrie, ferner haben wir eine Reihe von Qualitätsindustrien; zuerst jene, die sich auf der Eisenindustrie aufbauen, dann die Leder-, Galanterie- und Konfektionsindustrie, die kunstgewerblichen Industrien und ähnliche Fertigindustrien. Nun sagt man uns gegenwärtig: Ihr habt ja Holz, Eisen und eine Summe von einzelnen Industrien, mit diesen Wirtschaftsmitteln müßt ihr euch forthelfen!; und es sei auch gleichgültig, ob wir die Kohlen innerhalb oder außerhalb der Staatsgrenzen finden. Man verspricht uns eine „Wiedergutmachungskommission“ zu schicken, die uns Erleichterungen gewähren, ja uns wohlwollend unterstützen werde. Es ist nun entscheidend, daß wir uns darüber klar werden: daß, selbst wenn dieses helfende Wohlwollen sehr ernst gemeint wäre, es uns doch gar nichts nutzen würde. Denn der ganze Standpunkt, von dem man da ausgeht, ist gänzlich verfehlt! Es muß laut gesagt werden, daß man auf diese Weise die übriggebliebene, krüppelhafte deutsch-österreichische Volkswirtschaft absolut nicht retten kann. Erlauben Sie mir hier an den Gedankengang List's zu erinnern, der in das Goldene Buch jedes Nationalökonomen gehört, und den ich so formulieren möchte. Die Frage: Wann gedeiht ein Bergwerk?, ist dahin zu beantworten: wenn es ein Hüttenwerk als Abnehmer hat; wann gedeiht das Hüttenwerk?, wenn ein Walzwerk und die einem solchen angeschlossenen Werke da sind; wann gedeiht das Walzwerk?, wenn die verarbeitenden Industrien vorhanden sind, die ihm seine Erzeugnisse abnehmen, zum Beispiel eine Maschinenindustrie; und wann gedeiht die Maschinenindustrie?, wenn Fertigindustrien im Lande sind. Diese Fragestellung schließt sich im Kreise: wann gedeiht das Bergwerk, wann gedeiht eine Industrie?, wenn alle anderen Industrien da sind, wenn ein organisch abgestimmtes Ganzes von Großgewerben vorhanden ist. Dieser List'sche Gedanke muß für die Beurteilung unserer neugeformten Volkswirtschaft maßgebend sein. Dann erkennen wir die jetzige deutsch-österreichische Volkswirtschaft nur allzu deutlich als ein Gebäude von Wirtschaftsmitteln, dem die Grundlage fehlt und dem der Dachstuhl fehlt, dem die Rohstoffe und Vorprodukte fehlen und die Möglichkeit für die nachherige Verwertung der Erzeugnisse. Für unsere Erze fehlen uns die Kohlen; sie sind in Böhmen, und jetzt, wenn überhaupt, so nur unter ganz, ganz anderen Bedingungen zu haben als früher. Für unsere Raffinerien fehlt uns das Rohöl, für unsere Spinnereien fehlen

die Webereien, für die Bleichereien, Appreturen und Färbereien fehlen uns teilweise die Spinnereien und teilweise die verarbeitenden Industrien, welche die gefärbten Gegenstände aufnehmen könnten. Jeder Schritt, den die Industrie tut, ist nur mit der Überwindung von Zollschranken und sonstigen staatlichen Grenzhindernissen zu machen. Für unsere Lebensmittelinindustrie und überhaupt für die ganze Industrie sowie unsere Großstädte fehlt die agrarische Grundlage. Für die Bankwelt fehlt das zu finanzierende Großgewerbe, besonders jenes Deutschböhmens, das in die Tschecho-Slowakei eingegliedert wurde. Für den Handel fehlt abermals das frühere große Objekt. Der namentlich in Wien konzentrierte Handel ist auf 50 Millionen Menschen zugeschnitten, während Deutsch-Österreich nur 6 $\frac{1}{2}$  Millionen Einwohner hat. Nun könnte man sagen, daß wenigstens ein Teil lebensfähiger Großgewerbe, namentlich gewisse Qualitätsindustrien, ebenso wie die Naturschätze schließlich doch bei uns verbleiben. Aber auch da fehlt es, selbst wo produktionspolitisch und produktionstechnisch die Voraussetzungen gegeben wären, an der grundlegenden volkswirtschaftlichen Voraussetzung: an dem großen inneren Markt. Die Größe des inneren Marktes ist jene Bedingung, welche vornehmlich den Begriff eines verhältnismäßig selbständigen „Wirtschaftsgebietes“ schafft und in sich schließt. Nur ein großer innerer Markt kann Industrien entstehen lassen, welche fürs erste die nötige moderne Betriebsgröße und sodann auch die nötige Spezialisierung aufweisen. Nun hat eine Summe hochqualifizierter Industrien in Deutsch-Österreich einen ganz bedeutenden inneren Markt, nämlich von 30 bis 50 Millionen Einwohnern gehabt, und war selbst auch dabei noch wesentlich mit auf die Ausfuhr berechnet gewesen. Ein Beispiel für viele: die Autoindustrie. Für 6 $\frac{1}{2}$  Millionen Menschen kann diese Industrie nicht liefern, das gibt keinen inneren Markt eines modernen Großgewerbes. Ebenso die ganze Maschinenindustrie, die nun weitaus zu groß ist. Und selbst wenn es gelänge, unseren inneren Markt für diese Produkte zu behaupten, so müßten sich die vorhandenen Betriebe von jeder Spezialisierung abwenden und sich „detaillieren“. Sie müßten alles mögliche machen, während der Weg der Entwicklung nur in der Spezialisierung der Großindustrie gegeben ist.

Alle anderen Dinge, wie die Valutafrage und die Milliardenſchulden, die auf einer ſo ſchwachen Volkswirtschaft laſten, will ich gar nicht einmal berückſichtigen. Ich will nur klar machen und beweifen, daß dieſer Kumpfkörper, von Natur aus, aus eigener, innerſter Notwendigkeit lebensunfähig iſt! Was in Deutsch-Österreich an Wirtschaftsmitteln



verblieben ist, ist ein unorganisches Ganzes. Es fehlen nicht nur die Rohstoffe, es fehlt nicht nur die Agrargrundlage, es fehlen vor allem die Industrien, selbst so einander, daß sie einen leidlichen Zusammenhang von Vor- und Nachindustrien gäben, ein vernünftiges Zusammenwirken von Stamm- und Hilfsindustrien ermöglichen. Und es fehlt außerdem noch der innere Markt, der die notwendige Aufnahme- und Spezialisierungsmöglichkeit bieten würde.

So muß uns furchtbar klar werden, daß die deutsch-österreichische Industrie einen Trümmerhaufen darstellt. Wenn noch so tüchtige und lebendige Kräfte in diesen Trümmern wohnen, so sind sie ihrer Natur nach Bruchstücke, verurteilt, zugrunde zu gehen.

Welche Mittel gäbe es dagegen? Es gibt nur das eine einzige Mittel, diese Bruchstücke wieder in einen großen, geordneten, lebendigen Wirtschaftskörper einzugliedern. Dabei können sie unter vielen schmerzhaften Veränderungen zuletzt doch wieder Teile, lebendige Organe eines großen, wahren Ganzen werden. Formell gesehen böte eine solche Möglichkeit die „Donauöderation“. Der Herr Vorredner hat die vollkommene Unzulänglichkeit dieses unglückseligen Planes bereits dargetan. Selbst wenn aber auch derartige gelingen sollte, dann müßte Prag das Zentrum werden, wie die tschechischen Minister ja bereits verkündet haben. Dadurch würde ein wirtschaftliches Zentrum dort geschaffen, wo der Schwerpunkt der Deutsch-Österreicher niemals sein kann. Wien müßte wieder zurückstehen, wir wären abermals ein Kumpf, ein Gebiet, das weder politisch noch wirtschaftlich existieren kann.

Es verbleibt nur noch die Einfügung in Deutschland, und wir wünschen sie politisch. Doch davon spreche ich augenblicklich nicht, sondern, was mir jetzt allein nahe liegt, ist, darzutun, daß wir einzig und allein durch die Eingliederung in die große deutsche Volkswirtschaft jenes Heilmittel finden können, das uns von einem Bruchstück in ein Glied, aus einem Trümmerhaufen in den Teil eines Organismus verwandelt! Wir bringen unser Eisen in das große Deutsche Reich hinein und vermehren damit den Wert dieses Eisens. Der Grenznutzen unseres Eisens hätte sich erhöht, denn Deutschland hat große Eisenerzschätze verloren, und dadurch ist in Deutschland eine Eisenknappheit entstanden. Alle einzelnen Industrien von uns finden in Deutschland ihre Hilfs- und Vorproduktion, andere finden ihre verarbeitenden Nachproduktionen. Unsere Fertigerzeugung findet ihren inneren Markt. Wir können so unsere Bruchstücke gleichsam anheilen, und umgekehrt bringen wir dem reichsdeutschen Wirtschaftskörper wesentliche wertvolle neue Bestandteile, die eine Bereicherung und eine

Abrundung ergeben und auch einen Ausbau des inneren Marktes für das Deutsche Reich bedeuten.

Noch eine Frage: ist diese Annäherung, ist der Anschluß unverzüglich notwendig, oder hat er Zeit? Heute ist die verhängnisvolle Meinung in Deutschland, zum Teil auch bei uns selbst verbreitet: gegenwärtig ist uns der Anschluß verboten, damit müssen wir uns abfinden, zuletzt ist er uns aber politisch ja doch sicher, wir müssen und werden uns später einmal mit Deutschland vereinigen. Dieser Standpunkt ist falsch, ist verhängnisvoll. Rein politisch könnten wir ja gewiß sagen: wir bleiben Deutsche, ob wir getrennt sind oder nicht, das Herz kann man uns nicht aus dem Leibe reißen; wir werden schon zusammenkommen, es bedarf keiner gewaltſamen Politik. Aber volkswirtschaftlich können wir das nicht sagen! Wir können nicht warten, weil wir vorher zugrunde gehen. Die deutsch-österreichische Volkswirtschaft kann sich nicht weiter helfen, sondern sie ist ein Bruchstück, ein Trümmerhaufen, und diese Bruchstücke müssen zu einem Glied werden, bevor sie abgestorben und verdorben sind.

Und das, glaube ich, ist nun die wichtigste Aufgabe, die jetzt erfüllt werden muß: dieses Bewußtsein in Deutschland und Deutsch-Österreich überall wachzurufen, daß, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus, der Anschluß keinen Aufschub duldet, wenn nicht die deutsch-österreichische Volkswirtschaft begraben werden soll. Die Folge wäre, daß Hunderttausende, ja Millionen von Deutschen auswandern müßten und auf diese Weise eine große deutsche Kraft an der Grenze im Osten dem deutschen Nationalkörper verloren ginge. Rein politisch könnten wir warten, wir werden auch später glühenden Herzens in unser altes Vater- und Stammhaus einziehen. Aber wirtschaftlich ist es die Stimme der Verzweiflung, mit der das deutsche Volk von Österreich sich melden und erklären muß: es ist nicht ein politisches Recht, das wir gegenwärtig für uns in Anspruch nehmen, sondern es ist ein Recht auf Brot und Arbeit, ein primitivstes Recht auf Existenz, das wir sofort den volkswirtschaftlichen Anschluß an das Deutsche Reich vollziehen dürfen. Wenn wir diese Überzeugung überall lebendig machen, dann kann es nicht fehlen, daß die Entente einsieht, wie dringend und unentbehrlich und unverhinderlich der Anschluß ist. Es würde der Entente nicht zum Vorteil gereichen, den Anschluß zu verhindern, denn sie würde uns zugrunde richten und dann nicht mehr imstande sein, etwas aus dem Opfer herauszupressen. Es würde ihr nicht zum Vorteil, aber es würde ihr auch nicht zur Ehre gereichen, statt eines Siegers ein Leichenräuber zu werden. (Beifall.)



Prof. Dr. U l t m a n n (Mannheim-Heidelberg): Nach einem psychologischen Gesetz vermag die menschliche Seele über ein gewisses Maß hinaus keine Belastung mehr zu ertragen. Die äußerliche Lethargie, mit der Deutschland das furchtbare Schicksal von Deutsch-Österreich hingenommen hat, ist nicht der Ausdruck der Gleichgültigkeit, auch nicht das Zeichen einer für immer gebrochenen Kraft, sondern ein Symptom dafür, daß die deutsche Seele stumpf geworden ist von dem Maß des Leides, das ihr auferlegt wurde. Aber dennoch dürfen wir hoffen, daß der unzerstörte Selbsterhaltungstrieb wiederkehren wird, den ein Volk braucht, wenn es leben will.

Ich habe das Wort genommen, um ausdrücklich zu sagen, daß die verhältnismäßig leidenschaftslose Art, mit der deutsch-österreichische Fragen bei uns behandelt werden, nicht der Ausdruck innerer Gleichgültigkeit, nicht das Zeichen dafür ist, daß es sich für uns dabei um Fragen zweiten Ranges handelt, sondern daß diese vermeintliche Indifferenz eine parallele Erscheinung ist zu dem Verhalten, mit dem wir das Todesurteil von Versailles hingenommen haben.

Ich schicke das voraus, um damit zu betonen, daß die jetzige Stimmung und das Verhalten der Öffentlichkeit keinen Rückschluß gestatten auf unser tiefstes Empfinden. Denn eines Tages wird der Wunsch nach einem Zusammenschluß aller Deutschen mit elementarer Wucht wiederkommen.

Wie man auch zur rein wirtschaftlichen Seite dieses Zusammenschlusses stehen mag, der durch zahlreiche unbekannte Größen so schwer zu beurteilen ist, so läßt sich in diesem Augenblick unbestritten davon sprechen, daß die Deutsch-Österreicher uns eine Reihe von Werten mitbringen können, die auch dann, wenn die sachlich-wirtschaftlichen Unterlagen und die rein materiellen Werte anders zu beurteilen sind, als sie dieser oder jener heute sieht, als wirtschaftlicher Zuwachs bezeichnet werden dürfen. Ich denke hier an eine Reihe von geistigen Eigenschaften, an Differenziertheiten der österreichischen Bevölkerung, die zweifellos eine Bereicherung unserer Leistungsfähigkeit mit sich bringen würden. Wir haben oft im Rahmen unseres Vereins empfunden, daß die deutsche und die österreichische Denkweise nicht die gleiche ist, und daß sie einander auf das Wertvollste ergänzen. Ich glaube, daß in diesem Kreis die Zahl derer, die nach dem heute zitierten Worte meinen, daß Wissenschaft und Wirtschaft sich erst in 200 Jahren finden werden, nicht allzu groß ist (Geiterkeit), und daß aus den spezifischen Anlagen der Österreicher eine Reihe von Forschungseigenschaften, von Fähigkeiten in der Verwaltung

zu uns hinüberkommen werden, die unsere Methoden ergänzen und bereichern können.

Wir brauchen übrigens bloß an das Führerproblem in der Sozialdemokratie zu denken, um uns klar zu machen, daß von Österreich her Deutschland neue Geſtigkeit zugeführt werden kann. Man könnte auch an Eigenſchaften und Erfahrungen denken, die Deutsch-Österreich durch den Zwang, ſich mit dem Nationalitätenproblem zu beſchäftigen, erworben hat. Wenn im Deutschen Reich irgend etwas gefehlt hat, ſo war es das Verſtändnis für dieſe Fragen. Jedesmal, wenn ich einen Deutsch-Öſterreicher über das Nationalitätenproblem habe ſprechen hören, hatte ich das Gefühl einer Bereicherung, die aus keiner reichsdeutſchen Rede oder reichsdeutſchen Schrift zu gewinnen war. Es mag ſein, daß der nationale Gedanke noch einer weiteren Steigerung entgegengeht, um erſt ſpäter wieder abzuflauen. Jedenfalls aber wird für unsere äußere und innere Politik das Verſtändnis für die Nationalitätenprobleme von außerordentlicher Bedeutung ſein. Ich möchte auch in der Phantafie- und Geſchmacksbegabung, die dem Deutsch-Öſterreicher in ſtärkerem Maße eignet, als einem erheblichen Teil der reichsdeutſchen Stämme ein Aktium erblicken. Wenn man im beliebten Stammesvorurteil dem deutſchen „Schneid“ den öſterreichiſchen „Schlendrian“ gegenüberſtellt, ſo hat man Licht und Schatten in ungerechter Weiſe verteilt. Wir wollen uns klar machen, daß die Öſterreicher gewiſſe Eigenſchaften bereits jetzt beſitzen, die ſonſt von Weſten her die ganze Welt mehr und mehr durchdringen und einen ſtärkeren Ausgleich zwiſchen Arbeit und Muße, zwiſchen Beſchaulichkeit und intenſivem Schaffen herbeiführen werden.

Wenn die Intenſität der deutſchen Arbeit als eine der Urſachen dafür bezeichnet worden iſt, daß der Deutsche in der ganzen Welt gehaßt wird, ſo ſtellt der Öſterreicher ein milderndes Element dar. Seine Einſchaltung kann dazu führen, daß trotzdem die Zukunft ungeheuerſte Anſpannung der Kräfte fordern wird, doch der Gedanke von der Notwendigkeit, einen Ausgleich zwiſchen Arbeit und Muße herbeizuführen, auch in Deutschland einer der Welt verſtändlicheren Löſung entgegengeht. Eine Syntheſe des öſterreichiſchen und des preußiſchen Menſchentyps wird vielleicht eine ökonomiſche Lebensform finden, die bei voller Wahrung der Muße eine intenſive Arbeit ſchafft und dadurch etwas gewinnt, was man mit dem engliſchen Wort „efficiency“ bezeichnen möchte, eine Arbeitsleiſtung, die Dauer hat und dennoch die Perſönlichkeit zu ihrem Rechte kommen läßt.

Es wäre eigentlich erforderlich, hierüber viel ausführlicher zu ſprechen, weil die Gefahr, nicht verſtanden zu werden, ſehr nahe liegt. Mir kam

es nur darauf an, gewisse positive Werte, die die Deutsch-Österreicher uns mitbringen können, zu betonen, Werte von größerer Gewißheit, als manche zufällig vorhandenen rein wirtschaftlichen Werte. Vor uns liegt eine Rechnung mit unendlich vielen Unbekannten; in einer solchen Situation Zukunftsfragen zu erörtern, ist immer leidig und gefährlich. Ich glaube aber, daß die Lage, in der wir uns befinden, trotz der augenblicklichen Überdeckung mit seelischen Depressionszuständen nicht ausschließen kann, daß die beiden Liebenden doch noch zu einer wahrhaften Gemeinschaft gelangen werden.

Kaum jemals gelingt es dem Willen der Gewalthaber zwei Wesen, die sich vereinigen wollen, auf die Dauer auseinander zu halten. Die Gewalthaber, welche jetzt verhindern, daß diese Gemeinschaft geschlossen wird, sind von einer senilen Verständnislosigkeit getrieben, die auf die Dauer nicht bestehen kann, weil das eigene Interesse dieser Gewalthaber zu der Erkenntnis führen wird, daß die Trennung Deutschlands und Österreichs keinen Vorteil für die gesamte Welt darstellt. Die Balkanisierung Mitteleuropas muß die Folge haben, daß Deutsch-Österreich, als Fragment eines Staates, immer wieder zu einem Herd politischer Unruhen wird. Über kurz oder lang wird die Menschheit sich besinnen und solche Herde nicht dulden, von denen Feuersbrünste ausgehen müssen. Der wahrhafte Wille zur Vereinigung muß siegen trotz aller Enttäuschungen; und unsere deutsch-österreichischen Brüder, die uns von unsagbaren Lasten und Leiden gesprochen haben, sollen die Gewißheit haben, daß wir alles tun werden, um ihre Leidenszeit abzukürzen, auch wenn wir durch die politischen Verhältnisse heute noch gezwungen sind, nicht ganz so zu sprechen, wie es uns ums Herz ist. (Beifall.)

Dr. Michael Hainisch (Wien): Seine Excellenz hat auseinander-gesetzt, wie die Anschlußfrage durch die politischen Ereignisse beeinflusst wurde und hat darauf hingewiesen, daß die reichsdeutschen Agrarier Gegner des Anschlusses waren. Aus dem Grunde, weil sie fürchteten, daß die ungarische Landwirtschaft der deutschen Konkurrenz machen könnte. Nun sieht die Sache heute anders. Deutsch-Österreich ist ein Land, das nicht nur keine Lebensmittel abzugeben hat, sondern selbst auf bedeutende Zufuhren angewiesen ist. Man könnte nun im Deutschen Reiche umgekehrt die Frage aufwerfen, ob es zweckmäßig ist zu Gebieten, die alle Lebensmittel brauchen, ein neues Gebiet hinzuzufügen, welches auch hinsichtlich der Lebensmittel passiv ist. In Deutsch-Österreich stammen alle Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung von der Zugehörigkeit Wiens.

Wäre Wien nicht vorhanden, so wäre es denkbar, daß Deutsch-Österreich ein Leben führen könnte wie die Schweiz. Das enorme Defizit an Lebensmitteln in Deutsch-Österreich wird nun aber vermindert durch den sicheren Anschluß von West-Ungarn. Die Bauern von West-Ungarn sind eingewanderte Franken und Bajuwaren, ein ausgezeichnetes Menschenmaterial. Außerdem ist die deutsch-österreichische Landwirtschaft in einer Weise rückständig, daß sich die reichsdeutschen Landwirte keine Vorstellung davon machen können. Die Landwirte sind in den Alpenländern fast nur Bauern und Kleinhäusler. Diese Bauern führen ein Stilleben und sind so rückständig, daß es geradezu unglaublich ist. So sind gewisse Dinge, wie der Wechsel von Saatgut usw. diesen Bauern vollständig unbekannt. Es kommt vor, daß der Bauer ein Saatgut verwendet, das er noch von seinem Urgroßvater her hat. Auch die Viehzucht steht auf einer niedrigen Stufe. Ich habe die feste Überzeugung, daß sich in wenigen Jahren die Produktion von Milch um 50 % heben ließe, die von Getreide um 30 %. Es bedürfte nur der Initiative, um rasch vorwärts zu kommen. Leider sehe ich nicht viel von einer solchen. Die Verfassung ist wohl geändert, aber das Phlegma ist geblieben. Die Stellungen sind aus politischen Rücksichten und nicht nach Kenntnissen besetzt. In absehbarer Zeit wird, wenn wirklich eine intensivere Wirtschaftsweise Platz greift, das Defizit auf ein geringes Maß heruntergedrückt werden. Es gehört nichts weiter dazu als der gute Wille. Das Defizit an Nahrungsmitteln soll uns also nicht abhalten, den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland zu fordern.

Prof. Dr. Carl Johannes Fuchs (Tübingen): Meine Damen und Herren! Ich möchte als reichsdeutscher Agrarpolitiker die Ausführungen, die der letzte Diskussionsredner gemacht hat, wiederholen und unterstreichen. Ich möchte dabei anknüpfen an einen Punkt in dem ersten Referat von heute vormittag, wo ich mit den Ausführungen nicht so übereinstimmen konnte, wie es im übrigen gegenüber dem Referate der Fall war. Der erste Referent hat betont, daß der wirtschaftliche Zusammenschluß Deutschlands und Österreichs jetzt unter den Verhältnissen, wie sie die Friedensschlüsse gebracht haben, für beide Teile wirtschaftlichen Vorteil bringen würde, allerdings „für Deutschland weniger als für Österreich“. Ich möchte dem nicht zustimmen. Ich möchte sagen: ich bedaure, daß hier der Standpunkt wieder eingenommen worden ist, der vor den Ereignissen der jüngsten Zeit auf deutscher Seite so oft eingenommen wurde, dieser Standpunkt der genauen Abrechnung, wieviel

hier und wieviel dort gewonnen wird, wobei kühl rechnerisch gesagt wurde: ja, wir haben auch Vorteil davon, aber weniger. Ich habe den Eindruck, daß das auf reichsdeutscher Seite viel verschuldet hat und einen großen Anteil daran hat, daß wir heute noch nicht weiter gekommen sind. Und darum glaube ich, gerade eben auch das unterstützen und unterstreichen zu sollen, was Herr Dr. Hainisch über einen Punkt ausgeführt hat, wo man zunächst auf den ersten Blick zweifeln und sagen möchte: hier ist ein Passivum auf der österreichischen Seite, hier bringt uns der Anschluß, wie die Verhältnisse sich jetzt gestaltet haben, nur eine Verschlechterung und nicht eine Verbesserung. Herr Dr. Hainisch hat schon darauf hingewiesen, daß der Fehlbedarf Deutsch-Österreichs an Bodenprodukten und landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch den Anschluß Westungarns erheblich verringert werden wird. Und weiter hat er darauf hingewiesen, daß im übrigen Aussicht besteht, diesen Fehlbedarf zu decken, wenn man bedenkt, wie rückständig die Landwirtschaft in Österreich ist. Und ich glaube in der Tat, daß dieser zweite Punkt einer besonderen Hervorhebung bedarf. Es war nicht meine Absicht, an der Diskussion teilzunehmen, und ich habe die Ziffern insolgedessen nicht im Kopf: aber Sie können sie leicht im Vorbericht nachsehen, die Ziffern nämlich über den Unterschied des Ertrages in der deutsch-österreichischen und der reichsdeutschen Landwirtschaft, wie sie in den letzten Jahrzehnten sich entwickelt hat. Infolgedessen hat Deutsch-Österreich eine Entwicklung vor sich, wie sie Deutschland in den letzten Jahrzehnten bereits durchgemacht hat, die eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung nicht nur um 30 %, sondern um mehr, nicht als Phantasiegebilde erhoffen, sondern mit einer gewissen Sicherheit erwarten läßt. Von österreichischer Seite ist darauf hingewiesen worden, daß die Hauptursache des Zurückbleibens der deutsch-österreichischen Landwirtschaft gewesen ist die verhängnisvolle Verbindung mit Ungarn: es hatte ein Land zur Seite, das ihm unbeschränkte Quantitäten Getreide lieferte. Das hat sich jetzt geändert: Deutsch-Österreich ist auf sich selbst gestellt, und es ist mit Sicherheit zu erwarten, es besteht jetzt eine sichere Möglichkeit, daß die Verhältnisse sich hier wesentlich ändern werden. Und wenn wir die volkswirtschaftliche Zukunft vom Standpunkt des Deutschen Reiches aus betrachten, so ist gewiß, daß wir dem alten Satz: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“ — von dem ich nicht untersuchen will, ob er früher richtig war —, daß wir dem jetzt den Satz gegenüberstellen müssen: unsere Zukunft liegt auf dem Lande, auf der Scholle, und daß gegenüber der Unsicherheit, welche die Zukunft der Industrie und des Handels in Deutschland uns heute darbietet, auf dem Gebiet der deutschen

Wirtschaftspolitik nur eines eine gewisse Zuversicht für die Zukunft eröffnet: das ist eine großzügige Ansiedlung, das ist die Durchführung dessen, was wir Agrarpolitiker seit Jahrzehnten verlangt haben, die großzügige innere Kolonisation, die Schaffung von mehreren Hunderttausenden von neuen Bauernhöfen und etwa einer Million von Arbeiterstellen. Dazu scheint in Deutschland endlich der Weg beschritten zu werden und die Bahn frei zu werden. Und damit hoffen wir — es wird das ja von sachkundigen Technikern wie Bachhaus mit Bestimmtheit ausgesprochen —, daß wir selbst in Deutschland heute, trotz der hohen Entwicklung, die unsere Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten erlebt hat, noch eine Verdoppelung unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse erreichen können. Wenn das richtig ist, dann sind die Möglichkeiten, vor denen Deutsch-Osterreich steht, also offenbar noch sehr viel größer, und dann braucht uns allerdings der Umstand, daß Deutsch-Osterreich augenblicklich im ganzen genommen ein Zuschußland ist, unter diesem Gesichtspunkt wirklich nicht zu erschrecken, denn wir sehen die sicheren Möglichkeiten vor uns, daß dem abgeholfen wird. Was Osterreich dazu vor allem braucht, können wir ihm bringen, das ist künstlicher Dünger, den wir durch die Stickstoffindustrie bieten, und den es dann imstande sein wird, nicht verteuert wie bisher, sondern zu billigen Preisen zu bekommen.

Dem steht aber schon heute ein anderes Moment gegenüber:“ daß dieses Deutsch-Osterreich mit seiner volkswirtschaftlichen Struktur und seiner agrarischen Verfassung doch sofort ein überaus wertvolles Aktivum hereinbringt, nämlich einen völkisch gesunden Bauernstand großer Gebiete und auf der andern Seite in Wien ein Kleinbürgertum und Handwerker-tum, einen Mittelstand, der sich durch eine ganz besondere, im Deutschen Reich nirgends zu findende künstlerische, insbesondere kunstgewerbliche Begabung auszeichnet und auch dadurch eine wertvolle Bereicherung für unsere Volkswirtschaft bedeuten würde. Da sehen wir, daß die Frage sich sofort erweitert von der rein volkswirtschaftlichen zur völkischen, zur soziologischen, daß wir wertvolle Volksbestandteile in diesem Bauern-tum und in diesem gesunden alten Handwerkertum Deutsch-Osterreichs gewinnen würden. Aber es ist nach meiner Auffassung überhaupt nicht der richtige Standpunkt, hier zu rechnen, immer wieder zu rechnen, was ist Passivum auf der einen Seite und was Aktivum auf der anderen. Es handelt sich hier um größere Fragen als die der volkswirtschaftlichen Handelsbilanz und der wirtschaftlichen Entwicklung überhaupt. Es ist diese Frage geradezu ein Schulbeispiel dafür, daß die Wirtschaft und Volkswirtschaft doch nie und nimmer Selbstzweck ist, sondern daß sie



Mittel ist zum Zweck der ganzen menschlichen Existenz und Kultur. Und darüber wollen wir uns klar sein: was hier auf der Spitze steht ist nicht weniger, ist nichts Geringeres als die Zukunft der deutschen Kultur überhaupt. (Sehr richtig!)

Nicht die Aufrechterhaltung oder die baldige Wiedergewinnung einer sicheren Stellung des Deutschtums steht in Frage, sondern überhaupt die Fortexistenz oder der Untergang des deutschen Wesens und der deutschen Kultur. Und wie Österreich allein sie nicht erhalten kann, können auch wir Reichsdeutsche sie nicht erhalten ohne die Unterstützung, ohne die Mitwirkung, ohne den Zusammenschluß mit unseren österreichischen Brüdern. Alle Formen, alle Erscheinungsarten dieser deutschen Kultur, die es heute noch in der Welt gibt, die müssen in diesem Augenblicke der schwersten Anfechtung und Unterdrückung zusammengefaßt werden, gleichviel wie die wirtschaftliche Seite der Sache ist. Alle Deutschen in der Welt müssen zusammenhalten und in erster Linie die benachbarten Brüder im Deutschen Reich und in Österreich. Wenn wir uns das vergegenwärtigen, daß es sich darum handelt, um Fortbestand oder Nichtfortbestand unserer deutschen Kultur —, ich glaube, dann können wir nicht zweifelhaft sein, wie wir uns zu dieser Frage stellen, was wir in ihr als Bekenntnis abzulegen haben.

Eine andere Frage, über die man zweifelhaft sein kann, ist die, ob es opportun ist, in diesem Augenblick solche Bekenntnisse besonders laut auszusprechen, ob nicht da die weise Lehre auch gilt, die der französische Revanchepatriotismus uns gegeben hat mit seinem bekannten Wort: „Immer daran denken, nie davon reden!“ In unserem Kreise jedenfalls dürfen und wollen wir davon reden, dürfen wir aussprechen, daß wir zusammengehören, und dürfen wir den Wunsch des österreichischen Korreferenten erfüllen, daß das gesamte deutsche Volk das nächste Mal, wenn die Gelegenheit des Zusammenschlusses der deutschen Stämme kommt, bereit sein möge, diesen Zusammenschluß zu vollziehen. Das sei das Opfer, das wir heute den Manen unseres verstorbenen Vorsitzenden darbringen, der Dank für das, was er für den Verein getan hat. Wenn wir uns dazu einmütig bekennen, dann, bin ich überzeugt, wird für Deutsch-Österreich und das Deutsche Reich das Wort Heines sich bewahrheiten: „Deutschland hat ewigen Bestand, es ist ein kerngesundes Land.“

Dr. Heinrich Ritter von Wittke, k. k. österr. Minister a. D. (Wien): Hochansehnliche Versammlung! Nach den beredten und überzeugenden Ausführungen des geehrten Herrn Vorredners über die Not-

wendigkeit des Anſchlusses von Deuſch-Oſterreich an das Deuſche Reich, darf ich mich jeden Verſuches überhoben erachten, dieſes Thema neuerdings vor Ihnen aufzurollen. Ich kann mich darauf beſchränken, zu erwähnen, daß ich von jeher für die möglichſt enge und innige wirtſchaftliche Annäherung der vormalſ großen öſterreichiſch-ungariſchen Monarchie und des Deuſchen Reiches eingetreten bin. Erlauben Sie mir aber auf einen Punkt zurückzukommen, den mein ſehr geehrter dritter Vorredner berührt hat. Das iſt die Frage des Abwägens der gegenseitigen Vorteile, welche aus dem Anſchluß hervorgehen würden. Und ſo ſehr es mir gleich meinen geehrten Vorrednern widerſtrebt, die Annehmlichkeiten und Vorzüge des Anſchlusses für unſere geehrten Bundesfreunde hervorzuheben, weil das eigentlich Sache eines unbefangenen Dritten wäre, ſo kann ich doch einen Punkt nicht unerwähnt laſſen, der mir in wirtſchaftlicher, aber auch in verkehrſpolitiſcher Beziehung von einiger Wichtigkeit zu ſein ſcheint.

Herr Prof. Altmann hat mit Recht hervorgehoben, wie wertvoll es ſei, daß zu dem Deuſchen Reich ein Volksſtamm käme mit der psychologiſchen Veranlagung der Öſterreicher, eines Volksſtammes, der eine wertvolle Bereicherung der Volksgeſamtheit bringen würde. Ich möchte dem noch hinzufügen, daß dieſe ſpezielle Veranlagung, die uns Öſterreichern allerdings durch eine jahrhundertelange nicht ohne Selbſtverleugnung betätigte Übung erwachſen iſt, auch in wirtſchaftlicher Hinſicht eine Eigenschaft hervor gebracht hat, welche für Deuſchland, namentlich für die deutiſche Induſtrie, für den deutiſchen Verkehr von nicht zu unterſchätzender Bedeutung iſt, und das iſt die Vermittlungsſtellung, welche die öſterreichiſche Geſchäftswelt und die öſterreichiſchen Verkehrsanſtalten biſher zwiſchen den Gebieten, die vormalſ der öſterreichiſch-ungariſchen Monarchie angehörten und nunmehr ſelbſtändige Nachbarſtaaten geworden ſind, und Deuſchland, einnehmen. Dieſe Vermittlungsſtellung iſt nicht nur durch die geographiſche Lage gegeben, ſondern ſie iſt eine alte und unveräußerliche Ausſteuer, die die Natur den deutiſch-öſterreichiſchen Ländern und ihrer Bevölkerung gegeben hat. Es iſt die Stellung an einem wichtigen Punkt des Donaulaufes, wo der Gebirgsſtrom in den langſam flutenden Flachlandſtrom übergeht, wo zugleich die Verkehrslinien von Norden und Süden zuſammentreffen und den Beſtand eines vermittelnden Verkehrsmittelpunktes zwiſchen Norden und Süden, zwiſchen Oſten und Weſten herbeiführen. Eine Anzahl von geſchäftlichen und perſönlichen Verbindungen iſt dadurch geſchaffen, die heute trotz der politiſchen Abtrennung der Gebiete der Nachfolgeſtaaten in Deuſch-Oſterreich noch immer fortleben, die ſich nicht durch einen Federſtrich abſchneiden laſſen. Das bringen wir im Falle



des Anschlusses an Deutschland mit: das ist etwas, was für Deutschland nicht ohne Wert sein wird.

Wir bringen auch mit, wie bereits hervorgehoben wurde, eine Armee rühriger schaffenskräftiger Arme, die sich zum großen Teil im wirtschaftlichen Leben, im Handel und Verkehr, schon vordem betätigt haben und von denen viele infolge der Verkleinerung unseres Gebietes vor der Zwangslage stehen, ihre bisherige Berufsstellung aufzugeben und auswärts eine neue Berufsstellung zu suchen.

Unsere Vermittlungsstellung führt noch auf eine andere Frage. Heute ist es allerdings verfrüht, gegenüber den Äußerungen und Betätigungen unfreundlicher, mißgünstiger Gesinnung auf seiten der Staatslenker der neuerstandenen Nachfolgestaaten gegen Österreich und insbesondere gegen Wien daran zu denken, daß diese Gesinnungen auf einmal plötzlich umschlagen könnten. Aber was nicht zu vergessen ist: diese Gesinnungen sind die Reinkultur der entsetzlichen Kriegszeit, des politischen Umsturzes, des bis zu einer Art Delirium gesteigerten Nationalgefühls. Das läßt sich nicht halten. Die materiellen Verhältnisse werden stärker sein als dieser politische Fieberzustand. Es scheidet sich nicht ganz ab das, was so lange zusammengehangen hat. Es sind gegenseitige Bedürfnisse da, es ist nicht bloß eine einseitige Begünstigung, die Deutsch-Österreich von den Nachfolgestaaten verlangt. So sehr ich mit mehreren Vorrednern darin übereinstimme, daß die Idee einer politischen Donaukonföderation nur aus einer völligen Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse entsprungen sein kann, so sehr kann ich mir vorstellen, daß gewisse Erleichterungen im Verkehr, gewisse wirtschaftliche Wiederanknüpfungen zwischen Deutschland, Österreich und den Nachfolgestaaten möglich sind und daß die Gewalt der Verhältnisse, der Zwang der wirtschaftlichen Bedürfnisse und schließlich der eigene Vorteil die wirtschaftlichen Kreise in den Nachfolgestaaten sehr bald dazu bringen wird, die Hand der Verständigung zu ergreifen, die ihnen in diesen Fragen gern bereitwillig geboten wird.

Lassen Sie mich nun auf das kommen, was ich als Ergänzung der bisherigen Ausführungen bieten kann. Das ist die Frage der Verkehrs-politik, wie es unser Referent am Eingang seiner ausgezeichneten Ausführungen hervorgehoben hat. Genau so, wie bei Beginn des Krieges unser Verein den engen Zusammenschluß der beiden Reiche auch in wirtschaftlicher Beziehung zu fördern bestrebt war, so hat unser Verein auch ein großes Verdienst um die Klarstellung all dieser Fragen sich erworben durch die von ihm veranlaßten und herausgegebenen Gutachten und Äußerungen (Bd. 155). In diesen Äußerungen und Gutachten sind die Meinungen

über die Zweckmäßigkeit eines engen wirtschaftlichen Zusammenschlusses zwischen dem Deutschen Reich und Osterreich-Ungarn nicht übereinstimmend gewesen. Es hat sogar Stimmen gegeben, welche einem derartigen Zusammenschluß widerstrebten, welche die Befürchtung aussprachen, es könnte eine wirtschaftlich ungünstige Schlußbilanz unter Umständen auch auf das politische Verhältnis nachteilig wirken. Unter den damals veröffentlichten Abhandlungen befindet sich eine, an die ich besonders erinnern möchte. Es ist eine ausführliche Darstellung der Ziele und Maßnahmen, welche auf dem Gebiet der Verkehrspolitik zum Zwecke eines engeren Zusammenschlusses der beiden führenden Mittelmächte getroffen werden sollten. In dieser Abhandlung wird eine Reihe von Vorschlägen gemacht, wie man mit möglichster Schonung der Eigenart der beiden Reiche durch ein umfassendes System von Verkehrserleichterungen die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen erweitern könnte. Je mehr aber die Stimmen hinsichtlich der Frage der handelspolitischen Annäherung und insbesondere bezüglich der Zolleinigung geteilt waren, die damals von mancher Seite nur mit zögernden Vorbehalten, von anderer glatt verneinend beantwortet wurde, — die Frage einer Orientierung der Verkehrspolitik bei den Eisenbahnen und der Schifffahrt nach den Gesichtspunkten einer Annäherung und Übereinstimmung ist unbestritten von allen, die sich über die Annäherungsfrage ausgesprochen haben, als etwas nahezu Selbstverständliches und Wünschenswertes betrachtet worden.

Die Verhältnisse, die damals die Vorschläge meines geehrten Freundes Dr. v. d. Leyen in der Frage der Verkehrspolitik zeitigten, haben eine grundstürzende Veränderung erfahren. Wir haben schon mehrere geehrte Vorredner das traurige Bild der wirtschaftlichen Lebensunfähigkeit Deutsch-Osterreichs, der Not unserer Industrie, der Unzulänglichkeit unserer Produktion hier darlegen gehört, und es ist mir sehr schmerzlich, dieses Bild noch durch den Hinweis auf die Lebensunfähigkeit unseres Eisenbahnnetzes in seinem jetzigen Zustande zu ergänzen. Ihnen allen sind ja die grausamen Bestimmungen bekannt, mit denen der Frieden von St. Germain das — was man früher bloß als eine schwere Befürchtung betrachtete — zur traurigen Wahrheit gemacht hat. Es ist unser Staatsgebiet durch den Machtpruch der feindlichen Gewalthaber selbst gegenüber dem nationalen Besitztande namhaft verkürzt und dementsprechend das Eisenbahnnetz von einem Umfang von bald 30 000 km auf ein Minimum von zwischen 5—6000 km herabgesetzt. Unsere langen Verkehrslinien für den internationalen Verkehr sind zerschnitten; mit Ausnahme einer einzigen, der Westbahn, die von Wien an die deutsche Grenze führt, sind die

anderen Verbindungen mit Deutschland zertrennt. Zurückgeblieben sind von ihnen Kumpfstücke, die eigentlich einer selbständigen Bewirtschaftung gar nicht fähig sind, die im reinen Ortsverkehr von unseren Verwaltungen betrieben werden, und die, soweit es sich selbst um anschließende, in das Innere unseres Landes hineingeschobene Stationen handelt, auf den guten oder minder guten Willen der Verwaltungen der angrenzenden Nachfolgestaaten angewiesen sind.

Dazu kommt die Kohlennot, die Notwendigkeit, den Brennstoff für den Betrieb unserer Eisenbahnen von diesen Nachbarstaaten zu beziehen, das fortwährende Wechseln in der Erfüllung der geschlossenen Vereinbarungen, nicht immer durch bösen Willen, sondern auch infolge anderer Umstände — all das führt zu einer Abhängigkeit, wie man sie sich ärger nicht denken kann. Diese durch den Friedensvertrag bedingte Abhängigkeit wird durch die Verhältnisse in den Produktionsgebieten, zumal durch die Kämpfe verschärft, die in einem der wichtigsten Reviere die normale Betätigung der Produktion verhindern. Zu alledem kommt dann noch die Bestellung der uns im Friedensvertrage auferlegten Zwangsleistungen, von Servituten, die — man muß es offen sagen — von einem auffälligen Mangel an Sachkenntnis und gründlicher Überlegung des schwierigen Gegenstandes einer staatsvertragsmäßigen Regelung der Eisenbahnverkehrs- und Tarifpolitik ein schlagendes Beispiel geben. Ich erinnere an die Meistbegünstigung, welche sich die feindlichen Staaten einseitig auf bestimmte Zeiten ausbedungen haben, die nur ihnen zugut kommt. Auch das Recht des Durchfahrens der Tschecho-Slowaken auf ihrem Weg nach Süden, um an die Adria zu kommen, auch das den Italienern eingeräumte Recht, auf unserem Gebiet Eisenbahnen herzustellen, wofür wir ursprünglich sogar hätten die Kosten tragen sollen, und alle die drakonischen Bestimmungen sind nicht von Fachmännern gemacht, sondern von Politikern, die sich mit einem Schlagwort über die schwierigsten Probleme hinübersetzen zu können glaubten. Wenn man sich die Sache praktisch vorstellt, so stößt man auf eine Reihe von Unmöglichkeiten. Es sind derartige Verpflichtungen, die einem wenn auch besiegten Staat auferlegt worden wären, in der ganzen Geschichte des Verkehrswezens und insbesondere auf dem Gebiete der Eisenbahnen niemals vorgekommen. Nun besteht allerdings eine der Entente sozusagen in letzter Stunde abgerungene Hoffnung auf eine Milderung bei der Anwendung dieser Bestimmungen. Diese Milderung ist die Reparationskommission, deren Zusammensetzung ungünstig genug ist, von der man aber hofft, daß sie in einer anderen Richtung zu billiger Einsicht zu befehren sein werde. Wenn ihre öster-

reichische Sektion einmal in Wien ihren Sitz haben wird, so wird diese Kommission durch eigene Anschauung und durch Information seitens der Fachkreise von der Unmöglichkeit mancher Leistungen des Friedensvertrages überzeugt werden, und dadurch wird es vielleicht möglich sein, gewisse Milderungen zu erzielen.

Dabei darf man eines nicht vergessen: Diese Milderungsinstanz bedeutet eine fortwährende tief eingreifende Beschränkung unserer Souveränität. Deutsch-Österreich wird, abgesehen von den harten Vorschriften des Vertrages noch unter eine spezifische Kuratel gestellt. Die Oberkuratoren sind der Rat der Entente und die lokalen Kuratoren stellt die Reparationskommission dar. Das ist etwas, was dem Begriff eines unabhängigen Staates, wie er in dem Frieden als unantastbares und von der Entente sorgsam zu hütendes Prädikat der Republik Österreich beigelegt wird, widerspricht. Ein Staat, der solche Eingriffe in seine Bewegungsfreiheit dulden muß und der bezüglich der Anwendung dieser und anderer Bestimmungen sich unter einer permanenten Kuratel befindet, der kann nur in überaus beschränktem Ausmaß auf Unabhängigkeit Anspruch erheben. So haben sich diese Bestimmungen unseren Anschlußbestrebungen entgegengesetzt, und bilden für sie hemmende und trennende Schranken. Diese Bestimmungen tragen eben einen inneren Widerspruch in sich: Wir sollen nur insofern unabhängig sein, als es der Entente gefällig ist, uns unabhängig sein zu lassen, und wir dürfen gar keinen Gebrauch von unserer Unabhängigkeit machen, wenn das den Absichten und den vermeintlichen Vorteilen der Ententestaaten widerspricht.

Das wäre genügend, um zu zeigen, daß diese widerspruchsvollen Bestimmungen eigentlich doch eine gewisse Besorgnis davor aufweisen, daß der Zusammenschluß von Deutschland und Deutsch-Österreich dazu beitragen könnte, die Macht und die Aktionsfähigkeit beider Teile in wirtschaftlicher und politischer Beziehung zu stärken.

Ich möchte nun auf den Gedanken zurückkommen, wie die vorhin erwähnten verkehrspolitischen Vorschläge und sachlichen Anregungen derzeit weiter zu behandeln wären. Ich möchte anregen, ob es nicht an der Zeit wäre, sich mit der Frage zu beschäftigen, inwieweit diese Anregungen innerhalb jener Schranken, die durch die Gewaltbestimmungen des Friedensvertrages uns aufgezwungen sind, daher in einem leider etwas beschränkten Umfange, aber doch in einer für beide Teile nützlichen und wertvollen Weise weiterverfolgt werden könnten. Mir schwebt der Gedanke einer Überprüfung der damaligen Vorschläge vom Standpunkt der jetzigen aktuellen Verhältnisse vor, einer Überprüfung, welche

wohl ergeben wird, daß manche der angeregten Maßnahmen jetzt leider unausführbar sind und es bleiben werden, solange die Bestimmungen der Friedensverträge von St. Germain und Versailles in voller Schärfe aufrechtbestehen, die aber ergeben kann, daß in manchen Beziehungen ein Weg zu finden ist, der die wünschenswerten Bestrebungen nach einer Annäherung und Übereinstimmung der eisenbahntechnischen und verkehrspolitischen Einrichtungen möglich macht. Und ich kann mir vorstellen, daß namentlich in der Frage der Rechtsgleichheit, der Angleichung der beiderseitigen Verkehrsrechte, nützliche Fortschritte auch innerhalb der Schranken der Friedensbedingungen denkbar sind. Ich kann mir vorstellen, daß in der Frage der technischen Einrichtungen, der Organisation des Betriebes und der Ausbildung des Verkehrspersonals zwischen beiden Staaten Übereinstimmung geschaffen werden kann. Das würde von größter Bedeutung sein und ist in dieser Richtung ein Hindernis in den Friedensbedingungen meines Erachtens nicht vorhanden.

Was das Tarifwesen betrifft, so liegt hier die Sache etwas anders. Der Friedensvertrag sieht eine Meistbegünstigung der Ententestaaten vor in einem Umfange, der sich durch die nähere Auslegung und die Erläuterung des Friedensinstrumentes erst wird feststellen lassen, in einem Umfange aber, der es außerordentlich erschwert, eine Meistbegünstigung für andere, wenn auch uns noch so nahe befreundete Staaten, zu gewähren. Es sind übrigens erhebliche Zweifel dagegen zu erheben, ob das System, wie es in dem Friedensinstrument sich darstellt — die Anwendung aller begünstigten Tarife für den Verkehr der Ententestaaten — sich praktisch durchführen läßt. Überdies geht das Eisenbahntarifwesen einer großen Umgestaltung entgegen; in der bisherigen Weise wird es sich nicht wieder aufbauen, und da gibt es zwei Momente, die in die Wagschale fallen.

Erstens die ungeheuere Verteuerung der Gesehungskosten der Eisenbahnen; sie beginnt mit einer geradezu entsetzlichen Steigerung der Preise gewisser Rohstoffe, die die Eisenbahnen nicht entbehren können, und setzt sich mit der steigenden Höhe der Gehalte und Löhne fort, die dem Personal mit Rücksicht auf die Verteuerung der Lebensverhältnisse gezahlt werden müssen. Dieser Verteuerung steht die Notwendigkeit gegenüber, sobald als möglich aus den ungeheuren Betriebsabgängen herauszukommen. Diese Momente ergeben für das Tarifwesen grundstürzende Änderungen im Sinne einer alle bisherigen Annahmen überschreitenden allgemeinen Tarifierhöhung, wie sie bereits von den deutschen und österreichischen Bahnen ins Werk gesetzt wird.

Aber ein weiteres wird noch hinzukommen. Gegen die Kompliziertheit der Gütertarife haben sich schon vordem starke Bedenken geltend gemacht. Man wird den Verfrachtern in dieser Hinsicht entgegenkommen und ein einfacheres, dafür aber allerdings nicht so feinfühliges Instrument schaffen müssen, als es bisher die verschiedenen Abstufungen des Wertes der Verkehrsleistung zur Geltung zu bringen suchte. Mit diesen Verhältnissen wird die Verkehrspolitik der Entente bei der praktischen Anwendung der Friedensbestimmungen zu rechnen haben.

Es schien mir nun sehr wünschenswert, die besprochenen Fragen einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und ich möchte mir die Anregung erlauben, daß aus unserem Kreise Fachmänner, die speziell diesen Gegenstand beherrschen, sich damit befassen und insbesondere der hierdurch berührten Frage der gegenseitigen verkehrspolitischen Annäherung im Eisenbahnwesen näher treten möchten. Es würde hierdurch die Aussicht eröffnet, zweckmäßige, beiden Teilen nützliche und vor allem ausführbare Vorschläge zustande zu bringen.

Zum Schlusse möchte ich noch ein Wort hinzufügen. Wie immer die Verhältnisse sich gestalten werden — und ich hoffe doch, daß die Stimme der Einsicht und Billigkeit endlich die Oberhand behält — den beiderseitigen Zusammenschluß werden wir als Ziel unter allen Umständen im Auge behalten. So viel steht für mich — und ich glaube auch für Sie — fest: das deutsch-österreichische Volk ist ein Teil des deutschen Volkes, wird es immer bleiben und dementsprechend handeln. (Beifall.)

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Der Abend neigt sich. Sieben Herren stehen noch auf der Rednerliste. Ich möchte den Herren daher vorschlagen, die Redezeit auf fünf Minuten zu beschränken (Zustimmung).

Diese Gelegenheit möchte ich benützen, etwas Geschäftliches hinzuzufügen. Wir haben die auf der heutigen Tagesordnung vorgesehene Vornahme der Wahlen verschoben. Wir werden morgen die Sitzung mit den geschäftlichen Angelegenheiten zunächst eröffnen müssen, und ich möchte daher vorschlagen, morgen nicht um 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, sondern bereits um 9 Uhr anzufangen. (Zustimmung.)

Prof. Dr. Arthur Cohen (München): Meine Damen und Herren! Ich möchte das Thema von einem etwas einseitigen Standpunkt aus betrachten, nämlich vom bayerischen und speziell vom südbayerischen, und das rechtfertigt sich dadurch, daß wir uns in einer Donaustadt befinden,



so daß dieses partikularistisch erscheinende Moment von selbst hervortritt. Ich lade Sie ein, die Karte des Deutschen Reiches zu besichtigen. Sie sehen, daß Südbayern sich an der Südostecke des Reiches befindet. Bayern war von zwei Seiten von Österreich umschlossen, es hatte gegen Deutsch-Österreich ebenso lange Grenzen wie gegen die deutschen Staaten. Man kann Bayern mit einem Sack vergleichen, und München ist das äußerste Ende dieses Sackes. Daraus läßt sich erklären, daß in letzter Zeit so häufig Äußerungen gefallen sind, die eine Mißstimmung gegen Berlin vertragen. Wenn ein Landesteil Hinterland ist, so wird er sich zurückgesetzt fühlen und zurückgesetzt sein gegenüber den zentralgelegenen Teilen des Landes. Nachdem so die Lage Bayerns vom politischen Standpunkt aus betrachtet ist, wollen wir sie auch vom wirtschaftsgeographischen Standpunkt aus ansehen. Oberbayern ist wirtschaftsgeographisch von Tirol und Österreich nicht geschieden, besonders nicht durch eine Wasserscheide. Die Flüsse, die Oberbayern durchfließen, der Inn und der Lech, fließen auch durch Tirol. Das Tiroler Gebirge setzt sich in Bayern fort, und auch die schwäbisch-bayerische Hochebene findet ihre Fortsetzung in Ober- und Niederösterreich. Wirtschaftsgeographisch also sind Südbayern und Deutsch-Österreich ein Ganzes, eine Einheit.

Wenn nun diese wirtschaftsgeographische Einheit zu einer wirtschaftlichen Annäherung führen würde, so wäre das für Südbayern vorteilhaft und es würde ein heilsames Gegengewicht gegen Berlin geschaffen: Südbayern wäre von zwei Weltstädten aus umworben. Es ist nicht zu befürchten, daß durch eine solche wirtschaftliche Annäherung an Österreich die Reichseinheit gefährdet würde. Denn der Gegensatz zwischen dem großdeutschen und kleindeutschen Gedanken, der Österreich-Ungarn in den sechziger Jahren von Deutschland getrennt hat, dieser Unterschied zwischen großdeutsch und kleindeutsch ist verschwunden. Aber es ist auch nicht zu befürchten, daß durch die wirtschaftliche Annäherung Österreich ins Hintertreffen gelangen würde. Aus einer von der bayerischen Handelskammer in Verbindung mit dem bayerischen Statistischen Landesamt 1913 durchgeführten, freilich nicht lückenlosen statistischen Erhebung ergibt sich, daß die Ausfuhr von Oberbayern nach Österreich-Ungarn 2 Millionen Mark, die Einfuhr von Österreich-Ungarn nach Oberbayern dagegen 8½ Millionen Mark betragen hat, so daß die Ausfuhr Österreich-Ungarns nach Oberbayern größer war als die Ausfuhr Bayerns nach Österreich-Ungarn.

Es ist bloß ein paar Jahrzehnte her, daß Südbayern von Österreich wirtschaftlich getrennt worden ist. Noch in den sechziger und siebziger Jahren waren die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Wirt-

schaftsgebieten reger als späterhin. Es wäre nur eine Wiederanknüpfung an diese historische Tradition, die Verfolgung gewisser innerer gefühlsmäßiger Momente im Sinne gemeinsamer Sitte und Kultur, wenn Österreich und Deutschland sich auch wirtschaftlich so weit wie möglich aneinander schließen würden.

Recht prophetisch hat 1852 der Vorsitzende der Münchener Handelskammer eine Handelskammerperiode damit eröffnet, daß er, weil die Zollunion mit Österreich-Ungarn in Vorbereitung war, aussprach: „Die österreichischen Zollgrenzen fallen, so hoffen wir, und das Zustandekommen dieses für Münchens Handel unschätzbaren Vorteils wollen wir nach Kräften fördern.“

Heute noch stehen wir in Südbayern auf diesem Standpunkt. (Beifall.)

Prof. Dr. Alfred Amonn (Wien): Das Problem des staatlichen Zusammenschlusses des deutsch-österreichischen Stammes mit den bereits im Deutschen Reich geeinten ist von den Vorrednern bereits so von allen Seiten beleuchtet worden, daß kaum noch etwas hinzuzufügen übrigbleibt. Indessen sei es mir gestattet, in aller Kürze auf einen Punkt Ihre Aufmerksamkeit schärfer hinzulenken, der in den Ausführungen der Vorredner nur flüchtig gestreift wurde, auf einen Punkt, der mir aber für die Beurteilung der Frage nicht an letzter Stelle zu stehen scheint, auf das, worauf meiner Ansicht nach die ganze künftige Entwicklung der deutsch-österreichischen Volkswirtschaft beruht. Das ist die Ausnützung der alpenländischen Wasserkräfte.

Es ist gesagt worden, daß Deutsch-Österreich im wesentlichen drei Rohstoffe in größerem Ausmaß besitzt: Eisen, Holz und Wasserkräfte, daß ihm hingegen ein anderer wichtiger Rohstoff, die Kohle, fehle. Die Wasserkräfte als Rohstoff haben die Eigentümlichkeit gegenüber anderen Rohstoffen, daß sie nicht transportiert und daher nicht exportiert werden können. Wenn Deutsch-Österreich andere Rohstoffe hätte, die es exportieren könnte, oder wenn man Energien wie die Wasserkräfte exportieren könnte, so könnte es vielleicht auch für sich selbst bestehen. Es könnte durch den Export sich selbst ernähren, es könnte durch den Export Beschäftigung für jene Berufe schaffen, die in dem heutigen Deutsch-Österreich überflüssig geworden sind. Aber die Wasserkräfte müssen im Lande ausgenutzt werden, und eine rationelle Ausnützung solcher Energien ist nur möglich in einem großen einheitlichen Wirtschaftsgebiet. Dazu bedarf es nämlich viererlei: 1. des Finanzierungskapitals, 2. der komplementären Produktionsmittel, Rohstoffe und Fabrikanlagen, 3. bedarf es dazu



einer geschulten Qualitätsarbeiterchaft und 4. eines entsprechenden Absatzgebietes.

Nun könnte man sich denken, daß das Finanzierungskapital auch von anderswoher kommen könnte als von Deutschland, daß zum Beispiel die Wasserkräfte mit amerikanischem Kapital ausgenutzt werden könnten. Man könnte sich ferner denken, daß auch die komplimentären Produktionsmittel von dorthier kommen könnten. Aber schwer läßt es sich denken, daß die entsprechende industriell geschulte Arbeiterchaft wo andersher kommen könnte als aus Deutschland, und schwer läßt es sich denken, daß das Absatzgebiet irgendein anderes sein könnte als wieder Deutschland.

Die alpenländische Bevölkerung hat keine Eignung für industrielle Arbeit; es müssen also die Arbeiter importiert werden. Fremdsprachige Arbeiter werden schwerlich einwandern, es kommen nur deutsche Arbeiter in Betracht. Allein es besteht keinerlei Aussicht, geschweige denn Garantie für den Zuzug von deutschen Arbeitern, außer wenn das Gebiet innerhalb der staatlichen Grenzen Deutschlands liegt.

Was das Absatzgebiet anbelangt, so ist es einleuchtend, daß Deutschland das natürliche und vielleicht das einzig gegebene Absatzgebiet für die industrielle Produktion der Alpenländer darstellt und zwar wegen seiner Lage und der Verkehrsgelegenheiten. Schwer läßt es sich — heute wenigstens — denken, daß die Produkte irgendwo weiterhin konkurrenzfähig angeboten werden könnten, und so käme auch in diesem Fall nur Deutschland in Betracht.

So ist eigentlich Deutsch-Österreich einerseits ein ganz vorzügliches Ergänzungsgebiet für die deutsche Volkswirtschaft, andererseits ist eine große deutsche Volkswirtschaft die notwendige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung, Zukunft und die Existenzfähigkeit Deutsch-Österreichs. (Beifall.)

Prof. Dr. Ludwig von Mises (Wien): Meine Damen und Herren! Der schöne Saal, in dem wir unsere Tagung abhalten, bietet wohl den besten Rahmen, den man sich für Beratungen über den Wiedereintritt Deutsch-Österreichs in das Deutsche Reich denken kann, und es wäre auf das freudigste zu begrüßen, wenn etwas von dem alten Geiste der Reichseinheit in unsere Verhandlungen übergehen könnte. Was wir jedoch für heute und für alle weiteren Verhandlungen vermieden wissen wollen und vermeiden müssen, das ist die Wiederkehr jenes Geistes der Uneinigkeit und des Partikularismus, des Handelns und Schacherns bei Vertragsabschlüssen, der das alte Deutsche Reich und den Deutschen Bund

gekennzeichnet hat, der sich aber auch im neuen Deutschen Reich gezeigt hat in den Verhandlungen über Reservatrechte und Sonderinteressen, und der während des Krieges das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche getrübt hat. Wenn Deutsch-Österreich wieder in das Deutsche Reich eintreten soll, so ist das kein wirtschaftspolitischer, sondern ein allgemein politischer Entschluß, den beide fassen, ohne sich dabei um Vorteile und Nachteile, die für den Augenblick daraus erwachsen können, zu kümmern. Es geht nicht an, gewissermaßen eine Bilanz aufzustellen und zu erklären, man werde unter diesen oder jenen Bedingungen mehr oder weniger zu zahlen haben. Man darf die Sache nicht von einem solchen Standpunkt aus betrachten; man würde damit in die künftige Gemeinschaft von vornherein Reibungen und Zwistigkeiten hineintragen. Der Anschluß ist eine politische Forderung und keine wirtschaftspolitische.

Diese Einschränkungen muß ich vorausschicken, wenn ich daran gehen will, einige Aktiva der deutsch-österreichischen Volkswirtschaft aufzuzählen, die bisher keine Erwähnung gefunden haben. Ich tue es nicht, weil ich glaube, daß der Anschluß davon abhängt, ob solche Aktiva in genügend großer Zahl vorhanden sind, sondern weil ich der Meinung bin, daß wir hier ein richtiges Bild von der deutsch-österreichischen Volkswirtschaft bekommen wollen, und daß es, um der Wahrheit die Ehre zu geben, notwendig ist, die meines Erachtens zu düstere Schilderung der deutsch-österreichischen Wirtschaftslage in einigen Punkten richtigzustellen. Ich glaube, daß man bei der Besprechung der deutsch-österreichischen Volkswirtschaft nicht genügend Rechnung getragen hat der deutsch-österreichischen Qualitätsindustrie, die vor allem in der Stadt Wien konzentriert ist. Sie ist im Kriege in schweren Notstand geraten, da die Kriegswirtschaftspolitik sie, die keinerlei Material für die Kriegsführung produziert, lahmgelegt hat; sie ist auch bis heute noch nicht in die Lage gekommen, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen, weil die merkantilistische Devisenpolitik es ihr unmöglich macht, sich die Rohstoffe und Halbfabrikate, die sie benötigt, zu beschaffen. Aber es ist kein Zweifel, daß diese Industrie, sobald man sie nur wieder wird arbeiten lassen, auch in der Lage sein wird, ihre alte Höhe wieder zu erreichen.

Ein zweites Aktivum der deutsch-österreichischen Volkswirtschaft ist der reiche Besitz an Wertpapieren und sonstigen Vermögensanlagen in den neu entstandenen Nationalstaaten. Allein in Ungarn dürfte der deutsch-österreichische Besitz 15—20 Milliarden Kronen betragen. Augenblicklich tritt die Bedeutung dieses Besitzes für die deutsch-österreichische Volks-

wirtschaft nicht in Erscheinung, da das System der Kompensationsverträge keinen Raum läßt für die Bezahlung der Zinsen, Dividenden und Geschäftsgewinne. Solange Verträge in Kraft stehen, die verlangen, daß Wareneinfuhr und Warenausfuhr sich im Werte decken und die Überschüsse bar beglichen werden, muß eine Stockung in der Erfüllung der schuldnerischen Verpflichtungen eintreten. Doch das kann keine dauernde Erscheinung sein. Früher oder später wird man zu einer Regelung des Verkehrs übergehen müssen, die wieder die Möglichkeit bietet, aus der Gläubigerstellung Deutsch-Österreichs auch andere materielle Vorteile zu ziehen als den der Veräußerung der Forderungstitel, der heute allein daraus gezogen werden kann.

Ein drittes Aktivum Deutsch-Österreichs ist die in Wien konzentrierte Organisation des Handels nach den neuen Nationalstaaten und nach dem Balkan. Allein diese Organisation hat es bisher der judetenländischen Industrie ermöglicht, ihre Waren nach Ungarn, Galizien und dem Balkan zu bringen. Ohne diese Organisation wird sie auch in Zukunft nicht in der Lage sein, Absatz zu finden. Ob der tschecho-slowakische Staat will oder nicht, er wird sich des Wiener Handels bedienen müssen.

Das sind drei Aktiva der deutsch-österreichischen Volkswirtschaft, die man in Betracht ziehen muß, wenn man von den zukünftigen Ausichten unserer Volkswirtschaft spricht. Es sind Aktiva, die aus der Vergangenheit herkommen und Zukunftsmöglichkeiten bieten. Man darf sie deswegen nicht unterschätzen, weil sie für den Augenblick ziemlich wertlos scheinen. Denn das ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Es kann kein Zweifel sein, daß in dem Augenblicke, in dem sie ihre Bedeutung wieder entfalten können, der Vorteil davon nicht nur Deutsch-Österreich, sondern der ganzen deutsch-österreichischen Volkswirtschaft zugute kommen wird. Dann werden Wien und Deutsch-Österreich wieder aktive Glieder der deutschen Volkswirtschaft sein, dann wird man nicht mehr sagen können, daß die Stadt Wien nichts anderes ist als ein Schmaroher am großen deutschen Wirtschaftskörper.

Dr. Karl Bräuer (Weißer Hirsch bei Dresden): Sehr geehrte Damen und Herren! Das Problem, das uns heute beschäftigt, ist ein durchweg politisches. Alle diese wirtschaftlichen Momente sind ja nur Folgeerscheinungen der großen politischen Tatsache, vor der wir stehen und die eine Lösung erfordern. Für die Lösung dieses politischen Problems ist aber eine Voraussetzung, die staatsrechtlichen Grundlagen festzustellen, und das ist — ich darf darauf aufmerksam

machen — weder in den bisherigen Referaten noch in den Diskussionsreden irgendwie zum Ausdruck gekommen. Scheinbar entfernt uns die Tatsache von der wirtschaftlichen Betrachtung, in Wirklichkeit bildet sie die Voraussetzung für den Anschluß. Wir stehen ja gegenwärtig selbst in einem Kampf um die staatsrechtliche Form. Zwar ist die Reichsverfassung unter Dach und Fach. Jetzt beginnt aber erst der Kampf, das Ringen zwischen den Zentralen und den gegen die Zentralgewalt gerichteten Bestrebungen. Jetzt wird sich erst der Kampf abspielen, zu dem die Reichsverfassung die Grundlage geliefert hat. Man braucht ja nur an einen Punkt zu erinnern: die schwerwiegenden finanziellen Fragen, die, ohne daß ein anderer Ausweg möglich wäre, dazu zwingen, die Zentralgewalt zu stärken.

Nun entsteht die Frage: wenn der Anschluß von Deutsch-Osterreich an Deutschland möglich wäre, sind dann die Voraussetzungen gegeben, die verfassungspolitischen Grundlagen zu schaffen? Weiter entsteht die Frage: in welcher Form soll eine derartige Angliederung staatsrechtlich an Deutschland ermöglicht werden, in der Form einer Eingliederung in den Einheitsstaat oder auf dem Weg der Staatenverbindung, oder auf welche irgends mögliche Weise ist das zu erreichen?

Es ist von den Herren Vorrednern eine Aufzählung der sogenannten aktiven Posten vorgenommen, und es ist von anderer Seite erwähnt worden, daß es nicht angängig ist, wie bei einem Handelsgeschäft zu feilschen und eine Bilanz zu ziehen. Meine Damen und Herren! es wird doch nötig sein. Stoßen wir uns nicht an dem Wort, denn diese Posten bilden die Voraussetzungen dafür, einen Anschluß realpolitisch durchzuführen. Und wenn darauf hingewiesen worden ist von Professor Ullmann, der ausging von dem Gesetz der Seelenbelastung und aufzählt, daß unter anderem die deutsche Sozialdemokratie einen mächtigen Impuls erhalten kann, daß die Verwaltungsbeamten ausgetauscht werden könnten, und daß man sich so gegenseitig von der Verbindung einen großen Nutzen versprechen könnte, so möchte ich doch davor warnen, diesen Momenten irgendeine Bedeutung beizumessen. Die Tatsache des Austausches der Verwaltungsbeamten ist eine heikle Frage. Ich für meinen Teil bezweifle, daß bei der grundlegenden Verschiedenheit der Verwaltungseinrichtungen eine ersprißliche Möglichkeit zu gegenseitiger Betätigung zu schaffen wäre. Ich erinnere dabei nur an unser engeres Vaterland, zum Beispiel daran, daß schon ein Austausch zwischen bayerischen und pfälzischen Verwaltungsbeamten nicht geringe Schwierigkeiten macht.

Daß alle die Momente, die außerdem angeführt worden sind, diese

geistigen und künstlerischen Momente, einen Gegenstand des Austauschges bilden möchten, das meine Damen und Herren, begrüßen wir alle sehr, aber das macht die Anschlußfrage, in welcher Weise sie sich auch gestalten mag, noch nicht zur Lösung reif. Es ist überhaupt nach meiner Ansicht eine zu günstige Beurteilung derjenigen Momente erfolgt, die für den Anschluß sprechen. Was ich hier nun dagegen vorbringen möchte, sind die Vorstellungen, die ich aus einem größeren Kreis von Beobachtungen entnehme, besonders aus Gesprächen mit Herren aus Österreich selbst. Zunächst möchte ich die Frage erheben, ob in dem Kreise der österreichischen Massen — nicht von der Intelligenz spreche ich, die uns besonders nahe steht — ob in diesem Kreise wirklich die Idee der Annäherung an Deutschland einen so günstigen Boden gefunden hat, wie das hier allgemein angenommen worden zu sein scheint. (Vielfache Zurufe: ja!)

Ich denke nur an eine Äußerung, die in der österreichischen Nationalversammlung getan wurde und die in gewisser Weise von der deutschen Presse beleuchtet worden ist, nämlich die Tatsache, daß man dem Anschlußgedanken fern gestanden hätte, um in Versailles bessere Friedensbedingungen herauszubringen. Es ist also die Frage, ob der Wunsch nach Annäherung so intensiv ist, daß auf eine politische Annäherung hingearbeitet werden kann.

Es ist nun in dem Referat zum Ausdruck gekommen, daß die Entente zu der Erkenntnis kommen würde, es wäre in ihrem eigenen Interesse, Deutsch-Österreich nicht als verstümmelten Wirtschaftskörper bestehen zu lassen, sondern seine Annäherung an Deutschland zu ermöglichen. Ich hege den starken Zweifel, ob das der Fall ist und ob es sich empfiehlt, mit einer solchen Erkenntnis zu rechnen. Denn bei dem rucklosen Vernichtungswillen, der uns im Friedensvertrag entgegentritt, müssen wir uns fragen, ob nicht in erster Linie die Vernichtung und in zweiter Linie das Aufbauen beabsichtigt ist. Eine Frage, die einer der Herren im Schlußwort beantworten könnte, ist die, in welcher Form dieser Anschluß staatsrechtlich gedacht werden könnte, und wenn die Form feststeht, ob es dann nicht möglich wäre, daß ein Sachverständigenkollegium von Deutschen und Österreichern die Grundlagen zu einer staatsrechtlichen Vereinigung schafft.

Vorsitzender: Wir haben nur noch das Schlußwort zu hören.

Erzellenz Lufensky: Meine Damen und Herren! Der letzte Herr Redner hat gebeten, über die staatsrechtliche Form, in der sich der Anschluß vollziehen kann, genauere Auskunft zu erhalten. Ich habe nicht angenommen, daß darüber Zweifel bestehen. Ich bin der Auffassung, daß der Anschluß sich in der Weise vollziehen soll, daß Deutsch-Osterreich ein Bundesstaat des Deutschen Reiches wird mit denselben Rechten und Pflichten, wie sie jedem Bundesstaat obliegen. Ich glaube nicht, daß es erforderlich ist, noch eine besondere Kommission zu bestellen, da die staatsrechtliche Form, in der der Anschluß sich vollziehen wird, zu Zweifeln kaum Anlaß gibt.

Nun noch eine kurze Replik! Von einer Seite ist darauf hingewiesen worden, daß ein Bedenken gegen den Anschluß daraus nicht hergeleitet werden könne, daß Deutsch-Osterreich für Nahrungs- und Genußmittel und agrarische Erzeugnisse ein Zuschußland sei, daß es weniger agrarische Erzeugnisse produziere als verbrauche. Ich habe eine Ausführung, aus der man ein solches Bedenken entnehmen könnte, meinerseits nicht gemacht. Ich habe heute früh ausgeführt, daß gegen den mitteleuropäischen Zusammenschluß bei der deutschen Landwirtschaft Bedenken obwalteten deshalb, weil in Ungarn so viel Weizen und Getreide überhaupt gezogen werden könnte, daß nicht nur der österreichisch-ungarische Bedarf davon gedeckt, sondern darüber hinaus ein Absatz nach Deutschland möglich sein würde, und daß in erhöhtem Maße dasselbe gelte für Gerste. Nachdem Ungarn ausgeschieden ist und auch Böhmen nicht mehr in Frage kommt, sind die agrarischen Bedenken bei uns verschwunden. Das gegenteilige Bedenken, daß unsere Landwirtschaft zu wenig produziere, um von ihrer Produktion einen Teil an Osterreich abgeben zu können, ist zwar an sich nicht unmöglich. Ich glaube aber nicht, daß es berechtigt ist. Wie die Verhältnisse der landwirtschaftlichen Produktion und der Stand der Bevölkerung sich entwickeln werden, kann man nicht voraussehen. Aber wie die Getreideproduktion der Welt vor dem Kriege ausgereicht hat, um die Welt zu versorgen, so wird sie auch nach dem Kriege auf den Stand gebracht werden können, daß sie ausreicht, den Bedarf der Welt zu decken. Im übrigen hat der betreffende Herr mit Recht darauf hingewiesen, wie außerordentlich steigerungsfähig die landwirtschaftliche Produktion in Osterreich ist, wie es nur einer planvollen Wirtschaft bedarf, um sie ertragreicher zu gestalten.

Schmerzlich hat mich berührt, daß mir vorgeworfen wurde, ich hätte zu sehr die Vorteile abgewogen, die der Zusammenschluß brächte gegenüber den Nachteilen, die daraus resultierten. Ich bin mir nicht bewußt,

derartige Ausführungen überhaupt gemacht zu haben. Ich kann hingegen feststellen, daß Herr Dr. Stolper mir den Vorwurf gemacht hat, daß ich die Bilanz der wirtschaftlichen Vorteile und Nachteile des Anschlusses nicht gezogen habe. Für mich ist dieses Problem ein nationales Problem. Ich wünsche einen deutschen Staat errichtet zu sehen, der alle deutschen Stämme zusammenfaßt und für alle sorgt. Wenn ein Teil derer, die der deutschen Nation angehören, sich in Not befindet, so halte ich es für nationale Pflicht und bin ich für meine Person bereit, reiflos für sie einzutreten, ohne den Lasten und Kosten, die daraus entstehen, entscheidende Bedeutung beizumessen. Das ist der Standpunkt, von dem aus die Frage des Anschlusses betrachtet werden sollte.

Und damit komme ich zu den Ausführungen, die Herr Dr. Stolper gemacht hat. In einem Punkt muß ich meine abweichende Stellung ihm gegenüber darlegen. Ich habe betont, daß das Problem des Anschlusses Deutsch-Österreichs im Gegensatz zu dem mitteleuropäischen Problem, das ein weltwirtschaftliches Problem war, in erster Linie ein nationales Problem ist und der Auffassung Ausdruck gegeben, daß der Anschluß im nationalen Interesse nötig ist, weil die deutsche Nation in der Zukunft einen überaus schweren Stand haben wird. Die angelsächsische Rasse geht außerordentlich gestärkt aus dem Kriege hervor, die Romanen, die sich bisher in einer schwächeren Position befunden, haben ihre Stellung gegenüber dem Deutschtum gestärkt. Nicht minder haben die Slaven eine Stärkung erfahren. Allen diesen Änderungen und insbesondere auch den staatlichen Neubildungen gegenüber ist es kaum zweifelhaft, daß die Stellung Deutschlands und des deutschen Wesens in der Welt eine erhebliche Schwächung erfahren hat; deshalb ist der Zusammenschluß der Deutschen zu einer Nation, die sich wieder neu zu kraftvollem Dasein entwickeln soll, so außerordentlich zu unterstützen. Herr Dr. Stolper steht auf dem Standpunkt: das erste und bestimmende ist die Notlage Deutsch-Österreichs, das einfach nicht existieren kann, wenn es nicht seinen Anschluß an Deutschland findet. Ich habe diesen Gesichtspunkt nicht unterdrückt. Ich habe ausdrücklich hervorgehoben, daß für Deutsch-Österreich die Frage des Anschlusses auch eine große wirtschaftliche Bedeutung hat und dargestellt, daß, wenn der Anschluß an Deutschland nicht zustande kommen sollte, die Gefahr besteht, daß Deutsch-Österreich einer Verelendung entgegengehen könnte. Ich habe das in der vorsichtigen Form dargestellt, die der Bescheidenheit des den österreichischen Verhältnissen ferner stehenden Ausländers gebührt. Ich bleibe jedoch dabei, daß der Ausgangspunkt und das Entscheidende die nationale Seite der Frage bleiben muß.



Es ist nun ausgesprochen worden, daß die Gefahren, die sich aus einer Vereinsamung Deutsch-Österreichs in wirtschaftlicher Beziehung ergeben, so groß sind, daß es bedenklich wäre, den Standpunkt einzunehmen, den ich vertreten habe, wonach zurzeit nichts Entscheidendes unternommen, sondern eine abwartende Haltung eingenommen werden müßte. Demgegenüber ist verlangt worden, daß man sofort etwas unternehmen solle. Sagen Sie mir den Weg! Was soll man unternehmen? Wenn wir uns an die Entente wenden und sagen, Deutsch-Österreich kann ohne den Anschluß an Deutschland nicht weiter existieren, dann wird man uns antworten: dann hättet ihr nicht den Friedensvertrag unterzeichnen sollen. Wir erhalten nur eine schnöde Ablehnung. Es bleibt nichts anderes übrig, als sich in Geduld zu schicken, den Anschlußgedanken nach wie vor aufs entschiedenste zu fördern und jede Gelegenheit zu benützen, wo sich mit Aussicht auf Erfolg die Durchführung in die Wege leiten läßt.

Die Reparationskommission wird die Verhältnisse prüfen müssen. Ich bin der Auffassung, daß man so die Lage auseinandersetzen und versuchen sollte, bei ihr Verständnis für die wirtschaftliche Notlage Deutsch-Österreichs zu erwecken. Sie ist dazu da, nicht allein im Interesse der Gegenseite, sondern auch im Interesse Deutsch-Österreichs die Verhältnisse zu prüfen. Das ist der Zweck, zu dem sie eingerichtet worden ist.

Eine zweite Möglichkeit für die Durchsetzung des Anschlusses praktisch zu wirken, erblicke ich im Völkerbunde. Deutsch-Österreich befindet sich Deutschland gegenüber in der günstigeren Lage, daß ihm die baldige Mitgliedschaft im Völkerbund in Aussicht gestellt worden ist, während Deutschlands Stellung zum Völkerbunde und sogar seine Zulassung dazu zweifelhaft ist. Der Völkerbund ist aber die Instanz, welche über die Anschlußfrage zu entscheiden berufen sein wird. Durch den Friedensvertrag ist zwar dem Rat des Völkerbundes die Entscheidung zugewiesen worden, aber dieser wird von der Stimmung, die im Völkerbunde besteht, sich nicht frei machen können trotz des Übergewichtes, welches die Hauptstaaten im Völkerbunde und besonders im Rate des Völkerbundes haben. Eine Einwirkung auf den Völkerbund im Sinne des Zusammenschlusses der deutschen Nation kann vielleicht Erfolg versprechen. Aber auch diese Einwirkung wird mit Aussicht auf Erfolg erst möglich sein, wenn über die Stellung im und zum Völkerbunde volle Klarheit besteht. Betonen möchte ich gegenüber den Ausführungen von anderen Herren, daß mir der Wunsch, daß der Anschluß so bald als möglich erfolgen kann, genau so am Herzen liegt wie irgendeinem, der dafür eingetreten ist; wenn ich erreichen könnte, daß der Anschluß heute erfolgen kann, so wäre ich



der erste, der sich dafür einsetzen würde. So lange die Möglichkeit aber nicht vorhanden ist, daß wir diesen Erfolg erreichen, so lange, sage ich, sollten wir vorsichtig sein und nicht unnötigerweise uns demütigender Abweisung aussetzen.

Im übrigen habe ich mit Freuden wahrgenommen, daß der Anschlußgedanke als solcher völliger Übereinstimmung begegnet und widerspruchsfrei von allen Anwesenden geteilt wird. Wenn ich nicht genauer eingegangen bin auf die Werte, die die Deutsch-Österreicher für das Deutschtum darstellen und auf die Bedeutung, die demzufolge dem Anschlusse Deutsch-Österreichs an Deutschland für das Deutschtum im allgemeinen beizumessen ist, so ist das aus dem Grunde geschehen, weil ich meine Ausführungen nicht zu lang gestalten wollte und deshalb davon absehen zu können glaubte, Unbestrittenes und Selbstverständliches darzulegen. Ich stimme all dem zu, was in dieser Beziehung ausgeführt worden ist. Ich erkenne an, daß durch Hinzufügung der deutsch-österreichischen Elemente dem Deutschen Reich ein wertvoller Faktor zugeführt wird. Aus den Gedächtnisreden haben wir vernommen, welche bedeutende Stellung die deutsch-österreichische Wissenschaft auf dem Gebiet der Sozialpolitik einnimmt. Ebenso verhält es sich auf anderen Gebieten des Geisteslebens, von denen ich nur beispielsweise noch auf das der Medizin verweisen will. Der seit langem übliche Austausch von Gelehrten beider Staaten beweist unwiderleglich die Bereicherung des gesamten Deutschtums, die der Anschluß Deutsch-Österreichs zur Folge haben wird.

Ich schließe mit der Zuversicht, daß unsere Wünsche auf den Zusammenschluß von Deutschland und Deutsch-Österreich dereinst in Erfüllung gehen und mit der Hoffnung, daß sie möglichst schnell in Erfüllung gehen werden. Soweit es in unseren Kräften steht, werden wir ihnen die Wege ebnen. (Beifall.)

Dr. Stolper: Ich möchte zunächst auf die zweite Frage antworten, die der letzte Diskussionsredner gestellt hat. Bei uns in Österreich ist die Verfassungsfrage nicht diskutiert worden, und seien Sie froh darüber. Wir haben keine partikularistischen Neigungen. Wir schließen alles, was Sie in Ihrer Verfassung über die Kompetenz der Gliedstaaten bestimmen. Was diesen recht ist, ist uns billig.

Ernster ist die Frage, wer in Deutsch-Österreich für den Anschluß ist, ob das ganze Volk oder nur die Intelligenz. Die Antwort ist nicht ganz einfach, aber es handelt sich um keine spezifisch deutsche oder deutsch-österreichische Frage. In jeder Nation und in jedem Lande ist die

nationale Bewegung Sache der Intelligenz. Wenn Sie vor dem Kriege einen bretonischen Bauern gefragt hätten, ob er für Elſaß-Lothringen einen Krieg führen wolle, ſo hätte er gefragt: „Elſaß-Lothringen? Was iſt das?“ Das gleiche gilt wohl von allen anderen Ländern. Der nationale Gedanke iſt ein intellektueller Gedanke. Worauf es ankommt, iſt nur, ob ein ſolcher Gedanke in den breiten Maſſen gewiſſermaßen iſtinktmäßig präformiert iſt. Und das iſt beim nationalen Gedanken der Fall. Sobald eine nationale Idee formuliert wird, weckt ſie die vorhandenen Inſtinkte und zieht die Maſſen in ihren Dienſt.

Die Frage iſt daher ſo zu ſtellen: Sind die deutſchen Maſſen in Öſterreich bereit, dieſer nationalen Idee zu folgen? Dieſe Frage kann reſtlos und, ohne daß ich Widerſpruch zu befürchten hätte, mit Ja beantwortet werden. Es kann nicht zweimal in der Nationalverſammlung der Entſchluß dazu einſtimmig, ohne eine Spur des Vorbehaltes gefaßt werden, wenn die Parteien glauben müſſen, in den Maſſen Widerſtand zu finden.

Es iſt richtig, es hat in Öſterreich gewiſſe Kreiſe gegeben, die mit der Taktik der Anſchlußpolitik nicht einverſtanden waren, vor allem deshalb, weil Deutſch-Öſterreich bis auf weiteres keine nationale Politik treiben kann. Wir ſind als Staat heute unfrei in unſeren Äußerungen, in unſerer Betätigung und unfrei ſind bei uns auch die meiſten repräſentativen Menſchen. Wenn man die Leute unter vier Augen fragt, ob ſie für den Anſchluß ſind, ſo ſagen ſie vorbehaltlos Ja. Fragt man ſie aber, warum ſie das nie äußern, ſo antworten ſie: „Weil ſie eine Fabrik in der Tſchecho-Slowakei hätten oder Kunden in Südslawien“, kurz, weil ſie befürchten müßten, daß das für ſie den wirtſchaftlichen Ruin bedeuten würde. Darauf iſt unter anderem auch die zum Teil gewiß eigenartige Haltung der Wiener Preſſe zurückzuführen. Ich begreife, daß die Haltung jener Wiener Preſſe geeignet war, jenseits der deutſch-öſterreichiſchen Grenzen Mißverständniſſe hervorzurufen.

Dann habe ich noch eine Bemerkung gegenüber Erzellenz Luſenſky zu machen. Es iſt mir nicht eingefallen zu leugnen, daß die Anſchlußfrage eine nationale und politiſche ſei. Ich habe nur geſagt, daß dieſe Seite ſo ſelbſtverſtändlich iſt, daß ſie aus der Diſkuſſion ausſcheidet. Ich glaube, daß wir darin vollkommen einig ſind.

Auf eine andere Bemerkung des Herrn Referenten zu reagieren, kann ich nicht verabſäumen: „Er hätte ſich als Ausländer eine gewiſſe Zurückhaltung auferlegen müſſen“. Dagegen muß ich Einſpruch erheben. Wenn wir mit Ihnen über dieſe Dinge ſprechen, ſo haben wir Öſterreicher

nicht das Gefühl, mit Ausländern zu sprechen, und Sie in Deutschland sollten sich endlich abgewöhnen, uns Ausländer zu nennen. Auf dieser Basis ist eine Diskussion nicht möglich. Es wird unter anderem eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Publizistik sein, Deutschland sehen zu lehren, daß jede österreichische Angelegenheit eine deutsche Angelegenheit ist, so wie wir in Wien das Schicksal Deutschlands in Freud und Leid miterleben. Das war im Krieg so und das ist heute noch so. Dabei haben wir immer den Eindruck, als ob wir Österreicher für Sie die Bittenden seien, denen man endlich die Türe öffnen möge, und daß man sich dann in Deutschland erinnert: da ist noch ein armer Bruder, der hereingelassen werden muß. Sehen Sie, solange wir die Träger des österreichischen Staates waren, mochte diese Betrachtungsweise hingehen. Sie mochten sich sagen, daß Sie mit diesen Deutschen in Österreich eine Gesellschaft hinnehmen müßten, die Ihnen weniger nahe steht. Aber diese Zeiten sind vorbei. Heute sind wir nicht das alte Österreich, heute sind wir auch nicht Deutsch-Österreich. Das ist ein fiktiver Begriff. Wir sind Wiener oder Tiroler und im übrigen Deutsche und als solche bitten wir, von Ihnen angesehen und behandelt zu werden. (Beifall.)

Vorsitzender: Wir stehen am Schluß unseres arbeitsreichen Tages. Es gehört nicht zu den Pflichten des Vorsitzenden, ein Resümee der Verhandlungen zu geben. Ich habe auch das Gefühl, ich würde die Wirkung der Worte nur abschwächen, die wir gehört haben.

Eines aber muß ich sagen: auf unserer Tagesordnung steht nicht die Frage des Anschlusses von Deutsch-Österreich an Deutschland, auf unserer Tagesordnung steht „Verhandlungen über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Deutsch-Österreich“, und man kann sich wirtschaftliche Beziehungen denken ohne einen direkten Anschluß.

Aber das scheint mir doch als besonders bedeutungsvoll aus unseren heutigen Verhandlungen hervorzugehen, daß in diesem Kreise, der nicht ein Kreis von Politikern ist, sondern von Männern der Wissenschaft, daß hier mit elementarer Gewalt bei der Betrachtung dieses Gegenstandes immer wieder hervortrat, daß die eigentliche Grundfrage die ist, daß feindliche Gewalt uns verhindern will, die Frage des Anschlusses unserer Brüder an uns zu erörtern. (Allgemeiner Beifall.)

(Schluß der Verhandlungen 6 Uhr 45 Minuten.)

## Zweite Sitzung.

Dienstag, den 16. September 1919.

Die Sitzung wird um 9 Uhr durch den Vorsitzenden, Professor Dr. Rathgen, Hamburg, eröffnet.

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Als ersten Gegenstand unserer Tagesordnung haben wir eine Beschlüßfassung über die Vorschläge über die Änderung der Satzungen vorzunehmen. Ich darf den Herrn Schatzmeister bitten, die Erläuterungen dazu zu geben.

Schatzmeister Erz. v. der Leyen: Verehrte Damen und Herren! Die Anträge, die der Ausschuß Ihnen für die Änderung der Satzungen des Vereins für Sozialpolitik vorgelegt hat, werden in Ihren Händen sein; sie sind mit den Einladungen verschickt worden. Sie ersehen daraus, daß es sich um 5 Punkte handelt, von denen der wichtigste der dritte ist, der uns den eigentlichen Anlaß gegeben hat, diese Vorlage zu machen. Es handelt sich um die Erhöhung der Beiträge der Mitglieder des Vereins. Der Beitrag betrug bis jetzt für alle Mitglieder 16 Mark im Jahr für alle Beteiligten. Wir haben jetzt, nach dem Beispiel vieler anderer ähnlicher Gesellschaften, eine Trennung vorgeschlagen zwischen Einzelpersonen und Körperschaften und empfehlen, den Beitrag der Körperschaften auf 30 Mark festzusetzen und den Beitrag der Einzelpersonen auf 20 Mark zu erhöhen. Die außerdem vorgeschlagenen Erhöhungen der einmaligen Beiträge haben keine große praktische Bedeutung. Bisher stellte sich der einmalige Beitrag für alle Mitglieder auf 300 Mark. Es ist außerordentlich selten — meines Wissens nur dreimal — vorgekommen, daß ein solcher Beitrag gezahlt worden ist, und wir schlagen vor, ihn für Einzelpersonen auf 500 Mark zu erhöhen und für Körperschaften auf 1000 Mark. Der Unterschied hat seinen Grund darin, daß die Einzelpersonen bis zu ihrem Tode die Schriften bekommen, während für die Körperschaften, die ja nicht sterben, die Zeit für den Bezug der Schriften unbegrenzt ist.

Die Gründe, die uns veranlassen, die Erhöhung zu erbitten, liegen darin, daß der Geschäftsbetrieb sich außerordentlich verteuert hat, durch

die erhöhten Kosten für Papier, Porto, Druck usw., vor allem die erhöhten Kosten, die wir unserm verehrten Verleger bezahlen müssen für die Herausgabe der Schriften. Die billigen Preise, die in dem Vertrag standen, konnten nicht beibehalten werden. Wenn diese Beitragserhöhungen nicht genehmigt würden, könnten wir nach unserer Berechnung nicht mehr auskommen, um so weniger, wenn die Veröffentlichungen des Vereins weiter vermehrt werden. Wir würden dann genötigt sein, unseren bescheidenen Reservefonds anzugreifen, und das ist nicht erwünscht, weil wir für unvorhergesehene Fälle Vorsorge treffen müssen. Das ist der Hauptpunkt der Satzungsänderungen, die ich zu genehmigen bitte.

Die anderen Anträge sind mehr formeller Natur.

Nach Antrag 1 wird in den bisherigen tatsächlichen Verhältnissen nichts geändert. Es wird nur klarer festgestellt, wie der Vorstand des Vereins gebildet sein soll. Darüber enthielten die bisherigen Statuten nichts Genaueres und darum soll in dem Paragraphen ausdrücklich gesagt werden: „Die jeweiligen Verwalter dieser Ämter bilden den Vorstand des Vereins.“

In Antrag 2 — es handelt sich um § 13 der Satzung — ist eine Änderung der Fassung vorgelesen, aus der hervorgeht, an wen die Beiträge zu zahlen und in welcher Weise sie zu zahlen sind. In Zukunft sind die Beiträge an den Schatzmeister zu zahlen.

Der Antrag 4 füllt eine Lücke aus. Es war ein Versehen, daß in den bisherigen Satzungen über das Geschäftsjahr nichts gesagt war. Tatsächlich lief dieses vom 1. April jedes Jahres bis zum 31. März des darauffolgenden seit langer Zeit. Das soll nun in den Satzungen festgelegt werden.

Im Antrag 5 wird eine Ermächtigung für den Vorstand erbeten, die Satzungen, die aus verschiedenen Anträgen entstanden sind, neu zu redigieren und in neuer Fassung vorzulegen.

Namens des Vorstandes und Ausschusses bitte ich um Genehmigung dieser Änderungen.

Noch eine persönliche Bitte möchte ich nach meinen Erfahrungen als Schatzmeister an die Herrschaften hinzufügen. Ich mache die Einzahlung der Beiträge so leicht wie das nur möglich ist. Es wird alljährlich eine Zahlungsaufforderung verschickt und eine Zahlkarte beigelegt, in die Sie bloß den Absender einzufügen brauchen. Aber Sie glauben nicht, mit welcher geringen Sorgfalt viele Mitglieder bei der Ausfüllung verfahren. Es werden oft die Adressen nicht beigelegt oder Beiträge bezahlt von einer Seite, von der wir nichts wissen. Vielfach wird eine besondere

Empfangsbefcheinigung erbeten, obgleich es ausdrücklich in den Satzungen heißt, daß Empfangsbefcheinigungen nicht erteilt werden und dabei nennen ſich nicht einmal die Abſender. Kürzlich bekam ich zum Beiſpiel eine Poſtanweiſung aus Leipzig ohne Abſender, und es wurde darin dringend um ſofortige Empfangsbefcheinigung gebeten. Was ſoll ich damit machen?

Wenn endlich die Mitglieder etwas ſorgfältiger verfahren und uns die Arbeit erleichtern würden, ſo würden der Schatzmeiſter und Generalſekretär Ihnen zu beſonderem Dank verpflichtet ſein und das iſt meine Bitte, die ich an alle Mitglieder richten möchte. Beſonders aber bitte ich auch um einigermäßen pünktliche Zahlung der Beiträge tunlichſt unter Benutzung der Zahlkarte oder durch Banküberweiſung. Die nachträglichen Mahnungen und die Einziehung durch Nachnahme verurſacht viel unnötige Schreiberei und iſt auch mit nicht unerheblichen Koſten verbunden.

Vorſitzender: Die letzte Bitte iſt außerordentlich berechtigt. Möchte jemand zu den Anträgen ſelbſt das Wort ergreifen?

Das ſcheint nicht der Fall zu ſein, dann möchte ich bitten, Ihre Zuſtimmung auszudrücken. Und ich bitte die Herren und Damen, die gegen die Annahme ſind, die Hand zu erheben. (Geſchieht.)

Es iſt eine Stimme gegen die Annahme abgegeben. (Widerſpruch.)

Es handelt ſich um ein Mißverständnis. Die Vorſchläge ſind alſo einſtimmig angenommen. Ich ſtelle das hiermit feſt.

Ich bitte dann den Herrn Schriftführer, uns den Wahlmodus mit ein paar Worten für die Wahlen zum Ausſchuß zu erläutern.

Schriftführer Boſe: Der Herr Vorſitzende äußert den Wuſch, daß ich den Stimmzettel erläutern möchte. Alles für das Verſtändnis des Stimmzettels Erforderliche iſt eigentlich im Texte des Stimmzettels enthalten.

Der Ausſchuß ſetzt ſich in ſeinem augenblicklichen Beſtande ſtatt aus 24 nur noch aus 9 gewählten Mitgliedern und aus rund 80 Kooptierten zuſammen. Daher müſſen 15 Mitglieder neu gewählt werden. Es iſt biſher für die Tätigkeit zugunſten des Vereins im Ausſchuß von keiner Bedeutung geweſen, ob die Herren gewählt oder kooptiert worden ſind. Das wird auch in Zukunft ſo ſein. Immerhin beſteht der Wuſch, daß die gewählten Mitglieder den Kern des Ausſchuffes bilden möchten. Erfahrungsgemäß werden nun immer die auf dem Stimmzettel zuerſt ſtehenden Herren gewählt, und deſhalb ſind wir davon abgegangen, in der Aufſtellung des Stimmzettels<sup>1</sup> die Herren wie früher alphabetiſch zu

<sup>1</sup> Siehe Seite 262.

ordnen. Denn dies hatte dazu geführt, daß allmählich nur Herren in den Ausschuß gewählt waren, deren Namen mit A oder B anfangen, was ein sonderbarer Zustand war. Wir haben uns bemüht, diesen Zustand zu überwinden und haben daher, um ein besseres Prinzip zu haben, die Herren in die Reihenfolge gebracht, nach der sie chronologisch in den Ausschuß eingetreten sind. Auf diese Weise könnte es gelingen, daß in Zukunft diejenigen Herren zu der Kerntuppe der Gewählten gehören, die am längsten im Ausschuß wirken. Außerdem haben wir die bisherigen Vorstandsmitglieder, die sämtlich nur kooptiert waren, vorn hingesezt; denn es wäre erwünscht, wenn auch sie zu den Gewählten gehören würden. Jedem Wähler ist es aber selbstverständlich unbenommen, einen anderen Stimmzettel zu benützen oder die Wahl durch Ankreuzen der Namen anders einzurichten. Wir wollen nichts als einen Wunsch vortragen.

Zum Schluß bemerke ich, daß Freiherr von Berlepsch unter Hinweis auf sein hohes Alter jüngst den Wunsch ausgesprochen hat, nicht mehr im Ausschuß tätig zu sein. Infolgedessen ist die Sache so: wird der Stimmzettel unverändert abgegeben, so gelten die ersten 15 Herren als gewählt. Fällt dabei Freiherr von Berlepsch weg, so würden die Herren bis zu Herrn Fuchs einschließlich als gewählt zu gelten haben.

Was die Form der Wahl anlangt, so lassen wir den Stimmzettel in den Händen der Mitglieder, die sich die Sache überlegen können, und vor der Mittagspause werden wir die Stimmzettel einsammeln.

Ich glaube, daß das zum Verständnis der ganzen Angelegenheit genügen wird.

(Es tritt sodann eine Pause von etwa 10 Minuten ein, da die Referenten für den nächsten Punkt der Tagesordnung noch nicht anwesend sind.)



## Probleme der Sozialisierung.

Vorsitzender: Wir kommen nun zu Punkt 2 der Tagesordnung, zu den Verhandlungen über das Problem der Sozialisierung, und zwar wird das erste Referat Herr Professor Lederer halten.

Ich bitte Herrn Professor Lederer, das Wort zu ergreifen.

### Erster Bericht.

Prof. Dr. Emil Lederer (Heidelberg): Meine Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich meine Ausführungen mit dem Hinweis auf ihren notwendigerweise fragmentarischen Charakter einleite. Dies ist mir um so mehr bewußt, als ja jetzt auch die Publikationen der Herren Gulenburg und v. Wiese vorliegen, denen in kürzester Frist die Veröffentlichung einer Abhandlung von Eduard Heimann im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ nachfolgen wird. All diese Publikationen setzen sich mit dem Problem der Sozialisierung auseinander, zum Teil von Gesichtspunkten und mit Argumenten, die nicht alle in meinen Ausführungen Berücksichtigung finden können.

Nur wenig von dem, was ich zu der Frage sagen möchte, kann ich hier vorbringen. Daher will ich versuchen, es von einer einheitlichen Problemstellung aus zu tun. Da die Diskussion bisher keinen Schwerpunkt gefunden hat, möchte ich den Versuch machen, unter Ausschcheidung sehr vieler Einzelfragen lediglich zu diskutieren:

1. die prinzipielle Bedeutung des Sozialisierungsvorganges,
2. die Stellung desselben in der Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus und
3. den inneren theoretischen Zusammenhang derjenigen Sozialisierungspolitik, welche in den Arbeiten der deutschen Sozialisierungskommission vorgeschlagen wurde, und welche auch den Entwürfen, Plänen, zum Teil auch schon in Kraft getretenen Gesetzen in Deutsch-Österreich zugrunde lag.

Die Frage der Sozialisierung ist aufgetaucht im November des vorigen Jahres bei dem militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zusammen-



bruch, und daß gerade dieses Wort auftaucht, ist bemerkenswert. Denn damit ist gesagt, daß man Sozialismus machen will, und wenn man Sozialismus machen will, so ist damit gesagt, daß man Sozialismus machen kann. Und so steht am Beginn jeder Diskussion über Sozialifizierung schon dem Wortsinne nach die Frage: welche Bedeutung hat das Moment des Willens in der sozialen Entwicklung? Sind wir Herren oder Knechte der „geschichtlichen Notwendigkeit“?

Die sozialistische Lehre ist in dieser Frage zu einer *communis opinio* nicht gelangt. Der ältere Sozialismus denkt überwiegend voluntaristisch, da er ja rationalistisch ist.

Im spätern wissenschaftlichen Sozialismus, besonders im Marxismus spielt der Begriff der geschichtlichen Notwendigkeit eine größere Rolle. Doch wird bei Marx das voluntaristische Moment keineswegs ausgeschaltet. Nur darin unterscheidet er sich von andern Historikern, daß er den Weg, auf welchem sich die Willensbildung vollzieht, anders zeichnet: Wenn die Klasse das entscheidende soziale Phänomen ist, so muß sich die Willensbildung in der Klasse vollziehen. Die Willensbildung, der psychologische Prozeß hört aber nicht damit auf, die Menschen werden nicht als Maschinen vorgestellt, wenn — ganz allgemein gesprochen — die Klassenlage wesentlich wird für Inhalt und Art des Willens. Der Weg, welchen die Willensbildung nimmt, die Quelle, aus denen sie ihre Inhalte schöpft, das Tempo der Umsetzung des Willens in die Tat — all das ist soziologisch bestimmt. Trotzdem bleibt der Wille Träger der Entwicklung. Doch bleibt noch immer ein sehr wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Auffassungen übrig.

Auch in der Frage der Sozialifizierung scheiden sich scharf zwei Richtungen voneinander. Für die eine sei das Schlagwort des Bolschewismus gebraucht<sup>1</sup>. Die andre kann mit dem Sammelnamen des „wissenschaftlichen Sozialismus“ bezeichnet werden.

Der Bolschewismus ist eine rein voluntaristische Strömung. In den extremen Formen dieser Bewegung wird von der Beschaffenheit der konkreten historischen Situation abgesehen. Es wird auf einen Grundgedanken des Marxismus verzichtet, daß nämlich in der Entwicklung ein bestimmtes Stadium abgewartet werden müsse, bevor die Realisierung des sozialistischen Ziels möglich ist. Der Bolschewismus knüpft an die

<sup>1</sup> Dieses Schlagwort deckt nicht alle voluntaristische Strömungen. Zum Beispiel nicht die rationalistischen, in denen Lehre und Überredung, nicht Anwendung der Gewalt das Werkzeug des Willens bilden. (Ballod, Neurath u. a.)

elementarsten immer gegebenen revolutionären Instinkte an. Daß diese Richtung die Bezeichnung „Spartakisten“ gewählt hat, ist nicht ganz zufällig, sondern symptomatisch. Denn die Bewegung des Spartakus ist aus den elementarsten, instinktiven Gefühlen einer Auflehnung gegen brutale Herrschafts- und Machtverhältnisse erwachsen, ihr liegt nicht eine positive Idee eines neuen Gesellschaftszustandes zugrunde, sondern lediglich der heftige Trieb, die Fesseln der Sklaverei zu zerbrechen. Es sind dieselben revolutionären elementarsten Instinkte, welche sich im Bolschewismus aussprechen. Weil er Auflehnung, Revolution, selbst um den Preis der Zerstörung ist, nimmt in ihm der Sozialismus die Form eines politischen Programms an. Er verkörpert die Revolution gegen jede eingeleitete Ordnung, den Protest der menschlichen Seele gegen jede Vergewaltigung; er betont hingegen erst in zweiter Linie die inneren Widersprüche im Kapitalismus. Diese sind ihm nur Anlaß und Argument, der Reifegrad der kapitalistischen Entwicklung ist ihm gleichgültig. Daher stammen die Sympathien, welche ihm soziologisch ungeschulte Intellektuelle so häufig entgegenbringen.

Auch die Sozialisierung ist insofern für den Bolschewismus ein politisches Problem, das man, wenn es nicht anders möglich ist, auf dem Wege der Gewalt realisieren muß. Und darin liegt der entscheidende Differenzpunkt zwischen dem Bolschewismus und dem wissenschaftlichen Sozialismus: in der Rolle, welche die Gewalt in der geschichtlichen Entwicklung spielt. Nach der Auffassung des Bolschewismus muß der Sozialismus erobert werden, aber nicht nur, wie man einen Wahlkreis erobert, mit Überredung, mit Agitation — sondern, wenn es not tut, mit Gewalt, weil alle kapitalistischen Instinkte, alle gesellschaftlichen Kräfte der bürgerlichen Schichten sich mit Klauen und Nägeln an die kapitalistische Ordnung klammern und diese anders als mit Gewalt nicht gestürzt werden kann. Der Bolschewist steht damit in dem denkbar schroffsten Gegensatz zum Sozialisten (wie ich nun die beiden Typen nennen möchte), der die Entwicklung nicht zwingen, sondern höchstens lenken und beschleunigen will. Der Bolschewist wird dem Sozialisten sagen: Setze einmal den Fall, daß sämtliche Menschen den Sozialismus wollen würden. Nicht bloß die Arbeiter, aus ihrem Interesse heraus, vielfach unklar und triebhaft, sondern auch die Angestellten und Unternehmer, die Kapitalisten und Nutznießer von Grundrente, weil sie alle den Kapitalismus verloren geben, und die allgemeine menschliche Würde, die Möglichkeit eines friedlichen Gesellschaftszustandes im Sozialismus sehen, weil sie bei einem Widerstande die Entzündung der gefährlichsten

Kämpfe befürchten, in denen sie ihre Position doch nicht behaupten könnten.

Sehen wir diesen heute höchst unrealen Fall — könnte der Bolschewist sagen — und wer würde bezweifeln, daß morgen schon Deutschland eine sozialistische Gesellschaft, ohne arbeitsloses Einkommen, ein Land mit guter, sich immer verbessernder Arbeitsorganisation, ein Land nicht nur des sozialen Friedens, sondern auch der ökonomischen Entfaltung wäre? Freilich, niemand kann das bezweifeln. Daraus folgert der Bolschewist: Wenn die Menschen heute nicht wollen, so kann doch eine politische Situation eintreten, in der ich sie zum Willen zwingen kann. Der Sozialist wird dem Bolschewisten antworten: Deine These ist richtig, aber daß viele Kreise heute in Deutschland den Sozialismus nicht wollen, daß insbesondere alle Mehrwertempfänger den Sozialismus nicht wollen, ist keine Zufälligkeit, sie ist eine gesellschaftliche, und zwar besonders gut fundierte Tatsache; sie erklärt sich aus dem gemeinsamen Prinzip, welches wir beide vertreten, aus dem Prinzip der materialistischen Geschichtsauffassung. Die Renten- und Zinsenempfänger müssen sich gegen den Sozialismus sträuben, sie können auf ihre Macht nicht verzichten. Deine These ist also kein Argument für die sofortige Realisierbarkeit des Sozialismus. Trotzdem, da Sozialismus nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein politisches Problem ist, so folgt daraus noch nicht, daß er mit Gewalt realisiert werden kann. Denn: die Gewalt ist kein taugliches Mittel, um der gesellschaftlichen Entwicklung ihre Bahn vorzuschreiben.

Und das ist tatsächlich der letzte Differenzpunkt zwischen Bolschewismus und Sozialismus. Der Sozialist könnte sogar mit gutem Grunde sagen: daraus, daß in der Vergangenheit Gesellschaftsordnungen mit Gewalt umgestoßen wurden, folgt noch nicht, daß dies auch heute möglich ist. Auch die Widerstandskraft der Klassen, nicht nur die der Staaten, unterliegt soziologisch bedingten Wandlungen, und gerade unser Prinzip müßte uns lehren, welche Wandlungen der Klassenkampf in der kapitalistischen Gesellschaft erfährt. Denn diese hat die Klasse in ihrer Stabilität gefestigt, sie zum Bewußtsein ihrer Zusammengehörigkeit und ihrer gesellschaftlichen Macht gebracht, und insolgedessen kann heute eine Klasse auf die Dauer nicht die Herrschaft über andere Klassen ausüben, ist sie auf die Dauer nicht imstande, solange die Klassenschichtung noch besteht, diesen ihren Stempel aufzudrücken. Und der Sozialist könnte mit einer besonders malitösen Wendung sagen: Gerade, daß wir die Gewalt als unmoralisch und unmöglich empfinden, daß unsere Ideologie eine Entwicklung ohne

Gewalt als allein mögliche postuliert, ist ja ein Symptom dafür, daß die Gewalt nicht mehr möglich ist. Dieselbe Menschheit, welche Jahrtausende hindurch — darin hast Du recht — ihre Geschichte mit Gewalt gemacht hat, wird ihrer überdrüssig, weil sie nichts mehr mit ihr auszurichten vermag.

Für die bolschewistische oder kommunistische Methode, von der heute so viel gesprochen wird, und zwar in einer Bedeutung, als ob es nie ein kommunistisches Manifest gegeben hätte, ist der ökonomische Zustand vergleichsweise nebensächlich. Taktik und Zuwarten hat für den Bolschewismus lediglich die Bedeutung, daß die politische Situation reif für die Tat sein muß. Daß die Welt für den Sozialismus „reif“ ist, bedeutet für ihn nicht, daß ihre Struktur zum Sozialismus drängt, sondern daß psychologische Angstzustände entstehen — sei es wegen Kohlennot, oder wegen Nahrungsmangels, die als Explosivstoffe benützt werden können, mit deren Hilfe die soziale Ordnung aus den Angeln gehoben und verändert werden kann. Aus der allgemeinen Voraussetzung des Bolschewismus, daß die Volkswirtschaft mit Gewalt umgeformt werden kann, ergibt sich dann, daß sich der Bolschewismus vorwiegend der Heimkehrer und Arbeitslosen bedient, daß er — die Bewegung des Proletariats seiner These nach — tatsächlich zu einer Klassenbewegung innerhalb des Proletariats geworden ist, das er spaltet; ergibt sich letzten Endes, daß gar keine ideelle Gemeinschaft mehr besteht zwischen der Gruppe von Führern, welche dem Sozialismus zustreben, und der Masse, die lediglich als Werkzeug gebraucht und je nach der Situation auch behandelt wird.

So erklären sich die Forderungen des Bolschewismus, welche einem wissenschaftlichen Sozialisten eigentümlich und auch etwas absurd erscheinen müssen, das heißt, daß vorwiegend mit Forderungen operiert wird, welche dem Sozialismus unwesentlich, ja konträr sind (z. B. bedenkenlose Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung) alles aus der Intention heraus, das System zu erschüttern, zu zerbrechen, die politische Macht zu erobern, und dann die sozialistische Ordnung zu etablieren.

So wie das römische Imperium die Gebiete fremder Völkerschaften und damit zugleich Grundrente eroberte, will der Bolschewismus das nach seiner Meinung den Arbeitern zustehende Zins- und Renteneinkommen der Gesellschaft zuführen. Das Mittel hierzu soll ihm die Sozialisierung sein.

Die Sozialisierung des Bolschewismus umfaßt zwei Gruppen von Maßnahmen. Erstens solche, welche die Menschen als Konsumenten und zweitens solche, welche die Menschen als Produzenten erfassen.

Die Maßnahmen der ersten Gruppe, z. B. die Requisition von Bourgeois-Wohnungen für das Proletariat, das Wegnehmen und Verteilen von Gebrauchsgegenständen, laufen darauf hinaus, alle von der kapitalistischen Produktion geschaffenen Werte mechanisch in die Hände des Proletariats zu geben. Dieser Konsumentenkommunismus ist etwas ganz Primitives und Elementares. Er knüpft an die Verwilderung während des Krieges an. Er kann das System der Volkswirtschaft entscheidend nicht verändern, weil heute die Bedingungen, unter welchen die Gleichheit des Einkommens produktionspolitisch vorteilhafte Wirkungen haben könnte, nicht gegeben sind. Der Bolschewismus muß das Vorhandensein eines großen ethischen Kapitals im Proletariat postulieren, so wie die bürgerliche Revolution des Jahres 1789 durch die intellektuelle Überlegenheit ihrer Bewegung den Sieg davontrug. Nur unter dieser Voraussetzung wäre die Gleichheit des Einkommens eine sehr starke Triebkraft. Tatsächlich kann aber der Bolschewismus nicht in einer solchen Situation operieren. Er operiert mit einem Proletariat, welches in seinem moralischen Habitus durch den Krieg verschlechtert wurde, und daher ist der Konsumentenkommunismus eine Maßnahme agitatorischen Charakters, die keine fruchtbaren sozialen Kräfte entfesselt.

Die zweite Gruppe von Maßnahmen hat die Produktion zum Objekt. Es soll in einem Moment die gesamte Produktion in eine sozialistische umgewandelt werden. Welches ist die Methode der „Sozialisierung“? (Dabei sei betont: Die folgenden Ausführungen stützen sich lediglich auf die zu uns gelangten, nicht absolut beglaubigten Nachrichten. Es haftet ihnen daher ein Moment der Unsicherheit an.) In der agraren Sphäre haben wir im Wesen den Versuch, den großen Grundbesitz zu zerschlagen. Das bringt den Verlust so mancher produktionstechnischer Errungenschaften mit sich. Der Bolschewismus nimmt zwar die Grundrente den bisherigen Nutznießern weg, wenn er das Land den Bauern gibt; aber er vernichtet sie zugleich. Die Erträge sinken. Es wird eine Kleinbauern-Agrarwirtschaft geschaffen; seine Politik ist also „innere Kolonisation“, nur selten Produktivgenossenschaften von Landarbeitern. Diese letztere Methode hat, wie berichtet wird, meistens versagt, so daß in der agrarischen Sphäre die bolschewistische Bewegung überwiegend individualistischen Kleinbesitz mit sich bringt. Ihr Sinn ist auch überwiegend politisch: Die Masse der ländlichen Bevölkerung entweder für das bolschewistische Regime zu gewinnen, oder sie wenigstens zu neutralisieren.

Interessanter sind die Maßnahmen in der industriellen Sphäre. Der

Volschemismus will die ganze volkswirtschaftliche Produktion, die Zirkulation, das Geld- und Kreditwesen erfassen. Wie geschieht das? Zunächst wird die Scheidung in Groß- und Kleinbetrieb, Fabrik und Handwerk, akzeptiert. Das Handwerk bleibt als privatwirtschaftliches Rudiment bestehen, und soll späterhin durch die Entwicklung hinweggeschwemmt werden. Hingegen werden die Großbetriebe in die Hand der „Gesellschaft“ gegeben. Dies erfolgt durch Übergabe der Fabriken an die Arbeiter (in der ersten Phase; jetzt sollen Ansätze zur Organisation der Wirtschaftszweige gegeben sein). Diese wählen den Führer, welcher den Betrieb leitet. Da keine Entschädigung an die Vorbesitzer gegeben wird, auch kein Teil des Erträgnisses nach den uns zugekommenen Nachrichten an die Allgemeinheit abgeführt wird, so verwandelt der Volschemismus die Produktionsbetriebe in eine Reihe von Produktivgenossenschaften, also schafft etwas ganz anderes, als was dem sozialistischen Gedanken ursprünglich zugrunde lag.

Produktivgenossenschaften von Kleinkapitalisten entstehen also, wenn diese Methode durchgeführt wird und gelingt. Der ganze Mechanismus der kapitalistischen Produktion: Markt, Preisbildung, Spiel von Angebot und Nachfrage, bleibt prinzipiell weiter bestehen, wenngleich er starke Störungen erfährt. Folgt nun aus diesem Resultat, daß die Sozialisierung als „Vollsozialisierung“, *uno actu*, nicht möglich ist? Oder könnte sie, wenn auch anders, versucht werden, und wie wäre das möglich?

Es sind, glaube ich, nur zwei Möglichkeiten denkbar:

Die erste Möglichkeit würde darin bestehen, von einer Zentralstelle aus eine Organisation des ganzen Wirtschaftslebens zu schaffen, eine Organisation, welche sämtliche Produktionszweige in sich schließt und ins Gleichgewicht bringt. Diese Methode könnte in einem Wirtschaftsgebiet, wie es Rußland oder Ungarn ist, deshalb nicht zur Verwendung kommen, weil ja ein gewisser Reifegrad kapitalistischer Entwicklung dazu gehört, uns eine Vororganisation des ökonomischen Prozesses zu schaffen, welche als Grundlage sozialistischer Wirtschaft dienen könnte. Wenngleich Rußland und auch Ungarn große Industrie haben, so ist doch die Volkswirtschaft als Ganzes nicht durchorganisiert. Die Großindustrie ist gleichsam nur wie Inseln in einem andersartigen Medium der Volkswirtschaft zerstreut. Eine solche Organisation der ganzen Volkswirtschaft von zentraler Stelle aus wäre technisch nur in einer hochentwickelten Volkswirtschaft möglich, aber sie wäre dort an Bedingungen geknüpft, welche nirgends in Europa gegeben sind, und welche durch das Mittel der politischen Aktion nicht ersetzt und geschaffen werden können.

Die zweite Möglichkeit besteht darin, die Sozialisierung durch Mittel zu machen, welche eigentlich der Marktwirtschaft angehören. Man versucht also, die Automatik des kapitalistischen Marktes so zu verändern, daß diejenigen Resultate herauspringen, welche der Bolschewismus postuliert. So versuchte man in Ungarn die Preisdaten, welche für das Proletariat wichtig sind, so zu ändern, und damit den Verteilungsprozeß so zu gestalten, daß die Kaufkraft des Proletariats allmählich und rasch die Kaufkraft der kapitalistischen Schicht überflügelt. Durch eine Veränderung der Löhne und eine Beeinflussung der Preise sucht man das Resultat zu erreichen, das durch die Organisation der Wirtschaft nicht erreicht werden kann.

Diese Methode kann aber das Weiterbestehen des Marktmechanismus, der Preise und des Geldes nicht verhindern, setzt es vielmehr voraus. Sie unterwirft sich daher den Gesetzen dieses Marktes. Damit aber ist schon gesagt, daß ein solches Beginnen fruchtlos ist. Weder Überwälzungserrscheinungen, noch Fernwirkungen solcher diktatorisch bestimmten Preisdaten können auf die Dauer verhindert werden. Tatsächlich hat die Methode, die in Ungarn praktiziert wurde, um das Proletariat kaufkräftiger zu machen durch die Festsetzung von Löhnen, die gleichkamen dem höchsten kapitalistischen Einkommen, nur zu einer Reihe von wilden Überwälzungsvorgängen geführt, zu Preisbewegungen, die nicht mehr gemeißelt werden können. Bestenfalls und letzten Endes kommt es zu einem Wettlauf zwischen Kapital und Einkommen, und es wird eine Situation geschaffen, in welcher die Arbeiter durch die zwangsweise zugeleitete höhere Kaufkraft imstande sind, den größten Teil der Konsumgüter zu verbrauchen, die Produktion überwiegend für sich arbeiten zu lassen, wodurch die Investitionen und damit die Möglichkeit einer kontinuierlichen Produktion in Frage gestellt werden. Im günstigsten Falle, wenn die Gütererzeugung keine Unterbrechung und keine Schmälerung erfährt, wenn die Herstellung von Produktionsmitteln sichergestellt würde, würde diese Methode doch zur Naturalwirtschaft, und zwar zur Sicherstellung von Minima, führen. Darin ähnelt der Bolschewismus fatal der Kriegswirtschaft, und da er bisher historisch stets nur im Kriegszustand gegeben war, so führt er zu einer regulierten Autarkie; er müßte, im politischen Friedenszustand, zu einem Arbeitermerkantilismus führen. Denn nirgends sind die Bedingungen, unter denen er sich auswirkt, derart, daß er wirklich das Gesamte der Volkswirtschaft zu organisieren vermöchte, und daher müßte er im Wettlauf mit der ihm vorerst noch überlegenen ökonomischen Maschine des internationalen Kapitalismus (die



immer die Tendenz hätte, ihn wirtschaftlich mattzusetzen) unterliegen oder den Vorsprung des Kapitalismus durch merkantilistische Maßnahmen auszugleichen trachten. Die Methode des Bolschewismus ist die eines isolierten Sozialismus.

Das, was heute die bolschewistische Taktik charakterisiert, würde in überwiegendem Maße von selbst wegfallen, wenn es eine internationale Erscheinung wäre — womit sich von der andern Seite die Wahrheit des Wortes zeigt, daß Sozialismus nur international möglich ist. Ferner zeigt sich, daß der Bolschewismus, der Sozialismus der Isolierung und des Mangels, nur dort möglich ist, wo das Proletariat die politische Gewalt erobern kann und daher gerade überall dort, wo primitivere Zustände herrschen und wo die anderen Klassen leichter überwältigt und zeitweise außerstande gesetzt werden können, ihr politisches und ökonomisches Gewicht in die Waagschale zu werfen. Daraus folgt die paradoxe Situation, daß das Proletariat um so schwerer die Macht erobern kann, je mächtiger es ist. Denn je mächtiger es ist, um so mächtiger, um so kapitalistischer ist auch die Wirtschaft, in der es steht, und in der höchstgesteigerten kapitalistischen Volkswirtschaft sind Veränderungen durch Gewalt auf die Dauer nicht möglich. —

Den Zug zur Totalität, zum Wirtschaftsplan, hat nicht bloß der Bolschewismus, sondern naturgemäß jeder Sozialismus. Er ist heute nur zurückgetreten, weil die Reminiscenzen an die Kriegswirtschaft und außerdem vielleicht auch manche Vorschläge eines universalen Wirtschaftsplanes dazu beigetragen haben, den Sozialismus zu diskreditieren. In diesen Plänen ist der Sozialismus aufgefaßt als ein bloßes Organisationsproblem, und das ist es, was viele Sozialisten veranlaßte, diese rationalistische und technizistische Richtung abzulehnen. Besonders nahe den kriegswirtschaftlichen Gedankengängen stehen die Sozialisierungsvorschläge Neuraths (Programm Neurath-Kranold-Schumann), deren Durchführung eine allgemeine Übereinstimmung des Willens und ungebrochene staatliche Autorität voraussetzt. All diese Pläne sind heute im voraus zum Scheitern verurteilt. Die Kriegswirtschaft hatte die ganze Autorität des Staates hinter sich, und konnte sich auch halb realisieren. Welche Autorität aber hat ein zentralstatistisches Amt? Alle diese Pläne müssen daher letzten Endes den Zwang postulieren. Und der Zwang, nach vierjähriger Kriegswirtschaft, um einen Wirtschaftsplan durchzusetzen, muß entweder, ernstlich gewollt, in den Bolschewismus führen oder wirkungslos bleiben. So sind diese Tendenzen einer universalen Sozialisierung bisher nicht zu einer praktischen Bedeutung gelangt. Und es stellt sich das Problem der Sozialisierung in der andern Wendung, wenn man die



Revolution nicht als Weg zum Aufbau des Sozialismus, sondern lediglich als Wegräumung politischer Hindernisse auffaßt, nach der erst der Aufbau zu leisten ist, wenn man also das Problem der Sozialisierung als solches der Entwicklung auffaßt, das heute nur schrittweise gelöst werden kann, folgendermaßen: Wie kann aus freiem Willen, in selbstaufbauender Weise, eine Automatik des Wirtschaftslebens geschaffen werden, welche nicht die des Kapitalismus ist, in welcher die Organisation der Gütererzeugung, die Verteilung der sozialen Gewichte ohne Vermehrung des autoritären Zwanges derart erfolgt, daß zugleich die Produktivität befördert wird und jenes Gerechtigkeitsideal der Verwirklichung nähergebracht wird, das der Sozialismus vertritt?

Diese Art der Sozialisierung, welche (im Gegensatz zum Bolschewismus) die Aufgabe nicht so ausschließlich als politisches Problem auffaßt, die vorgeschlagen wurde in den Gutachten der deutschen Sozialisierungskommission, die auch der Regierungsaktion in Deutschland als Programm vorschwebt, arbeitet mit zwei Gruppen von Maßnahmen: erstens mit generellen, die auf die ganze Volkswirtschaft wirken, und zweitens mit besonderen, speziellen, deren Objekt nur einzelne Teile der Volkswirtschaft, deren Wirkungen jedoch mehr als bloß partielle sein sollen.

Von den generellen Maßnahmen sind an erster Stelle die Betriebsräte zu nennen. Die Einrichtung der Betriebsräte schafft im Wesen das, was man früher die „konstitutionelle Fabrik“ oder Betriebsdemokratie nannte und als sozialpolitische Einrichtung hie und da befürwortete. Diese Fabrikdemokratie ist elementare Forderung jeder Gewerkschaftsbewegung, denn jede Gewerkschaftsbewegung strebt an: Mitbestimmungsrecht im Betrieb, Mitbestimmungsrecht in den Arbeitsverhältnissen. Jede Gewerkschaftsbewegung fragt bei Lohnverhandlungen nach der Kalkulation, nach der Rentabilität der Industrie. Jede Gewerkschaftsbewegung arbeitet mit Vertrauensmännern, und im Grunde haben die Betriebsräte zum Beispiel nach dem österreichischen Gesetz (welches ja schon in Kraft getreten ist) im Wesen die Position bekommen, welche von den Gewerkschaften seit Jahren für ihre Vertrauensmänner gefordert wurde; sie sind im Wesen nichts anderes als legalisierte, mit bestimmten Funktionen ausgestattete, gewählte Vertrauensmänner. Die Funktionen dieser Vertrauensmänner gehen nach den Bestimmungen des in Deutsch-Österreich in Kraft getretenen Gesetzes um einen Schritt weiter, insofern, als dort die Betriebsräte im Vorstand der Aktiengesellschaft Sitz und Stimme bekommen sollen, also unmittelbar im Zentrum des Wirtschaftsprozesses theoretisch gesprochen die Möglichkeit der Einflußnahme haben.

Die Forderungen, die im Betriebsrätegesetz zur Erfüllung gekommen sind, sind also zwar alt, aber doch würde ich meinen, daß mit diesem Gesetz ein prinzipiell wichtiger Schritt gegangen ist, insofern, als hier zum ersten Mal durch Gesetz und etwas abweichend von der autonomen Entwicklung der industrielle Großbetrieb als neue soziale Einheit besonderen Charakters herausgehoben wird. Das liegt abseits von der Gesellschaftsentwicklung, welche den Arbeiter überwiegend als Angehörigen eines Berufs, nicht als Angehörigen einer Industrie erfaßt hat. So sind zum Beispiel in einer Gewerkschaft sämtliche Tischler vereinigt, ob sie nun in einer Möbelfabrik oder in einer Maschinenfabrik oder in einem Bergwerk arbeiten. Die Gewerkschaft vereinigt also alle Berufszugehörigen, in welcher Industrie immer sie arbeiten mögen; und deshalb sind oft die Arbeiter eines Unternehmens in zahlreichen Gewerkschaften organisiert. Der Betriebsrat aber ist Delegierter der ganzen Arbeiterschaft eines Betriebes, und damit ist der sichtbare Ausdruck dafür gegeben, daß der Betrieb die soziale Einheit darstellt, daß die Betriebs- und nicht die Berufszugehörigkeit in der kapitalistischen Industrie die entscheidende Rolle spielt. Die Gewerkschaften werden sich diesem Prinzip nähern, und — was schon vor dem Krieg angebahnt war — zu Industrieverbänden werden, ebenso wie diese zugleich Organe der Gewerkschaften sein werden. Mit den Betriebsräten ist der Anfang einer sozialen Durchorganisation der Volkswirtschaft gemacht; sie bedeutet, daß an Stelle der alten, sozialen Gebietseinheiten der Stadt, der Gemeinde, deren Wirksamkeit längst aufgehört hat, nun die Einheit des Betriebs getreten ist, und zwar in um so höherem Maße, je größer der Betrieb ist. Je mehr die Arbeit ihres Inhaltes entleert ist, weil der technische Fortschritt die Funktion des Einzelnen reduziert, um so bedeutsamer ist diese Reaktion: daß nämlich der Betrieb, je größer er ist, um so mehr, auch sozial, eine Einheit zu bilden beginnt. Das Betriebsrätegesetz ist der Ansatz zu einer Organisation der Industrie von unten her, und zu einer mehr volkswirtschaftlichen Betätigung der Arbeiter im Betrieb. Der Betriebsrat ist auch die Stätte für einen Schulungs- und Ausbildungsprozeß, in welchem der Arbeiter nicht bloß als Lohnempfänger, sondern volkswirtschaftlich denkend und gestaltend steht. Gute Betriebsräte machen die Sozialisierung möglich, soweit sie eine Mitwirkung der Arbeiterschaft in sich schließt, und sie machen sie insolge dessen wahrscheinlich. — Allerdings birgt die Einrichtung der Betriebsräte eine Gefahr in sich, wenn sie sich auf ein falsches Zentrum richtet: wenn sie Gewinnbeteiligung als individuelle Maßnahme in sich schließt, so kann der Betrieb leicht die

Form einer Produktgenossenschaft annehmen, bei welcher so leicht die Einstellung auf das Ganze der Volkswirtschaft verloren geht, und der Arbeiter den Typus eines Kleinkapitalisten annimmt. ·

Eine zweite Maßnahme, welche immer häufiger im Zusammenhang mit der Sozialisierung genannt wird, kann in Zukunft von sehr wesentlicher Bedeutung werden, wenn auch heute ihre Bedeutung im Wesen eine potentielle ist. Es ist die Möglichkeit der Verbindung der Vermögensabgabe mit der Sozialisierung. Schon während des Krieges war von der Vermögensabgabe die Rede, aber stets nur in Verbindung mit der Abbürdung der Kriegsschuld. Sie war also eine innerkapitalistische Angelegenheit. Insbesondere wenn man annimmt, daß die Verzinsung und Amortisation der Kriegsanleihe aus direkten Steuern erfolgt wäre, so ist die Vermögensabgabe ein Problem, welches nur die Kapitalisten und die Arbeiter lediglich insofern angeht, als die Wahl des Steuersystems für die Entwicklung und Gestaltung der Konjunktur nicht ohne Bedeutung ist. Nun eröffnet sich bei einer beträchtlichen Vermögensabgabe die Möglichkeit eines staatlichen Eingreifens in die Volkswirtschaft: eine große Vermögensabgabe kann — worauf Goldscheid mit soviel Nachdruck hingewiesen hat — wenn sie über die Kriegsanleihe hinausgeht, in die Vollsozialisierung ohne Entschädigung umschlagen. Aber: und das ist die Lücke in Goldscheid's Gedankengang: zur „Vollsozialisierung“ genügt eine Vermögensabgabe nicht. Sie erspart nicht die Lösung des organisatorischen Problems, sie zeigt noch nicht, wie an Stelle des automatischen kapitalistischen Prozesses ein sozialistischer geschaffen werden kann.

Die Verbindung von Vermögensabgabe mit der Sozialisierung ist in verschiedener Form möglich. Wenn die Kriegsanleihe in natura erhoben würde, so könnte aus den Erträgen die Kriegsanleihe verzinst und amortisiert werden. So würde der Staat allmählich lastenfreier Besitzer der ihm übertragenen Vermögenswerte werden. Oder er könnte die Vermögenswerte, zum Beispiel Aktien gegen Kriegsanleihe umtauschen, und sich das Stimmrecht zurückbehalten. Jede dieser Methoden würde, da ja nur ein Teil des Vermögens abgegeben werden soll, zu einer Art des gemischtwirtschaftlichen Systems führen. Dieses gemischtwirtschaftliche System im Zusammenhang mit der Vermögensabgabe würde etwas anderes bedeuten, als das bisher bekannte. Dieses war ja überwiegend eine Methode der Kapitalbeschaffung und der Mitverwaltung durch Vertreter öffentlicher Interessen. In Verbindung mit den Betriebsräten liegt in dieser angedeuteten Methode der Vermögensabgabe die Möglichkeit, wesent-

lich weiterzugehen. Aber nur eine Möglichkeit. Immer noch ist, trotz der Betriebsräte auch die andre Möglichkeit vorhanden: der Entstehung eines staatskapitalistischen Systems — wenn nämlich die Industrie bei einer hohen Vermögensabgabe, um diese privatwirtschaftlich leichter erträglich zu machen, zu staatlich sanktionierten Zwangsartellen zusammengeschlossen wird. — Betriebsräte und Vermögensabgabe sind an sich noch keine Sozialisierung; sie würden deshalb allein an der Grundstruktur des Kapitalismus nichts ändern, weil der Kapitalismus nicht ein morsches Wirtschaftssystem ist, das durch eine leichte Einwirkung von außenher erschüttert und von innen heraus zerstört werden könnte. Im Gegenteil, er ist ein sehr gutkonstruiertes Wirtschaftssystem, an dessen Gefüge Vermögensabgabe und Betriebsräte prinzipiell nichts ändern würden. Die These von Marx hat sich als irrig erwiesen, daß dieses System im Fortgang der Entwicklung immer labiler wird. Man kann höchstens von ihm sagen, daß es etwas rückständig ist, und nicht alle in ihm liegenden technischen Möglichkeiten ausnützt. Geringegen leidet es an großen inneren psychologischen Krisen, aber gerade diese könnten durch die Betriebsräte und die Vermögensabgabe gemildert werden. Diese Maßnahmen würden aber noch nicht oder brauchten noch nicht eine Sozialisierung einzuleiten. Der prinzipielle Schritt, der Wendepunkt wäre dort gegeben, wo man von diesem auf die ganze Breite der Volkswirtschaft wirkenden Maßnahmen weiter schreiten würde zur Durchsozialisierung einzelner Wirtschaftszweige.

Das ist meines Erachtens der prinzipielle Schritt, ein Schritt, welcher von der Berliner Sozialisierungskommission gefordert wurde, zum Beispiel für den Bergbau und wahrscheinlich gefordert worden wäre für andere wichtige Wirtschaftszweige, ein Schritt, welcher gefordert und in einer Regierungserklärung angekündigt wurde, für die wesentlichsten Produktionszweige, die Deutsch-Osterreich besitzt: Kohle, Eisen und Forsten. Die Durchsozialisierung oder Vollsozialisierung solcher Wirtschaftszweige wirkt ein Problem auf, nämlich: welcher Gesichtspunkt soll dafür maßgebend sein, in welchem Wirtschaftszweige soll man zuerst beginnen? In der Berliner Sozialisierungskommission haben wir bei der Unterhaltung mit den Experten stets folgende Erfahrung gemacht: Diese waren immer der Überzeugung aus subjektiv sehr gut gemeinten Gründen, daß ihre Industrie, ihr Betrieb für die Sozialisierung absolut nicht in Frage kommen könne, daß sich jedoch andre Wirtschaftszweige eher dafür eignen würden. Es ist daher sehr wichtig, nach einem objektiven Kriterium zu suchen, welches uns angibt (unter der Voraussetzung, daß man überhaupt sozialisieren

will), welche Wirtschaftszweige sich hierfür besonders eignen. Solcher Kriterien werden zahlreiche genannt, so die technische Stufe der Entwicklung, die Bedeutung der persönlichen Leistung im Unternehmen usw. Meines Erachtens muß die Fragestellung anders gefaßt werden. Jetzt wird in der Regel gefragt, ob sich der Betrieb für die bürokratische Verwaltung eignet und er wird danach als reif zur Sozialisierung oder als unreif betrachtet. Hingegen müßte meines Erachtens entscheidend dafür, ob der Wirtschaftszweig sozialisiert werden kann, der Umstand sein, ob er imstande ist, auch als sozialisierter das Kommerzium mit der übrigen kapitalistischen Wirtschaft und Welt aufrechtzuerhalten, ob zum Beispiel der Wirtschaftszweig sehr viel Kredit braucht und imstande ist, als sozialisierter Wirtschaftszweig Kredit zu erhalten. An sich ist ein sozialisierter Wirtschaftszweig ebenso kreditwürdig, wie eine private Industrie; er kann sogar — wenn es sich um Auslandskredite handelt — die Ausfuhr in noch höherem Maße sicherstellen und damit die Abdeckung der Kredite gewährleisten. Aber bei dem allgemeinen Mißtrauen der kapitalistischen Welt gegen die Sozialisierung wird derjenige Wirtschaftszweig im Vorsprung sein, der Kredit wenig in Anspruch nehmen muß, dessen Produkte glatt Absatz finden, dessen Verhältnisse leicht durchblickt werden können. Weiter ist wesentlich, ob der sozialisierte Wirtschaftszweig nicht etwa in eine Marktsituation hineingestellt wird, in welcher die Konkurrenz überlegener Unternehmer imstande wäre, den Wirtschaftszweig, weil er sozialisiert ist, zu unterbieten und zugrunde zu richten. Eine solche Fragestellung ist, geboten. Hingegen würde ich die Frage, ob die Zentralisation weniger oder weiter vorgeschritten ist, ob die Betriebe überwiegend als Großbetriebe gegeben sind oder nicht, ob eine technische Entwicklung noch möglich oder ob sie schon abgeschlossen ist, nicht für entscheidend halten, weil ich nicht zugeben möchte, daß die sozialisierte Wirtschaft sich prinzipiell langsamer entwickelt oder daß sie schlechter funktioniert als die kapitalistische.

Die Organisationsprobleme der durchsozialisierten Wirtschaftszweige sind in der letzten Zeit vielfach diskutiert und behandelt worden; so von Otto Bauer in seinem „Weg zum Sozialismus“, im Bericht der deutschen Sozialisierungskommission über den Kohlenbergbau und die Hochseefischerei, jetzt auch in den früher erwähnten Arbeiten der Herren Gulenburg und Heimann. Ich darf mich wohl darauf beziehen, und mich auf die Bemerkung beschränken, daß eine solche Durchsozialisierung zur Voraussetzung hat die Enteignung, das heißt die Ausschaltung des privaten Kapitals (das

ist prinzipiell der bedeutendste Schritt) und daß zweitens als Organisationsform heute überwiegend die bürokratische Verstaatlichung abgelehnt wird, daß die Leitung der Industrie vielmehr unterstellt werden soll dem Einfluß aller in den Betrieben Tätigen, zu denen sich Vertreter der Verbraucher und der Allgemeinheit stellen — aber diese Organisation (in der Literatur: *Gildenprinzip* genannt) nicht so gedacht, daß ein großer Körper alle Entscheidungen fällt, sondern daß eine Geschäftsleitung aus dem allgemeinen Vertrauen aller beteiligten Schichten bestellt wird, welche weitestgehende Vollmachten genießt, solange sie das Vertrauen ihrer Auftraggeber genießt — also das demokratische Prinzip übertragbar auf die Industrie. Hierbei wird für die Entfaltung der Initiative, für die Bewährung wirtschaftlicher Talente oft mehr Spielraum gegeben sein, als heute in der privaten Industrie, die in ihren Kartellen bürokratisierte. Darauf ist auch — gerade von den radikalen Mitgliedern — in der Sozialisierungskommission stets hingewiesen worden.

Ebenso kurz möchte ich mich mit der Frage der Kapitalbeschaffung fassen: eine Inanspruchnahme des Kapitalmarktes für die Aufbringung der Entschädigung wird nicht eintreten, wenn die Vorschläge der Sozialisierungskommission (die auch in das österreichische Gesetz über gemeinwirtschaftliche Anstalten im Wesen übergegangen sind) beachtet werden. Anders liegt es bei der Beschaffung von Betriebskapital. Deshalb muß man genau überlegen, welche Wirtschaftszweige zuerst sozialisiert werden sollen; und nur solche auswählen, welche sich das notwendige Betriebskapital ähnlich zu beschaffen imstande sind, wie private Unternehmungen.

Die durchsozialisierten Wirtschaftszweige sollen sich zunächst so nehmen wie die privaten Unternehmungen. Sie müssen kaufen und verkaufen, ihre Kosten realisieren. Auch darf es für sie keine staatlichen Subventionen geben, weder offene, noch versteckte. Denn die kapitalistische Rentabilität ist ein so wichtiges Symptom für zweckmäßiges Arbeiten, daß nicht darauf verzichtet werden kann, solange nicht die überwiegende Masse der volkswirtschaftlichen Gütererzeugung sozialisiert ist, und andre Methoden der Kontrolle entwickelt werden.

Es werden nun manche fragen: wenn sozialistische Wirtschaftszweige zunächst so aussehen werden wie kapitalistische — wozu dann die ganze Umwälzung, die ja doch nicht in all ihren Konsequenzen übersehen werden kann! Und damit komme ich zur Frage, aus welchen Gründen eine Sozialisierung angestrebt wird und warum die Bewegung zu Sozialisierung von vielen, die nicht auf sozialistischem Boden stehen, gefordert wurde?

Die Vertreter der Sozialisierung — und das sind nicht nur Sozia-



listen — weisen darauf hin, daß der politische Zusammenbruch im Spätherbst des Jahres 1918, und die wirtschaftliche Unmöglichkeit, sofort zu einer geregelten Friedensproduktion überzugehen, eine solche Desorganisation des Produktionsapparates und der Arbeitskräfte mit sich gebracht hat, daß nur durch ein großzügiges und starkes Mittel gehofft werden konnte, wieder die Arbeitslust zu wecken und die Arbeiter als ein aktives Element in den Produktionsapparat einzufügen, und im Grunde liegen die Verhältnisse heute noch nicht viel anders. Das Postulat war also, die Arbeitslust zu heben, weiter auf das Ausland einzuwirken und endlich die organisatorische Aufgabe des Wiederaufbaues zu lösen. Das waren die Motive, warum die Sozialisierung gefordert wurde. Die Sozialisierung einzelner Wirtschaftszweige wird — insbesondere solange diese Bewegung noch nicht eine internationale geworden ist — in den einzelnen Ländern verschieden weit gehen können. Das ist auch der große Unterschied zwischen Deutschland und Deutsch-Osterreich. In Deutschland kann die Frage aufgeworfen werden und sollte sie meines Erachtens studiert werden für folgende Industrien: für den Kohlenbergbau, die Erzförderung und Verhüttung, Erzeugung von Roheisen und Halbzeug, Kalibergbau, einige Zweige der chemischen Industrie, den Schiffsbau, die Spinnerei, weiter für Leder, Zement, den Großgrundbesitz, die Forstwirtschaft, die Elektrizitätswirtschaft und das Versicherungswesen. All das sind Wirtschaftszweige (vielleicht werden andre die Auswahl des vorläufigen Arbeitsprogramms anders treffen), welche meines Erachtens daraufhin geprüft werden müßten, ob Sozialisierung in dem erörterten Sinn möglich und zweckmäßig, und wie sie erfolgen sollte. Denn das Organisationsproblem muß für jede Industrie besonders gestellt und konkret beantwortet werden. Für Deutsch-Osterreich ist die Liste (aus politischen und sehr triftigen wirtschaftlichen Gründen, die aus den Diskussionen des gestrigen Tages hervorgingen) viel kürzer. Die Methode der Durchsozialisierung einzelner Wirtschaftszweige begegnet nun noch einem Einwand, welcher von der bolschewistischen Richtung und gelegentlich auch von sozialistischer Seite erhoben wird, nämlich ob das noch Sozialismus im Sinne der Durchführung eines Wirtschaftsplanes ist? Jeder Sozialismus hat doch nur einen Sinn, wird dann gesagt, wenn er auf das Ganze der Volkswirtschaft, also auf einen Plan für die Volkswirtschaft geht. Es wird gefragt, ob beim Nebeneinanderbestehen dieser beiden Arten von Betrieben, der sozialisierten und der kapitalistischen, etwas Vernünftiges herauskommen kann, ob man nicht zwei Systeme mischt, welche unverträglich sind wie Feuer und Wasser, so daß sie sich gegenseitig hemmen oder

daß im besten Fall die sozialisierten Betriebe nur maskierte kapitalistische wären? Die Frage, ob diese Methode gangbar ist, hängt offensichtlich davon ab, ob in der kapitalistischen Wirtschaft die einzelnen Unternehmungen oder Unternehmungsgruppen (Kartelle) regellos nebeneinander bestehen oder ob die Volkswirtschaft eine einheitliche planmäßige Struktur zeigt. Meine Meinung geht dahin, daß die kapitalistische Wirtschaft — und das trifft für die Gegenwart und die Zeit vor dem Kriege viel stärker zu, als für die Zeit nach dem Kriege — tatsächlich einen Wirtschaftsplan realisiert hat. Auch der zweite Band des „Kapital“ von Karl Marx kommt zu dem Resultat, daß jeweils eine bestimmte Relation bestehen müsse zwischen konstantem und variablem Kapital, und daß auch die einzelnen Produktionszweige in einer bestimmten Relation zueinander stehen müssen. Das alles ist kein Geheimnis für den, der die kapitalistische Wirtschaft nicht bloß in ihrem Marktbild betrachtet und sie ansieht als eine unregelmäßige, wilde Konkurrenz, sondern welcher unter der scheinbar aller Regel spottenden Fülle von Einzeltatsachen die innere Gesetzmäßigkeit dieser Wirtschaft anerkennt. Bei Marx ist diese Gesetzmäßigkeit etwas anders vorgestellt, viel mehr von weither wirkend, und von Zeit zu Zeit sich durchsetzend auf dem Wege der Krise. Wir sehen, daß diese Gesetzmäßigkeit, der regelmäßige Ablauf, die Reproduktion des Wirtschaftsprozesses als konstanter und in sich stabiler Prozeß klar zutage liegt. Das ist zum Teil Folgewirkung des Marxschen Gedankenganges, denn der Organisationsgedanke (als Folge der Klassenkampfideologie) hat auch die Unternehmerschicht erfaßt. Infolgedessen können wir von einer Anarchie der kapitalistischen Produktion keineswegs sprechen, um so mehr als die kapitalistischen Großorganisationen zu einer Art selbsttätiger Regelung, zu einem innerkapitalistischen Beharrungszustand geführt haben. Wenn einzelne Wirtschaftszweige sozialisiert werden, so handelt es sich also nicht darum, daß die ersten Stücke eines umfassenden Planes in ein Chaos hineingebaut werden, gleichsam in ein wildes Meer, welches die Pfeiler einer neuen Ordnung wieder wegreißen könnte, sondern darum, daß ein bestehender Wirtschaftsplan ersetzt wird oder umgeformt wird zu einem andern Wirtschaftsplan. In diesem neuen, andern Wirtschaftsplan würde zum Beispiel die Frage der Produktion, nämlich was produziert wird, in welchem Tempo produziert wird, anders gelöst werden; es würde auch der Inhalt der Produktion dadurch modifiziert werden, daß die entscheidenden Antriebe zur Produktion, die Bestimmung darüber, welche Waren produziert werden sollen, jetzt von anderen Kräften, auch von anderen politischen und ökonomischen Kräften ausgehen. Aber

S\*



alle diese Umformungen können sich vollziehen, ohne daß die kapitalistische Wirtschaft und ihr Mechanismus aufgehoben werden müßte. Es ist ein Sichhineinbauen in das bestehende Wirtschaftssystem oder ein allmählicher Umbau zur sozialisierten Wirtschaft eben deshalb möglich, weil die kapitalistische Wirtschaft einen Plan, einen regelmäßigen Kreislauf in sich schließt. Eine solche Hineinflechtung sozialisierter Wirtschaftszweige in den Kapitalismus könnte natürlich nicht die von mancher, wenig unterrichteter Seite gehegten Hoffnungen auf weitgehende Besserung der wirtschaftlichen Lage erfüllen, aber schließt doch auch nicht die Gefahren in sich, die jetzt mit solchem Nachdruck hervorgehoben zu werden pflegen. Diese werden offenbar von den leitenden Stellen in Deutschland so hoch eingeschätzt, daß bisher tatsächlich noch keine Sozialisierungsaktion in die Wege geleitet wurde. Man kann vielleicht sogar sagen, daß selbst das Wort „vorsichtig“ für die bisherige Politik ein zu kühner Ausdruck ist. Es scheint, daß auch in Zukunft eine Durchsozialisierung einzelner Wirtschaftszweige nicht in Aussicht genommen wurde.

Wenn sich die Gesetzgebung auf die Betriebsräte und die Vermögensabgabe beschränkt, so werden diese Eingriffe bei der Stärke des kapitalistischen Systems die Wirkung von sozialpolitischen Maßnahmen haben. Das kapitalistische System wird also weiter bestehen, es wird in seinem Wesen keine Veränderung erfahren. Wenn man umgekehrt bloß die Durchsozialisierung einzelner Wirtschaftszweige vornehmen würde, etwa Kohlenbergbau oder Versicherungswesen, ohne den Blick auf das Ganze zu richten, ohne Maßnahmen zu treffen, welche in der ganzen Breite der Volkswirtschaft wirken, dann würden wir den kapitalistischen Produktionsprozeß zerschlagen und umformen in eine große Masse von Produktivgenossenschaften, welche sich erst wieder auf dem Markt einen Platz suchen müßten. Erst die Verknüpfung dieser beiden Maßnahmen ergänzt sich sinnvoll zu einem System der Sozialisierung.

Auf diesem Wege — und damit möchte ich meine Ausführungen schließen — ist meines Erachtens die Möglichkeit gegeben, das Prinzip einer demokratischen Wirtschaft, welche von allen Klassen gewollt und getragen wird, zu realisieren. Ausdrücklich sage ich, daß auch die Durchführung dieser beiden Gruppen von Maßnahmen, auch die Beschreitung dieses Weges noch nicht Sozialismus ist, sondern eine wirtschaftliche Zwischenform schafft, aber eine Zwischenform, welche aus ihrer eigenen Weiterentwicklung heraus zur klassenlosen Gesellschaft führt. (Lebhafter Beifall.)

Voritzender: Was die Wahlen zum Ausschuß betrifft, so bitte ich, die Stimmzettel vorzubereiten, und bitte die Herren Schriftführer, sie einzusammeln. Ich bitte ferner, die im Ausschuß verbliebenen und die heute gewählten Mitglieder zu einer Sitzung hier drüben im Rathause um 2 Uhr 45 Minuten zusammenzukommen. Wir werden kurze geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen haben. Wenn wir mit unseren Verhandlungen um 3 Uhr mit dem akademischen Viertel anfangen, so haben wir genügend Zeit, unsere geschäftlichen Dinge zu erledigen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mitteilen, daß der Unterausschuß für Studienreform heute abend zusammenkommen wird, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden nach Schluß unserer Sitzung, und zwar in dem Garten des Hotels Magimilian, um dort die Angelegenheit weiter zu besprechen. Ich füge hinzu, daß auch Nichtmitglieder dieses Unterausschusses willkommen sind, soweit sie an dieser Frage der Reform ein Interesse nehmen.

Bezüglich der Wahlen möchte ich noch hinzufügen, daß selbstverständlich Stimmzettel nur diejenigen Anwesenden abgeben dürfen, die Mitglieder des Vereins sind.

Ich erteile nun als zweitem Referenten Herrn Dr. Vogelstein das Wort.



# Probleme der Sozialisierung.

## Zweiter Bericht.

Dr. Vogelstein<sup>1</sup>: Meine Damen und Herren! Die freie Konkurrenz, die wir hier im wissenschaftlichen Betriebe haben, hat meinen Plan des Vortrages umgeworfen, und ich werde, so gut und so schlecht das bei dem geht, der unter der freien Konkurrenz steht, ein wenig verändert vortragen müssen.

In dem ersten Punkte glaube ich, nach den ausgezeichneten Ausführungen meines Freundes und Gegners kurz sein zu können. Ich möchte darauf hinweisen, daß es eine erstaunliche Tatsache ist, daß in Deutschland, dem Geburtslande der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, dem Lande der stärksten sozialdemokratischen Partei, eigentlich alle Vorbereitungen für den Gedanken der Sozialisierung am 9. November 1918 fehlten. Von den alten Zeiten abgesehen, in denen man sich Gedanken darüber machte, wie die Welt nach dem großen Kladderadatsch aussehen würde, war die sozialdemokratische Bewegung auf andere Wege geraten. Sie erfreute sich der Resultate der Gewerkschaftsbewegung und der Konsumvereine, sie war im rein Politischen froh mit jeder Form des Staatssozialismus, die dargeboten wurde, ohne zu überlegen, ob bei dem Klassenstaat, der damals herrschte, dieser Staatssozialismus mit der von ihr gewünschten Sozialisierung irgendwie etwas zu tun hatte. Wer noch im Sommer 1918 mit Sozialisten zusammen war, der konnte nichts anderes hören als das, was auch sonst Kritiker der freien Konkurrenz zu sagen hatten, die gewisse Maßnahmen des Zwanges der Kriegswirtschaft als dauernden Gewinn verbuchen wollten. Darüber hinaus war man froh, die Gewerkschaften anerkannt und scheinbar gestärkt zu sehen und befaßte sich mit dem interessanten Problem, wie die Internationale des Proletariats, die realiter so versagt hatte, als Idee in die Zukunft hinüber zu retten sei.

Ebenso wenig hat die sozialistische Wissenschaft im November 1918 den der Orientierung baren Führern in der Frage der Sozialisierung die

---

<sup>1</sup> Ich habe aus meinem Manuskript einzelne Teile, die ich beim Vortrag aus Zeitmangel weglassen mußte, eingefügt, hoffe jedoch, damit nicht zu weit gegangen zu sein.

Richtung weisen können. Denn von russischen Studenten und Literaten abgesehen, die im Kaffeehaus über den „Progreß an sich“ diskutierten und sich über die kleinsten Details zukünftiger Wirtschaftsorganisationen die Köpfe erhitzten wie irgendwelche Religionsdisputatoren des Mittelalters über die Rangordnung im Himmel, bewegte sich die Diskussion unter den Sozialisten selbst und zwischen ihnen und ihren Gegnern auf ganz anderen Gebieten als denen der Sozialisierung. Man stritt über die materialistische Geschichtsauffassung, die Mehrwertlehre, die Lehre vom Geld, die Krisentheorie und ähnliches mehr. Nun hat schon Max Adler hervorgehoben, daß die Tatsache einer bestimmten Meinung über die materialistische Geschichtsauffassung für die praktische Frage der Sozialisierung positiv und negativ nicht das Geringste bedeutet. Das gleiche gilt für die anderen theoretischen Streitfragen, wie die Wertlehre usw. Man kann in der einen oder anderen Frage auf dem Boden von Marx stehen und doch die Sozialisierung ablehnen, und heute erleben wir es andererseits, daß einzelne eine ganze Reihe von marxistischen Theorien nicht als Glaubenssätze ansehen und in puncto Sozialisierung sehr viel weiter gehen als andere, die die Marxsche Theorie akzeptiert haben.

Sobald es sich aber um andere als rein methodologische und theoretische Probleme handelte, waren die Arbeiten der sozialistischen Nationalökonomien in nichts unterschieden von denen ihrer Kollegen, ob es sich nun um meinen verehrten Vorredner handelt, dessen politische Richtung allen bekannt war, oder um manche andere, die bis zur Revolution zu Unrecht als Anhänger anderer politischer und wirtschaftspolitischer Richtungen galten.

So hieß es denn und heißt es denn an die Erkenntnisse, die seit Jahrzehnten und länger Gemeingut der Wissenschaft geworden waren, an die psychologischen Diskussionen und die organisatorischen Kontroversen von vor 50 und 30 Jahren anzuknüpfen und sie an den Erfahrungen der letzten Jahre neu zu prüfen und zu verbessern. Der Versuch war und ist zu machen, zwischen wissenschaftlichen Sozialisten und nicht-sozialistischen wissenschaftlichen Nationalökonomien zu einer Basis der Verständigung zu gelangen, überhaupt eine Grundlage zu finden, auf der man diskutieren kann. Für beide ist es unbestreitbar, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln und freie Unternehmertätigkeit auf der einen Seite, Vergesellschaftung der Produktionsmittel und zentralisierte Wirtschaft auf der andern Seite keine Kategorien darstellen, die ohne Rücksicht auf die historische Entwicklung als Axiome natürlicher Evolution oder als Postulate bewußter Politik ein für allemal gelten können.

Diese Erkenntnis muß wie jede wissenschaftliche Beweisführung, die in sich zwingend ist, für alle eine Einigung ermöglichen. Ist einmal diese Übereinstimmung zwischen Sozialist und Nichtsozialist erzielt, so müssen wir glauben, daß auch in Einzelfragen — so schwierig es ist, von einem allgemeinen Gesetz aus auf Einzelfragen zu deduzieren — immerhin die Diskussionsmöglichkeit geboten ist, und das hat sich ja, das wird Herr Professor Lederer bestätigen, bei allen Verschiedenheiten in der Auffassung gezeigt, wenn die Herren Lederer und Schumpeter ihre sehr stark sozialistischen Auffassungen mir gegenüber vertraten und wir doch in praktischen Fragen zu einer Verständigung gelangten. Ausgeschlossen von dieser Verständigung sind nur die Propheten, wie Gustav Landauer, die aus dem Geiste heraus, ohne Rücksicht auf die banalen objektiven und subjektiven Zeitumstände, eine ideale Gemeinschaft der Gleichstrebenden, wie der Aufruf zum Sozialismus sagt, und eine notfalls erzwungene der schlechten Bürger, wie die jetzige Praxis beweist, zu schaffen beabsichtigen. Ebensovienig ist eine Verständigung mit denjenigen möglich, die aus irgendeinem anderen religiösen Grunde den Sozialismus predigen. In diese Kategorie gehören bei aller wissenschaftlichen Kritik, die sie sonst haben, Männer, die die Askese des Sozialismus predigen und eine innere Erlösung von ihm erhoffen, auch wenn der Leib darunter leidet, auch wenn die Freuden des Lebens dabei verringert werden<sup>1</sup>.

Das gilt ja auch für die eigenartige Mischung von praktischen Gesichtspunkten und ethischen Forderungen, die für Walter Rathenau charakteristisch ist, wenn er mit bewußter Ablehnung des Logischen die Auffassung vertritt, daß eine neue Art des Zusammenlebens geschaffen werden müsse, die gar nicht auf Grundlage der exakten Wissenschaft zu begründen sei<sup>2</sup>.

Etwas anders ist die Auffassung zu betrachten, die vor dem Kriege zeitweise vertreten wurde, als man den Sozialismus nicht als höhere Form der Wirtschaftsorganisation im Sinne der Produktivität, sondern als Ausschaltung unnötiger Aufregung und Hast im Sinne einer Einschränkung der freien Konkurrenz vorschlug. Der Gedanke war meines Erachtens auch vor dem Kriege verfehlt, einmal weil die Hast und Un-

<sup>1</sup> Ich habe in meinem Referat Herrn Dr. Eduard Heimann, den ich in seiner Tätigkeit als Sekretär der Sozialisierungskommission besonders schätzen gelernt habe, dieser Gruppe zugerechnet. Eine nochmalige Durchsicht seines Aufsatzes beweist mir, daß ich darin Unrecht hatte.

<sup>2</sup> Dieser Ablehnung der logischen, intellektuellen Behandlung gegenüber das Prinzip wissenschaftlicher Erkenntnis zu vertreten, heißt weder Ablehnung der ethischen Forderungen noch Vernachlässigung psychologischer Faktoren.

annehmlichkeit der freien Konkurrenz fast ausschließlich der obersten Klasse der wirklich Tätigen zufällt, die sie bewußt ertragen oder von sich weisen können, die wenigstens keines Schutzes bedürfen. Andererseits war auch vor dem Kriege in unserem Europa zum mindesten die Lage der großen Masse noch nicht auf eine Stufe gelangt, konnte auch bei dem Stande der Produktivität selbst unter anderer Verteilung noch nicht auf der Stufe stehen, die eine Basis für eine kulturell befriedigende Entwicklung geboten hätte, um so mehr, als wir mit einer dauernd steigenden Bevölkerung in Deutschland und der ganzen Welt zu rechnen hatten, deren landwirtschaftliche Produkte in größeren Zeiträumen kaum anders als unter steigendem Aufwand von Kapital und Arbeit zu erzeugen waren.

Für die Gegenwart aber fällt dieser ganze Gedankengang völlig fort. Wir sind arm in ganz Europa, bettelarm in Deutschland. Das System, das es zu Wege bringt, daß der Deutsche sich satt ißt, in anständigen Zimmern mit anständigen Möbeln wohnt, oft genug sein Hemd wechseln und hoffentlich auch ein paar Bücher und ein Klavier kaufen kann, oder das wenigstens all dem am nächsten kommt — anders ausgedrückt —, das System, das die höchste Masse der zu verteilenden Güter schafft, ist, wenn es mit einer halbwegs sozialen Verteilung zu vereinbaren ist, das einzig richtige, ob es nun seinen Ursprung von Adam Smith oder Marx, oder von wem sonst immer herleitet. Dieses System wird sich, wenigstens tendenziell mit absoluter Sicherheit durchsetzen, was auch im Augenblick dagegen geredet und getan wird, wenn anders nicht die Menschen plötzlich im Jahre 1919 völlig verändert sind gegen alle früheren Perioden. Denn bei dem geringen Grad aller Bedürfnisse, die im Augenblick selbst bei idealer Organisation zu befriedigen sind, werden die erheblichen Differenzen in dieser Befriedigung so elementar wirken, daß keinerlei sentimentale Rücksichten dagegen aufkommen. Oder rein theoretisch ausgedrückt, der Grenznutzen der bei besserer Organisation erhältlichen Güter ist so hoch, daß man dafür auf die Dauer nach aller historischen Erfahrung das Leid, das Maß von „pain“ in angelsächsischer Terminologie, das in der Aufgabe liebgewonnener politischer Ideen und sogenannter Zukunftsideale liegt, unzweifelhaft auf sich nehmen wird.

Wenn wir nun gegenüber einer im wesentlichen, wenn auch keineswegs in allen Punkten individualistischen und kapitalistischen Wirtschaft der Vorkriegsperiode fragen — ich glaube, ich darf die Ausdrücke bei aller Verschiedenheit der für sie gegebenen Definition in diesem Zusammenhang ruhig ohne besondere Erklärung brauchen —, wie wir uns zu dem Problem der Sozialisierung zu stellen haben, so bleibt uns hier doch die Definition



nicht erspart, die ich leider bei meinem verehrten Herrn Vorredner vermisst habe. Ich glaube, in unserer heutigen Zeit die Definition so allgemein wie möglich fassen zu müssen, denn was als Sozialisierung aus gegeben und gefordert worden ist, hat mit all den Plänen, die früher als selbstverständlich dabei galten, sehr wenig zu tun. Trotz aller Anfechtungen, die ich erfahren werde, nenne ich Sozialisierung jede Form dauernder oder regelmäßiger zentraler Einflußnahme positiver Art auf die wirtschaftliche Tätigkeit im wirtschaftlichen Interesse der Gesamtheit des organisierten Volkes, oder eines regional oder in der Bedarfsbefriedigung wirtschaftlich zusammengehörigen Teiles der Bevölkerung, soweit diese Einflußnahme über das Maß einfacher Normativbestimmungen hinausgeht und Ziel und Art der Produktion, der Organisation und Verteilung wesentlich bestimmt.

Selbstverständlich wird, es wie bei allen historischen Kategorien Grenzfälle geben, bei denen man darüber streiten kann, ob es sich um eine Sozialisierungsmaßnahme handelt oder nicht. Eine Bestimmung wie die, daß die Direktoren der Hamburg-Amerika-Linie Deutsche sein müssen, wird keiner als Sozialisierungsmaßnahme betrachten. Wenn etwa die Leiter eines Syndikats den Geheimräten des Wirtschaftsamtcs zu entnehmen sind, so würde man das als eine Sozialisierung der Leitung betrachten müssen. Eine Einkommensteuer in Höhe von 4% ist sicherlich keine Sozialisierung des Gewinnes; aber auch Herr Lederer hat von einer Vermögensabgabe von 50 oder 80% zugegeben, daß sie, obgleich sie auch eine rein finanzielle Einwirkung darstellt, als Sozialisierung gelten könne.

Am einfachsten ist natürlich die Vollsozialisierung zu verstehen, über die sich Herr Lederer ausgesprochen hat, die zentrale Gestaltung der gesamten Wirtschaft im Interesse der arbeitenden und konsumierenden Bevölkerung. Sie umfaßt alle Zweige der Produktion und Distribution, sie erstreckt sich in gleicher Weise auf die Verwertung des Kapitals und seine Investition, wie auf die spezielle Leitung wirtschaftlicher Teilorganisationen, wie endlich die Verteilung des *produit net*. Es ist eine völlig juristische Auffassung, dabei die Frage des Verkaufes als ausschlaggebend für die Einordnung in den Begriff des Sozialismus zu nehmen. Ob die völlig sozialistische Wirtschaft nicht auch mit Zahlungsmitteln arbeiten würde, ist zum mindesten zweifelhaft. Entscheidend ist die zentrale Regelung der Produktion und die Sozialisierung des Gewinnes. Deshalb erscheint mir auch Oppenheimers Behauptung, es gäbe nur eine Vollsozialisierung mit Ausschaltung aller Verkehrswirtschaft, nicht zutreffend, und seine naturwissenschaftliche Analogie von der vollendeten Geburt besagt natürlich gar

nichts, da man mit viel mehr Recht von den in der Natur üblichen Übergangsstadien sprechen kann, wann eine Rose aufgeblüht sei, oder entwicklungsgeichtlich, welche Tiere als Amphibien und welche als Reptilien anzusehen seien.

Partiell aber kann die Sozialisierung in zweifacher Hinsicht sein, entweder in Rücksicht auf die Wirtschaftszweige, die sie erfasst, oder in dem Umfang und der Art, in denen sie die betreffenden Zweige in die Hand der Gesamtheit überführt. Das kann im wesentlichen sein eine Sozialisierung des Gewinnes, der Leitung, des Kapitals; auch dabei natürlich entweder eine vollständige oder partielle.

Obwohl doch heute Jahre vergangen sind, seitdem Alfred Marschall, amerikanische Nationalökonom und auch ich diese Frage des Produktionsgesetzes der Industrie theoretisch bis zum Ende durchdacht und dargelegt haben, sehe ich noch keinen Versuch, an dem von uns gefundenen Resultat eine ernsthafte Kritik zu üben und eine dauernde Steigerung der Produktivität bei beliebiger Vergrößerung der produzierenden Einheiten, bei Zusammenfassung aller Betriebe und Unternehmungen als allgemein gültiges Gesetz zu beweisen. Man kann doch wenigstens verlangen, daß dieses allerwichtigste Argument technischer und organisatorischer Natur entweder von streng sozialistischer Seite fallen gelassen oder von neuem tiefer begründet wird, als dies bisher geschehen ist.

Das gleiche gilt für die Vorteile des Monopols, die selbstverständlich in vielen Fällen vorhanden sind, und die von denen des Großbetriebes und der Großunternehmung streng zu scheiden sind. Es geht beim besten Willen nicht an, die Frage der Monopolisierung in der Großindustrie, im Bankwesen ~~und~~ in wichtigen Zweigen des Großhandels als erledigt anzusehen, wenn man bewiesen hat, daß in Berlin einige hundert Zigarrendetailgeschäfte zuviel vorhanden sind, ohne demgegenüber zu fragen, welche tatsächlichen Leistungen durch die Konkurrenz in den großen Zweigen der Produktion, Verteilung und Finanzierung hervorgebracht werden.

Doch damit leiten wir schon zu dem zweiten Gesichtspunkt über, der für die Frage der Konzentration, der Monopolisierung und der Sozialisierung einzelner Wirtschaftszweige ausschlaggebend ist: das sind die Marktverhältnisse. Ich brauche in diesem Kreise nur anzudeuten, welche Verschiedenheit organisatorischer Art zwischen einer Produktion von Rohmaterialien oder Typenwaren auf der einen Seite und vielfach spezialisierten Fertigwaren vorliegt. Wesentlich zu betonen ist aber doch, daß vielleicht in der Herstellung von Produktivgütern eine gewisse Beschränkung auf wenige Typen von wesentlichem Vorteil sein kann, obwohl

auch dabei die Grenzen keineswegs, wie man aus mißverständlichen Bemerkungen Walter Rathenaus, der das sicherlich nicht meint, schließen könnte, im Unendlichen liegen, daß aber eine Beschränkung in der Herstellung der Arten der Konsumgüter eben nur auf Kosten der Befriedigung der Bedürfnisse zu erzielen ist, und daß, wenn eine solche Einschränkung in Art und Umfang des Konsums, über deren Möglichkeit und Nützlichkeit hier nicht gesprochen werden soll, zwangsmäßig erfolgt, die Vorteile selbstverständlich ebensosehr von einer nicht monopolisierten oder nicht sozialisierten Produktions- und Verteilungsorganisation wahrgenommen werden könnten.

Ebenso wird von vielen Vertretern einer streng sozialistischen oder planmäßigen Gesamtorganisation die Frage des Außenhandels wesentlich unterschätzt. Wenn man bedenkt, daß Deutschland vor dem Kriege ungefähr 25 % seiner Gesamtproduktion exportiert hat, so heißt das, da der größte Teil der Landwirtschaft und ein nicht unerheblicher Teil des lokalen Gewerbes nur für den heimischen Markt arbeitete, daß unsere Industrie, und zwar die Großindustrie genau wie die mittlere Industrie in einem weit höheren Prozentsatz, der vielfach auf 50 bis 75 stieg, in den Welthandel verflochten war. Wer nicht in absoluter Verkennung unserer wirtschaftlichen Lage übersieht, daß wir als Schuldnerland in Zukunft noch viel mehr zu exportieren gezwungen sind, muß diese Frage und damit natürlich auch die der Einfuhr, die wir nach den politischen Verhältnissen auf die Dauer gar nicht wesentlich beschränken können, als ausschlaggebend für die Organisation von Erzeugung und Handel betrachten.

Endlich sei wenigstens angedeutet, daß Deutschland auch heute alles andere eher als eine stationäre Wirtschaft hat und haben kann. Das Problem der Sozialisierung ist also unter wesentlich dynamischen Verhältnissen zu betrachten, und nicht die Eignung einer Organisationsform für die im ganzen gleichbleibende Verwaltung einer bestehenden Wirtschaftsorganisation, sondern für eine in dauernder Entwicklung und täglicher Anpassung arbeitende Neuschaffung muß als Kriterium für Möglichkeit, Maß und Art jeder Sozialisierungsbestrebung gelten.

Und damit kommen wir drittens zu dem Punkt, der, solange eine Volkswirtschaftslehre existiert, den Hauptgrund für die Vertretung einer kapitalistischen Wirtschaftsweise gegenüber einer sozialistischen gebildet hat: die Frage des wirtschaftlichen Geistes.

Man kann sich wirklich nicht als Vertreter einer besonders exakten und wissenschaftlichen Auffassung betrachten, wenn man das wirtschaftliche Agens, den Geist der wirtschaftenden Menschen außer Betracht läßt,

der zum Schlusse doch mindestens so wichtig ist, wie irgendeine maschinelle Verbesserung oder die Ausschaltung irgendeines Zwischengliedes, das wahrscheinlich noch dazu in anderer Form wieder eingefügt werden muß.

Eine weitgehende Sozialifizierung irgendwelcher Art geht bewußt oder unbewußt von der Möglichkeit aus, an die Spitze der Gesamtorganisation Idealmenschen stellen zu können. Wer da glaubt, daß allweise, allwissende und allgerechte Götter von einem Punkt der Wilhelmstraße oder Behrenstraße aus die deutsche Wirtschaft leiten würden, daß ebenso ideale Mitarbeiter an allen Stellen der technischen und kaufmännischen Arbeit zu finden sein würden, die, gegen alle Hemmungen, gegen alle Verärgerung gefeit, mit genau demselben Eifer, derselben Verantwortungsfreudigkeit und demselben Wagemut in sozialisierten Betrieben tätig sein würden wie durch den Anreiz des finanziellen Erfolges, der wirtschaftlichen Machtstellung und dem wirtschaftlichen Zwange in einer kapitalistischen Organisation, der mag aus dem Geiste heraus die Vollsozialifizierung fordern. Ich sehe nur nicht ein, warum er dann nicht, wie es ja auch Gustav Landauer früher getan, den Anarchismus, die rein freiwillige Zusammenfassung, propagiert. Was schon in privatwirtschaftlichen Großunternehmungen ein wesentliches Moment für die Steigerung der Kosten bei einer Vergrößerung darstellt, die Notwendigkeit steigender Kontrolle, die Unmöglichkeit für den Leiter, alle Einzelheiten zu übersehen und andererseits den unteren Angestellten die Selbständigkeit der Entscheidung zu lassen, die allein zu höchsten Leistungen führt, das alles steigert sich naturgemäß bei jeder Annäherung an staatliche oder ähnliche Bureaufratifizierung, bei einer Verantwortung der Leiter nicht nur gegen sich selbst und einen kleinen Kreis von Auftraggebern, sondern zu einem zum Schluß der politischen Kontrolle ausgesetzten Wirtschaftssystem. Ich erinnere mich, wie Gustav Schmoller, als ich ihn vor mehr als 20 Jahren im Kolleg hörte, darauf hinwies, daß selbst in der politischen Verwaltung der preussische Geheimrat, dessen Leistung er doch sicherlich nicht unterschätzte, niemals einen führenden Geist aus sich heraus geschaffen habe, und daß die einzigen großen Männer der preussischen Staatsverwaltung in den letzten Jahrzehnten wie Bismarck gegen sie und wie Miquel ohne sie in die Höhe gekommen seien. Wer in diesem Kriege die militärischen und zivilen Stellen beobachtet hat, wird mit Erschrecken konstatiert haben, daß dieselben Männer, die nicht nur zu sterben verstanden, sondern auch bereit waren, militärische Verantwortung von großer Tragweite auf sich zu nehmen, in jeder finanziellen Frage auch vor dem kleinsten selbständigen

Schritt, der nicht durch die Vorgesetzten gedeckt war, zurückschrecken (Zuruf: Sehr richtig) und andererseits mit dieser Deckung alles, auch was sie selbst für verkehrt hielten, ohne Bedenken durchführten.

Alles das wird nun von einsichtigen Sozialisten, wie von meinem verehrten Vorredner, nicht bestritten. Abgesehen von der Frage der Form der Sozialisierung, von der die Betreffenden, genau wie ich selbst, einen ausschlaggebenden Einfluß auf dieses Moment erwarten, ist aber das Gegenargument und zwar dasjenige, mit dem man sich am allerernsthaftesten auseinandersetzen muß, die Behauptung, daß ja auch unter der so hoch gerühmten kapitalistischen Wirtschaftsorganisation nur ein kleiner Teil der Produktion und des Handels den hohen Grad der Vollkommenheit erreicht habe, den man nach dem Maß unserer technischen und organisatorischen Kenntnisse erwarten dürfte. Die mangelnde Fähigkeit vieler kapitalistischer Unternehmer, das Höchstmaß historisch erreichbarer Produktivität zu erzielen, sei so wesentlich, daß eine zentralistische Organisation — alle Nachteile einmal zugegeben — immer noch eine mindestens ebenso hohe Stufe erreichen werde. Die Tatsachen, auf die sich Herr Lederer stützt, sind unzweifelhaft richtig, wenn auch nicht ganz in dem Maße, wie Lederer und andere glauben. Vielleicht sind es nur einige große Industriezweige in Deutschland, die als ganze ungefähr wenigstens tendenziell die denkbar höchsten Leistungen erreichen: die Großeisenindustrie, die chemische Industrie, die Maschinenindustrie einschließlich der Elektrizitätsindustrie, wohl auch die Papierindustrie und einige mehr. Ich selbst kenne sicherlich große Industrien, die bis zum Kriege oder bis zum heutigen Tage mit Ausnahme weniger Betriebe durchaus rückständig sind. Aber ist dies eine Folge von zu viel Kapitalismus, von zu geringer Planmäßigkeit oder nicht etwa von zu geringem Kapitalismus, finanziell und psychologisch, von einem Mangel an leitenden Persönlichkeiten, vielleicht einmal ausnahmsweise von einer durch spezifische Marktverhältnisse mit verursachten Ängstlichkeit? Wesentlich scheint mir dabei nur die Frage, ob derartige Rückständigkeit bei freiem kapitalistischem System eher beseitigt wird, oder bei einem sozialisierten planmäßigen System. Ich möchte dabei einen Vergleich wagen. Diese Fragen sind eben wesentlich wirtschaftspsychologischer Natur. Die Freihandelslehre hat — meines Erachtens auch in diesem Punkte mit Recht — angenommen, daß die internationale Konkurrenz am sichersten und im ganzen am schnellsten für den Fortschritt der Technik und der Wirtschaft forge. Deshalb wissen wir jedoch ganz genau, daß auch Freihandelsländer zeitweilig geschlafen haben, daß die Einführung eines Schutzzolles als Impuls von gewaltiger Bedeutung sein kann, und sich Duzende von

Malen bewährt hat. Aber die Gefahr, daß caeteris paribus bei geschütztem Markt, bei Beherrschung der Situation dieses Einschlafen eintritt, ist, wie Theorie und Praxis übereinstimmend beweisen, hundertmal größer, so daß eine wirklich überlegene Wirtschaftspolitik das Mittel des Schutzzolles als Impuls in einer hochstehenden Wirtschaftsorganisation nur äußerst selten und mit genauem Programm des Wiederabbaus verwenden wird.

Der Merkantilismus war sicherlich eine äußerst zweckmäßige Politik in einer Zeit, in der die leitenden Staatsmänner und ihre Helfer kapitalistischen Sinn hatten, während die große Masse der Bevölkerung noch nicht von derartigen Motiven beherrscht war. Daß das heute der Fall sei, wird man kaum behaupten wollen. Deshalb mag aber in einem bestimmten Moment eine oder die andere Zwangsmaßnahme als einmalige Handlung oder als Normativbestimmung für beschränkte Zeiten einen wohlthätigen Einfluß ausüben. Das Prinzip der Überlegenheit kapitalistischer Konkurrenz wird damit nicht widerlegt.

Wer diese prinzipielle Darlegung anerkennt, wird im Einzelfalle genau prüfen, ob die Vorteile der Vergrößerung der Wirtschaft oder des Monopols stark genug sind, die Hemmung zu kompensieren, die in jeder sozialisierenden Maßnahme notwendigerweise enthalten sind. Das heißt keineswegs, daß er alles von Sozialifizierung ablehnt. Wo schon heute Monopole und gar teilweise bürokratische Organisation herrschen, wird man leichter zu gewissen Sozialisierungsmaßnahmen schreiten können. Andererseits stimme ich mit Herrn Lederer und vor allem Herrn Professor Wilbrandt, der das sehr stark betont hat, auch darin überein, daß es unrichtig ist, gerade diese Wirtschaftszweige allein oder auch nur vorzüglich für Sozialisierungsmaßnahmen reif zu betrachten. Wo die Rückständigkeit eklatant aus historischen Gründen besteht oder in dem Bedürfnis eine selbständige Arbeitsstelle als Kleinhändler, als kleinerer Bäcker oder sonstwie zu finden, ihre tiefsten Wurzeln hat, wird eine kühne Überführung zu großindustrieller Fabrikation, vielleicht auch eine irgendwie, nicht notwendigerweise durch Verbot hervorgerufene Beschränkung der Betriebe auch dem Relativisten nicht nur akzeptabel, sondern in unseren schwierigen Wirtschaftsverhältnissen, wenn anders die Kapitallage es gestattet, wünschenswert und notwendig erscheinen.

Ich möchte mir erlauben, aus dem leider noch immer nicht veröffentlichten Verhandlungen der Sozialisierungskommission, die man doch in einer demokratischen Zeit nicht nur für die Registratur des Reichswirtschaftsamts aufheben kann, die Tatsache mitzuteilen, ohne zu ihr mangels genügender eigener Studien endgültige Stellung zu nehmen, daß die



Kommunalpolitiker aller Parteirichtungen es für ausgeschlossen erklärten, die Bewirtschaftung der Milch je wieder aus Händen zu geben, und dies mit sehr gewichtigen sanitären, technischen und organisatorischen Vorteilen begründeten. Es scheint mir durchaus verständlich, daß eine vielfach zu semimonopolistischer Stellung gelangte Elektrizitätsversorgung nicht nur finanziell, sondern auch technisch und organisatorisch von einer zentralen Stelle mitbeeinflusst wird. Aber wer die Geschichte des Eisenbahnwesens in England studiert hat, der weiß, daß prinzipiell dieser Gesichtspunkt von den dreißiger Jahren an bis zum heutigen Tage trotz allem Individualismus vorherrschend war, daß der Charter nur nach Bedürfnis erteilt oder mit Bedingungen finanzieller und sozialer Art hypothekiert wurde und daß wir dasselbe in unseren Gas- und Elektrizitätskonzessionen, wenn auch vielleicht in zu geringem Maße und mit zu geringem Erfolge, schon prinzipiell getan haben.

Meine Damen und Herren, vor allem anderen aber hängt das Maß von Sozialisierung, das wir mit Erfolg anwenden könnten, von der Form und Art der Sozialisierung ab. Sie kann sich erstrecken auf den Gewinn, auf das Kapital, auf die Leitung. Das einfachste ist die Sozialisierung des Gewinnes. Man wendet gegen sie ein, daß sie doch keine großen finanziellen Erfolge für die Allgemeinheit erzielen könne, gleichgültig, ob sie nun in Form von Steuern oder billigen Preisen geschehen soll. Ich erkenne Gulenburgs Argument, daß man in der Sozialisierung des Gewinnes keineswegs den Himmel auf Erden für die Arbeiter schaffen könne, durchaus an und bin weit entfernt, ihre Bedeutung zu überschätzen, zumal ich gleich auch bei ihr große Einschränkungen prinzipieller und praktischer Art machen werde<sup>1</sup>. Aber es scheint mir doch unrichtig, eine Erhöhung des Einkommens der unteren Klassen auch nur um einige Goldmark als nebensächlich zu betrachten. Der Grenznutzen der letzten zur Verfügung stehenden Güter ist bei dem Arbeiter hoch genug, daß ein paar Schuhe, eine etwas bessere Nahrung oder ein paar Vergnügungen, die ja nicht nur in Kinos bestehen müssen, keineswegs zu vernachlässigen sind. Ich betrachte aber diese Frage der Sozialisierung gewisser Gewinne noch mehr unter psychologischem, um nicht zu sagen moralischem Gesichtspunkte. Auch der Arbeiter versteht den normalen Zins, auch der Arbeiter findet sich ab mit dem großen Entgelt für außergewöhnliche Leistung der Unternehmer und muß sich, ob er will oder nicht, mit ihm abfinden. Renten-

<sup>1</sup> Ich habe hier ein Moment nicht genügend betont, das mir neuerdings besonders wichtig erscheint, nämlich das der Kapitalbildung; ich werde darüber demnächst an anderer Stelle sprechen.



gewinne, die keine ökonomische Notwendigkeit für die Erhaltung der Produktion darstellen, wird er immer perhorreszieren und aus ihnen seine Kampfmittel gegen alle kapitalistischen Gewinne holen. Deshalb trete ich in Deutschland für die Wegsteuerung der Renten im Bergbau ein und behaupte, daß allgemeine Wirtschaftspläne, die an dieser Frage vorübergehen, das Höchstmäß von Dilettantismus darstellen. In Ländern, in denen es gilt, Bergwerke erst aufzuschließen, in denen nicht Rentengewinne, sondern dem Risiko entsprechende Entgelte in der Minenindustrie erzielt werden, würde ich weit entfernt sein, das gleiche zu fordern. Als Sozialisierung des Gewinnes kann auch eine weitgehende Kapitalbesteuerung angesehen werden — ob für die Lebenden oder deren Erbschaft, mag dabei dahingestellt bleiben —, obwohl auch hierin schon auf den Import ausländischen Kapitals und die Notwendigkeit inländischer Kapitalbildung Rücksicht zu nehmen ist. Den ganzen Mangel an geistigem Durchdenken in unserer heutigen Politik ersieht man aber, wenn in einer Zeit, in der man nach Sozialisierung ruft, und teilweise von denselben Männern, an dem Gedanken der Mehreinkommensteuer und Kapitalwachstumssteuer auch über den Krieg hinaus festgehalten wird, und damit gerade derjenige, der wirtschaftlich etwas leistet, benachteiligt wird zugunsten des alten Kapitalbesitzers und Rentenbezieher und der Kapitalbildende zugunsten des Nichtsparerers.

Auf einen derartigen besonderen Schutz des alten Reichtums und der ererbten Unternehmungen gegenüber den Neuaufkommenden läuft im Grunde genommen auch ein erheblicher Teil der Walter Rathenauschen Vorschläge hinaus, der nur demjenigen, der etwas besonders Neues schafft, das von seinen Fachgenossen anerkannt wird, eine Gelegenheit gibt, mit zu konkurrieren, und auch das nur in einem ungewöhnlich beschränkten Maße (Zuruf: Sehr richtig).

In einem herrscht weitgehende Übereinstimmung zwischen ausgesprochenen Sozialisten und mir: nämlich darin, daß die Leitung der wirtschaftlichen Unternehmungen so frei wie möglich belassen werden muß, also von der Sozialisierung so wenig wie möglich erfaßt werden darf. Über die Frage des Einflusses der Arbeiter und Angestellten spreche ich gleich. Hier scheint mir nur wesentlich zu sein, daß ich bei allem Nachdenken keinen Weg gefunden habe, eine unabhängige in geistigem Wettbewerb arbeitende Leitung nicht nur einmalig zu ernennen, sondern für die Dauer zu sichern, wenn nicht die Konkurrenz des Kapitals aufrechterhalten bleibt. Alle Rathenauschen Kommissionen zur Erteilung der Erlaubnis, ein neues Verfahren auszuprobieren, oder nachdem es ausprobiert ist, in die Praxis

anzusehen, müssen, da wir nun eben die Idealmenschen nicht haben, gleichzeitig zu einer unerhörten Hemmung des Fortschrittes in Deutschland und zu einer Auswanderung der tüchtigen Individuen führen. Nur die Freiheit des Wettbewerbs des Kapitals kann die Freiheit der Leitung und der Anspannung aller Kräfte sichern. Alle Forschungsanstalten und ähnliche Erfindungsanstalten werden niemals den gleichen Erfolg auch nur annähernd zeitigen können. Ich könnte Beispiele genug aus meiner eigenen Kenntnis des deutschen Wirtschaftslebens anführen, die als treffliche Beispiele dafür anzusehen sind.

Aus diesem organisatorischen Grunde komme ich dazu, alle die Bestrebungen, die auf die Zusammenfassung des Kapitalbesitzes mittels der Vermögensabgabe hinausgehen, als völlig verfehlt anzusehen. Solange der Staat mit kleinen Prozentsätzen beteiligt ist, wird die Konkurrenz der freien Kapitalisten genügen. Wenn wirklich einmal das Gesamtkapital beim Staat ist, wo soll dann der Fortschritt in der Leitung herkommen?

Ich bin erstaunt und enttäuscht gewesen, daß Professor Lederer heute mit einer solchen Stärke für die Betriebsräte eingetreten ist, da ich es ebenfalls als einen der größten Erfolge der Sozialisierungskommission angesehen hatte, daß sie wie in der Frage der Leitung so in der Frage der Mitbestimmung der Angestellten und Arbeiter mit allen Kompromissen, die beide Teile natürlich in praktischer Arbeit schließen mußten, zu einem einheitlichen Votum und prinzipiell zu einer völligen Übereinstimmung gelangt ist. Übrigens genau so in der Ablehnung alles dessen, was statt des Gedankens der Arbeit für die Gemeinschaft des Volkes auf einen Syndikalismus, das heißt ungehemmten Egoismus der in dem Unternehmen tätigen Personen hinauskommt. Soweit die Betriebsräte über das hinausgehen, was wir als Arbeiterausschüsse bezeichnen können — Arbeiterausschüsse sind ja auch nichts Neues —, bedeuten sie im wesentlichen eine Einschränkung der Selbständigkeit in den Entschlüssen der leitenden Personen, den Ersatz der bürokratischen Kontrolle des Staatsbetriebes durch die bürokratische Kontrolle der Räte. Ich sehe nicht ein, wie man von einem Betriebsrat, der etwas zu sagen haben soll und nicht bloß eine Puppe ist, etwas anderes erwarten kann als diese Einschränkung. Wenn aber die Betriebsräte eine Einschränkung der Freiheit bedeuten, so ist das Selektionsprinzip das falschste, das ich mir denken kann. Der Gedanke, daß der, der in einem kleinen Kreise, in der Arbeiterrotte bewährte und gewählte Mann, auch der geeignete Vertrauensmann sei für den Betrieb, für die Unternehmung oder für den Zentralwirtschaftsrat, ist eine große Verkennung der spezifischen Verschiedenheiten dieser Tätigkeit (Zuruf: Sehr richtig).

Folge dieses falschen Wahlmodus ist, daß die meisten dieser Räte absolut versagen, sobald es sich um größere Probleme handelt. Wir haben in der Sozialisierungs-Kommission für den Bergbau wenigstens ein Kompromiß geschlossen dahin, daß die Vertreter für die höheren Räte von, aber nicht notwendig aus den Vertrauensmännern der kleinen Räte gewählt werden sollten. Es ist aber auch dieses Kompromiß abzulehnen, da es die Fehler der Auswahl nur teilweise beseitigt. Das ganze System führt dazu, daß in dieser für den Zweck zumeist völlig ungeschulten Masse der Räte die wenigen, die zufällig anderer Art sind, oder es verstanden haben, sich aus anderen Kreisen in die Räte hineinzubringen, infolge des geistigen Abstandes, der zwischen ihnen und der Masse besteht, zu einer plebiszitären Diktatur gelangen, wie sie in einer repräsentativen Gemeinschaft auch der bedeutendste Staatsmann niemals haben kann. Es ist daselbe im kleinen wie im großen, ob es sich um Herrn Lenin und Herrn Trotski, um Herrn Cohen-Reuß und Herrn Kaliski, um Herrn Däumig oder Herrn Levien handelt, ganz gleich auch, ob die Betreffenden ihren Einfluß zum Guten oder zum Schlechten verwenden. Es ist der Ersatz vorgebildeter oder sich im Laufe der Arbeit bildender Repräsentanten durch die *ἀγορά* oder richtiger nicht durch die *ἀγορά* athenischer Vollbürger, sondern eher die Comitien der nach der Annona verlangenden römischen Volksmenge (Zuruf: Sehr richtig). Und so entsteht jene Zufälligkeit der Beschlüsse, für die der Zentralrat der deutschen Arbeiter in Berlin genau so groteske Beispiele bietet, wie die kleineren Organisationen einzelner Bezirke und einzelner Unternehmungen.

Ich halte es für essentiell, in dieser Frage reinen Tisch zu machen, und glaube, daß es sowohl vom rein politischen wie vom wirtschaftlichen Standpunkt aus nötig ist, zu erklären, daß es mit diesem System kein Kompromiß gibt, daß alles, was über den Arbeiterausschuß hinausgeht, von uns abgelehnt werden muß (Zuruf: Sehr richtig), nicht etwa aus Gegnerschaft gegen die Arbeiter, sondern weil auch für sie keinerlei Vorteil daraus erwachsen kann. Die einzelnen Unternehmungen sind für die Arbeiter nur in einer Beziehung von wesentlicher Bedeutung, nämlich in allen Fragen der Arbeitsbedingungen. Schon die Fragen des Lohn-tarifs sind nicht vom Standpunkte des einzelnen Werkes aus zu beurteilen. Die Geschäftsergebnisse des einzelnen Unternehmers interessieren, wenn man nicht den völlig aussichtslosen Versuch einer Gewinnbeteiligung in normalen Industrien machen will, den Arbeiter keineswegs. Es geht natürlich nicht an, daß der Dreher in einem Werk 20 Mk. verdient und noch 10 Mk. Gewinnbeteiligung erhält, und bei dem Konkurrenzunter-

nehmen, weil die Geschäfte dort schlechter gehen, vielleicht schlechter geleitet werden, nur 20 Mk. Entweder bedeutet das die Schaffung einer Rente und vielleicht den Verkauf von Arbeitsplätzen, mit denen diese Rente verbunden ist, oder der Mann erklärt seinem Unternehmer: mir ist es gleich, aus welchem Fonds du die 30 Mk. bezahlst; wenn mein Kollege sie bei der Konkurrenz erhält, so verlange ich sie auch. Damit ist erwiesen, daß es ein prinzipieller Fehler ist, diese Fragen auf den Betrieb anstatt auf den ganzen Geschäftszweig einzustellen, und dieser Fehler muß notwendigerweise wieder gutgemacht werden, wenn man nicht zum Syndikalismus kommen will, den Professor Lederer und seine Freunde ebenso ablehnen wie ich (Zuruf: Sehr gut).

Wer, im Gegensatz zu mir, das organisatorische Problem prinzipiell anders beurteilt und etwa von der Konzentration stets eine Minderung volkswirtschaftlicher Kosten erwartet, wer das psychologische Problem der Leitung und Verwaltung quantitativ soviel anders auffaßt, daß er seine Lösung ohne Rücksicht auf Zeitverhältnisse und Tradition für leicht ansieht, konnte im letzten Winter vielleicht zu einer radikalen Umgestaltung in sozialistischem Sinne, zu einer bewußten Arbeit an einer Vollsozialisierung neigen. Sie wäre meines Erachtens an ihren organisatorischen Fehlern und psychologischen Irrtümern eines Tages zusammengebrochen, hätte sich aber immerhin einige Zeit halten können, falls kein Machtwort der Entente sie aufgehoben hätte.

Viel schwieriger war die Stellungnahme für alle diejenigen, die eine Vollsozialisierung für absehbare Zeiten organisatorisch als verfehlt erachten und auch bei Teilsozialisierungen alle Schwierigkeiten des Maßes und der Form, des Zeitpunktes und der psychologischen Einstellung deutlich erkennen. Für sie, die die Frage als reines Zweckmäßigkeitsproblem erachten, wurde sie zum eminent politischen Problem, das jeden Tag einen neuen Aspekt gewann, zumal auch von dem Gesichtspunkt aus, das Höchstmaß von Ruhe und Arbeit in diesem so sehr zerrütteten deutschen Wirtschaftsleben zu erreichen.

Eines war am 9. November allen denkenden Deutschen klar: über die alten sozialpolitischen Forderungen nicht nur der christlich-sozialen à la Bodelschwingh und Stöcker, nicht nur der Anhänger eines preußischen Königtums, das — wie früher zwischen dem cavalier und dem roturier — jetzt zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden die balance halten und den Schwachen vor Ausbeutung, den Bedürftigen vor Not schützen sollte, nein auch über die weitgehenden Postulate auf Anerkennung der Persönlichkeitsrechte des Arbeiters und der Gleichberechtigung seiner Berufsorganisationen

mit denen der Unternehmer war nicht mehr zu streiten. Brentano war nicht nur regierungstüchtig, sondern auch unternehmerstüchtig geworden, oder richtiger, Regierung und Unternehmertum waren tüchtig geworden für all das, was uns, dem äußersten linken Flügel nichtsozialdemokratischer Sozialpolitiker, was auch sozialdemokratischen Parteiführern und Gewerkschaftsleitern als das höchste Maß des Erreichbaren für Jahre und Jahrzehnte erschienen war — von der Frage des Einkommens und der Lebenshaltung einmal abgesehen. Es konnte sich nur um die Kodifizierung eines durch consensus omnium schon gewordenen Rechtszustandes handeln.

Ein anderes aber stand im Vordergrund sorgender Betrachtung: wie kann einer seit Jahrzehnten argwöhnischen Arbeiterschaft, die plötzlich mit Unterstützung weiter Kreise des Kleinbürgertums und der Intelligenz zu unumschränkter Macht gekommen war, das Gefühl beigebracht werden, daß eine neue Zeit angebrochen sei, in der keine auf die Dauer durchführbare Forderung auch nur um einen Tag länger als nötig verschoben werden würde, daß Privatrechte und kapitalistisches System an keiner Stelle um ihrer selbst willen, an keiner Stelle anders als im Interesse der Allgemeinheit aufrechtzuerhalten würden?

Die prinzipiellen Widerstände lagen zumeist nicht bei den Unternehmern deren führende Geister, abgesehen von den wenigen Ausnahmen, die auf eine glatte Katastrophenpolitik hinarbeiteten, bereit waren, alle erdenklichen Zugeständnisse zu machen, um eine friedliche Fortentwicklung zu sichern. Männer wie Hugo Stinnes hatten, leider sehr spät, aber nunmehr doch mit der ganzen Energie ihres Geistes den Gedanken aufgenommen, alles vom Kapitalismus zu opfern, was nicht absolut zur Erhaltung der deutschen Wirtschaft und zu ihrem Neuaufbau nötig war. Viele kluge Unternehmer waren, obwohl sie eine restlose Erfassung der Kriegsgewinne für ungerecht und unzweckmäßig hielten, bereit, der nicht immer klaren moralischen Forderung freiwillig entgegenzukommen, und der Leiter einer großen Gesellschaft sprach im November das Wort aus, man solle ein Gesetz erlassen, daß jeder bis zu einem bestimmten Tage seinen Kriegsgewinn herauszugeben habe bei Vermeidung von Zuchthausstrafen.

In diesem Augenblick hatte der Rat der Volksbeauftragten, damals noch stark an effektiver Macht und noch stärker an moralischer Autorität, die Sozialisierungskommission geschaffen, die in weiten Kreisen — das läßt sich aus Zeitungsartikeln und Zuschriften beweisen — mit großer Hoffnung begrüßt wurde. Nicht durchaus glücklich in der Zusammenfassung — wir haben oft überlegt, ob wir nicht andere hinzuziehen sollten — aber doch nach der persönlichen Seite gut arbeitsfähig, nicht mit klaren

Befugnissen und Zwecken, aber doch in so weitem Rahmen, daß sich vieles aus ihr machen ließ. Sie hatte die Absicht, etwas in absehbarer Zeit zu schaffen und hätte es meiner Ansicht nach geleistet, wenn nicht der Mangel an politischem Sinne bei den Volksbeauftragten und nachher dem ersten Ministerium, wenn nicht die Mitleid erregende Unbeholfenheit der meisten neuen Männer und die kleinliche Eifersucht ressortversunkener Bureaukraten von der Minute ausge schlagen hätten, was Jahre nicht zurückbringen.

In einer Zeit, in der es nicht unwesentlich gewesen wäre, eine von Kautsky und Hilferding unterzeichnete Erklärung an die Bergarbeiter herauszugeben, hat man sich zu keinem Entschluß aufraffen können. Und dann kam ein System kleinlicher Schikane, auf das ich hier nicht näher eingehen möchte, das aber für den Erforscher deutscher Behördenorganisationen nicht ohne Interesse sein dürfte. Wenn wir auf die wichtigsten organisatorischen Vorschläge keine Antwort erhielten, wenn wertvolle Stunden und noch wertvollere Kraft damit verloren ging, für die auswärtigen Mitglieder der Kommission die Bezahlung der Hotelrechnung durchzusetzen, wenn über die Frage einiger tausend Mark Ausgaben für Sekretäre und Papier die Volksbeauftragten zwei Sitzungen abhielten und dann zu einem ablehnenden Entschluß kamen, so war eigentlich schon damit jeder Erfolg unmöglich gemacht.

Der Höhepunkt bureaukratischer, kleiner Tricks wird dann in der Kohlenfrage erreicht und zwar von den damals leitenden Herren des Reichswirtschaftsministeriums, gedeckt durch die Unterschrift des Herrn Wissel, des Ministers, von dem man sagte: *il règne, mais il ne gouverne pas*. Hinter dem Rücken der Sozialisierungskommission ließ man ohne große Prüfung der Frage von einem auch bei der Sozialisierungskommission als Sachverständigen tätigen Herrn einen Entwurf ausarbeiten, der noch vor dem unfrigen herauskommen mußte, und schnitt gleichzeitig in vormärzlich-bureaukratischem Übermut einem Gremium, das immerhin einige wirtschaftliche Kenntnisse hatte, den Weg zur Öffentlichkeit ab. Einer in zwischen in Generalstreiks und wilden Sozialisierungen konvulsierenden Arbeiterschaft warf man in varietémäßiger Reklame ein Sozialisierungsgesetz hin, das vielleicht Mitte November psychologisch von Bedeutung gewesen wäre, jetzt aber nur die völlige Ratlosigkeit der Regierung offenbarte, und geht endlich mit der Ankündigung des Betriebsrätegesetzes und ihrer Begründung leichten Sinnes über all das weit hinaus, was selbst die Neunerkommission der Essener Bergleute und die extremsten Mitglieder der Sozialisierungskommission verlangt hatten, die alle anerkannt hatten,



daß eine Mitwirkung nicht etwa einzelner jetziger oder früherer Arbeiter, sondern der Arbeiterschaft und der Angestellten durch ihre Räte an der kaufmännischen und technischen Leitung jedem vernünftigen organisatorischen Prinzip zuwiderlaufe. So wird die Regierung, die nichts leistet, was die Phantasie der Arbeiter befriedigt, zu immer vageren Versprechungen geführt, die keiner Begrenzung in Maß und Schnelligkeit der Durchführung unterliegen.

Inzwischen geht das Wirtschaftsleben an Leistung und Moral von Tag zu Tag bergab. Wenn erst bei den vielen Beschränkungen — Kontingentscheine, Ausfuhr- und Einfuhrbewilligungen, Devisenordnung usw. — das Geschäft ganz in die Hände von Schiebern zu fallen droht, denen es gleich ist, ob sie sich an die Vorschriften halten, fängt nun auch der solidere Kaufmann und Fabrikant an, seine politische und geschäftliche Moral den Verhältnissen anzupassen. Hatte er im Kriege gelernt, die Beschaffung von Butter und Fleisch im Schleichhandel, von Kohle und Rohstoffen zur Erfüllung seiner Kriegsaufträge, wie jeder Fourageoffizier und jedes militärische Bestimmungsbureau als erlaubten Kniff anzusehen, so wird jetzt das Schmieren, um Waggonz gestell zu bekommen und bald noch manches andere von den Berufsgenossen nicht mehr als unzulässige — weil eben nötige — Maßnahme beurteilt.

Viel schlimmer entwickelt es sich aber noch bei den Arbeitern. Was als das wesentliche Moment der Stärke in der Arbeiterbewegung sowohl politisch als auch moralisch gegolten hatte, das Solidaritätsgefühl, es ist zugrunde gegangen in einer Weise, die niemand für möglich gehalten hätte. Der Achtstundentag wird erzwungen; der Fabrikchlosser ist von 6—2 Uhr in seinem Werk, dann geht er nach Hause und — arbeitet bei Privatleuten oder in anderen Werken noch 4—5 Stunden, derselbe Arbeiter, der durch die höchsten Löhne nicht dazu zu bewegen ist, auch nur eine Stunde länger in der Fabrik tätig zu sein, so sehr es im Interesse der Produktion vielleicht nötig wäre. Oft wissen die Unternehmer des gleichen Ortes davon, daß ihre Arbeiter nach Geschäftschluß bei dem anderen tätig sind, und tolerieren es, weil sie froh sind, daß auf diese Weise überhaupt etwas geschafft wird.

Und in diesem Augenblicke vollkommener moralischer Auflösung, in dieser Zeit des Schwankens zwischen Lethargie und Arbeitsunlust auf der einen Seite, und Schiebertum und Mangel an Solidarität auf der anderen, tritt das Reichswirtschaftsamt auf, nicht etwa um einen moralischen Feldzug gegen einen durch keinerlei ethische Hemmungen eingeschränkten Egoismus aufzunehmen, sondern mit der unerhört realistischen Idee, auf diesem außerordentlichen Gemeinsinn und dieser sachhaften Einheit des deutschen



Volkes, nicht etwa in später Zukunft, sondern heute eine Gemeinwirtschaft planmäßigen Zwanges aufzubauen, von der kein Mensch auch nur weiß, wie der Plan aussehen soll.

Es ist in diesem Kreise unseres heute fast 50 Jahre alten Vereins der Kathedersozialisten schwer, über die moralischen Selbstverständlichkeiten zu reden, die in der Betonung sozialer Pflichten und in der Bedeutung volkswirtschaftlicher Vorteile gegenüber rein privaten liegen. Diese originären Wiederentdeckungen 47 Jahre nach Eisenach, nach Schmollers Kampf gegen Treitschke und Brentanos Auseinandersetzungen mit seinem manchesterlichen Gegner, von Shaftesbury und Toynbee ganz zu schweigen, können unser Interesse nicht lange in Anspruch nehmen. Organisatorisch aber besagt die Denkschrift des Reichswirtschaftsamts einfach nichts, weder über die Art der Personenauswahl, der dieser neue Plato doch wohl ebensoviel Gedanken wie der alte hätte widmen sollen, noch über die Form externer Konkurrenzverhütung und interner Konkurrenzförderung, noch über die wirklichen Probleme der Kapitalbildung, noch über die Beziehung zum Auslandmarkt, von der Beschaffung der Rohmaterialien und dem nun wirklich kindlichen Erguß über das Geldwesen abgesehen. Plan, Zwang und Unterdrückung des wirtschaftlichen Egoismus sind die einzigen ewig wiederholten Postulate; welcher Plan, welcher Ersatz für den Egoismus, das bleibt der Zukunft und den allwissenden Technikern der ehemaligen Kriegsrohstoffabteilung überlassen. Kein Wort über die Reibungen, über die faux frais, kein Wort über die Verderblichkeit etwaiger falscher Pläne der Zentralinstanz. Der Militärstaat ins Wirtschaftliche übertragen und eine allmächtige oberste Heeresleitung als Diktator, das ist der wahre Inhalt dieses Programms. Damit dürfte dieses Elaborat erledigt sein, das nur deshalb eine gewisse Beachtung erforderte, weil es neben Kautskys zwar auch von allen Detailzeichnungen entferntem Plan das einzige war, das an sozialistischen und pseudosozialistischen Programmen in den letzten Monaten an die Öffentlichkeit getreten ist.

Was aber können wir heute, in diesem konkreten Zeitpunkt, als Forderung für die deutsche Wirtschaft aufstellen? An Sozialisierungen sicherlich viel weniger als vor 6 Monaten. Wenn es damals meines Erachtens richtig gewesen wäre, als Konzession an die Willensrichtung der Arbeiter aus psychologischen Gründen weiter zu gehen als rein organisatorisch geboten war, so kann man heute nach dem psychologischen Zusammenbruch der sozialistischen Idee die Frage nur noch vom Produktivitätsstandpunkt aus betrachten. Wenn wir nicht heute vollkommen umkehren von einem System unhaltbarer Vorschriften und Pläne, die nur auf dem

Papier stehen, dann werden wir zu einem Zusammenbruch kommen, nach dem der Verein für Sozialpolitik noch einmal die sozialpolitischen Forderungen zu verteidigen haben wird, die am 9. November kampfslos der Arbeiterschaft in den Schoß gefallen waren.

So bleibt von den Forderungen auf Sozialisierung einmal eine vernünftige Regelung im Bergbau, die gewisse aus der Zufälligkeit der privatwirtschaftlichen Entwicklung im Zusammenhang mit dem Monopolcharakter der Bodenschätze stammende Rückständigkeiten beseitigt und odiose Einkommensquellen zugunsten der Allgemeinheit abgräbt, vielleicht eine Regelung des Elektrizitätswesens und endlich gewisse lokale Zusammenfassungen in der Befriedigung wichtiger Lebensbedürfnisse, so viele politische Gefahren heute für eine vernünftige unbureaucratische Form derartiger Konzentrationen unter Beteiligung und Kontrolle der Allgemeinheit bestehen.

Ich glaube, es ist heute notwendig, klarzustellen, daß die rein psychologische Tatsache des Gedankens, für den eigenen Betrieb zu arbeiten, für die Entscheidung nicht maßgebend sein kann. Es scheint mir eine vollkommene Verkennung, eine rein abstrakte, aus der Studierstube kommende Idee zu sein, wenn man glaubt, daß dies dem Arbeiter und Angestellten wirklich eine Genugtuung geben kann. Die Arbeiter des Stahlwerks, die bekanntlich Aktien besitzen, haben auch nicht in anderem Maße das Gefühl gehabt, für sich zu arbeiten. Wenn man wirklich annimmt, daß der Arbeiter und Angestellte der unteren Stellen keine Freude an der Arbeit an sich haben kann — ich bin anderer Meinung —, aber wenn man diese Auffassung vertritt, so verstehe ich nicht, wie dieses Band eines Hunderttausendstel von Eigentum eine so wunderbare Wirkung hervorrufen kann.

Ich finde es auch eigenartig, daß gerade diejenigen, die in so weitgehendem Maße die psychologischen Voraussetzungen der produktiven Leistung bei den Unternehmern unterschätzen, bei den Arbeitern diese rein psychologische Einstellung auf so abstrakte Dinge für ausschlaggebend halten, und das in einer Zeit, in der in den Betrieben des Staates und der Kommune genau so schlecht gearbeitet wird wie in der Privatindustrie und genau dieselben Streiks vorkommen.

Meine Damen und Herren, wir können heute nicht wie die glücklichere Generation in den siebziger Jahren glauben, daß in wenigen Jahren der Arbeit, politischer und wirtschaftlicher Arbeit, ein Idealzustand, oder wenigstens ein Zustand relativer Befriedigung erreicht werden kann. Wer sich nicht klar macht, daß bei jeder Form der Organisation das Leben weit davon entfernt von dem sein wird, das unseren höher gestellten

Arbeitern vor dem Krieg als selbstverständlich galt, der arbeitet mit falschen Voraussetzungen. „Solange du glaubst an die goldene Zeit“, solange mag man einem Phantom nachjagen, das unerreichbar ist und Mittel wählen, die so unklar sind, daß ihre Unzweckmäßigkeit dem Unkundigen nicht sofort evident sind.

Wir aber, die durch die Schule der Historiker gegangen sind, haben heute die eine Verpflichtung, zunächst jeden Fortschritt der Organisation und jede Steigerung der Produktivität zu fördern, um einst in späten Jahren dahin zu kommen, uns zu fragen, ob eine besser mit materiellen Gütern ausgestattete Zeit die Gesichtspunkte der Bequemlichkeit und der Rücksicht auf die Arbeiterpsychologie wieder als ausschlaggebend betrachten kann. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Ich möchte Ihnen jetzt das Ergebnis der Wahlen mitteilen. Es wurden abgegeben 47 Stimmzettel. Gewählt sind: Herkner, Hainisch, Max Weber, v. d. Leyen, Francke, Boese, Geibel, Albrecht, Bücher, Delbrück, Knapp, Ludwig-Wolf, Sering, Stieda und Fuchs. Im übrigen hat eine große Zahl von Herren eine geringe Zahl von Stimmen erhalten.

Ich darf die Herren noch daran erinnern, daß der Ausschuß 2 Uhr 45 Minuten hier im Saal zusammentreten wird.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Dr. Vogelstein.

Dr. Vogelstein (zur Geschäftsordnung): Ich hatte vor, am Schlusse meines Referats einen geschäftsordnungsmäßigen Antrag zu stellen — ich glaube, daß der Verein für Sozialpolitik ein Recht hat, derartige Anträge zu stellen, die von Privatleuten oft genug gestellt worden sind — nämlich eine Resolution zu fassen, daß all das, was von der Sozialisierungskommission an Material vorhanden ist, endlich einmal doch in unserer demokratischen Zeit auch dem Volke zur Verfügung gestellt wird und sich das Reichswirtschaftsamt nicht allein das Recht vorbehält, aus den Arbeiten der Sozialisierungskommission das zu lernen, was es zu lernen wünscht. Ich stelle hiermit den Antrag, diese Resolution zu beschließen. (Beifall.)

Vorsitzender: Wir haben in unseren Generalversammlungen nicht die Gepflogenheit, Beschlüsse zu fassen. Es handelt sich auch nicht um einen Beschluß, sondern es handelt sich in diesem Falle darum, daß wir den Wunsch haben, daß ein so wertvolles Material zum mindesten nicht länger den Fachkreisen vorenthalten werde und ich möchte Ihnen vor-

schlagen, daß Sie Ihren Ausschuß bzw. dessen Vorstand beauftragen, beim Reichswirtschaftsamt vorstellig zu werden, daß dieses Material der Sozialisierungskommission der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. (Beifall.)

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß Sie damit einverstanden sind, und der Vorstand wird — hoffentlich mit einigem Erfolg — die erforderlichen Schritte tun können. —

Es hat sich noch eine ziemlich große Zahl von Rednern zur Debatte gemeldet und ich möchte deshalb vorschlagen, daß wir, um den später daran kommenden Herren nicht die Aufmerksamkeit der Versammlung zu entziehen, von vornherein eine mäßige Beschränkung der Redezeit eintreten lassen. Ich möchte vorschlagen, daß wir eine Beschränkung auf 20 Minuten festsetzen (Zuruf: ich beantrage 15 Minuten). Ist die Versammlung damit einverstanden, daß die Redezeit auf 15 Minuten beschränkt wird? (Zustimmung). Das ist der Fall. Ich bitte deshalb die Herren, sich an diesen Beschluß zu halten und nicht über die Zeit von 15 Minuten hinaus zu reden.

Adolf Braun-Nürnberg: Meine Damen und Herren. Unser großes Unglück ist es, daß wir jetzt diesem Problem näbertreten müssen, in einer wirtschaftlichen Lage, die durchaus nicht duldet, daß wir große Experimente mit unserer Wirtschaft vornehmen, die vor allem auch mit der gewaltigen Schwierigkeit verknüpft ist, daß wir mit den Idealen der Arbeiterklasse zu rechnen haben, die gebildet sind vor dem Kriege, erwachsen sind aus der Evolution der kapitalistischen Gesellschaft. Eine weitere Schwierigkeit ist die, daß die Tatsache der Kriegsgewinne auf die Psychologie der Arbeiter in einer Weise gewirkt hat, daß die Abschätzung des heute Möglichen vielfach verloren ging. Wir wissen und können das auch aus dem ersten Referat erkennen, daß nicht nur die Arbeiter eine Übertreibung der Möglichkeiten ergriffen hat, daß von diesen Übertreibungen auch sehr gelehrte Herren in diesem Saale nicht frei bleiben.

Das Problem ist ungeheuer schwer zu erörtern für Nichtsozialisten, die sich im Gegensatz sehen zu der Massenstimmung, der Rechnung getragen werden muß. Aber auch für Sozialdemokraten ist es schwierig, das Problem zu erörtern, weil wir uns bewußt sind all der Hemmungen, die im wirtschaftlichen Körper nun nach dem Kriege der Erfüllung unserer Ideale entgegenstehen.

Wenn es Leute gibt, die heute sagen, Karl Marxens Lehre und seine Ausblicke in die Entwicklung, die er rückschauend so großartig uns gezeigt hat, beweisen, daß er Unrecht hat, so ist zu sagen, daß den Grundfehler

nicht Karl Marx gemacht hat. Man kann ihm nur vorwerfen, daß er diesen fürchterlichen Krieg nicht vorausgesehen hat. Wenn die Gegner von Marx den Vorwurf machen, daß er diesen Krieg nicht erkannt hat, so sollten diejenigen, die sich fälschlich als seine Schüler bezeichnen, nicht in den gleichen Fehler der Antisozialisten verfallen, die diesen Krieg mit seinen verheerenden Wirkungen bei dieser Kritik des Erreichbaren und Geplanten nicht in Rechnung stellen.

Man kann dieses Problem das uns gestellt ist, vom Standpunkt der Wissenschaft und Politik betrachten. Auch im rein wirtschaftlichen Kreise stehen wir unter äußerstem politischen Zwang. Was zur wissenschaftlichen Arbeit, soweit es denkbar ist, notwendig ist: die Isolierung des Problems, die Voraussetzungslosigkeit, die der Forscher dem Problem entgegenbringt, diese Möglichkeiten fehlen uns allen. Wenn wir meinen, wir haben diese Möglichkeiten, so fehlen sie uns doch, wir wissen dann bloß nicht, daß wir mit diesem Mangel zu rechnen haben.

Wir stehen heute bei der Sozialisierung zwischen der nüchternen wirtschaftlichen Überlegung dessen, was möglich und durchführbar ist und der Hoffnung, mit der rohen Gewalt auf dem Wege des Putsches alles erreichen zu können. Ich kann mir nichts Antimarxistischeres denken, was Marx mehr widerspricht als der Gedanke, mit dem Ausdruck einer momentanen Macht all das zu erreichen, was man für möglich hält, ohne zu prüfen, ob es ausführbar und dauerhaft sein kann. Die extremen Sozialisten nicht nur in Rußland, auch die in Deutschland sind in ihren Anschauungen vielfach, ohne das einzugestehen, bestimmt durch syndikalistische und anarchistische Auffassungen, die alle dem Wesen des Marxismus und Sozialismus und damit den Anschauungen der deutschen Sozialdemokratie auf das äußerste widerstreiten. Diesen Anschauungen widerspricht auch die Hoffnung, daß die Sozialisierung ein jederzeit anwendbares Allheilmittel ist. Sie wäre es nicht gewesen vor dem Krieg. Gerade Marx hat uns gelehrt, daß wir das Reize des kapitalistischen Prozesses vor der Überführung der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft genau zu prüfen haben. Heute kann das angebliche Allheilmittel der Sozialisierung zum Gift werden, das nicht an jedem Krankenbett und in jedem Fieberzustand anzuwenden ist. Ich möchte feststellen, daß es keine einheitliche sozialistische Anschauung über die Sozialisierung gibt, weder bei den Bolschewisten, wo Lenin und Trotzki ihre Anschauungen gründlich geändert haben, auch nicht unter den Neo-Kommunisten, ebensowenig unter den unabhängigen Sozialisten und auch nicht unter den Anhängern der Partei, der ich angehöre. Es gibt zahlreiche Spielarten in der Stellung zur

Sozialifizierung. Schon deshalb muß ich feststellen, daß ich nur in meinem Namen und in niemandes Auftrages hier spreche und nur für mich verantwortlich bin.

Die Zeit, in der wir über dieses Problem nachdenken und zu seiner Lösung Entschlüsse fassen müssen, ist leider sehr unsicher, unsicher auch in der Betrachtungsweise, weil Außerordentliches, viel Nebelhaftes in der Zukunft liegt und wir wenig Genaueres wissen, wie Deutschland in wenigen Monaten wirtschaftlich dastehen wird. Wollen wir unsere Wirtschaft auf eine neue Grundlage bringen, so müssen wir uns bewußt sein, daß wir, bevor wir eine neue Grundlage geschaffen haben, vor durchaus veränderten wirtschaftlichen Voraussetzungen jeder Produktionsmöglichkeit gestellt sein werden.

Eine der bedeutsamsten Aufgaben der Wissenschaft ist aufzuklären. Deshalb möchte ich, obgleich ich mit keinem Referat einverstanden sein kann, an die Vorstanderschaft die Bitte richten, für eine beschleunigte Veröffentlichung der Referate zu sorgen. Sehr viel Wertvolles ist in ihnen enthalten, wenn sie auch zum Widerspruch reizen, aber sie veranlassen auch in hohem Maße nachzudenken. Da die Zeitungen nicht in der Lage sind, über derartige Referate ausführlich zu berichten, wäre ich dankbar, wenn sie möglichst bald im Stenogramm vorgelegt werden würden.

Als vor wenigen Monaten Herr Professor Lederer mit Herrn Professor Schumpeter, der nunmehr Finanzminister in Deutsch-Österreich ist, Deutschland verlassen hatten, waren die beiden Herren fürchterlich über die mangelhafte Energie der deutschen Reichsleitung entrüstet, mit der sie die Sozialifizierung betrieb. Professor Lederer, der nun einer der maßgebenden Männer in Österreich geworden ist, dürfte jetzt kühler über die Möglichkeiten denken, wie man rasch und großzügig nach dem Kriege und nach der Niederlage Österreichs und Deutschlands mit der Sozialifizierung vorgehen kann. Man muß auch in der Wissenschaft — in der Politik lernt man das öfters — die Hemmungen mit ins Auge fassen. So wertvoll die Darstellungen von Professor Lederer in seinem kritischen Teile waren, so ausgezeichnet seine Beurteilung des Bolschewismus war, so nebelhaft und unsicher war er in allem, was er über die Sozialifizierung vorgetragen hat. Es ist der leichtere Teil zu kritisieren und der schwerere aufzubauen. Diese pädagogische Lehre können wir auch aus dem sonst so trefflichen Referat von Herrn Professor Lederer ziehen.

Bei dem Vortrag von Vogelstein, dessen Kenntnisse ich außerordentlich hoch schätze, erinnere ich mich eines Gespräches, das ich vor zwanzig

Jahren mit einem Universitätslehrer gehabt habe, der sich um die sozialpolitische Heranbildung unserer akademischen Jugend sehr verdient gemacht hat. Ach, sagte der, was ist es für ein schrecklicher Beruf, deutscher Professor der Nationalökonomie zu sein. Alle Studenten sind begeistert für jede soziale Reform und drei Jahre, nachdem sie den Doktor gemacht haben, haben sie mehr Gehalt als ich, sind sie Syndici großer kapitalistischer Gesellschaften geworden. Ich meine, Herr Dr. Vogelstein hat die Sache zu einseitig gesehen. Er hat die Kräfte, die heute in unserer Gesellschaft wirken, einfach unter dem Gesichtspunkt eines großen Fabrikdirektors beiseite geschoben. Wenn wir in der „schönen“ Zeit des Herrn im Hause leben würden, vermöchte ich diese Rede zu begreifen. Vor fünf Jahren wäre diese Rede sehr klug gewesen, heute ist sie nur gecheut, aber klug ist sie sicher nicht. Herr Dr. Vogelstein hat uns beweisen wollen, daß die Zentralisierung ökonomisch nicht richtig ist. Ist nicht alles Zentralisierung gewesen? Denken Sie doch an die Zentralisierung der Kohlenwirtschaft, der Banken, der Zündhölzer, überall haben wir Zentralisierung. Die Entwicklung der deutschen Industrie haben wir bewundert, sie ist zurückzuführen auf das Prinzip der Zentralisierung. Dort soll aber die Zentralisierung aufhören, wo sie manchem unbequem ist. (Zuruf Dr. Vogelstein: unproduktiv wird.) Unproduktiv ist sie nur heute, wo wir den Krieg gehabt haben. Wie kann man als Wirtschaftler das sagen! Arbeitsunlust ist vorhanden, das ist klar, aber auf Grund von diesen sechs Monaten des Lebens eines zerrütteten Volkes, eines unterernährten, enttäuschten Volkes, eines umgeworfenen Volkes, auf Grund dieser sechs Monate zu generalisieren und zu sagen: „Wir sind fertig,“ das geht doch nicht an. Die Notwendigkeit produktiver Arbeit predige ich meinen Parteigenossen in jeder Versammlung und in allen Sitzungen. So schnell mit dem Wort bin ich nicht, daß ich auf Grund der kurzen Zeit nach dem Kriege die deutsche Wirtschaft beurteilen würde. Richtig ist, wir können zugrunde gehen; aber wir können auch zugrunde gehen, wenn der Kapitalist weiter herrscht, auch wenn die Sozialisierung kommt. Wer magt zu beweisen, daß heute die Rückführung und Sicherung der kapitalistischen Zeit für die Produktivität etwas garantieren würde? Herr Dr. Vogelstein hat über den Vorschlag gehöhnt, man sollte weniger Sorten von Schuhen machen. Eine gutgeleitete sozialistische Produktion wird natürlich auch den Konsum bestimmen. Es ist wirklich nicht nötig, daß zum Beispiel so viele Sorten Rheinweingläser produziert werden, wir werden auch mit vier Arten auskommen. Die Produktion kann natürlich auf die Konsumtion außerordentlich wirken. Aber es gibt zwischen der Produktion und der Konsum-



tion die Zirkulation, auch in ihr kann der sozialisierte Betrieb vieles leisten.

Ein Wort möchte ich noch sagen über die Gewerkschaften. Herr Professor Lederer hat gesagt, was die Betriebsräte wollen, das haben die Gewerkschaften immer gewollt. Die Betriebsräte haben mehr gewollt. Aber das schwierige Prinzip war, daß sich unsere Gewerkschaften zu wenig unserer kapitalistischen Wirtschaft angepaßt haben. Hätten wir das Prinzip der Betriebsorganisation durchgeführt, dann wären in den Gewerkschaften Leute, die einen Betrieb übersehen könnten. Heute muß jeder Gewerkschaftsbeamte über viele Betriebsarten informiert sein, weil er in seiner Gewerkschaft Arbeiter aus den verschiedensten Betrieben hat.

Ich hätte sehr gern über die Steigerung der Arbeitslust gesprochen, sehr bedauere ich, daß Herr Professor Herkner hierüber nur einen kleinen Vortrag veröffentlicht hat. Es handelt sich um ein außerordentlich wichtiges Problem. Die Arbeitslust fehlt und sie fehlt mit und ohne Betriebsrat. Das Problem ist, wie kommen wir da heraus. Überall wird jetzt die Akkordarbeit verlangt, sie wirkte nur dort produktionssteigernd, wo eine starke Spannung zwischen dem garantierten Lohn und dem durch den Akkordlohn erreichbaren Einkommen gesetzt war. Eine Akkordmöglichkeit mit geringem Überverdienst über den garantierten Lohn wird nie die Leistungen hervorrufen, die wir wollen. Vielleicht ist die einzige Möglichkeit zur Wiederkehr der Arbeitslust, daß ein Teil des Lohnes in Waren und Lebensmitteln den Arbeitern gegeben wird. Würden wir zu einer Differenzierung des Lohnes kommen, indem wir neben dem Geldlohn einen Teil des Arbeitsverdienstes in Nahrungsmitteln auszahlen, so wird die Lohnsteigerungsschraube ohne Ende zum Stillstand kommen. (Beifall.)

Prof. Dr. Leopold von Wiese = Köln: Meine Damen und Herren! Gegenüber dem schwierigen Problem, das wir hier erörtern, müssen wir uns die Frage vorlegen: was können wir als wissenschaftliche Gesellschaft tun? Ich möchte glauben, daß es unsere Hauptaufgabe ist, zunächst die Probleme als solche zu klären und dazu beizutragen, daß eine theoretische Entwirrung eintritt; denn der Wirrwarr, der mit dem Begriff Sozialisierung verknüpft ist, kann nicht groß genug gedacht werden. Es wäre zu begrüßen, wenn sich ein theoretischer Fortschritt dahin anbahnte, daß wir erkennen: der Sozialismus ist eine so zusammengesetzte Erscheinung, daß wir eine Unterscheidung innerhalb dieses Begriffes vornehmen müssen. Ich habe den Vorschlag gemacht, zwischen formalem

und materiellem Sozialismus zu ſcheiden. Wir machen nämlich mehr und mehr die Beobachtung, daß alle Beſtrebungen auf Vergeſellſchaftung der Produktion etwas anderes ſind als poſitive Arbeiterförderungs politik, und daß der reine Klassenſozialismus, der die beſigloſen Geſellſchaftsſchichten beſſer ſtellen will, nichts zu tun hat mit dem, was man heute als Gemeinwirtsſchaft bezeichnet. Karl Marx ſagt, die Befreiung der Arbeiterklaſſe ſei nur möglich durch die Vergeſellſchaftung der Produktionsmittel. Heute beanspruchen wir aber in ſteigendem Maße nicht bloß Opfer von den Wohlhabenden, ſondern auch Opfer von den Arbeitern. Daraus entſteht auch der Konflikt für die Mehrheitsſozialiſten. Aus dem ſchriftlichen Referat von Eulenburg geht hervor, wie die Maßnahmen zur Verwirklichung der Gemeinwirtsſchaft gerade den Vertretern der Arbeiter ſchwer durchführbar erſcheinen, ſo daß die Realisierung der Gemeinwirtsſchaft daran ſcheitert. Wenn man aber Gemeinwirtsſchaft will, muß man von den Arbeitern Opfer verlangen; ſie ſind jedoch nicht bereit, dieſe Opfer zu bringen. Formaler Sozialismus, dieſer vergeſellſchaftende Sozialismus, iſt eben etwas anderes als Arbeiterförderungs politik.

Ferner geht aus der heutigen Behandlung des Themas klar hervor: wir ſind darin einig, daß wir ſagen, der Kern des Problems der Gegenwart iſt: wie erhalten wir die Produktivität der deutſchen Volkswirtsſchaft, und wie ſteigern wir ſie.

Nun entſteht aber der Gegenſatz zwiſchen Profeſſor Lederer und Dr. Vogelſtein. Dieſem und mir und manchem anderen iſt es klar, daß die Gemeinwirtsſchaft unergiebigere als die Verkehrswirtsſchaft iſt, während Lederer das nicht gelten laſſen will. Freilich darf man nicht der Verkehrswirtsſchaft gegenüberſtellen die bloßen gemeinwirtsſchaftlichen Projekte in der Form, wie ſie auf dem Papier ſtehen. Angeblich ſoll ein chaotiſcher anarchiſcher Zuſtand der Volkswirtsſchaft beſeitigt werden durch Planmäßigkeit; dabei wird aber das psychologiſche Moment beiſeite geſchoben. Die Gemeinwirtsſchaft ſcheint mit einem Male die Produktivität zu erhöhen: aber alle Ausführungsverſuche zeigen wieder, daß es ſich bei den Projekten um ausgeklügelte Entwürfe handelt, die von falſchen Prämiſſen ausgehen und wenig der Wirklichkeit des Lebens gerecht werden.

Ich glaube, die vielen Beiſpiele des Herrn Dr. Vogelſtein haben gezeigt, daß ſich die Ergiebigkeit der Volkswirtsſchaft auf dieſem Wege nicht wahren und ermöglichen läßt.

Das dritte iſt, daß es uns allmählich bewußt wird, daß wir in der  
Schriften 159. — Verhandlungen. 10

Kritik am wirtschaftlichen Liberalismus zu weit gegangen sind. Es ist interessant, daß auch Professor Lederer hervorheben mußte, der Kapitalismus sei viel planmäßiger als man behauptete, er sei viel tiefer fundiert, als es in der Diskussion des Alltages behauptet wird. Wenn das von dieser Seite zugegeben wird, so ist das ein wesentlicher Fortschritt. Die Notwendigkeit besteht hier, zu erkennen, daß die alte Marktwirtschaft nicht ein Chaos, sondern eine planmäßige Organisation war.

Nun möchte ich glauben, daß es sehr unerwünscht wäre, wenn wir mit einem gewissen negativen Ergebnis, mit einer gewissen Resignation unser Problem beschließen müßten. Mir scheint es nötig zu sein, eine neue Synthese zu finden. Nicht, daß sich beide Gruppen voneinander entfernen, sondern aus all diesem Für und Wider gemeinsam etwas Neues aufbauen, das scheint mir die Aufgabe zu sein. Wir können aus der Erfahrung lernen, daß es möglich ist, eine solche Synthese zu finden. Diese beruht darin, alle Theorien und Auffassungen zu stützen, die geeignet sind, die Produktivität der Volkswirtschaft zu heben. Auf diese Weise kommen wir uns näher, als es den Anschein haben mag. Gerade die Erinnerung an Schmoller sollte uns dazu führen, so vorsichtig wie er in der realistischen Erkenntnis und in den Schlußfolgerungen zu sein. Wir müssen verurteilen die Projekte Möllendorffscher Art, die ausgeklügelt sind und keine Rücksicht nehmen auf das Leben und die Natur der Menschen. An diese alte Tradition des Vereins müssen wir anknüpfen. Sie ist das Wertvolle, und darin können wir Wesentliches leisten. (Beifall.)

Dr. Heinz Potthoff (Referent im bayerischen Ministerium für soziale Fürsorge, München): Verehrte Versammlung! Ich stimme mit dem Herrn Vorredner darin überein, daß wir eine Versammlung von Männern der Wissenschaft sind. Da wir aber unsern Verein Verein für Sozialpolitik nannten, bin ich als einer, der an der Verwirklichung der Sozialisierung mitzuwirken hat, hergekommen in der Hoffnung, etwas zu lernen, was ich praktisch morgen oder in den nächsten Tagen verwerten kann in der Arbeit. Insofern muß ich sagen, daß ich von dem bisherigen Verlaufe der Diskussion nicht befriedigt bin. Ich glaube, es hat das nicht nur für die Leute, die praktisch sozialisieren sollen oder irgendwie unter den neuen demokratischen Regierungsformen die Massen befriedigen wollen, eine Bedeutung, sondern auch für unsern Verein und die Wissenschaft. Ich habe mit Schrecken gesehen, daß unsere volkswirtschaftliche Wissenschaft bei der Masse keinen Kredit hat, daß unsere

Massen hinter jedem hergelaufen sind, der ihnen Versprechungen gemacht hat; einfach, weil sie zu unseren Hochschullehrern und der Wissenschaft gar kein Vertrauen mehr gehabt haben. Es ist ein entscheidender Moment, wie diese Tage und die Erinnerung dieser Tagung in den Volksmassen aussehen, ob sie für die ernste Wissenschaft Anhang und Vertrauen in den Volksmassen gewinnen, damit solche Dinge wie in München künftig nicht mehr möglich sind.

Da möchte ich mich zunächst gegen einen Satz wenden, der wiederholt ausgesprochen worden ist, als ob es für uns nur auf das Problem ankäme, wie wir die Produktivität der Wirtschaft heben können. So als reines Wirtschaftsproblem dürfen wir die Frage der Sozialisierung nicht auffassen. Der Sozialismus ist in erster Linie eine sittliche Forderung; und wenn Herr Professor von Wiese die Synthese nur darin sucht, daß wir nach der höchsten Produktivität streben müssen, so glaube ich, daß die höhere Aufgabe, die Synthese darin zu suchen ist, wie wir eine neue Ordnung finden, die mehr als bisher die große Masse unseres Volkes innerlich und äußerlich befriedigt. Gegenwärtig ist dieses seelische Moment aus zwei Gründen besonders wichtig. Einmal, weil wir materiell unserem deutschen Volk nichts Befriedigendes bieten können. Wir ahnen in unseren Massen gar nicht, wie verarmt wir sind und in welcher schlechten Verhältnissen wir werden leben müssen. Ich habe in allen Vorträgen vor Arbeitern das Bild gebraucht: wir sind wie die Kinder Israel in der Wüste und arbeiten und arbeiten, damit einst einmal unsere Kinder es besser haben. Für uns ist nichts Bedeutsames zu gewinnen, dazu hat der Krieg uns zu stark ruiniert. Deswegen müssen wir in gewissen seelischen Momenten einen Ersatz suchen; und ich glaube, daß die Inbrunst, mit der die Arbeiterschaft den Sozialismus will, zum großen Teil dem, vielleicht nicht klaren, Bewußtsein entspringt: wir wollen eine seelische Befriedigung, weil wir die erwartete höhere Lebenshaltung nicht bekommen können. Das wird besonders notwendig sein, weil wir vor einer schweren, großen sozialen Umschichtung stehen. Millionen von Leuten befinden sich in Erwerbszweigen, in denen sie in den nächsten zehn Jahren verhungern würden. Ich bin überzeugt, daß der Handel nicht die Hälfte seines Personals wird behalten und beschäftigen können. Ebenso ist es in den geistigen Berufen, daß Tausende und Abertausende herausmüssen; ich sage jedem jungen Studenten, daß er lieber Pickel und Schaufel in die Hand nehmen oder Landwirt werden möge, wenn er etwas Vernünftiges tun will.

Wir müssen die Vorbedingungen zu einer neuen gesteigerten Arbeits-

Luft schaffen. Wenn es nicht gelingt, Arbeitsfreude in das Volk hineinzubringen, dann werden alle unsere Bestrebungen umsonst sein. In hohem Maße ist zweifellos die Hebung der Produktivität der Arbeit Voraussetzung für alles. Diese hängt aber an der Arbeitsfreude und ich glaube, daß wir die Frage der Sozialisierung nicht ökonomisch zu betrachten haben, uns nicht zu fragen haben, ob die Sozialisierung rentabel ist, sondern daß wir uns zu fragen haben, ob sie die Arbeitsfreude wieder hebt, ohne die wir aus der gegenwärtigen Not nicht herauskommen können.

Um diese Arbeitsfreude wieder zu heben, bedarf es zweier Dinge:

Einmal muß eine bessere Erkenntnis der Arbeiter von dem Sinn und dem Zwecke ihrer Arbeit Platz greifen. Das ist ja das große Elend, über das keine Sozialpolitik uns hat hinweghelfen können, daß die Masse unserer Bürger sich nicht mehr bewußt ist, wozu und was sie arbeitete, daß sie immer dieselbe Teilarbeit machte, an der sie keine Befriedigung hat. Die Sozialisierung, die Heranziehung zur Mitarbeit durch die Demokratie ist ein Mittel, den Massen mehr Anteil an ihrer Arbeit und mehr Erkenntnis vom Zweck ihrer Arbeit zum Bewußtsein zu bringen.

Das zweite Mittel, um die Arbeitsfreude zu heben, sehe ich in der Demokratisierung unserer Wirtschaft, und glaube, daß eine weitgehende Demokratie in unserem Wirtschaftsleben Voraussetzung für jede Sozialisierung ist. Durch die Demokratie bekommen wir das Interesse der Arbeiter an ihrem Betriebe, bekommen wir das Gefühl der Verantwortung der Arbeiter an dem Schicksal ihres Betriebes und dadurch bekommen wir erst die Menschen, die wir brauchen, um Sozialisierung treiben zu können.

Das ist schon angedeutet worden, und ich stimme überein damit: mit den heutigen Menschen einen sozialistischen Staat zu machen, ist unmöglich. Wenn es keine wirtschaftlichen Gründe gäbe, so ist dieser Grund genügend, um stückweise zu sozialisieren, weil wir die Menschen selber mitsozialisieren müssen, die in dieser Wirtschaft leben können.

Die Demokratisierung halte ich für das erste und dringendste, weil sie allein imstande ist, die Arbeiter zu veranlassen, sich mit der unvermeidlichen Regelung der Arbeitsbedingungen einverstanden zu erklären, die sie zunächst für eine Verschlechterung halten werden. Die Lohnentwicklung, wie sie jetzt stattfindet, ist unmöglich; nicht möglich ist auch die ewige Verkürzung der Arbeitszeit. Das Beispiel der Akkordarbeit, daß diese von den Arbeitern selbst wieder befürwortet wird, weil man einseht, daß wir mit reinem Zeitlohnsystem nicht vorwärts kommen, sagt genug.

Die neue Regelung werden wir nur dann erreichen, wenn wir die Arbeiter als gleichberechtigte Faktoren bei der Regelung dieser Bedingungen zuziehen, wenn die Arbeiter das Gefühl haben, daß sie mitbestimmen und mitverantwortlich sind. Deshalb halte ich die Betriebsräte für eine unvermeidliche, notwendige und segensreiche Einrichtung. Ich glaube, wir sollten in das Gesetz von vornherein ein so weitgehendes Maß der Selbstverwaltung und Selbstregierung hineinlegen, wie es vernünftigerweise möglich ist.

(Zuruf Dr. Vogelstein: Bitte Einzelheiten, wie stellen Sie sich das vor?)

Ich stelle mir vor, soweit wie möglich zu gehen, bis an die Grenze des Vernünftigen; die sehe ich darin, daß die Betriebsleitung nicht ausgeschaltet und nicht zu stark gehemmt werden darf. Ferner darf die Einrichtung der Betriebsräte nicht zu einer Ausschaltung der Gewerkschaften führen, sondern sie müssen im Einvernehmen mit den Gewerkschaften bleiben, weil wir eine gleichmäßige Produktion und gleichmäßige Arbeitsbedingungen in den Berufen haben wollen. Wir müssen Organisationen haben, in denen die Arbeitnehmer mit den Unternehmern paritätisch wirken. Ich verstehe unter Selbstverwaltung in der Wirtschaft auch, daß Unternehmern und Arbeitern gemeinschaftlich die Regelung ihrer Wirtschaftsbedingungen anheim gegeben werden soll. Wenn das neue Arbeitsrecht, das wir in Deutschland schaffen, dem BGB. nicht nur an Bedeutung, sondern auch an Paragraphenzahl nachkommen soll, so ist es von vornherein verpfuscht. Ein derartiges aus Tausenden von Einzelbestimmungen zusammengesetztes Reichsgesetz können wir nicht machen, sondern wir müssen uns beschränken auf Grundsätze, auf Mindestbedingungen und auf Schaffung der Organe, die im einzelnen nach den Bedingungen der Erwerbszweige die Arbeitsverhältnisse regeln. Dabei möchte ich betonen, daß die Betriebsräte sich auf die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu beschränken haben, daß sie allerdings nach oben hin zusammengefaßt werden sollen, daß aber die politische Herrschaft dieser Räte mir auch vollkommen verfehlt erscheint. Politisch halte ich die reine Demokratie, wie sie in der Reichsverfassung und in den Landesverfassungen vorgeschrieben ist, für richtig. Diese Demokratie wird von selbst zu einer „Diktatur des Proletariats“ führen, die sachlich berechtigt ist, weil das Proletariat im Marxschen Sinne, die Masse derer, die auf Arbeit angewiesen sind, und die Besitzlosen die Mehrheit ausmachen; deswegen soll und wird das Bedürfnis und der Wille dieser großen Mehrheit immer entscheidend sein für die deutsche Politik und damit für

die Regelung der deutschen Wirtschaft. Das scheint mir sozial berechtigt und richtig; aber dazu brauchen wir das Räte-system nicht. Alles, was wir machen, wird aber vergeblich sein, wenn es nicht gelingt, neue Arbeitsfreude hervorzurufen.

Was wir erstreben im neuen Staate, den Fortschritt und die Wohlfahrt der Gesamtheit, das kann nur erreicht werden durch die höchste Leistung der Gesamtheit, und die Frage, wie weit die Sozialisierung nicht nur ökonomisch die Ergiebigkeit der deutschen Wirtschaft beeinflusst, sondern wie weit sie geeignet ist, die Schaffensfreudigkeit aller unsrer Menschen zu heben, das scheint mir die entscheidende Frage zu sein. (Beifall.)

(Schluß der Sitzung 12,30 Uhr.)

Vorsitzender: Ich eröffne die Sitzung (3 Uhr). Das Wort hat Herr Dr. Conrad.

Dr. Otto Conrad (Wien): Von der Sozialisierung kann man mit Goethe sagen: Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein. Es wird so viel darüber gestritten, ob, was und wie sozialisiert werden soll, daß von einem auch nur halbwegs feststehenden Begriff keine Rede sein kann.

Ange-sichts dieser Sachlage mögen mir einige Bemerkungen über eine Sozialisierungsform gestattet sein, die in der öffentlichen Erörterung der Sozialisierungsfrage bisher, wie mir scheint, nicht die gebührende Beachtung gefunden hat und die auch heute nur vom zweiten Herrn Referenten und auch von diesem mehr in ironischem Tone berührt wurde, obwohl es sich dabei um wahre, echte Sozialisierung, ich möchte sagen um echteste Sozialisierung handelt: das ist die Besteuerung.

Sozialisierung ist Vergesellschaftung. An die Stelle des privaten Besitzers soll die Gesamtheit, Staat, Land, Gemeinde treten. Das ist bei der Besteuerung der Fall. Denn jede Steuer überträgt ein Stück Einkommen oder Vermögen aus der Hand des privaten Besitzers in das öffentliche Eigentum. Besteuerung ist Sozialisierung von Einkommen, Erwerb oder Vermögen.

Es ist daher nicht zu bestreiten, daß wir im Steuerwesen ein sehr wirksames Sozialisierungsmittel schon längst besitzen; und mit diesem Sozialisierungsmittel könnte meines Erachtens unter normalen Verhältnissen — die gegenwärtige Zerrüttung der Staatsfinanzen und die finanziellen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage lasse ich vorläufig



aüßer Betracht — all das erreicht werden, was die Sozialdemokratie mit Recht anstrebt: die Zurückdrängung des arbeitslosen Einkommens. Dazu dienen die Bodenwertsteuer, die Rentensteuer, die Monopol- und Konjunkturgewinnsteuern: der Ausgleich der Besitzunterschiede. Diesem Zweck kann die Erbschaftsteuer dienstbar gemacht werden: die Hebung der Produktivität der Volkswirtschaft. Erhält der Staat einen beträchtlichen Anteil am Nationaleinkommen, dann wird er volkswirtschaftlich wichtige Anlagen, wie Bodenmeliorationen, den Bau von Eisenbahnen, Wasserstraßen usw. ausführen können, ohne wie bisher auf den Anleiheweg angewiesen zu sein und ohne sich dem ewigen Zinstitribut unterwerfen zu müssen. Und auch die ihm obliegenden kulturellen Aufgaben wird der Staat in dem Maße besser erfüllen können, als sein Anteil am Nationaleinkommen wächst.

Auf diesem Wege würde der Gedanke der Gemeinwirtschaft, der Gedanke, daß wir nicht ausschließlich nur für unsere persönliche Bedarfsdeckung wirtschaften dürfen, sondern für die Gesamtheit arbeiten müssen, viel sicherer und viel allgemeiner verwirklicht werden, als durch die Sozialisierung einzelner Produktionszweige. Und dies geschähe, ohne daß die Triebfedern des individualistischen Wirtschaftssystems, die Selbstverantwortung, das Streben nach wirtschaftlicher Selbständigkeit und wirtschaftlichem Aufstieg, ausgeschaltet zu werden brauchten.

Nur die Stellung des Arbeiters im Betriebe wird durch die Besteuerung nicht berührt. Diese bisher viel zu sehr vernachlässigte Frage sucht man nunmehr durch die Betriebsräte, durch die Einführung der Gewinnbeteiligung und anderes zu lösen. Die überragende Bedeutung dieser Frage verkenne ich keineswegs. Allein mit der Sozialisierung hat sie meines Erachtens gar nichts zu tun. Denn die Arbeiterschaft des einzelnen Betriebes ist eine Gruppe von Sonderinteressenten, ganz ebenso, wie etwa die Aktionäre einer Aktiengesellschaft. Sozialisierung aber ist Vergesellschaftung. Das Wesen der Sozialisierung besteht eben gerade darin, die Sonderinteressen zugunsten der allgemeinen Interessen zurückzudrängen. Ich würde es deshalb für viel richtiger halten, die Frage der Stellung des Arbeiters im Betriebe als ein besonderes Problem abgetrennt von der Sozialisierungsfrage zu behandeln.

Nach dem Gesagten möchte ich der sozialistischen Forderung nach Sozialisierung der Produktionsmittel die Gegenforderung gegenüberstellen: Sozialisierung eines angemessenen Teiles des Nationaleinkommens durch Besteuerung, wobei ich ein Vielfaches dessen, was vor dem Kriege an Steuern eingehoben wurde, als „angemessen“ betrachte. \*

Ich bin mir jedoch vollkommen darüber im klaren, daß diese Forderung denjenigen nicht befriedigen kann, der auf dem Boden der sozialistischen Theorie steht. Der Sozialist muß auf der Sozialisierung der Produktionsmittel bestehen, denn diese Forderung hängt mit den letzten theoretischen Grundlagen der sozialistischen Lehre, mit der Arbeitwert- und der Mehrwerttheorie, auf das allerengste zusammen. Ich würde es deshalb auch für aussichtslos halten, der Sozialisierung der Produktionsmittel eine solche Gegenforderung gegenüberzustellen, wenn ich nicht in der Lage wäre, auch der sozialistischen Theorie einen theoretischen Gedanken gegenüberzustellen, der jener Gegenforderung, wie ich glaube, einen festeren Halt gewährt als die Mehrwerttheorie der Sozialisierung der Produktionsmittel.

Es sei mir gestattet, diesen Gedanken ganz kurz anzudeuten, so mißlich es auch ist, einen theoretischen Gedankengang bloß andeutungsweise vorzuführen. Ich kann dies jedoch nicht umgehen, da die theoretische Seite der Sache für die ganze Frage von entscheidender Bedeutung ist.

Der Sozialismus findet den Ursprung des Kapitalprofiten in der Produktion, genauer gesprochen in der industriellen Produktion und im Bergbau, und auch in diesen Wirtschaftszweigen nur insoweit, als sie umlaufendes Kapital verwenden. Auf die übrigen Zweige des kapitalistischen Betriebes, die, zusammengenommen, ein weitaus größeres Gebiet als die industrielle und die Bergbauproduktion umspannen, auf den Handel, auf die Güter-, insbesondere die Wohnungsvermietung, auf das Verkehrswesen, auf das Bank-, Börsen-, Versicherungsgeschäft, dann auf das große Gebiet der öffentlichen Schulden ist die Mehrwerttheorie nicht oder doch nur teilweise und höchst gezwungen anwendbar. Das liegt im Wesen der Mehrwerttheorie. Die Trennung des Arbeiters von den zur Produktion unentbehrlichen Produktionsmitteln verschafft dem kapitalistischen Produzenten eine Machtstellung, die er dazu ausnützt, dem Arbeiter unbezahlte Arbeit, den Mehrwert, abzupressen. Dieser Gedankengang ist auf die industrielle Produktion zugeschnitten. Daher der Sturm der Sozialdemokratie gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln, während die übrigen, zum Teil viel mächtigeren Kapitalformen die in diesem Falle recht vergnügliche Rolle des Weilhens spielen, das unschuldsvoll im Verborgenen blüht.

Demgegenüber habe ich in einer Schrift, die eben jetzt vor 10 Jahren erschienen ist<sup>1</sup>, nachgewiesen, daß der Kapitalprofit nicht dem Arbeiter, sondern dem Käufer der Ware, in letzter Linie dem Konsumenten ab-

<sup>1</sup> „Lohn und Rente“, Verlag Franz Deuticke, Leipzig und Wien 1909; Seite 33 ff.

genommen wird. Der Kapitalprofit iſt kein Lohnabzug, ſondern ein Preisaufschlag, der auf Grund der Monopolſtellung eingehoben wird, die der Kapitalbeſitz verleiht. Die Unentbehrlichkeit des Kapitals in allen vom Kapitalismus erfaßten Wirtschaftszweigen ſchließt den Kapital-Nichtbeſitzer, alſo vor allem den Arbeiter, von dem Wettbewerb im Unternehmerberuf aus. Das iſt die erſte, die perſönliche Beſchränkung des Wettbewerbes, die im kapitaliſtiſchen System liegt und den Zins erklärlich macht. Denn nur die Konkurrenz des Arbeiters kann offenbar den Warenpreis auf dem Niveau der Arbeitskoſten feſthalten. Dazu kommt noch eine zweite, eine ſachliche Beſchränkung des Wettbewerbes. Auch die Konkurrenz, die ſich die kapitaliſtiſchen Unternehmer untereinander bereiten, iſt beſchränkt, und zwar durch die Begrenztheit der verfügbaren Kapitalmengen. Induſtrie, Handel, Verkehrsanſtalten uſw. ſind keiner beliebigen Ausdehnung fähig. Ihrer Erweiterung ſind durch die Mengen des verfügbaren Kapitals ganz beſtimmte Grenzen gezogen. Dieſe Begrenztheit der Kapitalmengen hindert den Zinsfuß, auf den Nullpunkt herabzuſinken. Wenn allgemein anerkannt iſt, daß der verſchiedene Stand des Zinsfußes in den verſchiedenen Ländern auf die verſchiedene Größe des Kapitalreichthums zurückzuführen iſt, alſo der niedrige Stand in den fortgeſchritteneren Ländern auf den größeren Kapitalreichthum, dann kann die Frage, warum der Zinsfuß in dieſen Ländern nicht noch tiefer und ſchließlich auf den Nullpunkt herabſinkt, nur dahin beantwortet werden, daß, um dieſe Wirkung hervorzubringen, die Kapitalmengen auch in den kapitalreichſten Ländern nicht ausreichen — daß ſie zu begrenzt ſind, um den Zins zu beſeitigen. Die Zinſtheoretiker haben es merkwürdigerweiſe verſäumt, den Gedanken, der die verſchiedene Höhe des Zinsfußes erklärt, für die Erklärung des Zinſes ſelbſt nutzbar zu machen.

Die Unentbehrlichkeit des Kapitals und die Begrenztheit der Kapitalmengen ſind es, denen der Kapitalprofit ſein Daſein verdankt. Es iſt richtig, daß der kapitaliſtiſche Unternehmer eine Machtſtellung einnimmt, und es iſt meiner Überzeugung nach auch richtig, daß ihm dieſe Machtſtellung zu einem Gewinn verhilft, dem keine wirtſchaftliche Gegenleiſtung entſpricht und der daher als unverdient zu betrachten iſt. Die Wahrheit dieſer Grundgedanken der ſozialiſtiſchen Lehre gibt der Sozialdemokratie ihre gewaltige Kraft. Aber die Richtung, in der die Machtſtellung des Kapitaliſten wirksam wird, hat Karl Marx völlig verkannt. Der Kapitalprofit wird nicht dem Arbeiter, ſondern dem Käufer der Ware, in letzter Linie dem Konſumenten abgenommen. Der Kapitalprofit iſt kein Lohnabzug, ſondern ein Preisaufschlag. Er iſt die Frucht einer Beſchränkung

der Konkurrenz, ein Monopolgewinn, womit der Kapitalprofit mit den übrigen Formen des arbeitslosen Einkommens in eine Linie gerückt erscheint.

Diese Theorie stellt die Erklärung des Kapitalprofites auf eine viel breitere Grundlage als auf den engen Bereich der industriellen Produktion. Denn unentbehrlich ist das Kapital auch im Handel, bei der Wohnungsvermietung, im Verkehrswesen, beim Betrieb des Bank-, Börsen-, Versicherungsgeschäftes usw., und die Begrenztheit der Kapitalmengen wird bei dieser vielseitigen Inanspruchnahme des Kapitals nur noch augenfälliger.

Geht man nun von dieser Theorie des Kapitalprofites aus, dann erhält die Sozialisierungsfrage ein ganz verändertes Gesicht. Sie wird aus dem engen Bereich der industriellen Produktion gewissermaßen herausgehoben und auf das weite Gebiet der Einkommen hinübergelenkt. Dann tritt an die Stelle der Forderung: Sozialifizierung der Produktionsmittel die Forderung: Sozialifizierung eines angemessenen Teiles des Nationaleinkommens.

Zusammenfassend möchte ich daher sagen: Unsere Zeit ist dadurch gekennzeichnet, daß das Verhältnis, in dem die Einzelinteressen und die Interessen der Gesamtheit zur Geltung gelangen, in ein neues Stadium getreten ist. Der Individualismus hat die Interessen der Allgemeinheit viel zu weit in den Hintergrund gedrängt, nun rücken sie vor und — wie bei jedem Rückschlag — weit über das Ziel hinaus. Bis in jeden einzelnen Betrieb hinein will man nunmehr die Interessen der Gesamtheit zur Geltung bringen. Ich glaube nicht, daß auf diesem Wege ein dauernder, haltbarer Zustand erreicht werden kann. Der neue Ausgleich zwischen den Einzelinteressen und den Interessen der Gesamtheit wird zum geringsten Teile auf dem Gebiete der Produktion in den einzelnen Betrieben herbeigeführt werden. Der Hauptsache nach wird er sich auf dem Gebiete der Einkommen vollziehen, und zwar in der Weise, daß der Anteil des Staates am Nationaleinkommen gewaltig anwachsen wird. Die Entwicklung geht jedenfalls in dieser Richtung. Denn das Steuerzahlen werden wir wohl oder übel lernen müssen, und zwar nicht nur wir Deutsche, sondern auch die meisten Ententevölker. Wenn dann einmal die Kriegslasten abgetragen sein werden, dann wird sich die Bevölkerung an die hohe Steuerlast längst gewöhnt haben, dann wird der neue Ausgleich zwischen den Einzel- und den Interessen der Gesamtheit zum Segen der Volkswirtschaft und des Volkes wirksam werden.

Es ist nun bald 50 Jahre her, seit Adolf Wagner das Wort von

der „Sozialen Epoche der Besteuerung, in die wir einzutreten im Begriff sind“, niederschrieb. Dieses prophetische Wort wird sich erfüllen, aber in einem viel weitergehenden Sinne, als Adolph Wagner selbst gemeint hat: nicht nur Herbeiführung einer gerechteren Güterverteilung, nicht nur Entlastung der Besitzlosen vom Steuerdruck, sondern: Verbesserung zwischen dem Individualismus und dem Sozialismus, das ist die große Aufgabe, die das Steuerwesen in Zukunft erfüllen wird.

Vorsitzender: Es ist der Antrag eingegangen, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken. Es ist noch eine große Zahl von Rednern vorgemerkt. Ich schlage vor, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken.

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, so nehme ich an, daß Sie damit einverstanden sind, und ich möchte die Redner bitten, sich an die 10 Minuten zu halten.

Ich möchte die Verhandlungen jetzt unterbrechen. Es ist hier ein Photograph anwesend, der ein Bild des Kongresses aufzunehmen wünscht. Ich nehme an, daß die Aufnahme rasch vor sich gehen wird. (Photographische Aufnahme.)

Ich erteile nun das Wort Herrn Dr. Stephinger.

Prof. Dr. Ludwig Stephinger (Tübingen): Meine Damen und Herren! Die Referate strebten, auf den tiefsten Ausgangspunkt der Frage zurückzugehen. Dies ist notwendig, auch wenn das Verfolgen des grundsätzlichen Ausgangspunktes augenblickliche oder gelegentliche wirtschaftliche oder sonstige Schäden bringen würde. Aber der Ausgangspunkt, der gewählt wurde, ist nicht der meinige. Herr Kollege Lederer hat ihn ungefähr so dargestellt: das erste ist der Wille zur Tat. Und später wurde von ihm ausdrücklich das Zurückgehen auf die technischen und wirtschaftlich technischen Möglichkeiten damit in den Hintergrund geschoben, daß gesagt wurde, auch der Sozialismus sei in der Lage, die höchste Produktivität zu fördern, dagegen habe gerade die Kapitalwirtschaft zu gewissen Hemmungen geführt und als Beispiele wurden manche Hemmungen angeführt, die durch die Kartellbildungen verursacht waren.

Ich glaube, daß es nicht möglich ist, vom Willen zur Tat auszugehen, auch nicht von der gesellschaftlichen Organisation. Diejenigen, die meinen, die Gesellschaftsverfassung stehe im Vordergrund dieses Problems, befinden sich auf einem methodologisch nicht unähnlichen Wege wie die, die glauben,

daß das Problem des Geldes reiflos aus einer staatlichen Theorie erklärt werden könne. Das führt zu einer Begriffsbildung, die der naturrechtlichen nicht unähnlich ist. Man nimmt die Erscheinung aus der komplexen Wirklichkeit; dabei kann es aber vorkommen, daß man die Begleiterscheinung für das tatsächliche Wesen eines Phänomens nimmt. Beispielsweise wird die Kapitalwirtschaft als eine Organisation beobachtet, welche den Kapitalismus, das heißt die Ausbeutung, den Raubbau, mit sich bringt. Das führt zur Gleichsetzung von Kapitalwirtschaft und Kapitalismus.

Man sagt, der Unternehmer sei der Mensch, der die Produktionsmittel besitzt und der diesen Besitz zur Ausbeutung benutzt; Dinge, die gewiß zutreffen. Aber das Wesen des wirtschaftlichen Begriffs des Unternehmers im Gegensatz zum Arbeiter macht das nicht aus. Der rein wirtschaftliche Begriff definiert Kapitalwirtschaft als Wirtschaft mit den Mitteln und zum Zwecke des Kapitals. Ein Unternehmer im gesellschaftlich-wirtschaftlichen Sinne ist ein solcher, der es versteht, für die Gesellschaft einen neuen Wert zu bringen. Und was die Arbeiter anlangt, so muß man zugeben, daß es auch in einer Gesellschaft, in der „freie Bahn dem Tüchtigen“ gilt, und wo die Unentgeltlichkeit der Unterrichtsmitel jeden zur höchsten Leistung befähigt, Arbeiter geben wird, nämlich Leute, die die leitenden Gedanken anderer ausführen. Das ist ein Begriff, den Bücher sehr einfach mit dem Wort „Lohnwerker“ präzisiert hat; Arbeiter ist, wer seine Arbeit dem andern leiht und nur den Lohn für seine Leistung fordert, dagegen nicht Rohstoffe u. dgl. und den weiteren Erfolg der Produktion in seine Wirtschaftsrechnung einfaktuliert.

Die technischen Möglichkeiten einerseits und die staatliche Organisation andererseits stehen zu beiden Seiten des Wirtschaftslebens. Die staatliche Organisation läßt sich entwickeln, umwerfen, revolutionieren, dagegen sind die Gesetzmäßigkeit der Technik und der wirtschaftlichen Technik Notwendigkeiten, mit denen gerechnet werden muß. Eine Art der Betrachtung, wie ich sie hier zum Ausdruck bringe, ist in der Literatur oft angebahnt worden. Ich möchte für die Eigenart der Landwirtschaft ganz besonders auf die Arbeiten von David, Wygodzinski und Aereboe hinweisen und für die Unternehmermöglichkeit in der Industrie auf die Literatur über Kartellierung u. dgl. Geht man so von rein wirtschaftlichen Begriffen aus, so sieht man, daß es in jeder Wirtschaftsform Unternehmer, Arbeiter und Kapital geben wird.

Für die Frage der Sozialisierung aber ist der Ausgang zu nehmen von dem Unterschied zwischen Wirtschaft und Unternehmung.

Wirtſchaft entſteht, wenn die Mittel feſtliegen, wie bei feſtbeſoldeten Beamten und Arbeitern, oder wenn die Zwecke feſt liegen, wie beim Staat. Die Unternehmung entſteht, wenn volle Freiheit der Möglichkeiten und Zwecke gegeben iſt. Wenn geſagt wird, das Kartell ſei ein Beiſpiel dafür, daß das Kapital gar nicht zur freien Entfaltung kommt, ſo iſt zu ſagen: die Unternehmer, von denen da geſprochen wird, waren in vielen Fällen keine eigentlichen Unternehmer mehr. Der wirtſchaftliche Begriff des Unternehmers iſt nur dann und inſoweit zutreffend, ſolange es gelingt, für wirtſchaftliche Zwecke in der Geſellſchaft neue Werte zu bringen. Die Kartellierung tritt meiſt dann ein, wenn die wirtſchaftliche Unternehmungsmöglichkeit nicht mehr beſteht. Dann aber wird oft der Verſuch gemacht, auf dem Wege des Monopols das Feſtzuhalten, was vorher durch wirtſchaftliche Unternehmung an Gewinn erreicht war.

Namentlich in Ausſaffungen, die zeigen wollen, daß der freie Unternehmer auch im Rahmen des ſozialiſtiſchen Geſellſchaftsbildes möglich iſt, wird häufig auf die Zeißſtiftung hingewieſen. Ich glaube, es handelt ſich weniger darum, wie Unternehmungen fortgeführt werden ſollen, ſondern darum, daß ſie überhaupt zuſtande kommen. Bevor die Zeiß-„Stiftung“ möglich war, war ſie als Unternehmung nötig. Für den Zweck, daß Unternehmungen entſtehen, iſt vollſtändige Freiheit deſſenigen nötig, der die Möglichkeit erfaßt hat, wie der Geſellſchaft ein neuer Wert verſchafft werden kann.

Dann aber iſt die Sozialisierung erſtens allerdings auch in vielen Fällen Verſtaatllichung; hierfür iſt einfach zu verweiſen auf die Finanzliteratur, die nach meiner Meinung hierüber genügend Aufſchluß gibt auch für die Zukunft. Ferner aber muß der Unternehmer zwar einerſeits ſeine Freiheit haben, anderſeits aber darf er weder an den Verbrauchern noch an den Arbeitern noch, an der übrigen Geſellſchaft Raubbau treiben. Dagegen hilft vor allem die Steuerbehörde. Sie führt den Gewinn der Allgemeinheit zu, damit er nicht privatwirtſchaftlich vergeudet wird.

Wenn aber eine Unternehmung aufgehört hat, eine ſolche zu ſein, dann müſſen allerdings dem betreffenden Betrieb die Möglichkeiten genommen werden, den Unternehmungsgewinn feſtzuhalten; das wäre nach meiner Auffaffung die eigentliche Sozialisierung und zwar durch Überführung in Genoffenſchaftsbetriebe. Dies iſt von Fall zu Fall zu beſtimmen. Es iſt aber nicht nur zu fragen: was iſt reif für eine derartige Vergenoffenſchaftung, ſondern auch: was iſt reif für die Freigabe?

Nun könnte der Vorwurf gemacht werden, all das, was ich verlange, ſei nichts anderes als Sozialpolitik alten Stils. Das habe ich nicht im



Sinn. Das Grundlegende und wesentlich Verändernde soll die steigende Beteiligung des Arbeiters an der Willensbildung in der Volkswirtschaft und zugleich die Einsicht des Arbeiters in die Unternehmermöglichkeit bringen. Dann wird der Arbeiter erkennen, was möglich ist, und auch nicht übersehen, was nicht möglich ist, und das scheint mir zu einem vertrauensvollen Zusammenarbeiten zwischen staatlicher Organisation und Volk, zwischen Unternehmer und Arbeiter gleich nötig zu sein. (Beifall.)

Vorsitzender: Unsere Aufgabe ist es, zu berichten über die Neukonstituierung unseres Ausschusses, die vorhin stattgefunden hat. Ich darf den Herrn Schriftführer bitten, über das Ergebnis zu berichten.

Schriftführer Boese: Der Rumpfausschuß hat im Grundsatz alle die Herren wieder kooptiert, die bisher im Ausschuß gewesen sind. Ausnahmen sind nach zwei Richtungen gemacht worden. Es sind erstens nicht endgültig kooptiert die Herren, die ihren Beitrag noch nicht bezahlt haben. Ihre Zahl ist nicht ganz klein. Zweitens solche, die seit Jahren an den Arbeiten des Ausschusses keinen Anteil mehr genommen haben. Bei den Angehörigen beider Gruppen soll angefragt werden, ob sie Wert auf eine weitere Zugehörigkeit zum Ausschuß legen.

Neukooptiert sind folgende Herren: Herr Altmann, Amonn, Fräulein Dr. Bäumer, die Herren Behrens, Brauer, Bingold, Adolf Braun, Clarus, Gehrig, Gerloff, Handelsminister Hamm, Hartmann, Kuczynski, Lederer, Lufensky, v. Mises, Fräulein Dr. Alice Salomon, Fräulein Dr. Siemering, die Herren Sieveking, Skalweit, Umbreit, Vogelstein, Weidinger, Wittek und Zahm.

Prof. Dr. Friedrich v. Gottl-Ottlilienfeld (München): Bloß zu dem Punkte, der mich sozusagen persönlich berührt, möchte ich Stellung nehmen. Ich knüpfe an eine Reminiscenz an. Vor zehn Jahren, in Wien, war ein ganzer Tag der Tagung unseres Vereins ausgefüllt von der Diskussion über „Volkswirtschaftliche Produktivität“. Damals kam ich in die unangenehme Lage, schon am Problem selber Kritik üben zu müssen, und ich habe mich sehr scharf dazu geäußert. Inhaltlich ungefähr so, daß „Produktivität“ wesentlich eine Sache des Betriebes sei, nicht aber der Volkswirtschaft, für die immer nur ihre „Prosperität“ als letzter Wert in Frage käme. Das ist auch heute noch meine Meinung, nur würde ich

es heute anders formulieren. Ich bin nicht blindlings dagegen, daß man auch noch über den Betrieb hinaus das Wort gelegentlich anwendet, von der „Produktivität“ einer Industrie, oder selbst der Volkswirtschaft redet; aber in der Sache kann dies immer nur als ein dienendes Mittel des allgemeinen Gedeihens gemeint sein: „Volkswirtschaftliche Produktivität“ jedoch als Endzweck, als letzten Wert zu behandeln, das ist mir in der Seele zuwider. Und nun heute, genau nach zehn Jahren, tritt dieser Begriff abermals, und ganz in jener bedenklichen Weise, in den Mittelpunkt!

Ich kann daher mit Dr. Vogelstein nicht einig darin gehen, wenn er in der Hauptsache die sogenannte volkswirtschaftliche Produktivität als letzten Scheidegrund aller Maßnahmen auspielt. Da sympathisiere ich in diesem Punkte mehr mit Kollegen Lederer.

Es führt aber letzten Endes dieses grundsätzliche Hervorstellen der Produktivität zu einer schiefen Konkurrenz. Mag der Notstand, unter welchem wir leiden, noch so groß sein, und mag es auch unbedingt notwendig werden, gegen diesen Notstand das Äußerste aufzubieten, aber den Wandel der Wirtschaftsordnung, ja der ganzen Gesellschaftsordnung gewissermaßen als „Notstandsaktion“ darauf einzustellen, damit kann ich mich nicht befreunden. Auch nicht mit jener anderen Wendung, wie Dr. Potthoff es ausführte, der mir ja diesen Einwand zunächst vorwegnahm, dann aber selbst die beanstandete Sache bloß höher hinaufschraubte; er verwies auf den Zwang zur Abwendung der seelischen Not, in die der Arbeiter bei seinen getäuschten materiellen Hoffnungen gerät, weshalb sich wenigstens das erfüllen soll, woran seine Ideale hängen, eben der Sozialismus, praktisch also die Sozialisierung. Diese jedoch, und selbst nur als moralische Notstandsaktion aufzufassen, als Tat der sozialen Hygiene — ich gestehe, daß ich auch das nicht fassen kann. Mir widerstreitet das einfach. Ich sage mir einerseits, will man gegen einen noch so großen, aber schließlich doch vorübergehenden Notstand gleich einem Wechsel der Wirtschaftsordnung als Abwehrmittel handhaben, so heißt dies meines Erachtens mit Kanonen auf Spazier schießen; auf der anderen Seite ist diese Sache in ihren eigenen Ideen doch zu hehr und hoch, um nur als Notstandsaktion gedacht und eingestellt zu werden.

Aber ich gebe zu, daß der Sozialismus selbst, in seinen namhaftesten Vertretern, nicht unschuldig daran ist: viel zu nachdrücklich ist er uns vorgetragen worden — wohl mit dem Seitenblick auf die zu beeinflussenden breiten Schichten — als ein Zustand der Gesellschaft, bei dem die Wirtschaft von wesentlich höherer Produktivität sein wird. Also die Sünde,

Sozialismus und Produktivität in grundsätzliche Verbindung zu setzen, ob nun so oder so, wurzelt schon im orthodoxen Sozialismus. Als ob überhaupt die Wirtschaft letzten Endes nur dazu da wäre, möglichst viel Ertrag zu liefern! Ich habe fünf Jahre meines Lebens daran gewandt, durch eine eingehende Untersuchung der Wege, auf denen sich die Produktivität steigern läßt, diesen Begriff klarzustellen. Allein, so überschätze ich ihn wahrlich nicht, um ihn als Richtpunkt aller Ordnung und Regelung, aller Reformen und Revolutionen im Wirtschaftsleben anzuerkennen. (Sehr richtig!)

Aber die Sünde setzt sich fort. Es hängt nun wieder mit dieser einseitigen Hervorkehrung einer technischen Überlegenheit des Sozialismus zusammen, wenn ein anderer Fehler sich einschleicht, der nachweisbar ist aus den Schriften der Sozialisten und auch sonst überall spukt. Meine Damen und Herren! In allen Erwägungen über die Zukunft unserer Wirtschaft wird mit der Technik wie mit einem feststehenden Wert gerechnet! Die moderne Technik, umstrahlt von allen ihren Errungenschaften, denkt man sich frischweg und unbekümmert hineingestellt in beliebige andere Wirtschaftsordnungen, als würde sie auch dort ebenso arbeiten und ebenso ihren Dienst tun wie früher. Nun glaube ich, da genügt es sich zu versenken in den Werdegang der modernen Technik, um einzusehen, wie verwachsen diese Technik mit dem kapitalistischen Geist ist; geht doch der innere Zusammenhang zwischen Technik und Wirtschaft — und zwar Wirtschaft von jener Form, inmitten welcher die moderne Technik geboren wurde — ganz außerordentlich weit. Ich halte es für einen großen Leichtsinns im Denken, wenn man dem nicht Rechnung trägt. Es ist etwas ganz Bestimmtes um diese moderne Technik, und ich glaube nicht, daß man sich auch darin so eins zwei „umstellen“ kann. Denken Sie zum Beispiel daran, in welchem Umfang die moderne Technik für ihren Fortschritt auf den Opferwillen der Wirtschaft angewiesen bleibt; ob nun diesen Opferwillen auch jede künftige Wirtschaftsordnung aufbringen kann, das müßte doch erst erwogen werden. Dann der schier unermessliche Belang des Wettbewerbes, nicht nur für den Fortschritt, schon für das Behaupten des Standes der Technik. Dann die Rolle des Geldpreises, der erst alle Aufwände untereinander verrechenbar macht, als *conditio sine qua non* exakter Technik, und so fort.

Ich halte daher, wenn ich mich auf den Boden dieser Diskussion stellen soll, zu allererst auch eine „Sozialifizierung der Technik“ für notwendig, erörtert zu werden. Gewiß, eine Fülle von Problemen würde

mit dem einsetzenden Wandel der Wirtschaftsordnung an die Technik neu herantreten und könnte sie neu beleben, aber trotzdem handelte es sich für sie um einen durchaus nicht gefahrlosen Übergang in eine durchaus problematische Zukunftsform. Ich würde es schon als einen greifbaren Nutzen dieser Worte ansehen, wenn man nicht fernerhin so harmlos mit dem Gedanken der Technik operierte, als ob das etwas ein für allemal Ausgemachtes wäre, was jeder Reform und jeder beliebigen Wirtschaftsordnung zur Verfügung steht.

Und abermals jener Fetischismus der Produktivität ist dabei geschäftig, wenn man mit den Gedankengängen des Sozialismus selbst Dinge zu vereinbaren glaubt gleich dem Taylorsystem. Dessen Einführung wird ja heute aus den verschiedensten Lagern heraus als mitwirkendes Agens der neuen Zeit gefordert, auch wieder im Sinne einer Notstandsaktion. Darüber werde ich mich anderswo äußern, wie sehr dieses System mit Sozialismus unvereinbar ist. Wer aber diesen will, sollte etwas, das auf den Sozialismus paßt wie die Faust aufs Auge, auch nicht im Sinne einer Notstandsaktion mit hereinschlüpfen lassen, der alleinseligmachenden Produktivität zuliebe.

Wir werden uns wohl genötigt sehen, mit einem neuen Grenzwert der ganzen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung auch praktisch zu rechnen und haben uns damit auseinander zu setzen. Dabei aber sollten wir uns hinsichtlich der großen Gesichtspunkte — über praktische Einzelheiten haben nicht wir zu entscheiden — nicht allzusehr von der augenblicklichen Lage bestimmen lassen, schon gar nicht aber die Produktivität zum alles beherrschenden Gesichtspunkt machen. Ich meine, wir sollten das Neue, das unserer Zeit voranschwebt, nicht mit dem Rechenstift, sondern mit der Seele suchen. (Lebhafter Beifall.)

Prof. Dr. Robert Wilbrandt (Tübingen): Eine Notstandsaktion, wie sie eben in Zweifel gezogen wurde, ist auch vor 100 Jahren der Liberalismus gewesen, und all das, was wir von der französischen Revolution in Deutschland mit bestem Erfolg übernommen haben. Notstandsaktion war mir im vorigen Winter all das, was ich so, wie heute Dr. Potthoff ausgeführt hat, redete, schrieb, tat, um gegenüber dem inneren Notstand etwas zu erreichen. Ich greife darauf heute nicht weiter zurück.

Der Notstand, der mich heute vor Ihnen nach einer Notstandsaktion rufen läßt, ist der, welchen der Krieg und der Friedensschluß über uns verhängt hat. Unsere Unterhändler haben von Millionen und Aber-

millionen von Deutschen gesprochen, die entweder verhungern oder auswandern müssen. Was damals Gegenstand der Verhandlungen war, jetzt ist es Tatsache geworden. Mit den Milderungen ist es doch im großen und ganzen so geblieben wie es war. Auszuwandern, als Deutscher, verachtet, gehaßt, abgewiesen, höchstens irgendwo geduldet, weil man ihn brauchen kann, das ist heute fast unmöglich. Verhungern kann man aber ebenfowenig. Und das scheint mir — ich vermisse es — der Gesichtspunkt zu sein, unter dem die Dinge betrachtet werden müssen: denn ehe Millionen von Deutschen verhungern oder diesen Leidensweg gehen, der ihnen in der Fremde auferlegt wird, muß der deutsche Boden ausgenutzt werden. Und ist es tatsächlich notwendig, daß diese Menschen auswandern oder verhungern? Diese Frage muß gestellt werden. Es handelt sich um kein ökonomisches und natürliches, sondern um ein soziales Muß. Es ist begründet in der heutigen Eigentumsordnung und in nichts anderem.

Was uns bei dieser Lage nützt, das lassen Sie mich in dem Begriff Reagrarisierung zusammenfassen: daß wir uns umstellen auf die Landwirtschaft in Deutschland, daß wir den Boden mehr ausnutzen als bisher, daß wir sehen, wieweit es gelingen kann, industrielle Rohstoffe selber herzustellen auf unserem Boden, alles das natürlich mit Unterstützung durch die Industrie. Die Landwirtschaft kann auch noch ihren Betrieb bei weitem mehr mechanisieren. Viele Spanntiere, die uns das Land wegfressen, können durch Maschinen ersetzt werden; so wird die Produktion für uns selber steigen und so werden wir sehen müssen innere, Aufträge zu bekommen, weil der Export stocken wird und muß. Das ist unseren Gegnern ja gelungen. Diese Reagrarisierung ist heute eine notwendige Forderung. Es kommt nur darauf an, wieweit sie möglich ist. Sie scheitert nicht an Bodenmangel, sondern an den Dingen, die ich Ihnen noch ausführen werde. Es gibt Männer der Landwirtschaftswissenschaft, die lange behauptet haben — und Ballod hat das in seinem Buch „Der Zukunftsstaat“ zusammengefaßt — (Hört! Hört!), daß wir auf unserem Boden erstens eine reichliche Ernährung des gesamten Volkes möglich machen könnten und daß zweitens, bei einer geschickten Organisation, eine genügende Bekleidung des ganzen deutschen Volkes erreicht werden kann. (Hört!) Die Zurufe von Ihnen beweisen Ihr Interesse für diesen Punkt. Ich möchte Sie bitten, dahin zu wirken, daß der Verein als solcher diesen Dingen nachgeht, sie nachprüft, nachrechnet und Untersuchungen anstellen läßt. (Beifall) Dem dürfen wir uns nicht entziehen. Es kommt darauf an: sind die Menschen zu opfern oder am

Leben zu erhalten? Dem iſt nachzugehen mit Sorgfalt, mit deutſchem Fleiß und Gründlichkeit.

Was ſind die Hinderungsgründe, warum dieſe Reagrarisierung tatſächlich nicht geht? Reagrarisierung bedeutet: intenſivſte Landwirtschaft. Deſhalb — ich vermeide das Wort produktivſte — erſtens arbeitsintenſivſte, zweitens kapitalintenſivſte und drittens muß die Landwirtschaft nach wiſſenſchaftlichen Grundſätzen geführt werden.

Zunächſt komme ich auf die Arbeit. Wir hatten kürzlich ungefähr eine Million Arbeitsloſe in Deutſchland; jezt etwas weniger. Nach der Heimkehr der Kriegsgefangenen wird ihre Zahl wieder größer werden. Gleichzeitig fehlte eine Million Arbeitskräfte in der deutſchen Landwirtschaft. Was wäre näher gelegen, als die Menſchen umzuſchulen und in die Landwirtschaft zurückzubringen. Ich habe mich mit den Arbeitsloſen in Verbindung geſetzt. Sie erklärten zum Teil: Wir wollen nicht wieder zurück in die Sklaverei, das heißt, der ſoziale Zuſtand, dem ſie einſt mittels der Landſucht entronnen ſind, der war ihnen unerträglich und bleibt es ihnen. Sie kehren dahin zurück nur unter dem Druck der Not.

Zweitens ſchickte ich probeweife einen Mann zum Arbeitsnachweis in Berlin, der verſuchen ſollte, ſich anzubieten als Arbeitsloſer für Arbeiten in der Landwirtschaft, obgleich er noch nie landwirtſchaftlich tätig geweſen war. Die erſte Frage war: „Sind Sie Landarbeiter?“ Antwort: „Nein.“ „Dann wird es ſehr ſchwer fallen; aber Sie werden vorgemerkt.“ Sie ſehen alſo, daß ein Arbeiter, der in die Landwirtschaft zurück will, nicht gerade mit offenen Armen aufgenommen wird.

Drittens. In dem Demobilmachungsamt lag vor uns die gedruckte Ziffer, daß 25 000 Stellen in der deutſchen Landwirtschaft angeboten ſind als offene Stellen, während eine Million Arbeitskräfte fehlen. Es iſt die Furcht vor dem Bolſchewismus, die Furcht vor dem Erntestreik, die Furcht vor einer radikalen Verſeuchung der Landarbeiter durch die Städter, die den Landwirt davon abhält, den ſtädtiſchen Arbeiter wieder aufzunehmen. Alſo die ſozialen Klaffenverhältniſſe, der Klaffen-gegenſatz hindert die Menſchen zurückzukehren und — wie Sie nun wollen — entweder wird ihnen das dadurch innerlich unmöglich gemacht oder die Stellen werden überhaupt nicht angeboten.

Ein weiteres: Kapitalintenſität iſt der zweite Punkt. Kapitalintenſität iſt nötig für all das, was Balloſ ausführt: für Beregnung, künstlichen Dünger, Maſchinerie in ganz anderem Ausmaß als heute, Scheunen in größerer Zahl und verbesserter Art und ſchließlich der ganze Betrieb mechanischer Autopflüge, Autolaſtwagen uſw. an Stelle des Spann-

viehs. Diese und ähnliche Dinge führt Vallod auf. Das alles erfordert Kapital und das fehlt.

Im März erhielt ich einen Brief von einem ostelbischen Großgrundbesitzer. Er prophezeite den Erntestreif, „wenn nicht bis dahin sozialisieret wird.“ Das ist der Notschrei eines Großgrundbesitzers nach der Sozialisierung und zwar vor allem wegen des in der deutschen Landwirtschaft chronischen Mangels an Kapital. Warum in der Landwirtschaft ein solcher Kapitalmangel besteht, die Gründe hierfür sind jedem Theoretiker der Landwirtschaft bekannt. Der Grundbesitzer hatte sie durchlebt und stellte sie vor mich hin: die Renten, welche fortwährend abfließen an die Miterben, an die Vorbesitzer, an die Hypothekengläubiger, diese Renten lassen nur noch den Herrentitel übrig und die Stellung eines Verwalters für jene tatsächlichen Eigentümer, so daß für den Besitzer nur eine bescheidene Angestelltenversorgung in der Praxis bleibt. Und es bleibt vor allem kein Überschuß, um das zu tun, was der Landwirt gern tun möchte, wenn er wissenschaftlich gebildet ist. So ist die Lage der Großgrundbesitzer in der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege, wo wir die intensivste Wirtschaft nötig haben.

Der dritte Punkt ist die wissenschaftliche Durchbildung der deutschen Landwirtschaft. Dafür ist es nötig, ihr eine wissenschaftliche Oberleitung zu geben. Um unsere landwirtschaftliche Hochschule in Hohenheim herum sitzen die Bauern bei Dreifelderwirtschaft! Und ebenso gibt es noch eine Reihe von rückständigen großen Gütern. Das ist bekannt.

Das sind die Dinge, um die es sich meiner Überzeugung nach handelt. Das sind die Lebensfragen des deutschen Volkes, an denen der Verein für Sozialpolitik nicht vorübergehen darf, weil hier eine Produktivitätssteigerung in Frage steht, bei der es sich um das Leben oder um die Auswanderungsnotwendigkeit von vielen Deutschen handelt. Geschieht all dergleichen nicht, was wir als Sozialisierung der Landwirtschaft bezeichnen könnten, dann, glaube ich, sind die Auswandernden unnötig vom deutschen Boden weggegangen und um ihr Vaterland betrogen. (Beifall.)

Redakteur Paul Umbreit, Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin): Ich danke dem Vorstand des Vereins für Sozialpolitik für seine Einladung, die er an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat gehen lassen. Unser Vorstand hat um so lieber von dieser Einladung Gebrauch gemacht, als die Frage der Sozialisierung auch unser Interesse im größten Maßstabe erweckt. Sie wissen, daß die Gewerkschaften nicht mehr die Kleinigkeit



darstellen wie vor dem Kriege mit 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Mitgliedern, jetzt ist in ihnen die große Masse der deutschen Arbeiterschaft organisiert. Wir haben 6<sup>4</sup>/<sub>10</sub> Millionen Mitglieder in unseren Reihen und eine kleinere Zahl in den Reihen der übrigen organisierten Arbeiterschaft, so daß wir sagen können: die großen Massen der Arbeiter sind organisiert, und die Mehrzahl dieser Arbeiter steht auf dem Boden der Sozialisierung und erwartet sie je bald, desto besser. Deshalb begrüßen wir es, daß sich auch die Wissenschaft mit der Frage des Sozialisierungsproblems befaßt und wir wollen gern zusammen arbeiten mit den wissenschaftlichen Vereinen, um diese Frage zu fördern. (Beifall.)

Mit dem ersten Referenten, Herrn Professor Lederer, bin ich einverstanden. Und wenn wir in der Sozialisierungskommission zusammen arbeiteten, so waren wir auch dort über alle großen Fragen, wenn auch manche Parteiunterschiede sich geltend machen, einig. Einverstanden bin ich mit ihm in der Ablehnung des Bolschewismus, der den Sozialismus mittels Gewalt herbeiführen will. Die Gewalt kann nie der Geburtshelfer einer neuen Wirtschaftsweise sein. Der Sozialismus muß durch eine politische Aktion, durch die Gesetzgebung verwirklicht werden und Professor Lederer hat das angedeutet, in welcher Weise er sich diesen Weg denkt, in dem er das Betriebsrätegesetz anführte, das geschaffen ist, um die Betriebe zu demokratisieren. Die Vermögenssteuer betrachten auch wir als einen großen politischen Akt der Vermögensausgleichung und Überführung eines Teiles der Vermögen und auch eines Teiles der Betriebe und des Grundbesitzes in die Hände des Staates oder des Gemeinwesens.

In Wirklichkeit kann die Sozialisierung nicht mittels der Politik, mittels politischer Maßnahmen sich vollziehen, sondern sie ist ein Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir können zwar durch die Gesetzgebung Wirtschaftszweige für sozialisiert erklären, aber die Hauptarbeit muß doch auf wirtschaftlichem Gebiet geleistet werden. Der Sozialismus muß wirtschaftlich erarbeitet, organisiert werden, nur durch seine technische wirtschaftliche Überlegenheit, durch die Überlegenheit all der, die in ihm arbeiten, kann er sich gegenüber der Privatwirtschaft behaupten. Und das ist möglich. Die einzelnen Gesetze können noch so gut gemeint sein, früher oder später kommen, alle diese Gesetze stehen aber auf dem Papier, wenn nicht alle Teile des Volkes und besonders die, die in der Produktion mitgearbeitet haben, übereinstimmen in der möglichsten Entwicklung der Produktion. So geht es mit dem Gesetz über die Betriebsräte. Dem einen geht es zu weit, dem anderen genügt es bei weitem nicht. Auch

das idealste Gesetz steht auf dem Papier, wenn nicht die Masse der Arbeiterschaft tatsächlich in der demokratischen Organisation der Betriebe mitarbeitet und sich durch ihre Organisation im Betrieb, durch ihre Mitarbeit den tatsächlichen Einfluß verschafft. Das Gesetz könnte weit idealer sein, noch größere Mitentscheidungsrechte garantieren, wenn sie nicht tatsächlich ausgeübt werden und wenn die Arbeiter nicht so erzogen sind, daß sie imstande sind, mitzuentcheiden und mitzubestimmen, daß sie imstande sind einen Teil der Mitverantwortung an der Leitung zu übernehmen, dann wird das schönste Gesetz auf dem Papier stehen. Dagegen kann das Gesetz heute wirklich mangelhaft sein. Wenn die Arbeiterschaft in ihre Aufgabe hineinwächst und Einfluß in dem Betrieb erarbeitet, dann wird ihr Einfluß über das Gesetz hinausgehen, dem Gesetz voraus-eilen, und in den meisten Fällen wird die Gesetzgebung der Entwicklung hinterher hinken.

So war es vor dem Krieg in allen Dingen, die die Arbeitergesetzgebung betrafen und so wird es auch nach dem Kriege sein. Mit Herrn Professor Lederer bin ich auch einverstanden mit dem Begriff der sozialistisch reifen Betriebe. Er erklärt und ich meine, man kann mit ihm übereinstimmen, daß nicht die Betriebe erst sozialisiert werden können, die nach den herkömmlichen Ansichten am meisten konzentriert sind, mechanisch am höchsten entwickelt sind, sondern die, bei denen die Gesellschaft am ehesten imstande ist, die Bedingungen des Betriebes zu beherrschen. Beherrschung des Rohstoffbezuges für diese Wirtschaftsweise, Beherrschung des Absatzes, Beherrschung des gesamten Wirtschaftssystems, in diesem Sinne sind nicht die Industrien sozialistisch reif zu sozialisieren, die in der Weltwirtschaft am meisten verflochten sind, sondern die, deren Markt begrenzter ist, deren Markt von uns am ehesten beherrscht werden kann, die für das Gemeinwesen arbeiten und deren Wirtschaftsweise am ehesten von der Gesellschaft abgegrenzt werden kann.

Professor Lederer wies darauf hin, daß die kapitalistische Produktion keineswegs eine planlose gewesen sei, sondern daß sie gewisse Wirtschafts-pläne gehabt hat und daß wir nur der Auswechslung des Wirtschafts-planes bedürfen, um zu sozialisieren. Man müsse einen Wirtschaftsplan durch den anderen ersetzen. So leicht aber ist die Verwirklichung nicht. Das Reichswirtschaftsamt hat durch seine Planwirtschaft versucht, einen solchen Wirtschaftsplan uns aufzuzutroyieren. Aber es kam damit nicht weit, weil eben nicht alles, was von oben herab durchgesetzt werden soll, verwirklicht werden kann, sondern die Entwicklung, die Gesundung, die Weiterentwicklung und die Sozialisierung muß mehr von innen heraus

durch Zusammenarbeiten der Kräfte erfolgen. Die Industrie muß aufgebaut werden durch eine eigene Organisation aller Produktionsfaktoren, durch das Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und aus der Industrie heraus muß das Zusammenarbeiten sich organisieren, aus der Industrie heraus muß der Wirtschaftsplan entstehen und bei konsequenter Weiterverfolgung dieses Gedankens wird die Sozialisierung leichter von unten herauf erfolgen können als durch einen noch so wohlweisen Plan, den die Bureaukraten von oben herab durchführen wollen. Das deutsche Unternehmertum wird nicht begeistert einer solchen Sozialisierung zustimmen, wird nicht ohne weiteres für die Sozialisierung zu haben sein. Es wird gewaltige Kämpfe kosten. Auf dem Gebiet aber kann es genau so gehen wie mit der Gesetzgebung. Die Unternehmer können noch so starken Widerstand leisten, wenn die Arbeiter und die Angestellten den Willen haben zur Sozialisierung und wenn sie ihren wirtschaftlichen Einfluß ausnützen und zur Geltung bringen, dann wird mehr oder weniger das Unternehmertum dieser Willensbildung unterliegen und wird mit diesen neuen Produktionsfaktoren zu rechnen haben, und so wird die Arbeitsgemeinschaft, die zunächst ein Organ des Wiederaufbaus der Wirtschaft sein soll, auch die Vorstufe für die Sozialisierung darstellen, weil die maßgebenden Produktionsfaktoren es wollen. Wenn einmal die Volkswirtschaft mit öffentlichen Mitteln durch das Zusammenwirken des ganzen Volkes aufgebaut werden soll, dann ist gar nicht daran Anstoß zu nehmen, daß dieser Wiederaufbau nicht im Sinne des Wiederaufbaus der alten Privatwirtschaft erfolgt, sondern daß aus diesem Wiederaufbau etwas Neues, Zeitgemäßes sich entwickelt und herauskommen soll und das ist die Wirtschaft, die auf die Gemeinwirtschaft zusteuert.

Mit allem diesen bin ich mit Professor Lederer einverstanden.

Ich kenne Herrn Dr. Vogelstein ebenfalls. Er ist immer ein kritischer Kopf gewesen. Er ist mehr Anhänger der freien Konkurrenz. Er hat auch in der Sozialisierungskommission es an kritischem Salz nicht fehlen lassen, aber trotzdem war er uns ein guter und schätzbarer Mitarbeiter in der Sozialisierungskommission. Er war keineswegs der Geist, der stets verneint, sondern er hat uns wertvolle Dienste geleistet nicht nur in der Kritik, sondern auch in der praktischen Förderung, und wie er mit Dr. Braun in Weimar zusammengekommen ist, so hat er auch ihm sein Leid geklagt über die Behandlung des Reichswirtschaftsamtes. So geht daraus hervor, daß er nicht nur ein Anhänger des alten, des freien Wirtschaftsprinzips ist, sondern doch in einem Winkel seines Herzens

eine Vorliebe für die Sozialisierung gehabt hat und daß er bedauert, in der Sozialisierungskommission nicht weiter mitarbeiten zu können.

Zum Schluß noch ein Wort an den Verein! Es ist sowohl in den Referaten als auch in der Diskussion auf das Taylorsystem, auf die Notwendigkeit der Steigerung der Produktivität hingewiesen worden. Sie wissen, daß das Taylorsystem einer der umstrittensten Punkte ist und daß es seitens der deutschen Arbeiterschaft mit großem Mißtrauen betrachtet wird. Es fehlt an der Untersuchung der Wirkungen dieses Taylorsystems. In Amerika besteht eine wissenschaftliche Kommission, die derartige Untersuchungen durchgeführt hat. In Deutschland wird es zweckmäßig sein, wenn der Verein sich einmal an die Untersuchung der wissenschaftlichen Betriebsführung heranmacht und die Ergebnisse der Untersuchung veröffentlichen würde. Die deutschen Gewerkschaften würden jede Mitarbeit gern leisten.

Wenn wir davon überzeugt sind, daß die Sozialisierung im wesentlichen von der Steigerung der Produktivität abhängt, daß der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, die Wiedergesundung, die Eroberung der alten Stellung davon abhängt, dann müssen wir uns darüber klar werden, auf welchem Wege diese Steigerung erfolgen kann. Da könnte der Verein eine wissenschaftliche und sozialpolitische Arbeit leisten, wenn er die Aufhellung dieses Problems, die Untersuchung der Wirkungen der wissenschaftlichen Betriebsführung im sozialen wissenschaftlichen Sinne in die Hand nehmen würde. Der Dank der Arbeiterschaft würde ihm sicher sein. (Lebhafter Beifall.)

Professor Dr. Alfred Amonn (Wien): In den ausgezeichneten Referaten, die heute vormittag hier erstattet wurden, ist das Problem der Sozialisierung hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Möglichkeit, der Formen und der Zweckmäßigkeit der Sozialisierung unter Berücksichtigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage behandelt worden.

Das Problem der Sozialisierung ist aber ein so ausgedehntes und umfangreiches, daß es gewiß viele von uns, die sich heute zum Wort gemeldet haben, bedauern werden, daß sie auf eine so kurze Zeit von zehn Minuten beschränkt worden sind, eine Zeit, die schwer hinreicht, um mit einiger Klarheit und irgendwelcher Gründlichkeit jene Gedanken zum Ausdruck zu bringen, denen wir Ausdruck verleihen möchten.

Ich möchte die Anregung fallen lassen, ob es nicht möglich wäre bei künftigen Tagungen, wenn derartig wichtige und große Probleme auf

die Tagesordnung geſetzt werden, daß ſich dieſe auf ein einziges Problem beſchränken würde, um dieſes dann um ſo ausführlicher und gründlicher behandeln zu können. Die Arbeiten des Vereins würden an Wert und Bedeutung und Wirkung dabei gewiß nur gewinnen. Selbſtverſtändlich iſt es möglich, daß andere Gründe dagegen ſprechen.

Ich möchte hier nur auf einige Spezialprobleme aufmerkſam machen, die mit der Sozialifierung zuſammenhängen und beſonders wichtig ſind. Ich brauche ſie Ihnen nur vor Augen zu ſetzen, und Sie werden ſofort die große Bedeutung dieſer Probleme, die Schwierigkeit ihrer Löſung und die Zeit, die eine ſolche in Anſpruch nehmen wird, erfaffen können.

Da iſt zunächſt der Begriff der Sozialifierung, der ſchwer feſtzuſtellen iſt. Profeſſor Lederer iſt von einem Begriff der Sozialifierung ausgegangen, der jener iſt, aus deſſen Geiſt das Wort „Sozialifierung“ geboren wurde, nämlich die Überführung der gegenwärtigen oder biſherigen wirtſchaftlichen Organifation, in die als ſozialiſtiſch bezeichnete Organifationsform. Nun erhebt ſich die Frage: was iſt das für eine Organifationsform? Zunächſt handelt es ſich einfach um Schlagworte, Schlagworte wie: Überführung der Produktionsmittel aus den Händen der Privaten in die Hände der Geſellſchaft, Produktion für und durch die Geſellſchaft einerſeits, andererſeits Verteilung des Ertrages nach Gerechtigkeitsprinzipien. Dieſe Worte reichten ſo lange aus, als man noch nicht genötigt war, darüber nachzudenken und die Praxis darnach zu geſtalten. In dem Moment, wo man dieſes aber verſucht, ſieht man, daß ſich große Schwierigkeiten ergeben. Wer iſt die „Geſellſchaft“ beziehungsweise welches ſind die „Hände“ der Geſellſchaft, in welche die Produktionsmittel gelegt werden ſollen? Jetzt muß feſtgeſtellt werden, wer können dieſe Hände ſein und welche können es ſein, die erlauben, daß die Produktionsmittel ſo benützt werden, wie ſie im Sinne des Sozialismus benützt werden ſollen. Es iſt dieſes ein völlig ungelöstes Problem, ein Problem aber, deſſen Löſung die Vorausſetzung für die Löſung der Sozialifierungsfrage überhaupt iſt. Es muß gelingen, ſie zu finden; es iſt ein Problem und eine Frage, die geſtellt und gelöst werden muß, damit die Produktion durch die Geſellſchaft für die Geſellſchaft überhaupt erfolgen kann. Es handelt ſich dabei um eine Verwaltungsfrage in der ſozialiſtiſchen Organifation, alſo jedenfalls um ein Problem, deſſen Löſung erſt in den Anfängen ſteckt.

Und dann kommt ein zweites hinzu. Sozialifierung heißt zugleich: die Verteilung des Ertrages nach gewiſſen Gerechtigkeitsprinzipien. Hier ſtehen wir vor einem ungeklärten Widerſpruch in

der sozialistischen Literatur. Es gibt zwei Gerechtigkeitsprinzipien, auf die sich die verschiedenen Schriftsteller berufen, einmal das Prinzip der Gleichheit der Bedürfnisbefriedigung beziehungsweise der Zuteilung der Güter nach den Bedürfnissen des einzelnen, und zweitens das Prinzip der Zuteilung des Ertrages nach der Arbeitsleistung, das heißt Zuteilung des vollen Arbeitsertrages. Hier muß zunächst, wenn von praktischer Sozialisierung die Rede ist, festgestellt werden, nach welchem Prinzip man den Ertrag verteilt wissen will, und in welchen Formen sich diese Verteilung abspielen kann und soll und muß, damit das Ziel erreicht wird. Das ist ein schwieriges und wenig bearbeitetes, ebenfalls ein noch ganz ungelöstes Problem, dessen gründliche Behandlung und Lösung von außerordentlicher Wichtigkeit für die praktische Sozialisierung wäre.

Damit ist noch ein allgemeineres Problem verbunden, das Problem des Verhältnisses des praktischen Sozialismus, was Sozialisierung heißt, zum theoretischen oder „wissenschaftlichen“ Sozialismus. Der „wissenschaftliche“ Sozialismus ist eigentlich ein evolutionistischer, das heißt ein Sozialismus, der als sich, aus bestehenden Zuständen heraus, von selbst entwickelnd und entstehend gedacht wird. Der praktische Sozialismus ist das Streben, durch bestimmte Mittel eine sozialistische Ordnung herbeizuführen. Es wäre zu untersuchen: wie vereinigt sich dieser praktische Sozialismus mit dem „wissenschaftlichen“, wie, unter welchen Voraussetzungen kann hier eine Vereinigung dieser beiden Auffassungen über Sozialismus möglich sein. Davon hängen schließlich auch der Erfolg und die Aussichten der Sozialisierung in großem Maße ab, daß, was man erstrebt, tatsächlich mit dem übereinstimmt, was sich in der Entwicklung selbst vorbereitet und dessen Ziel in der Entwicklung selbst bereits in nahe Aussicht gestellt ist.

Damit will ich nur andeuten, welche Probleme in der Sozialisierungsfrage noch in Betracht kommen, wie wichtig und schwierig diese Probleme sind, und wie alle jene, die sich weiterhin mit der Sozialisierungsfrage befassen, ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf diese Probleme richten sollten. (Beifall).

Vorsitzender: Es ist der Antrag gestellt worden, die Rednerliste zu schließen. Es stehen noch sieben Herren auf der Rednerliste und dann müssen wir noch die beiden Herren Referenten hören.

Widerspruch erhebt sich nicht, ich schließe also die Rednerliste.

Ich erteile jetzt Herrn Dr. Stolper das Wort.

Dr. Gustav Stolper (Wien): Selten habe ich eine Diskussion mitgemacht, in der die Referenten sich so glücklich gegenseitig ergänzt haben wie heute vormittag. Professor Lederer hat nur die geistigen Probleme in die Diskussion geworfen, die etwa zwischen der U. S. P. und K. P. D. strittig sind, und er hat die grundsätzliche Diskussion auf diesem Gebiete vertieft. Was rechts davon liegt, scheidet für ihn aus der Betrachtung aus. Auf der andern Seite hat Dr. Vogelstein all das, was wir in diesen Monaten erleben, mit der Skepsis des Praktikers betrachtet, der gleichwohl fühlt, daß nicht alles beim alten bleiben könne. Der gläubige Idealismus auf der einen und der skeptische Idealismus auf der andern Seite bilden eine glückliche Ergänzung. Aber trotzdem habe ich den Eindruck gehabt, daß nicht auf ein gemeinsames Ziel losgesteuert wurde und daß sich auch die Debatte nicht konzentrieren konnte. Das weist darauf hin, daß die einzelnen Redner über verschiedene Dinge sprachen. Das ist etwas, was man immer wieder mitmachen kann. Wir reden immer von Sozialismus und Sozialisierung, aber eine Begriffsklärung ist noch nicht erfolgt. Die Grundfrage, die zur Untersuchung steht, wäre wohl: Wollen die Massen, die sich heute sozialistisch nennen, sozialistisch organisiert sind und sozialistisch wählen, wollen die wirklich den Sozialismus? Und wenn Herr Prof. Lederer bemerkt hat, daß man in Deutschland allzu vorsichtig an die Dinge herangehe, so ist das als Vorwurf gemeint, aber es ist doch nur der Ausdruck des instinktiven Empfindens, daß all die Dinge erst problematisch geworden sind, als sie plötzlich zur Verwirklichung reif geworden zu sein schienen. Gerade der Verein für Sozialpolitik hätte in dieser Generalversammlung seine Auflösung beschließen oder zum mindesten eine gründliche Umformung vornehmen müssen. Der Verein für Sozialpolitik, der der Lehre des Staatssozialismus seine Entstehung zu danken hat, ist eigentlich in dem Augenblick obsolet geworden, da die Forderung des Staatssozialismus durch die sozialistische Führung des Staates obsolet geworden ist. Heute steht das sozialistische Prinzip unter neuen Bedingungen wieder zur Diskussion, und ich kann nicht gerade sagen, daß eine revolutionäre Zeit geeignet wäre, irgendwelche Schlüsse nach der positiven oder negativen Seite zu ziehen. Darum glaube ich, ist es notwendig, vor allem ein bißchen Massenpsychologie zu treiben. Wir haben es erlebt, daß ungeheure Scharen von Arbeitern, Männer und Frauen, der Sozialdemokratie zugeströmt sind. Es waren Menschen, die keine Ahnung haben, was Sozialdemokratie ist. Die einen wollten eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Sie erwarteten sie von einer Wirtschaftsordnung, die nicht die bisherige war. Die andern



wollten höhere Brotarten, gut zu essen, höhere Löhne, aber die Wirtschaftsverfassung war ihnen gleichgültig. Dann kamen die Idealisten, die ethischen Sozialisten. Die gibt es in den breiten Massen wenig. Der ethische Sozialismus ist eine Angelegenheit der Intellektuellen, die in Deutschland relativ zahlreich sein mögen, die aber für das Massenempfinden nur geringes Verständnis haben. Gerade diese Intellektuellen sind es, die oft von dem Primitivsten der Wirtschaft keine Ahnung haben. Namen möchte ich nicht nennen, aber meine Wiener Freunde werden es mir bestätigen, daß wenigstens bei uns selbst einzelne hervorragende Führer der Sozialdemokratie in wirtschaftlichen Dingen Analphabeten sind.

Daneben haben wir noch eine letzte Gruppe. Das sind die, bei denen man eine Art chiliastische Sehnsucht wahrnimmt. Die Leute glauben, daß hinter dem tiefsten Elend die ewige Weltbeglückung winkt.

Alle diese Bestrebungen lassen sich nicht auf eine und dieselbe Methode behandeln. Man kann nicht sagen, daß man gleichzeitig diese und jene durch die Sozialisierung befriedigen kann. Der ethische Sozialist erklärt die Produktionseinschränkung für gleichgültig. Er verzichtet auf materielle Güter, wenn nur die ewige Gerechtigkeit hergestellt wird. Dazu ist zu bemerken, daß nach meiner Meinung eine Ethisierung der Massen in diesem Sinne unmöglich ist. Denn der Begriff ist schon eine *contradictio in adjecto*. Ver sittlichung ist immer eine höchst persönliche Angelegenheit, Ethisierung der Massen wieder ein rein intellektuelles, dem Massenbewußtsein fremdes Postulat. Ich halte nicht einmal eine Ethisierung der Intellektuellen als Gesamtheit für möglich. (Zuruf: Sehr richtig!)

Wir können nichts tun, als die Masseninstinkte durch allgemeine Ideen zähmen, das heißt sozial regeln. Ob das durch die Sozialisierung oder auf andere Weise geschieht, ist eine Frage, die zu erwägen sein wird.

Das andere Problem, wie man die Lebenshaltung der Massen hebt, ist eine Frage, die eine gefonderte Behandlung erfordert, die aber nicht prinzipiell mit dem Sozialismus zusammenhängt. Ich muß Prof. Lederer widersprechen, wenn er der Meinung ist, daß es objektive Kriterien dafür gibt, wo man die Sozialisierung zu beginnen hat. Ich glaube, daß eine planmäßige Sozialisierung und eine partielle Sozialisierung essentiell ganz verschiedene Dinge sind.

Eine planmäßige Sozialisierung ist die, die auf einen bestimmten Wirtschaftszustand hinstrebt. Eine partielle muß nicht von einer Idee eines künftigen Wirtschaftsplanes und einer künftigen Wirtschaftsverfassung, sondern sie wird vom augenblicklichen Bedürfnis ausgehen. Wir haben uns zu fragen, wollen die Massen Essen, Wohnung oder Stiefel und

Kleider, und wenn ich der Wohnung und Kleidung bedarf, iſt es dann beſſer, ſie auf dem Weg der Privatwiſchaft zu beſchaffen oder unter den gegenwärtigen Verhältniſſen durch kommunale Inſtitutionen. Das ſcheint mir keine prinzipielle Frage, ſondern eine Frage der praktiſchen Politik zu ſein.

Dann noch eine Kernfrage, die Frage nämlich, ob eine Wiſchaftsverfaſſung überhaupt gemacht werden kann. Es ſcheint mir, — wie auch unter den Marxisten denen, die evolutionär denken, — was gemacht werden kann, iſt eine Rechtsverfaſſung, aber nie eine Wiſchaftsverfaſſung. Für gegebene Wiſchaftsformen können wir einen juridiſchen Ausdruck finden. Man kann einen Zuſtand, der bereits da iſt, rechtlich legitimieren. Oder man kann rechtliche Feſſeln beſeitigen, die eine vorhandene Entwicklungstendenz an ihrer Auswirkung hindern. Niemals in der Geſchichte iſt eine Wiſchaftsverfaſſung gemacht worden. Es gibt keine wiſchaftliche Revolution, wie es politiſche Revolutionen gibt. Dazu kommt, daß jede Wiſchaftsverfaſſung jederzeit Elemente verſchiedenſter geſchichtlicher Entwicklungsſtufen in ſich enthält. Ich glaube nicht, daß, ſelbſt wenn wir alle den Sozialismus wollten, ſich eine ſozialiſtiſche Wiſchaft mit einem Schlage herausbilden ließe. Ich meine, daß ſich immer eine Wiſchaftsverfaſſung aus den Rudimenten einer vergangenen Epoche, Elementen der gegenwärtig herrſchenden Verfaſſung und den embryonalen Anſätzen einer kommenden Wiſchaftsverfaſſung zuſammenſetzt. Das Ziel, zu dem wir ſtreben, willkürlich zu beſtimmen, ſind wir nicht imſtande. Es werden gewiß die Beſtrebungen der Parteien, die Entwicklung der Wiſchaft dahin oder dorthin zu lenken, vorhanden ſein, von Beſchlüſſen eines Parteikongreſſes oder von Geſezentwürfen wird die Entwicklung aber unabhängig ſein. Man kann verſuchen, eine Wiſchaftsordnung zu machen. Der Verſuch wird unbedingt ſcheitern, weil ſchließlich doch nur die Rechtsform beſchloſſen ſein wird, der der wiſchaftliche Inhalt fehlt.

Es iſt heute ſo unendlich ſchwer, über all dieſe Dinge vor den breiten Maſſen zu ſprechen, weil den breiten Maſſen und nicht nur dieſen, ſondern oft auch ihren Führern, die fundamentalen wiſchaftlichen Kenntniſſe fehlen. Denken Sie nur daran, was ſich der einfache Mann unter Geld vorſtellt. Ich meine, eine der wichtigſten und dringendſten politiſchen Aufgaben iſt das Problem der Studienreform, welches auf unſere Tagesordnung hätte geſtellt werden ſollen. Ich möchte die Behandlung dieſes Problems nicht auf die Hochſchulen und die Verwaltungsbeamten beſchränkt ſehen, ſondern man ſollte darüber nachdenken, ob es nicht an der Zeit wäre, in der Volks- und Mittelschule den Kindern die primi-

tivsten wirtschaftlichen Begriffe beizubringen. Warum soll es nicht möglich sein, den Kindern, denen man von der Agrarreform im alten Rom spricht und die man die schwierigsten religiösen Begriffe lehrt, denen man sogar in den oberen Klassen des Gymnasiums „philosophische Propädeutik“ angebeihen läßt, warum soll es nicht möglich sein, dieser Jugend wenigstens soviel wirtschaftliche Kenntnisse beizubringen, daß sie nicht dem ersten Schwindler anheimfallen, der ihnen die Möglichkeit verheißt: Wenn du mir folgst, bist du morgen im Paradies. Das ist eine Sache, die in zehn Jahren Früchte tragen kann, und das ist der Zeitraum, den wir brauchen werden, um uns aus der furchtbaren Psychose herauszuretten, in der wir jetzt leben. Was bis dahin geschieht, wird unter allen Umständen viel weniger von theoretischen Erwägungen als von praktischen Bedürfnissen des Augenblicks bestimmt sein. (Lebhafter Beifall.)

Architekt Heinrich Kaufmann: Meine Damen und Herren! Ich habe zunächst dem Verein für Sozialpolitik namens des Bundes der technischen Angestellten und Beamten den Dank für die freundliche Einladung zur heutigen Tagung auszusprechen. Der Bund — entstanden durch die Verschmelzung des Deutschen Techniker-Verbandes und des Bundes der technisch-industriellen Beamten, der beiden alten, großen Technikerorganisationen, zählt heute mehr als 100 000 Mitglieder — hat gern der Einladung Folge geleistet, denn auch die technischen Angestellten haben ein außerordentlich lebhaftes Interesse an der Frage der Sozialisierung zu bekunden. Ich kann mich hinsichtlich der Beurteilung dieser Frage durchaus einverstanden erklären mit dem, was vor mir Herr Umbreit als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften hier ausführte, weil auch wir in der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung uns in sozialen Dingen solidarisch mit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zusammenfinden. Darüber hinaus habe ich noch einiges andere zu bemerken.

Auch mir geht es wie Herrn Dr. Potthoff, der hierher gekommen ist, um zu lernen, in der Hoffnung, neue Anregungen für seine praktische Sozialisierungsarbeit zu erhalten. Auch ich glaubte, daß hier ein Weg gewiesen würde, der herausführt aus dem Labyrinth der Meinungen und Gedanken, die heute überall über die Frage der Sozialisierung vertreten werden; denn wir haben hier eine Reihe von Männern, die als führende Köpfe in der deutschen Sozialpolitik angesprochen werden müssen, Professoren und Gelehrte, und wenn diese nicht den Weg finden, der zur praktischen

Sozialisierung führt, dann darf man sich nicht darüber wundern, wenn in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten, die ja nur die eine Sehnsucht kennen, so rasch als möglich aus der Zwangsjacke, in die das Kapital den Arbeitnehmer heute noch eingeschnürt erhält, herauszukommen, die wunderlichsten Meinungen und phantastischsten Anschauungen über die Sozialisierung zum Ausdruck gebracht werden.

Verschiedene der Herren Vorredner haben von der Stimmung der Arbeitermassen gesprochen, die bei der Sozialisierung nicht unberücksichtigt bleiben dürfe. Ich darf hier wohl über die Stimmung der Angestellten sagen, daß auch sie der Frage der Sozialisierung mit nicht weniger lebendigem Interesse entgegensehen. Gerade die Angestelltenschaft in Handel und Industrie, wie auch im Baugewerbe, hatte während des Krieges noch schwerer zu leiden wie die Arbeiterschaft, die sich mit Hilfe starker Organisationen mehr zur Geltung bringen konnte. Die Angestellten lebten vor dem Kriege unter einem sehr schlechten Recht. Ihre Vertrags- und Arbeitsbedingungen waren sehr ungünstig und während des Krieges konnten sie sich noch weniger frei bewegen. Immer hing das Damoklesschwert der Einberufung über den Köpfen der einzelnen Angestellten. Damit wurden alle Bestrebungen, ihre wirtschaftliche Lage den veränderten Lebensverhältnissen anzupassen, niedergehalten. Es ist daher erklärlich, daß sich jetzt überall eine Radikalisierung in der Angestelltenbewegung zeigt, die vom Standpunkt des reinen Gewerkschaftlers aus gesprochen, als erfreulich bezeichnet werden muß. Immer weitere und größere Kreise der Angestelltenschaft, namentlich die Techniker, erkennen den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, und sie stimmen mit uns überein, wenn wir diesen Gegensatz als unüberbrückbar bezeichnen. Und wenn auch heute noch gewisse Gruppen der Angestelltenschaft in völliger Verkennung ihrer wahren Interessen diesen unüberbrückbaren Gegensatz leugnen und nur gelegentlich die Auswüchse des Kapitalismus zu beschneiden versuchen, ohne der Wurzel selbst nachzugehen, so muß doch gesagt werden, daß der Radikalismus in den Kreisen der Angestellten reißende Fortschritte macht. Das eine steht fest: die große Mehrheit der Angestellten, gleichviel welcher Richtung, will nicht wieder freiwillig unter das Joch des Kapitalismus sich beugen, und wenn Herr Dr. Wilbrandt darauf hingewiesen hat, daß die Industriearbeiter nicht aufs Land gehen wollen, weil sie sich dort noch stärker ins Joch des Agrar-Kapitalismus gespannt fühlten, so gilt das in ähnlicher Weise auch für die Angestellten der Industrie und des Handels, die man heute noch wie vor dem Kriege durch Dienstverträge gebunden erhält, denen man auch heute noch durch Konkurrenzklausein verbietet, ihre Arbeits-

kraft zu verwerten, wo es für sie am günstigsten ist. So hat sich also auch unter den Angestellten eine Stimmung herausgebildet, die nicht übersehen werden darf und die nach Laten drängt. Die Angestellten verlangen in ihrer übergroßen Mehrheit, daß nicht bloß die Auswüchse des Kapitalismus beschränkt, daß nicht nur da und dort soziale Verbesserungen eingeführt werden, sondern sie wollen heute mehr haben. Sie wollen mitarbeiten an dem Aufbau des neuen Deutschland, sie wollen mitverantwortliche Träger der Produktion werden, sie fordern die Gleichberechtigung mit den Arbeitgebern innerhalb des Produktionsprozesses.

Die Revolution hat die Angestellten und Arbeiter zu gleichwertigen Staatsbürgern gemacht, die nicht mehr minderen Rechtes sind wie früher. Sie sind politisch frei geworden und gleichgestellt mit den Arbeitgebern; aber wirtschaftlich sollen sie nach wie vor gebunden bleiben. Das ist ein Zustand, der nicht ertragen werden kann. Wir müssen dahin kommen, daß, wie es mit dem Gesetz über die Betriebsräte zunächst angestrebt wird, zur politischen auch die wirtschaftliche Demokratie hinzutritt. Ich bin mir klar darüber, daß in Deutschland nicht eher Ruhe wird, als bis die politische Freiheit der Staatsbürger ergänzt wird durch die wirtschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung aller Schaffenden. Es nützt gar nichts mehr, wenn die Organisationsvertreter — und wir tun das immer in allen Versammlungen — darauf hinweisen: Laßt die Streiks sein, arbeitet, damit die Volkswirtschaft wieder in Gang gebracht und weiter aufgebaut werden kann! Die Angestellten und Arbeiter wollen nicht mehr zurückkehren unter das alte kapitalistische System, und sie befürchten, daß sie dennoch wieder darunter gezwungen werden. Sie glauben, jetzt sei die Zeit gekommen, ihre große Sehnsucht nach Befreiung aus dem wirtschaftlichen Druck zu erfüllen.

Wir müssen also in erster Linie die Menschen gewinnen, wenn wir heute wieder zu geordneten Verhältnissen in unserer Volkswirtschaft zurückkommen wollen. Es langt nicht aus, überall ein Grammophon aufzustellen, das ständig ruft: „Arbeitet, arbeitet!“ Wenn nicht die Arbeitsfreude in den Arbeitenden selbst geweckt wird, und die kann nur geweckt werden, wenn sie mitverantwortlich hineingestellt werden in die Produktion.

Nun — die Redezeit ist fast abgelaufen — noch kurz mit einigen Worten zu dem Gesetz über die Betriebsräte. Herr Umbreit hat schon darauf hingewiesen, daß ihm manches in dem Gesetz nicht weit genug geht. Auch uns technischen Angestellten, die wir mit unserem Bund in der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände — es ist dies die größte Zusammenfassung der Angestelltenorganisationen mit über 600 000

Mitgliedern — an führender Stelle arbeiten, ſtehen auf dem Standpunkt, daß das Geſetz im ganzen nicht weit genug geht, daß es nichts anderes iſt, als eine ſchwach verbesserte Auflage der Angeſtellten- und Arbeiter- ausſchüſſe, die mit der Verordnung vom 23. Dezember geſchaffen wurden und die in Wirklichkeit und in der Praxis nichts anderes ſind, als jene weiße Salbe, die vor zehn Jahren ſchon die Scharfmacher im Bergbau als geeignetes Mittel gegen die Unzufriedenheit der Maſſen empfohlen haben. Wir verlangen, daß die Betriebsräte nicht nur eine dekorative Einrichtung werden, ſondern daß ſie das Recht der Kontrolle der Betriebsleitung erhalten, wir fordern die konſequente Durchführung des Direktionsprinzips, wenn wir damit leider auch im Gegenſatz zu Dr. Vogelſtein kommen, der dieſes Prinzip als ganz ungesund bezeichnet. Es wäre ungesund, dieſes Prinzip, wenn es nur ſo werden würde, wie Herr Dr. Vogelſtein fürchtet, nämlich, daß nur die größten Schreier in die Betriebsräte hineingewählt würden. Ich darf für die deutſchen Ingenieure und Techniker in Anſpruch nehmen, daß, wenn die Betriebsräte nach den Vorſchlägen der Arbeitsgemeinſchaft freier Angeſtelltenverbände ausgeſtaltet würden, ſie das Recht, durch ihre Vertreter mitzureden und mitzuentſcheiden, zum Segen der deutſchen Wiſtſchaft ausüben werden. Die fähigſten Köpfe ſtehen in der Induſtrie durchaus nicht immer an der Spitze, und was die Betriebe hochgebracht hat, iſt nicht excluſiv die Intelligenz einzelner führenden Köpfe, ſondern das Reſultat der Geſamtarbeit der Maſſe, der namenloſen Techniker und Ingenieure.

Ich muß meine Ausführungen ſchließen und möchte nur noch an ein Bismarckiſches Wort erinnern, der bei der Einführung des Reichstagswahlrechtes ſagte: „Setzen Sie das deutſche Volk in den Sattel, reiten wird es ſchon können.“ Helfen Sie alſo mit, Betriebsräte zu ſchaffen, die auch wirklich etwas bedeuten und den notwendigen Einfluß der Angeſtellten und Arbeiter auf die Produktion und die Leitung der Betriebe ſicherſtellen. Damit nur werden wir zum Aufbau und zur Weiterentwicklung unſerer zerbrochenen Volkswiſtſchaft kommen. Wir müſſen den Arbeitern und Angeſtellten Vertrauen entgegenbringen, ſie in den Sattel ſetzen, reiten werden ſie dann ſchon können.

Prof. Fu ch s (Tübingen): Ich habe mich nicht zum Wort gemeldet, um dem agrarpolitischen Programm meines Spezialkollegen Professor Wilbrandt entgegenzutreten, das kann nur von einem landwirtschaflichen Techniker geſchehen. Nur eine nichttechniſche Bemerkung möchte ich dazu machen: ſeine Auffaſſung ſcheint mir an dem Grundfehler zu leiden, daß ſie eine rein



wirtschaftliche Betrachtung darstellt und Imponderabilien unberücksichtigt läßt, wie die Wertschätzung der eigenen Scholle — der großen ebenso wie der kleinen — durch den Besitzer, die von so großer Bedeutung für unsere ganze nationale Kultur ist!

Ich wollte vielmehr vor allem darauf hinweisen, daß in der ganzen Diskussion wie in den Referaten, abgesehen von den Ausführungen des Herrn Kollegen Amonn und einer flüchtigen Bemerkung in dem einen Referat, heute immer „Sozialisierung“ und „Sozialismus“ mehr oder weniger gleichgestellt worden sind, und da glaube ich, daß die Frage aufgeworfen werden sollte, ob das wirklich zutrifft.

Fassen wir zu diesem Zwecke die verschiedenen Formen der Sozialisierung, die vorgeschlagen worden sind, in einem Überblick zusammen, so lassen sie sich in drei Gruppen einteilen: 1. die Betriebssozialisierung, 2. die Besitzsozialisierung und 3. die Einkommenssozialisierung, die durch Maßregeln der Besteuerung erreicht werden kann, wie einer der Herren Voredner so interessant dargestellt hat. Ich möchte die letztere außer Betracht lassen. Es kommen als Formen der „Betriebssozialisierung“ in Betracht: einmal die „Betriebsräte“ und weiter die sogenannten „Selbstverwaltungskörper“, wie sie in einzelnen Zweigen unserer Industrie in der Bildung begriffen sind, zum Beispiel in der Papierindustrie, die dabei für sich in Anspruch nimmt, daß sie nicht erst durch die Denkschrift von Wiffel dazu veranlaßt worden sei, sondern sich rühmt, daß sie mit ihren Gedanken Wiffel beeinflusst habe. Es handelt sich hier um die Schaffung einer Stelle, welche, ohne eine Besitzsozialisierung vorzunehmen, die Regelung der Produktion eines ganzen Industriezweiges nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten vornimmt. Als Formen der „Besitzsozialisierung“ aber sind in Frage gekommen und haben zur Diskussion gestanden: Verstaatlichung, Kommunalisierung, Vergenossenschaftung, Besitzsozialisierung durch die Arbeiter des betreffenden Betriebes (Produktiven Genossenschaften) und wiederum „Selbstverwaltungskörper“, in denen der Besitz sozialisiert ist, das heißt alle bisherigen Betriebe, öffentliche ebenso wie private, von der neuen Organisation enteignet sind, wie dies von der Mehrheit der Sozialisierungskommission für den Bergbau vorgeschlagen war.

Ich frage nun, welche von diesen vorgeschlagenen Formen ist wirklicher Sozialismus? Ist überhaupt eine von ihnen wirklicher Sozialismus im Sinne von Marx oder im Sinne des Erfurter Programms?

Ich komme da zu dem Schluß, daß keine von diesen Formen es ist, auch die Produktiven Genossenschaft nicht, obwohl bei ihr der Gegensatz



zwischen Kapital und Arbeit aufgehoben ist. Auch die Form der Selbstverwaltungskörper mit Besitzsozialisierung ist nicht Sozialismus. Denn dabei sollen ja die bisherigen Besitzer durch irgendwelche verzinsliche Effekten entschädigt werden: es würde ihnen also eine Rente garantiert werden, die sie als Entschädigung für den bisherigen Besitz bekommen, und damit wäre meines Erachtens das Privatkapital Privateigentum an den Produktionsmitteln, auch in diesem Falle aufrechterhalten. Also auch die „Durchsozialisierung“ oder „Vollsozialisierung“ einzelner Industriezweige ist kein echter Sozialismus.

Ich habe diese Ausführung nur gemacht, um dem wissenschaftlichen Grundcharakter unseres Vereins seinen Zoll darzubringen. Denn in meinen Augen ist es ganz gleichgültig, ob diese Formen der Sozialisierung wirklicher Sozialismus sind oder nicht, ich meine, daß diese Frage eine reine Doktorfrage ist, darauf kommt es nicht an! Wären sie Sozialismus, echter Sozialismus, und wären sie die einzige Möglichkeit für uns, emporzukommen aus der gegenwärtigen Not unseres Volkes, dann müßten wir sie trotzdem durchführen. Das ist ein Standpunkt, den ich nicht erst heute einnehme, sondern den ich schon auf der Wiener Generalversammlung des Vereins in meinem Referat über die Gemeindebetriebe, den „Municipalsozialismus“, vertreten habe. Es kommt für uns heute, für die Fragen der Realpolitik, nur darauf an, welche Wirtschaftsform und Unternehmungsform ist imstande, uns aus der Not emporzureißen, und ist dazu vor allem imstande, die Arbeitslust wieder zu erwecken, dafür zu sorgen, daß wieder gearbeitet wird. Es kommt also, allerdings, wie sehr richtig angeführt wurde, in erster Linie darauf an, wie sich die verschiedenen Formen der Sozialisierung zur Produktivität verhalten, ob durch die verschiedenen Formen eine Steigerung der Produktivität ermöglicht wird oder eine Verschlechterung der Produktivität verhindert wird.

Aber ich kann mit Herrn Dr. Vogelstein nicht übereinstimmen, wenn er heute morgen gesagt hat, auf die psychologische Seite der Sache können wir keine Rücksicht nehmen, das sei ein Luxus, den wir uns auf Jahre hinaus nicht gestatten können. Das ist ein nicht unbedenkliches Wort. Ich glaube, diesen Stein statt des erwarteten Brotes darf die heutige Generalversammlung dem deutschen Arbeiter nicht geben! Und wenn wir die Frage der Produktivität überhaupt richtig auffassen, dann kommen wir mit Notwendigkeit dazu, dann können wir gar nicht davon absehen, die psychologische Seite der Sache zu berücksichtigen. Denn der Arbeiter muß arbeiten wollen, und auch selbst, wenn er weniger arbeitet als früher, so daß vielleicht die Produktivität leidet gegen früher, ist das doch

für den Augenblick immer noch mehr und wichtiger, als wenn er überhaupt nicht arbeiten will. Und da ist nun die Frage — eine quaestio facti —: es muß untersucht werden, welche Form in einzelnen Fälle, in der einzelnen Industrie, im Betrieb eingeführt werden muß, nämlich diejenige, welche uns heute am schnellsten eine erfolgreiche Arbeit der Arbeiter sichert. Und dann ist zu untersuchen: ist damit vereinbar eine Steigerung der Produktion oder die Verhinderung eines Sinkens der Produktion oder wird letzteres die Folge sein? Und es gilt dann abzuwägen, welches Opfer das größere ist, und ob man mit einem kleinen Opfer an Produktivität den Willen zur Arbeit bei den deutschen Arbeitern wieder zu erzeugen imstande ist.

Ich möchte sagen: soweit die Sozialisierung in irgendeiner dieser Formen — und es ist jedenfalls die Betriebssozialisierung (entsprechend gestaltete Betriebsräte und freie Selbstverwaltungskörper ohne Besitzsozialisierung), welche in erster Linie in Frage kommt — soweit, sage ich, die Sozialisierung dazu notwendig ist, daß wir den deutschen Arbeiter und das deutsche Volk überhaupt wieder arbeitslustig machen, und soweit sie dabei zu keiner zu großen Minderung der bisherigen Produktivität führt, soweit muß sie kommen — mögen wir als Theoretiker darüber denken wie wir wollen! (Lebhafter Beifall.)

Dr. Michael Gajniš (Wien): Meine Damen und Herren! Das Problem der Reagrarisierung, welches Professor Wilbrandt aufgerollt hat, halte ich auch für sehr wichtig. Zudem bin ich der Meinung, daß es außerordentlich leicht zu lösen ist, gerade heute, wo die Landwirtschaft entschuldet und die Bevölkerung an Zwangsmaßnahmen gewöhnt ist. Als Mitglied der österreichischen Sozialisierungskommission habe ich dem Staatssekretär Bauer auf seinen Wunsch ein Programm übermittelt. Der Staatssekretär Bauer war so freundlich zu sagen, er gebe zu, daß ich die Sache besser verstehe als er, aber er könne dem Programm nicht zustimmen.

Was die Arbeitsunlust betrifft, so ist diese bei unseren Bauern nicht zu finden, auch nicht bei den Landarbeitern, schon gar nicht bei den Intellektuellen. Diese arbeiten sogar sehr viel. Ihnen hat nicht einmal die Kerkerstrafe, der Kriegsgefangene in Sibirien ausgesetzt waren, die Lust zum Arbeiten genommen. Nur ein Teil der Industriearbeiterschaft arbeitet nicht. Das stammt zum Teile von einer mißverständlichen Auffassung des Sozialismus, es kommt aber auch daher, daß die Industriearbeiterschaft eine neue Schicht ist, die einen eigenen Lebensstil noch nicht geschaffen hat. Es wird Aufgabe der Zukunft sein, der Erziehung dieser

Maſſen mehr Aufmerkſamkeit zuzuwenden, als biſher geſchehen iſt. Die Gewerkschaften haben zwar viel in der Richtung getan: aber das war nicht ausreichend, da die Gewerkschaftsführer jeden Einfluß verloren haben.

Die Maſſen verlangen die Sozialiſierung; das iſt richtig. Aber was verſtehen ſie unter Sozialiſierung? Meine Landarbeiter ſind alle für die Sozialiſierung. Sie ſind aus dem Grunde dafür, weil ſie glauben, ſie bekämen dadurch einen Hof mit 20 Kühen und Zubehör. Auch unſere Bauern wünſchen zum Teile die Sozialiſierung, weil ſie annehmen, ſie bekämen zu den 30 bis 40 ha Grund, die ſie beſitzen, noch ein paar Hektar dazu. Die Drucker der öſterreichiſch-ungariſchen Bank ſind um Lohnerhöhung eingekommen und haben gedroht, daß bei Nichtbewilligung ihrer Forderung die Bank ſozialiſiert würde. Die Bank iſt aber gerade der Typus eines ſozialiſierten Inſtituts. Alle Merkmale der Sozialiſierung ſind bei ihr vorhanden. Es fehlt nur der Betriebsrat, weil die Bank kein deutſch-öſterreichiſches, ſondern ein öſterreichiſch-ungariſches Unternehmen iſt. Offenbar dachten ſich die 1500 Drucker, wenn die Bank ſozialiſiert würde, ſo könnten ſie ſich in die 60 bis 70 Millionen, die täglich gedruckt werden, teilen.

Es ſcheint mir nun ein großer Fehler in der Diſkuſſion über die Sozialiſierung zu ſein, daß man eines Mannes vergeſſen hat, der das Problem des Sozialismus als Erſter richtig hingestellt hat: Fichtes Sozialismus iſt an die Vorausſetzung des geſchloſſenen Abſatzes gebunden. Wer ſozialiſieren will, muß vom Abſatz der Waren ausgehen und kann erſt an dieſen die Produktion angliedern und nicht umgekehrt.

Ich weiß nicht, wieviele von Ihnen ſchon geſchloſſen haben. Wer es getan hat, wird wiſſen, daß er, wenn er noch ſoviel Sorgfalt anwendet, das Zentrum ſelten trifft; inſolge von Viſierungsfehlern und inſolge von kleinen Bewegungen des Körpers. Je weiter das Ziel iſt, deſto größer iſt die Gefahr der Abweichung. Ähnlich verhält es ſich mit der Produktion. Sozialiſiert man die Produktion von Fertigprodukten, ſo rächen ſich Fehler in der Organiſation lange nicht ſo ſehr, als wenn die Fehler in der Organiſation der Produktionsmittel begangen würden. Eine koſtſpielige Herſtellung von Kohle, der Roheiſen kann eine Konkurrenzfähigkeit der ganzen Induſtrie in Frage ſtellen.

Wenn man ſozialiſieren will, ſo muß man bei dem Konſum anfangen. Die Konſumvereine haben nur gezeigt, wie das zu machen iſt. Sie haben zuerſt den Konſum organiſiert und erſt ſpäter mit der Produktion der Produkte begonnen. Auch die Erfolge des öſterreichiſchen Tabakmonopols ſind darauf zurückzuführen, daß die Regie den Abſatz beherrſcht.

• Ich bin skeptisch gegenüber der Behauptung, daß durch die Sozialisierung eine vermehrte Arbeitslust bei den Arbeitern eintreten würde. Stellen Sie sich einen Betrieb wie den Krupps vor. Wenn dieser Betrieb sozialisiert würde, würde sich jeder Arbeiter sagen: an den Früchten meiner Arbeit bin ich mit einem Vierzig- oder Fünzigtausendstel beteiligt, an dem Erfolge meiner Faulheit aber mit 100%.

Ich glaube, daß sich die deutsche und die österreichische Volkswirtschaft mit verhältnismäßig ganz geringen Schwierigkeiten reagrarisieren ließe, daß man aber von unserer Industrie leider nur wenig sozialisieren kann und zwar deshalb, weil sie immer mehr auf den Außenhandel angewiesen sein wird.

Deutschland hat seine Kolonien verloren und einen Teil von Gebieten, die landwirtschaftlich von Bedeutung waren. Je mehr man aber auf den Handel mit dem Auslande angewiesen ist, desto geringer ist die Möglichkeit der Sozialisierung. Man könnte allenfalls die Erzeugung von Mehl und Brot und den Verschleiß einzelner Produkte, wie der Milch sozialisieren, aber nicht sehr viel mehr.

Ich glaube also, wir dürfen uns nicht durch das Schreien der Masse irre machen lassen, denn die Mißerfolge einer verfehlten Sozialisierung hätten gerade in erster Reihe die Massen zu tragen.

Professor Dr. Franz v. Mammen, Brandstein: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Verlauf unserer Verhandlung wird Sie alle mit mir davon überzeugt haben, daß die Zeit heute nicht dazu ausgereicht haben würde, wenn wir für die einzelnen Erwerbszweige deren Sozialisierungsfähigkeiten und Sozialisierungsmöglichkeiten eingehend erörtert hätten; ich würde mich als Forstpolitiker aber einer Unterlassungssünde schuldig machen, wenn ich die vom Herrn Referenten wiederholt gestreifte Möglichkeit der Sozialisierung der Privatwaldungen ganz unwidersprochen ließe, und zwar weniger im subjektiven Interesse der Waldbesitzer als im Namen der objektiv urteilenden Wissenschaft. Soviel ich weiß, hat Geheimrat Bücher erstmalig auf jene Möglichkeit der Sozialisierung des Waldes hingewiesen, in der Hauptsache mit der Begründung, daß das Vorhandensein von Staatswaldungen die Möglichkeit der Sozialisierung der Privatwaldungen schon genügend beweise; seitdem ist dieses Problem in der entstandenen überaus reichhaltigen Literatur, die ich daraufhin ziemlich genau durchgesehen habe, wiederholt behandelt worden; der Gedanke hat darin neben Zustimmungen aber auch viele Gegnerschaft erfahren, ja ganze Denkschriften sind dagegen erschienen,

und zwar finden ſich dieſe Gegner in den Reihen der praktiſchen wie theoretischen Nationalökonomem, vor allem in den Reihen der forſtlichen Praxis und Wiſſenſchaft, die ſich naturgemäß mit dieſem Problem am eingehendſten beſchäftigt hat, ferner nicht nur naturgemäß in den Reihen der Waldbefitzer ſelbſt, ſondern auch unter den Staatsforſtbeamten, die ja an einer Sozialiſierung des Privatwaldes, die wir uns in dieſem Falle nach übereinſtimmender Meinung aller Autoren techniſch ſchlechterdings nicht anders als Verſtaatlidung vorſtellen könnten, ein perſönliches Intereſſe hätten.

Behrte Anweſende! Fürchten Sie nicht, daß ich all die Gründe, die für und wider die Verſtaatlidung der Privatwaldungen ſprechen, aufführe; ich will nicht aus dem biſher eingehaltenen Rahmen der Debatte fallen, nur ganz kurz auf zwei Punkte hinweiſen. Einmal hat Profeſſor Gulenburg in ſeinem Gutachten darauf hingewieſen, daß das Vorhandenſein von Staatsbetrieben noch kein Beweis für die Sozialiſierungsmöglichkeit des betreffenden Erwerbszweiges iſt, und dann möchte ich diejenigen Herren, die dieſer Frage vielleicht nähertreten wollen, vor einem oft gemachten Fehler warnen. Es iſt nämlich der deutſchen Privatforſtwirtſchaft wiederholt der Vorwurf gemacht worden, daß ſie weniger produktiv, weniger rentabler ſei als die Staatsforſtwirtſchaft, indem die Privatforſtwirtſchaft ſich im Durchſchnitt geringer verzinſe als die ſtaatliche. Wer ſich allerdings auf dieſe eine Durchſchnittszahl ſtützen würde, der müßte folgerichtig gerade in unſerer Zeit, in der es in erſter Linie, wie heute ſo oft mit Recht hervorgehoben wurde, auf die Produktivität ankommt, ohne weiteres auf die Sozialiſierung des Privatwaldes zukommen. Dieſes Vorgehen wäre aber ein typiſches Beiſpiel dafür, wie Statiſtik nicht gemacht werden darf; in jenem Durchſchnitt ſtecken nämlich die in Deutſchland nicht nur an Zahl, ſondern auch an Fläche bei weitem überwiegenden kleinen und kleinſten, inſonderheit bäuerlichen Forſtbetriebe, die inſolge ihrer meiſt ſchlechten Bewirtſchaftung jenen Durchſchnitt ungünstig beeinflussen müſſen. Wir müſſen vielmehr, um zu einer einwandfreieren Beurteilung der Verhältniſſe zu gelangen, nach dem Vorgang des Geheimen Regierungsrates Schwappach in Oberſwalde die Privatwaldungen nach der Betriebsgröße einteilen in große (über 5000 ha umfaſſende), mittlere (500 bis 5000 ha umfaſſende) und kleine, unter 500 ha große Waldkomplexe. Und wenn man nun dieſe Kategorien auf ihre Rentabilität unterſucht, findet man, daß gerade die großen, die an ſich das dankbarſte und entſchieden geeignetſte Objekt zur Sozialiſierung darſtellten, hiñſichtlich ihrer Produktivität im Durchſchnitt über den

Staatswäldungen stehen, zum mindesten ihnen gleichkommen, wobei bei der Vergleichung der betreffenden Zahlen noch zu berücksichtigen ist, daß in ihnen, welche den finanziellen Durchschnittsreinertrag pro Hektar angeben, bei den Privatwäldungen die heute schon recht beträchtlichen Steuern in Abzug gebracht sind und so den Ertrag drücken, während die Staatswäldungen ja bekanntlich solche Beträge nicht in Abzug zu bringen brauchen, da sie keine Staatssteuern zahlen. Immerhin steht die Verzinsung auch der privaten Großforstwirtschaft, wie hinlänglich bekannt, als Bodengewerbe beträchtlich unter dem sogenannten landesüblichen Wirtschaftszinsfuß (und zwar war dies nicht nur vor dem Kriege, sondern ist auch heute der Fall), so daß der Staat sehr zum Nachteil seiner übrigen Steuerzahler mit der Verstaatlichung dieser Wäldungen ein recht schlechtes Geschäft machen würde, da er sich das Geld für die Enteignung der Wälder (und es ist ja meines Erachtens nur die Frage einer Entschädigung zum mindesten nach dem Ertragswert, ganz abgesehen von dem oft vorhandenen gemeinen Wert, diskutabel) nur im Wege einer höher verzinslichen Anleihe verschaffen müßte. Meines Erachtens käme hier viel folgerichtiger der auch heute öfters genannte Weg der Besteuerung des Einkommens aus diesen Wäldungen in Betracht, um dadurch der Allgemeinheit einen größeren Anteil am Ertrage dieser Wäldungen zu sichern. Die mittleren Wäldungen sind ausnahmslos integrierende Bestandteile von landwirtschaftlichen Betrieben, deren finanzielles Rückgrat sie oft bilden; aber schon ihre zerstreute Lage macht sie für die Verstaatlichung ungeeignet, da sich die Verwaltungskosten dann relativ höher stellen würden. Was endlich die kleinen Wäldungen anbelangt, so sagte ich schon, daß hier manches im argen liege, und daß sich all die immer und immer wieder vorgeschlagenen Maßnahmen zur Hebung der Privatforstwirtschaft in erster Linie auf diese Wälder beziehen. Ist ja der Holztertrag pro Flächeneinheit etwa nur die Hälfte von dem der Staats- und größeren Privatwäldungen (zirka 2 cbm gegen zirka 4 cbm), und hieraus erklärt sich die geringe Verzinsung, die jenen oben erwähnten Produktionsdurchschnitt aller Privatwäldungen so außerordentlich drückt. Und doch wird es keinem Menschen einfallen, dem Bauern seine paar Hektar Wald nehmen und etwa verstaatlichen zu wollen! Hier müßte ein anderer Weg der Sozialisierung eingeschlagen werden, nämlich der der Bildung von Waldgenossenschaften. Verehrte Anwesende! Gestern wurden die österreichischen Bauern als ein gesunder Einschlag für unsere deutsche Volkswirtschaft begrüßt, und auch ich würde mich über diesen Zuwachs außerordentlich freuen. Es

wurde aber auch darauf hingewiesen, daß die öſterreichiſche landwirthſchaftliche Produktion mit Rückſicht auf ihren heutigen tiefen Stand noch verdoppelt, ja vervierſacht werden könnte, nur wurde uns leider kein Weg genannt, jene konſervativen, rückſtändigen Bauern, die z. B. noch keinen Saatgutwechſel kennen, zu jenen nötigen Verbeſſerungen ihrer Wirthſchaft zu bringen, die allein die Vorausſetzungen zur Hebung der landwirthſchaftlichen Produktion in Öſterreich ſind. Und wer gleich mir ſeit Jahrzehnten theoretisch und praktiſch an der Hebung der deutſchen Privatforſtwirthſchaft arbeitet, der wird ſich gerade hiñſichtlich der kleinen Waldungen nicht gerade allzu großen Hoffnungen hingeben können.

Verehrte Anweſende! Ich wollte Ihnen durch dieſe kurzen Worte nur andeuten, wie verwickelt auch bei den Waldungen die Sozialiſierungsfrage gelagert iſt. Hierzu kommt aber noch, daß in dieſe Frage auch die oft erhobenen Forderungen der Ausſtockung von Wald zugunſten der Landwirthſchaft, die Siedelungsfrage, die mir als Agrarpolitiker beſonders am Herzen liegt, alſo die Verſchlagung großen Grundbeſitzes, endlich die Ablieferung von Lebensmitteln in den einzelnen landwirthſchaftlichen Betriebsgrößen hineinspielen!

In einem Ihnen allerdings weniger zugänglichen Artikel (da er in einer forſtlichen Zeitschrift erſchienen) habe ich vor kurzem auf den Kampf zwiſchen Feld und Wald<sup>1</sup> hingewieſen, der ſo alt iſt wie die deutſche Kultur, und der nur mit großer Vorſicht durch künstliche Eingriffe geregelt werden ſollte.

Hiñſichtlich der Siedelungsfrage bin ich bezüglich des geſtern geäußerten Wunſches, Hunderttauſende von Bauernſtellen zu ſchaffen und Millionen von Arbeitern anzufiedeln, recht ſkeptiſch. Hier werden neben den Geſichtspunkten der Produktivität aber auch in erſter Linie ſoziale Gründe mitzuſprechen haben, denn es leuchtet ohne weiteres ein, daß die mit Recht geforderte Erhöhung der landwirthſchaftlichen Produktion in Deutſchland nicht in ſolchen kleinen Betrieben erreicht werden kann. Es iſt ein Verdienſt mit von Wuttke, darauf hingewieſen zu haben, daß nur eine geſunde Miſchung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb in der Landwirthſchaft den größtmöglichen Geſamtertrag garantiert, wie ich dieſes des näheren hier nicht auszuführen brauche. Eine allzu ſtarke innere Kolonifation, die ſozial ſo äußerst erwünſcht iſt, wäre alſo eventuell nur mit einer relativen Verkleinerung der landwirthſchaftlichen Produktion zu erkaufen, und es dürfte auch hier alſo ein Fall vorliegen, in dem die

<sup>1</sup> Forſtliche Mittheilungen (Beilage zur Holzwelt) 1919, Nr. 5, 7 und 9.



sozialen Gesichtspunkte die wirtschaftlichen der Produktivität zum Teil überwiegen können.

Sie sehen also, so ganz einfach liegt die Frage der Sozialifizierung auch bei den Waldungen nicht, und ich möchte daher nochmals die Anregung des Herrn Dr. Vogelstein, in dem ich heute nach 20 Jahren einen Münchener Studiengenossen begrüßen konnte, unterstreichen, daß nämlich das offiziell gesammelte wertvolle Material zur Sozialifizierungsfrage endlich auch der Allgemeinheit zugänglich gemacht werde. Aber, verehrte Anwesende, ich möchte noch einen Schritt weiter gehen. Ich glaube, es wäre eine dankbare Aufgabe unseres Vereins, wenn er außerdem noch die Veröffentlichung besonderer Monographien über die Sozialifizierung der einzelnen Erwerbszweige, wie wir sie wohl kaum durch die Veröffentlichung jenes offiziellen Materials erhalten werden, in die Hand nehmen würde. Hierzu würde meines Erachtens auch eine eingehende und einwandfreie Behandlung der viel umstrittenen Frage nach der Erzeugung von Lebensmitteln in den verschiedenen landwirtschaftlichen Betriebsgrößen gehören. Außerst wertvolles Material über diese Frage ist schon vor dem Kriege in den „Arbeiten der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft“ niedergelegt; kurz vor dem Kriege und besonders während desselben ist weiteres Material auf dem Wege der Enquete gesammelt worden, das zum großen Teil noch der wissenschaftlichen Bearbeitung harret, so vom deutschen und bayerischen Landwirtschaftsrat, von den bayerischen Kreisregierungen, vom bayerischen statistischen Landesamt usw. Auch die Bearbeitung einer Bibliographie über die so überaus stark angeschwollene Sozialifizierungsliteratur erscheint mir äußerst erwünscht<sup>1</sup>. All diese monographischen Arbeiten könnte meines Erachtens unser Verein wohl in die Hand nehmen, und was diejenige über die Sozialifizierung des Waldes anbelangt, so bin ich gern bereit, mit meinen schwachen Kräften in objektiv wissenschaftlicher Weise mitzuarbeiten.

Ökonomierat Dr. v. Altröck, Generalsekretär des Preussischen Landesökonomie-Kollegiums (Berlin-Sichterfelde): Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, mich in theoretische Auseinandersetzungen einzulassen, doch halte ich mich für verpflichtet, als Vertreter der Landwirtschaft zu verschiedenen Ausführungen, die in bezug auf die praktischen

<sup>1</sup> Einen schwachen Versuch, diese Literatur nur für einen kurzen Zeitraum zusammenzustellen, habe ich in den Forstlichen Mitteilungen 1919 Nr. 12, 16 und 17 unternommen.

Maßnahmen seitens des Herrn Professor Wilbrandt gemacht worden sind, mit einigen Worten einzugehen. Herr Professor Wilbrandt ist für eine Reagrarisierung eingetreten. Dabei handelt es sich um ein Problem, das zweifellos von der größten Bedeutung ist und auch berufen ist, in unserem Wirtschaftsleben eine hervorragende Rolle zu spielen. Doch halte ich es für ausgeschlossen, daß sich die weitgehenden Hoffnungen, die sich augenscheinlich Professor Wilbrandt von seinen Vorschlägen und von den Plänen Professor Ballods verspricht, realisieren lassen. Herr Professor Wilbrandt hat mit Recht darauf hingewiesen, daß es sich nicht nur darum handelt, Hunderttausende von Leuten auf dem Lande unterzubringen, sondern vielmehr darum, mehreren Millionen, die nicht mehr in der Industrie ihr Brot finden werden, eine Heimstätte zu gewähren, um sie von der Abwanderung abzuhalten.

Meine Damen und Herren! Als Vertreter der Landwirtschaft kann ich nur der erste sein, der diesen Gedanken, die Leute auf dem Lande unterzubringen, befürwortet, doch stehen diesem Problem erhebliche praktische Schwierigkeiten entgegen, die es mir zur Pflicht machen, vor übertriebenen Hoffnungen zu warnen.

Die Unterbringung der überschüssigen städtischen und industriellen Bevölkerung kann auf zwei Wegen geschehen, einmal mit Hilfe der inneren Kolonisation und dann auf dem Wege, den Herr Professor Wilbrandt andeutete. Als Freund der inneren Kolonisation halte ich es für durchaus notwendig, daß auf eine zweckentsprechendere Verteilung des kleinen, mittleren und großen Grundbesitzes in Deutschland hingewirkt wird, und es wird kaum noch einen Agrarpolitiker geben, der diese Forderung nicht ohne weiteres mit zu der seinen machte. Es darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß diesem Ziele außerordentliche Schwierigkeiten nach den verschiedensten Richtungen entgegenstehen. Nicht bloß Hunderttausende, sondern Millionen von Menschen in der allernächsten Zeit auf dem Lande anzusiedeln, dazu bietet sich, selbst wenn die innere Kolonisation mit Hochdruck betrieben würde, nicht die Möglichkeit. Dazu sind die technischen Schwierigkeiten zu erheblich, denn es besteht nicht nur Mangel an Baumaterial, insbesondere an Steinen, sondern nicht minder an Holz; denn was wir an Holz an die Entente werden abliefern müssen, weiß noch kein Mensch, kurz und gut, es muß mit einem erheblichen Mangel an Baumaterial gerechnet werden.

Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich aus der Unmöglichkeit, Hunderttausende von Wirtschaften mit dem notwendigen Inventar, besonders mit dem lebenden Inventar zu versorgen.

Dann ist aber noch auf ein anderes psychologisches Moment hinzuweisen.

Meine Damen und Herren! Gewiß möchten Hunderttausende von Leuten auf dem Lande angesiedelt werden und eine eigene Wirtschaft haben. Ebenso sicher aber ist auch, daß viele von ihnen große Enttäuschungen erleben werden, sich falsche Vorstellungen von den Anforderungen machen, die an sie herantreten, weil sie nicht imstande sind, derartige Betriebe zu führen und weil hierbei — was meist viel zu wenig beachtet wird — die Frauenfrage sehr mitspricht. Wer weiß, welche Schwierigkeiten es den kleinen Landwirten auf dem Lande bereitet, Frauen zu bekommen, wird dieses Problem nicht leicht nehmen. Ein Landwirtschaftsbetrieb, in dem die Frau des Besitzers aber nicht mitarbeitet, der ist von vornherein zur Unrentabilität verurteilt.

Weiter muß die innere Kolonisation aber auch eine natürliche Grenze in der Rücksichtnahme, auf die Notwendigkeit der Versorgung der Großstädte und Industriebezirke mit landwirtschaftlichen Produkten, insbesondere mit Brotgetreide, finden. Wenn es technisch möglich wäre, in zwei bis drei Jahren einen erheblichen Teil des Großgrundbesitzes aufzuteilen, so würden die Schwierigkeiten für die Versorgung der Städte und Industriebezirke mit Lebensmitteln entstehen, und auf eine erhebliche Einfuhr von Brotgetreide kann mit Rücksicht auf die Valutaverhältnisse nicht gerechnet werden.

Ich will mich auf die Hervorhebung dieser Bedenken beschränken. Trotzdem muß natürlich die innere Kolonisation mit allen nur möglichen Mitteln gefördert werden, um so viel wie möglich Leute auf dem Lande unterzubringen, sei es als Siedler, sei es als Arbeiter. Daß man hierbei aber nicht mit Millionen rechnen kann, unterliegt für jeden Praktiker keinem Zweifel.

Nun hat Herr Professor Wilbrandt weiter geglaubt, den Ballodischen Ideengang propagieren zu sollen, der dahin geht, die Landwirtschaft auf genossenschaftlicher Grundlage zu betreiben. Ein Beweis, daß auf diesem Wege brauchbare Ergebnisse zu erzielen sind, ist bisher nicht erbracht worden.

Ganz abgesehen von anderen Schwierigkeiten ist es auch hier besonders ein psychologisches Moment, das alle theoretischen Ermägungen über den Haufen wirft.

Denn die Leute wollen selbst in einem genossenschaftlichen Großbetrieb nicht in Abhängigkeit tätig sein, sondern sie wollen eine eigene Wirtschaft haben, in der sie mit Frau und Kindern frei und unabhängig über sich

selbst verfügen können. Diese Erscheinung bildet zweifellos eines der größten Hindernisse für den produktivgenossenschaftlichen Betrieb der Landwirtschaft. Das darf nicht vergessen werden und darüber kommt man eben nicht hinweg. (Sehr richtig.)

Das hat sich auch bei der vor dem Kriege von Herrn Professor Oppenheimer ins Leben gerufenen zionistischen Genossenschaft in Syrien gezeigt, wie mir der dortige Administrator mitteilte. Die Frauen der Genossen sind die ersten, die eine Aufteilung in selbständige Betriebe wünschen. Alle Theorien sind demgegenüber wertlos und deshalb wird es auch nicht gelingen, derartige Produktivgenossenschaften ins Leben zu rufen und dauernd existenzfähig zu erhalten.

Es ist bedauerlich, daß Herr Professor Wilbrandt die Gelegenheit genommen hat, die Ballodischen Ideen hier zu propagieren. Ideen, die zwar einen geistvollen Anstrich haben, aber rein am grünen Tisch entstanden sind und die einer Kritik im praktischen Leben stehender Männer nicht standhalten können. (Zuruf: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Die Erfahrungen von mehreren tausend Jahren haben doch immer und immer wieder bewiesen, daß nichts schwieriger und gefährlicher ist, als willkürlich Eingriffe in die Grund- und Bodenverhältnisse zu machen. Gefährlich im Interesse des Volkswohls wäre es daher auch, wollte man das von Professor Wilbrandt befürwortete System nur im großen durchführen wollen und Millionen von Menschen, die jetzt in der Industrie überflüssig werden, in kurzer Zeit auf dem Lande anzusiedeln versuchen. Das wäre ein Experiment, welches in verschiedener Beziehung höchst bedenkliche Ergebnisse zeitigen würde und für das schließlich kein Mensch die Verantwortung übernehmen kann. So erfreulich es ist, daß die innere Kolonisation mehr als bisher in Fluß kommt, sowenig kann man von ihr erwarten, daß sie derartige Wirkungen auslösen wird, wie sie Herr Professor Wilbrandt als selbstverständlich annimmt.

Meine Herren! Ich habe mich nur verpflichtet gefühlt, diese Bedenken hervorzuheben, um ganz übertriebenen Erwartungen, die sich nicht erfüllen können, entgegenzutreten, da sonst große Enttäuschungen nicht ausbleiben können. Innere Kolonisation und Maßnahmen auf dem Gebiete der Grundbesitzverteilung sind selbst bei intensivster Förderung schwierige und langwierige Geschäfte, die in ihren Wirkungen höchst unsicher zu sein pflegen. (Beifall!)

Professor Dr. Walter Loß (München): Meine Damen und Herren! Wenn ich die Eindrücke, die ich bis jetzt gewonnen habe, zusammenfasse, so war es, daß man heute zunächst im Verein für Sozialpolitik mit gewohnter Gründlichkeit die Für und Wider erörtert und abgewogen hat, die hinsichtlich der Sozialisierungspläne existieren. Außerdem aber wurde dem Verein von denjenigen, deren Herz von diesen Sozialisierungsplänen erfaßt ist, nahegelegt: denke an deine Zukunft, lieber Verein für Sozialpolitik, du verlierst das Vertrauen bei den Arbeitermassen, wenn du nicht einen Weg findest, um aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen. Demgegenüber gibt es nur zwei Standpunkte, die auch tatsächlich vertreten wurden: der eine Weg ist der des kritischen wirtschaftlichen Denkens, daß man unter Abwägung aller Umstände die Sache betrachtet und fragt: ist uns bewiesen oder nicht bewiesen, daß bei Ersetzung der kapitalistischen durch eine sozialistische Ordnung eine größere Produktivität herauskommt? — Nun sind keine schlüssigen Beweise dafür geliefert, daß bei der Sozialisierung eine größere Produktivität erzielt werden kann. Der Verstand müßte dann die Sozialisierung ablehnen. Demgegenüber wurde aber noch ein anderer Standpunkt vertreten, der des Gemütes: bei solchen Dingen habe man lediglich der Stimme des Herzens und nicht dem Verstande in erster Linie zu folgen.

Blicken wir zurück, so ist es durchaus keine neue Erscheinung in der Geschichte des Vereins für Sozialpolitik, daß uns von einer Seite, die etwas will, zugerufen wurde: findet ihr einen Ausweg! Das ist uns auch früher von Politikern, Arbeitern und Unternehmern oft nahegelegt worden. Wir haben uns — solange ich mich erinnern kann — nie davon abbringen lassen, kritisch alle Projekte zu prüfen und es offen auszusprechen, wenn uns ein Projekt nicht ausgereift erschien. Die Frage ist sehr ernst, ob wir denn dieses Mal eine Ausnahme machen wollen und angesichts der unleugbaren Strömung in den Massen, die nach vieler erlebter Enttäuschung eine Befriedigung durch eine radikale Sozialisierung verlangt, etwa darauf verzichten sollen, ganz kühl alle Argumente abzuwägen. Dürfen wir gewissenhafterweise zu einem anderen Schluß kommen, als zu sagen: die von der Sozialisierung erhofften Vorteile sind nicht ausreichend bewiesen?

Wenn ich da insbesondere den Standpunkt des ersten Herrn Referenten richtig verstanden habe, so hat Herr Professor Lederer gesagt, es komme auf den Willen an und mit entschiedenem Willen könne schon etwas erreicht werden. Es müsse aber etwas geschehen, denn die Sache eile dringend.

Jedenfalls würde ich angeſichts deſſen es mit Dank begrüßt haben, wenn der ganzen Diſkuſſion eine breitere Grundlage von den Anhängern der Sozialiſierung dadurch gegeben worden wäre, daß man uns dargelegt hätte, in welcher rechtlichen Regelung ſich eigentlich der erſte Referent dieſe gewollte ſchleunige Vollſozialiſierung vorſtellt: ob durch Enteignung mit Entſchädigung oder ohne eine ſolche. Es gibt da verſchiedene Wege. Der eine Weg iſt, daß man bei der Überführung der Betriebe in den Gemeinſchaftsbetrieb die bisherigen Unternehmer durch Entſchädigung abfindet. Darf man etwa hierbei auf die Erfolge ſich berufen, die biſher mit der Eiſenbahnverſtaatlung und der Kommunalisierung monopoliftiſcher Betriebe erreicht worden ſind?

Ich muß beſtreiten, daß irgendein Präzedenzfall hier gegeben ſei. In der Tat iſt die preußiſche Eiſenbahnverſtaatlung finanziell und techniſch ein glänzender Erfolg geweſen. Sehr zweifelhaft bleibt, ob man in der Arbeiterfrage dabei ebenſo glänzend abgeſchnitten hat. Aber wenn die preußiſche Verſtaatlung der Eiſenbahnen in techniſcher und anderer Hinſicht biſ 1914 ein Erfolg war, ſo iſt dieſer Erfolg begründet worden in einer Zeit, in der man zu einem billigen Zinsfuß Anleihen aufnehmen konnte und ein Unternehmen auf einen Überſchuß von 6 biſ 7 % bringen konnte, deſſen Belaſtung durch Schuldzinsen nur 3 % betrug. Dieſe Vorauſetzungen treffen im Augenblick, wo wir im Reich mit mehr als 6 % Zins rechnen müſſen und überhaupt nur ſchwer die Mittel aufbringen können, keineswegs zu; wenn demgegenüber vielleicht empfohlen wird, durch Aktienabtretung beim Reichsnotopfer das Reich an Betrieben zu beteiligen, ſo hätte ich gewünscht, daß dieſes im einzelnen uns anſchaulich gemacht worden wäre. Jedenfalls ſind die Methoden, wie mittels Entſchädigung der bisherigen Unternehmer ſozialiſiert werden kann, nicht im einzelnen dargelegt worden.

Zimmerhin habe ich den Eindruck gehabt, daß ſich der erſte Herr Referent die bolſchewiſtiſche Löſung, einer Enteignung ohne jede Entſchädigung, eine Methode, die ja recht glatt und einfach iſt, nicht zu eigen gemacht hat. Über all dieſes aber wurde eine klare Auskunft überhaupt nicht gegeben. Es wurde darauf hingewieſen, daß nicht nur Überführung der Betriebe in Gemeinſchaftseigentum, ſondern auch das Betriebsräteſyſtem und gewiſſe Steuerreformen zur Sozialiſierung gehören. Dem iſt wohl auch kaum viel Widerſtand im Prinzip entgegengeſtellt worden. Wenn aber in der Hauptfrage, ob mit oder ohne Entſchädigung die Überführung der Betriebe in das Gemeinſchaftseigentum erfolgen ſolle und unter welchen Bedingungen dieſes geſchieht, keine Klärung erreicht

ist, so ist kaum der Vorwurf am Platze, daß wir zu vorsichtig und zurückhaltend gegenüber dem Sozialisierungsgedanken gewesen seien. Ich behaupte, es gehört heute vor allem Charakter dazu, zu sagen: solange die Sozialisierungsfrage nicht mehr als bisher geklärt ist, halten wir fest an dem alten Rezept der sozialen Reform auf Grundlage der heutigen Ordnung.

Es wurde darauf hingewiesen, daß mit der Feststellung, die Vorteile der Sozialisierung seien nicht überzeugend bewiesen, der Verein oder die einzelnen Mitglieder das Vertrauen der Arbeiterschaft verlieren könnten. Ich weise das von mir. Ich denke zu hoch von unserer Arbeiterschaft, um anzunehmen, daß sie Beweisen unzugänglich sei. Sicher ist nur eines: wenn wir für Dinge uns festlegen, die sich als leichtsinnig entworfen und unausgereift erweisen, würden wir vollends das Vertrauen der Arbeiter nicht verdienen. Unbekümmert um Beifall und Angriffe haben wir die Pflicht, nur für solche Reformen einzutreten, die nach ernster Prüfung möglich und erreichbar erscheinen.

Mehr als dies letztere hat der Verein nie in Aussicht gestellt. Haben die neuen Bestimmungen über Mitwirkung der Arbeiter bei der Verwaltung der Betriebe, die weitere Ausbildung der Ausschüsse zum Betriebsratsystem den Arbeitern alle Hoffnungen bereits erfüllt? Gewiß, befriedigt seid ihr Arbeiter davon heute noch nicht. Aber ist der Verein für Sozialpolitik schuld, wenn Erwartungen auf weitergehende Umgestaltung der Wirtschaftsordnung statt der schrittweisen Verbesserung in die Arbeiterschaft hineingebracht wurden?

Ich erachte jeden Fortschritt in gerechter Besteuerung und verbessertem Arbeiterschutz für wünschenswert: aber ich kann mich nicht entschließen, zu sagen: aus Gemütsrücksichten, weil euer Herz daran hängt, will ich euer Schlagwort „Sozialisierung“ unbefehlen unterschreiben. Ich würde mich mit der Sozialisierung nur einverstanden erklären, wenn die geltend gemachten Bedenken bei gewissenhafter und sorgfältiger Prüfung beseitigt werden. Ich bin bereit, die Bedenken fallen zu lassen, wenn ausgereifere Projekte vorgelegt und als einwandfrei bewiesen werden. Heute sind wir noch nicht so weit. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Wir sind am Schluß unserer Rednerliste angekommen. Ich erteile nun das Schlußwort den beiden Herren Referenten. Die beiden Herren haben sich geeinigt, daß zuerst Herr Professor Lederer und dann Herr Dr. Vogelstein das Wort nehmen wird.



Profefſor Lederer: Meine Damen und Herren! Es wäre eine ungebührliche Inanspruchnahme Ihrer Geduld, wenn ich verſuchen wollte, auf alle in der Diſkuſſion vorgebrachten Argumente und alle die verſchiedenen Stellungnahmen der einzelnen Herren Redner einzugehen. Nur das Eine oder Andere kann ich herausgreifen, und empfinde es peinlich, daß ich mich nicht mit jedem der vorgebrachten Gedanken auseinanderzuſetzen vermag. Ich muß aber trachten, mich auf einige Probleme zu konzentrieren, und begegne damit derſelben Schwierigkeit, welche ich ſchon in meinem Referat nicht zu überwinden vermochte: auf all die Fragen zu antworten, ja auch nur ſie zu ſtellen, welche im Thema des heutigen Tages liegen.

Wenn ich an das anknüpfen darf, was der letzte Diſkuſſionsredner, Herr Profefſor Lok, bezüglich der ganzen Problemſtellung ſagte, ſo geſtatte ich mir, eine kleine Korrektur meiner Ausführungen zu vermerken, welche — offenbar durch meine Schuld — etwas mißverſtanden wurden. Ich faſſe nicht das Moment des Willens als das ſchlechthin und allein ausſchlaggebende auf; ich verſuchte lediglich die Auffaſſung, in welcher dieſes Moment des Willens weitaus überwiegt, in der alſo die Theſe vertreten wird, daß die ſoziale Entwicklung eine politiſche, eine Machtfrage ſei, zu kontrastieren mit der Auffaſſung, in der das Moment der Evolution im Vordergrunde ſteht. In dieſer hat zwar das Moment des Willens auch eine weſentliche Bedeutung, aber der Wille ſelbſt, ob er entſtehen und zu ausſchlaggebender Bedeutung gelangen kann, iſt abhängig von dem realen Tatbeſtand, den der Wille vorfindet, an welchem er ſich betätigen muß.

Das Charakteriſtiſche in der Auffaſſungsweiſe von Marx liegt darin, daß in ihr der Weg, auf welchem der Wille zuſtande kommt, anders aufgefaßt wird als zum Beiſpiel in der idealiſtiſchen Auffaſſung, die eine freie Eigenbewegung der Idee annimmt. Die ſoziologiſche Betrachtungsweiſe wird nie (wie es in der Theorie des Bolſchewismus der Fall iſt) die Realisierung einer Idee in jedem Zeitpunkt für möglich erachten, wenn nur die politiſche Maſchinerie für dieſe Idee in Bewegung geſetzt werden kann, ſondern ſie wird die Wirksamkeit und Durchſetzbarkeit der Idee vom realen Tatbeſtand für abhängig erachten. Gerade dieſe Betrachtungsweiſe wird fragen, welche Ideen jeweils möglich ſind, das heißt vereinbar mit den gegebenen Tatsachen und den daraus fließenden menſchlichen Diſpoſitionen. Dieſe Möglichkeit ſchließt nicht in ſich, daß ſie wirklich zur Realität wird, wie ja überhaupt in der Ebene der ſoziologiſchen Betrachtung die Kategorie der hiſtoriſchen Notwendigkeit nur

sehr eingeschränkt vorkommt. Um so mehr ist es von diesem Boden aus möglich, zu beurteilen, welche Chancen in der jeweiligen Situation für die Realisierung der einen oder anderen Idee gegeben waren. So kann man auch, ohne sich mit dem Gedanken der Sozialisierung ganz zu identifizieren, zu einem Urteil gelangen, ob und inwieweit Sozialisierung in den letzten Monaten in Deutschland möglich war?

Da muß man zunächst zugeben: Es kann gewiß der Beweis dafür nicht geliefert werden, daß bei Durchführung radikaler Sozialisierungsmaßnahmen es in Deutschland heute um den Fortschritt der Produktion besser stünde. Aber der Beweis ist doch durch die Tatsachen geliefert, daß ohne die Durchführung der Sozialisierungsmaßnahmen die Beunruhigung des Wirtschaftslebens andauert, und eine Gesundung leider noch nicht eingetreten ist.

Ich möchte nun auf einige Einwendungen zurückkommen.

Der wesentlichste, der von mehreren der Redner ausgesprochen wurde, zielte darauf ab, daß ich zwar in der Kritik des bolschewistischen Systems manches Wesentliche gesagt, jedoch eine positive Darstellung der sozialisierten Wirtschaft nicht gegeben hätte. Mit diesem Einwand muß ich mich auseinandersetzen. Man kann das Problem der Sozialisierung gedanklich durcharbeiten für die Maßnahmen, welche als allgemeine in Frage kommen, und ich versuchte zu skizzieren, welche Bedeutung solchen allgemeinen Maßnahmen zukomme. Handelt es sich dann weiter um die Durchsozialisierung einzelner Wirtschaftszweige, zum Beispiel des deutschen Kohlenbergbaues oder der Eisenwirtschaft, so ist es unmöglich, hierfür ohne weiteres ein Rezept aufzustellen, das morgen durchgeführt werden kann. Es war zum Beispiel dies die Aufgabe der Sozialisierungskommission und ich glaube, sie hat es auch für einzelne Wirtschaftszweige bis zu einem wesentlichen Punkte gefördert. Aber es kann die Aufgabe eines Referates nicht sein, zu weiteren Rezepten dieser Art zu gelangen, welche von den Herren, die die Freundlichkeit hatten, herzukommen, in die Tasche gesteckt und morgen durchgeführt werden können. Das ist eine Überschätzung der Kraft des spekulativen Denkens, weil man nicht in der Lage ist, aus einem Grundgedanken heraus einen konkreten Vorschlag für die Industrie eines Landes auszuarbeiten. Ich habe das auch in Wien gesehen, daß bei jeder Industrie oder jedem Wirtschaftszweig eines jeden Landes notwendig ist, die Tatsachen genau zu kennen, um eine Organisationsform vorzuschlagen, welche das Sozialisierungsprinzip zu realisieren vermag. Es ist hingegen unmöglich, einen generellen Weg anzugeben, der für alle Situationen paßt. Man muß die privat- und vollswirt-

schaftliche Struktur einer Industrie übersehen, auch den Personalbestand der Industrie übersehen, um zu wissen, welche Organisationsform man einführen kann und an welche Personen man sich zu halten hat; denn bei allen diesen Maßnahmen ist die Gefahr des Scheiterns eine außerordentlich große, besonders dann, wenn nicht die Persönlichkeiten mit der größten Sorgfalt ausgewählt werden können.

Auch für die Lösung des Verwaltungsproblems, für die Verteilung der Gewichte in der Verwaltung zwischen den Vertretern der Allgemeinheit und der Interessenten, ob man zum Beispiel im Deutschen Reiche die Einzelstaaten in die Selbstverwaltungskörper einbeziehen soll oder nicht, ist spezielle Behandlung der einzelnen Wirtschaftszweige erforderlich. Aber dann kann man auch zu einem brauchbaren Resultat gelangen. Es wurden auch, soweit mein Urteil reicht, brauchbare konkrete Vorschläge ausgearbeitet, und daß sie nicht realisiert, ja nicht einmal ausreichend bekannt wurden, hat politische Gründe. Daher müßte auch Herr Dr. Braun den Vorwurf, welchen er gegen mich erhoben hat, an eine andere Stelle adressieren, der er selbst näher steht als ich. Diese Stelle trägt Schuld daran, daß die Arbeiten der Sozialisierungskommission nicht fortgesetzt werden konnten, daß ihre Vorschläge erst sehr spät, die Grundlage dieser Vorschläge, nämlich die ausführlichen Enqueten, bisher überhaupt nicht publiziert wurden. Infolgedessen ist das, was geleistet wurde, nicht zu der Zeit an die Menschen gekommen, in welcher das Interesse dafür noch lebendig und brennend, die Aussicht für eine Klärung der Probleme am größten war.

Herr Dr. Braun war so freundlich, sich mit meinem Referat so eingehend zu beschäftigen, daß ich auf einen Punkt persönlicher Art zurückkommen muß. Er erinnerte an unser Zusammentreffen in Weimar, er erinnerte daran, daß ich an entscheidender Stelle in Österreich gestanden habe und also für die dortige Gestaltung der Dinge verantwortlich sei. Da muß ich zunächst sagen, daß ich nicht so weit, wie Dr. Braun anzunehmen scheint, für die dortigen Vorgänge verantwortlich bin, denn ich hatte ja kein politisches Gewicht in die Waagschale zu werfen. Ferner ist der Tatbestand in Deutsch-Österreich ein ganz anderer als im Deutschen Reiche. Ich brauche nur an die gestrigen eindringlichen Ausführungen von Herrn Dr. Stolper über das österreichische Wirtschaftsproblem zu erinnern, aus denen das Torsoartige der heutigen ökonomischen Struktur Deutsch-Österreichs greifbar hervortrat. Schon deshalb ist die Sozialisierung in dem deutsch-österreichischen Wirtschaftskörper schwerer durchzuführen als in dem des Deutschen Reiches, welchem noch ein einheit-

liches großes Wirtschaftsgebiet geblieben ist. Ich habe versucht, in einem Artikel im „Kampf“ das Problem der Sozialisierung in Deutschland und Deutsch-Österreich zu behandeln und die Konsequenzen daraus zu ziehen und ich muß mich darauf beschränken, hier auf diesen zu verweisen<sup>1</sup>.

Ich komme zu einem zweiten Punkt, welcher in der Diskussion eine große Rolle spielte, zu der Frage der Produktivität. Hier ist mein Standpunkt einfach. Es gibt nicht ein, sondern zwei „ideale“ Wirtschaftssysteme, wenn man den Gesichtspunkt der Produktivität allein ins Auge faßt, nämlich das System der freien Konkurrenz und das einer durchorganisierten Wirtschaft. Wenn die freie Konkurrenz wirklich freie Konkurrenz ist, wenn sie nicht bloß im luftleeren Raum konstruiert wird, sondern wenn sich die individuellen Kräfte frei zur Geltung bringen könnten, wenn diese Abstraktion eine Realität wäre, dann ist die freie Konkurrenz ein Weg, um zum Maximum der Produktivität zu gelangen. Dasselbe halte ich für möglich bei einer planmäßig organisierten Volkswirtschaft. Weiter kann man sagen: die Annäherung an ein vollendetes System freier Konkurrenz ist nicht leichter realisierbar, als die Annäherung an ein vollendetes, das heißt gut funktionierendes System organisierter Wirtschaftskräfte. Aus dieser Position, die theoretisch unschwer begründet werden kann, ergibt sich, daß der Gesichtspunkt der Produktivität für die Frage der Sozialisierung diese Frage ganz allgemein gestellt, und nicht bloß für eine konkrete Epoche ausscheidet, weil von vornherein und theoretisch beide Wirtschaftssysteme nebeneinander ein Ideal der „Produktivität“ erreichen können, beziehungsweise (wie dasselbe ist), weil keines von beiden in Anspruch nehmen kann, in der Realität dieses Ideal wirklich zu erreichen. In beiden Systemen bleibt das Problem: wie können all die Reibungen und Störungen beseitigt werden, welche sich der Durchsetzung des Prinzips in den Weg stellen?

(Zuruf: Und die regulierte freie Wirtschaft?!)

Die regulierte freie Wirtschaft, wenn ich diesen Zwischenruf aufnehmen darf, halte ich deshalb für eine schwierige Form, weil sie entweder bloße bürokratische Wirtschaftsorganisation wäre, eine Fortführung der Kriegswirtschaft, oder — wenn das nicht der Fall wäre — weil die Organisation der Wirtschaftszweige dann so aufgebaut werden müßte, daß beide Prinzipien — hemmungsloses Auswirken persönlicher Kräfte und zentrale Organisation der Produktivkräfte — sich gegenseitig hemmen und stören würden.

Wenn man also meint, daß diese zwei Wirtschaftsformen, bloß auf

die Produktionsmasse hin angesehen, ein Optimum realisieren, wird man die Wahl zwischen diesen beiden Formen nur aus einem außerökonomischen Werturteil treffen können.

Noch einen Gesichtspunkt darf ich im Vorbeigehen erwähnen: Nicht nur das Wirtschaftssystem der hemmungslosen freien Konkurrenz kann im Kapitalismus das Höchstmaß der Produktivität erreichen, sondern bis zu einem gewissen Grade auch eine einheitliche Trustorganisation, obzwar bei dieser schon die Gefahr der Produktionseinschränkungen gegeben ist, und nur unter besonderen Bedingungen vermieden werden kann. Aber ich glaube, daß eine solche Trustorganisation überdies eine heute kaum mehr mögliche Form ist, weil diese eine Unterordnung der Arbeiterschaft verlangt, die in der heutigen sozialen Situation kaum mehr die Aussicht hätte auf die Dauer durchgesetzt zu werden.

Eine weitere Frage, welche in der Debatte eine große Rolle gespielt hat, ist die der Betriebsräte. Meine Ausführungen darüber haben meinen geschätzten Kollegen Vogelstein zu einigen sehr scharfen Bemerkungen gegen mich veranlaßt. Er erinnerte mich daran, daß ich in der Sozialisierungskommission genau so gestanden hätte, wie er, daß ich auch die Stelle über die Zeichenräte in unserem Kohlenbericht mitunterscriben hätte und daß ich jetzt einem Gedanken das Wort rede, der diesem dort vertretenen ins Gesicht schlägt. Zu meiner Ehrenrettung darf ich vielleicht anführen: ich habe in Wien, als der Entwurf seine endgültige Fassung bekam, bewirkt, daß aus dem Gesetz über die Betriebsräte das in der ersten Fassung noch vorgesehene Prinzip der obligatorischen Gewinnbeteiligung ausgemerzt wurde, und ich habe dies getan, weil ja letzten Endes dieses Prinzip eine Umwandlung sämtlicher industriellen Betriebe in Produktivgenossenschaften bedeuten könnte. Bei obligatorischer Gewinnbeteiligung wäre eine Entwicklung angebahnt, in welcher der Betriebsrat zum Mitregenten des Betriebs, auch in seiner Geschäftsgebarung werden könnte. So waren meine Ausführungen also nicht gemeint, und wenn sie so verstanden wurden, dann habe ich mich sehr schlecht ausgedrückt. Allerdings glaube ich, gehe ich in der Beurteilung der Betriebsräte wesentlich weiter als Kollege Vogelstein und zwar insofern, als ich in der heutigen Form der Betriebsräte, die sich an die Einzelbetriebe anschließt, nur ein Provisorium sehen kann, das nicht haltbar ist. Wenn sie zu einer Bedeutung kommen sollen, dann muß ein Zusammenschluß der Betriebsräte jeder Industrie stattfinden, so daß die Fabrikdemokratie auf breiter Basis auch noch vor der Durchsozialisierung der Wirtschaftszweige zur Durchführung gelangt. Daß dieser Zusammenschluß auf breiterer Basis heute

noch nicht realisiert ist, das liegt in Österreich an dem Widerstand der Gewerkschaften, welche von der Durchsetzung der Betriebsräte in dieser Form eine Beeinträchtigung ihrer Organisation und ihres Einflusses befürchten. Aber auch in dieser Frage wird sich — nach der meines Erachtens bevorstehenden Umwandlung der Gewerkschaften aus Berufs- zu Industrieverbänden — bald die Haltung der Gewerkschaften ändern. Und, gerade, wenn die Betriebsräte derart organisiert werden, wenn sich also der Blick der Arbeiter nicht allein auf die Verhältnisse des Einzelbetriebes, sondern der Gesamtindustrie richtet, ist eine Chance dafür gegeben, daß die Arbeiterschaft einen Blick für die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge bekommt, mehr, als es bisher der Fall ist und ihre ganze Position in der Volkswirtschaft besser zu ergreifen in der Lage ist, als das bisher der Fall war.

Gerade die Herren, welche sich nicht genug tun können in der Skepsis gegenüber der Arbeiterschaft, oder die es schmerzlich empfinden, daß der Arbeiter nur für seinen Vorteil arbeitet und nicht seinen Blick auf das Ganze zu richten vermag, diese Herren sollten nicht übersehen, daß in den Betriebsräten eine Einrichtung gegeben ist, welche in hohem Maße erzieherisch wirken kann. Wir werden dazu kommen, daß Schulen für die Betriebsräte errichtet werden, in denen das Interesse der Arbeiter auf die Probleme ihrer Industrie und der Volkswirtschaft gelenkt wird. Im Betriebsrat wird der Arbeiter von der oberflächlichen Art zu denken und abzuurteilen, geheilt werden, er wird konkret, nüchtern sehen lernen, frei von schematischen Doktrinen, die sich bei einem Wandel der sozialen Machtverhältnisse um so sicherer einstellen müßten, je mehr die soziale Macht der Arbeiterklasse wuchs, ohne daß sie in die wirtschaftliche Maschinerie Einblick gewinnen konnte.

Es ist nun das Problem der Sozialisierung nicht nur behandelt worden von dem Gesichtspunkte aus, wie das in den Referaten geschah, sondern es ist noch hingewiesen worden darauf, daß die Sozialisierung auch andere Wege gehen könnte, zum Beispiel den Weg der Besteuerung. Es waren die Herren Dr. Conrad und Professor Stephinger, welche diesen Weg andeuteten. Ich bin der Meinung, daß die Ausdehnung des Sozialisierungsbegriffs auf Maßnahmen der Besteuerung eine Gefahr in sich schließt, weil ja noch nicht von Sozialisierung gesprochen werden kann, wenn den Menschen etwas weggenommen wird. Ich glaube, von maßgebender Stelle ist vor kurzem das Wort gebraucht worden: die Entwertung des Geldes sei die größte Sozialisierung, welche die Geschichte kennt. Das ist eine Sozialisierung eigentümlicher Art. Dann könnte

ich auch sagen, es sei die größte Sozialisierung, wenn ich jedes zweite Haus in einer Stadt niederbrenne. Denn die Geldentwertung ist ja doch nur der Ausdruck dafür, daß ein großer Wert in der Volkswirtschaft vernichtet wurde. Und ebensowenig wie die Entwertung des Geldes, ebensowenig würde ich den Ausbau der Besteuerung an sich, ohne die Verknüpfung mit weiteren Maßnahmen, als Sozialisierung anzusprechen in der Lage sein. Eine Vermögensabgabe, die lediglich die Kriegsschulden abbürden würde, wäre eine innerkapitalistische Angelegenheit, eine Neuverteilung des vorhandenen Vermögens. —

In der Debatte tauchte nur unter anderem — beinahe möchte ich sagen: natürlich — die Frage der Reagravisierung beziehungsweise das Problem auf, wie man die überschüssige Bevölkerung in Deutschland unterbringt. Es ist interessant, daß dieses Problem der Autarkie im Sozialismus immer wieder diskutiert wird, der doch seinen Blick auf die Weltwirtschaft richtet und der seiner Idee nach nicht eine Organisation der Kräfte einer Volkswirtschaft, sondern eine Organisation der Kräfte der ganzen Weltwirtschaft ist. Es ist eigentümlich, daß diese Idee bei den verschiedensten Fragestellungen auftaucht, zum Beispiel beim Bolschewismus: aber auch bei allen Vertretern eines gepanzerten Deutschland, das innerhalb seiner Grenzen alle Lebensnotwendigkeiten sich erzeugen müsse; und daß jetzt diese Idee wieder als Sozialisierungsidee auftaucht. Es sind Gedanken, welche aus einem Notzustande heraus erwachsen sind, während die Frage der Sozialisierung mit der der Autarkie einer Volkswirtschaft nichts zu tun hat. Es ist ein Symptom dafür, daß die Sozialisierung noch nicht radikal möglich ist, daß sie erst möglich wird auf internationaler Stufenleiter — wobei dann die Frage der Autarkie nicht mehr würde auftauchen können.

Auf die anderen vorgebrachten Argumente ist es mir nicht möglich einzugehen.

Nur auf eine Gruppe von Ausführungen möchte ich noch kurz replizieren: auf die ungeheuere Skepsis, von der überwiegende Kreise Deutschlands erfaßt sind, eine Skepsis, die mir und allen meinen Freunden aus Österreich ganz unverständlich ist. Denn wir beurteilen unseren Zustand in Österreich so skeptisch, daß wir der Meinung sind, Deutschland sei eigentlich mitten im Aufschwung. Wir glauben, es wird schon gearbeitet, man sei in Deutschland eben im Begriffe, die erste Sprosse der Leiter zu erklimmen. Es ist das die resloße Überzeugung nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch der Unternehmerschaft, der Landwirte, kurz aller Kreise, daß Deutschland in einer Aufwärtsbewegung begriffen ist



und darum ist mir diese Skepsis, diese Verzweiflung, welche aus allen Reden herausgeklungen hat, etwas Sonderbares. Aus dieser Skepsis aber können wir verschiedene Folgerungen ziehen, auch solche, die hier noch nicht gezogen wurden: Der Zustand, welcher heute hier beklagt wurde, ist nicht das Resultat einer radikalen Sozialisierung, sondern das Resultat einer kapitalistischen Wirtschaft. Wir leben ja doch in einer kapitalistischen Wirtschaft, mehr noch als während des Krieges, da ja zahlreiche Hemmungen der Kriegswirtschaft inzwischen weggefallen sind. Soviel ist sicher: die Sozialisierung kann die Entfaltung der Volkswirtschaft nicht gehindert haben: denn wir haben keinen sozialisierten Kohlenbergbau, sondern einen kapitalistischen und dieser ist es, in welchem bisher oder auch noch heute nicht oder weniger gearbeitet wird, aus Gründen, auf die ich hier nicht mehr eingehen möchte.

Für mich folgt gerade aus dieser Skepsis, daß vielleicht eine Chance veräußt wurde, um das ganze Volk durch ein großes Wort, durch ein großes Programm der Sozialisierung und durch dessen Realisierung auf den Weg zu führen, auf welchem produktive Kräfte leichter zur Entfaltung gekommen wären, als es bisher möglich war.

Nun wurde in der Diskussion hie und da gesagt, und es ist viel Richtiges daran: man hätte im November sozialisieren können. Denn damals waren die psychologischen Vorbedingungen auch bei den Unternehmern vorhanden. Heute aber, wird gesagt, sei es nicht mehr möglich, heute stehen wir vor anderen Problemen. Dieser Meinung bin ich nicht: denn je schwieriger die wirtschaftliche Situation ist, um so notwendiger ist es, tief einschneidende Maßnahmen zu treffen. Das wird kein Mensch bezweifeln. Wenn aber tief einschneidende Maßnahmen heute mehr noch als im November notwendig sind, so werden sie nur möglich sein in Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse, das heißt also namentlich auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß sich die Stellung der Arbeiter schon während des Krieges und noch mehr nach dem Zusammenbruch grundlegend geändert hat. Mit dieser Tatsache als der für die Produktion, ihren Neuaufbau, insbesondere ihre organisatorische Neuformung schlechthin entscheidenden, muß jeder, wo und wie er stehen mag, rechnen. Selbst wenn wir — und auch das ist von sehr vielen Gesichtspunkten aus vertretbar — eine wirtschaftliche Diktatur fordern sollten (diese müßte nicht bolschewistisch sein, sondern könnte aus dem Willen des ganzen Volkes entstehen, um dieses Chaos zu bewältigen), so könnte auch diese keinen Weg gehen, der nicht durch das soziale Problem hindurch führte. Es ist uns als das Entscheidende gestellt durch

den Krieg, und die psychologische Umwälzung, die er mit sich brachte. Das Problem der Sozialisierung ist nicht mehr Sache einer Partei, sondern die Aufgabe, deren Lösung unserer Zeit geschichtlich gestellt ist. (Beifall.)

Dr. Vogelstein: Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß ich den revolutionären Vorschlag gemacht habe, daß der erste Referent das erste Schlußwort hat. Es wäre doch schade gewesen, wenn ich nicht die Möglichkeit gehabt hätte, auf die Erwiderungen mir gegenüber ein paar Worte zu antworten. Gleichzeitig wird es dabei möglich sein, das zu streifen, was mir von den verschiedenen Diskussionsrednern entgegengehalten worden ist, und dabei die wesentlichen Punkte der Diskussion von meinem Standpunkt zu beleuchten.

Ich glaube, die Hauptfrage war die: Sollen wir das Problem der Sozialisierung vom Weltanschauungsstandpunkt aus oder vom Standpunkt der Produktivität aus betrachten? In dieser Beziehung sind mir Herr Dr. Braun und die anderen Herren nicht gerecht geworden. Einen Vergleich möchte ich vorbringen. Wenn wir sagen — nehmen wir an, wir sagen es — wir seien Demokraten, so kann ein allgemeines demokratisches Prinzip ausgedrückt sein, das von der Anerkennung der gleichen Rechte der Menschen ausgeht. Haben wir damit die Stellungnahme zu dem Problem der amerikanischen Verfassung oder des Referendums oder einer anderen solchen Zweckmäßigkeitfrage formuliert? In sozialer Hinsicht: Worüber wir alle einig waren, ist, daß im Vordergrund unserer sozialen Weltauffassung zwei Dinge standen, die Anerkennung des Wertes des Individuums, seines Rechtes gegenüber dem Arbeitgeber und die Notwendigkeit, soweit es denkbar ist, seine materielle und kulturelle Lage zu heben. Das sind Dinge, die wir als Weltanschauungsfragen betrachten und bei denen wir einen prinzipiellen Unterschied der Meinungen nicht sehen. Ob dieses auf einem bestimmten Wege erreichbar ist, das ist eine Frage, die einer exakten Untersuchung, soweit sie exakt möglich ist, unterliegt, und die meinerwegen bei Fragen psychologischer Natur nicht ganz von dem Stimmungsmäßigen, die Dinge zu erfassen, unabhängig gemacht werden kann.

Da stehe ich im Gegensatz zu den Herren, die in dem Sozialismus entweder die günstigste oder wenigstens eine ebenso günstige Form der Produktion sehen wie in einer in weitgehendem Maße privatwirtschaftlich-kapitalistisch-organisierten Wirtschaft.

Herr Lederer hat gesagt: es seien zwei Systeme, die gleich ideal sind.

Entschuldigend Sie, Herr Lederer, darüber wollten wir ja sprechen, welches dieser Systeme das ist, bei dem das höchste Maß von Produktivität zu erreichen ist. Es mag das eine oder andere sein, vielleicht auch keines von beiden, sondern irgendeine Kombination beider. Wahrscheinlich ist es in jedem historischen Moment ein sehr verschiedenes, das für die Erreichung der höchsten Produktivität das geeignete ist. Nun kann man sagen, wir sind nicht reine Wirtschaftstheoretiker, sondern Sozialwissenschaftler und Sozialpolitiker im weiteren Sinne. Man kann an sich erklären, wir wollen den Produktivitätsgedanken gegenüber anderen, kulturellen Momenten, zurückstellen. Ich habe das angedeutet, daß ich mir vorstellen könnte, das in einem Lande wie Amerika, in dem der Arbeiter besser lebt als bei uns der Mittelstand, ein solcher Einstellungspunkt in Frage käme. Bei der ungünstigen Position der deutschen Volkswirtschaft aber ist der Zwang zur Produktivität ein so elementarer, daß die Unlustempfindungen, das Maß von pain — um einen Ausdruck der englisch-amerikanischen Terminologie zu gebrauchen — darüber daß die Organisation der Arbeit den Wünschen des Betreffenden nicht ganz entspricht, hinter diesem Produktivitätsgedanken zurückstehen muß und wegen der absoluten Dringlichkeit des Bedürfnisses zurückstehen wird.

Deshalb glaube ich auch, daß alle diese Fragen, selbst das Taylor-System, unter diesem Gesichtspunkt in die Debatte hineingeführt werden müssen, wobei es eine andere Frage ist, mit der sich der Verein zu beschäftigen haben wird: wie man eine gewisse technische und organisatorische Entwicklung, die aus Gründen der Zweckmäßigkeit nicht zu umgehen ist, so gestaltet, daß — sagen wir einmal altmodisch — sozialpolitische Anforderungen dadurch nicht verletzt werden.

Ein anderes: Was ist mit diesen sozialpolitischen Forderungen der Fall, wenn man von der Frage des Einkommens, die nur ein wenig gestreift worden ist, absieht. Das Wesentliche aller dieser Forderungen ist durch die Revolution erreicht, und ich glaube, daß es, wenn nicht ein Zusammenbruch unserer Wirtschaft mit vollkommen reaktionärer Umkehr erfolgt, dauernd anhält. Man kann nicht sagen, daß dieser heutige Kapitalismus irgendwie mit dem Kapitalismus des Jahres 1913 auf eine Stufe zu stellen ist. Man hat behauptet, daß ich, der alte Schüler von Brentano, der stets auf dem linken Flügel der Sozialpolitiker gestanden hat, der 1912 aus Unzufriedenheit mit der Haltung des Vereins für Sozialpolitik eine schärfere Organisation schaffen wollte, heute den Herr-im-Hause-Standpunkt vertreten hätte. Das ist ein großes Mißverständnis. Es ist völlig ausgeschlossen, daß wir ohne einen völligen

Zusammenbruch jemals wieder auf etwas ähnliches zurückkommen, und deshalb ist die psychologische Frage anderer Natur, als sie formuliert worden ist. Dieses Maß von Unbehagen, geknechtet, ausgebeutet zu sein, das wird und das braucht nicht wieder in der zukünftigen kapitalistischen Wirtschaft zu bestehen. Damit es nicht besteht, damit dieses Gefühl den Arbeitern deutlich wird, deshalb habe ich von der Sozialisierung derjenigen Teile des Gewinnes gesprochen, die als reines Renteneinkommen charakterisiert werden. Ich glaube, wenn das der Fall ist, daß der Rest von Unlust, der übrig bleibt, nicht so groß ist, daß er wesentlich ins Gewicht fällt, und ich glaube andererseits, daß das Maß von Lustgefühl, das die Sozialisierung bietet, so minimal ist, daß es keine praktische Bedeutung hat, nicht bloß in Hinsicht auf die Produktivität, sondern auch nur, um der Seele eine Befriedigung zu bieten. Daß das der Fall ist, sind mir die Herren zu beweisen schuldig geblieben. Das Beispiel der sozialisierten Betriebe sollte darin genügendes besagen. Herr Lederer hat gesagt, dem Sozialismus sei die Lage der deutschen Volkswirtschaft nicht in die Schuhe zu schieben. Aber ebensowenig doch der kapitalistischen Organisationsform. Das, was da ist, ist aus Gründen entstanden, die — wenn man den Krieg nicht in die kapitalistische Organisation einordnen will — mit dem Kapitalismus als internem Wirtschaftssystem nichts zu tun hat.

Herr Lederer hat sich selbst widerlegt. Er hat davon gesprochen, daß wir eine Besserung der Situation in Deutschland bereits haben, daß also ohne die gewünschte Sozialisierung die Wirtschaft bei uns im Aufschwung begriffen ist. Ich bin der Überzeugung, daß das tatsächlich der Fall ist. Ich bin überzeugt, daß in der Arbeiterklasse ganz langsam wieder, vielleicht mit einer gewissen Enttäuschung, eine Beruhigung eintritt und das Wirtschaftsleben sich richtig einstellt. Wenn wir das aber als richtig annehmen, dann sollten wir auch anerkennen, daß in der prinzipiellen Aufrechterhaltung der alten Wirtschaftsordnung die Möglichkeit einer Gesundung gegeben ist. Ich möchte diese Frage als ausschlaggebend hinstellen — alle Einzelheiten will ich nicht erörtern — und ich glaube, wenn wir diese Verständigung suchen auf diesem Boden der Produktivitätslehre, der in der Sozialisierungskommission die anerkannte Basis war, die aber heute prinzipiell verlassen worden ist, dann wird das die einzige Möglichkeit sein, zu praktischer Politik zu kommen. Und das war ja eigentlich die Aufgabe unseres Vereins, seitdem er besteht, eine praktische Politik vorzubereiten, die Auffassung der Arbeiterklasse und die Auffassung sozialpolitisch gerichteter Individuen anderer Klassen auf dem Boden der

Wissenschaft zusammenzuführen. Diese Möglichkeit ist heute in wesentlich anderem Maße gegeben, weil der Unternehmerstand geändert worden ist. Und es wird ein Zusammenarbeiten möglich sein, wenn von der Arbeiterschaft die Auffassung nicht mehr vertreten wird, daß eine goldene Zeit, materiell und ideell, zu erreichen sei, sondern anerkannt wird, daß eine lange Arbeit geleistet und unerhörte Opfer von allen Seiten gebracht werden müssen, um überhaupt wieder menschenwürdig zu existieren (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender: Ich möchte vorerst noch darauf aufmerksam machen, daß heute um 1/29 Uhr der Unterausschuß für staatswissenschaftliche Studienreform im Garten des Hotels Maximilian zusammenkommt. — Meine Damen und Herren! Wir sind am Schluß unserer Tagung und Arbeit, und wenn diese Tagung nicht so zahlreich besucht gewesen ist, wie die meisten Tagungen des Vereins, so ist es doch nicht unbescheiden, zu behaupten, daß das, was an Quantität fehlte, durch die Qualität gutgemacht worden ist.

Es ist die angenehme Pflicht des Vorsitzenden, den Dank des Vereins auszusprechen allen denen, die sich um die Tagung verdient gemacht haben. Vor allem möchte ich meinen Dank richten an die Herren Referenten, die ja, wie die langen Debatten zeigten, höchst anregend gewirkt haben. Meinen Dank möchte ich aber auch richten an alle anderen, die mit Teilnahme unseren Verhandlungen gefolgt sind. Ich habe schon Gelegenheit gehabt, dem Herrn Handelsminister, der jetzt nicht mehr unter uns weilt, unseren Dank persönlich auszusprechen. Wir haben zu danken den Häuptionern dieser Stadt und der Handelskammer, die uns gastfrei aufgenommen haben. Wir haben noch besonders zu danken den Herren des Ortsausschusses, die sich so erfolgreich bemüht haben, trotz aller Schwierigkeiten der Gegenwart unseren Aufenthalt zu einem angenehmen zu machen. (Beifall.) Wir haben es uns in dieser schönen Stadt mit ihren köstlichen Bauten heimisch zu machen gewußt und ein Blick auf diese schöne mittelalterliche Stadt hat Bedeutung für unsere Gegenwart. Wir wissen, dieser Mikrokosmos des mittelalterlichen Wirtschaftslebens ist auch der Schauplatz gewesen von heftigen sozialen Kämpfen, und die Geschichte Regensburgs zeigt blutbefleckte Seiten im Gefolge solcher Kämpfe. Aber wir wissen, daß aus diesen Kämpfen ein Zustand entstanden ist des gegenseitigen Sich-Vertragens, der dann endlich wieder allgemein als ein gerechter und befriedigender empfunden worden ist. Und daraus ist die große Blüte der Reichsstädte gegen Ende des Mittelalters entstanden, und, wir dürfen

die Hoffnung in keiner Weise aufgeben, daß aus all den schweren Kämpfen unserer Zeit wir wieder zurückkommen zu einem sozialen Zustand, der als gerechter und befriedigender empfunden wird. Das ist der hoffnungsfrohe Glaube, von dem der Verein in dem halben Jahrhundert seiner Existenz gelebt hat, ohne den der Verein nicht gediehen wäre bis zum heutigen Tage.

Und damit sind wir am Schlusse unserer Tagung.

(Beifall.)

Professor Herkner: Meine Damen und Herren! Vor dem Kriege pflegten wir unsere Verhandlungen mit einem Festmahl abzuschließen, in welchem dann die Gefühle und Gedanken in bezug auf den Verlauf der Tagung zum Ausdruck gebracht wurden. Wir halten es nicht für zeitgemäß, diesmal an ein Festmahl zu denken. Aber ich möchte es mir nicht nehmen lassen, im Namen des Ausschusses mich dem Dank anzuschließen, welchen der Herr Vorsitzende ausgesprochen hat, und den Dank zu ergänzen insofern, als ich ihn im wärmsten Tone für die ausgezeichnete Leitung der Verhandlungen durch unseren Präsidenten und das Bureau zum Ausdruck bringe. Ich möchte weiter danken den Herren für ihre anstrengende, mühevolle Arbeit, die im Auftrage der Presse hier tätig gewesen sind, und dem Herrn, der mit der stenographischen Aufnahme der Verhandlungen betraut war. Im übrigen ist es auch m i r ein Herzensbedürfnis, dem Ortsauschuß zu danken, der die Verhandlungen so ausgezeichnet vorbereitet hat.

Im Verlaufe der Tagung ist mir vor allem eines klar geworden: nämlich der Grund, aus dem der alte Reichstag des alten Römischen Reiches deutscher Nation schließlich nie mehr von Regensburg weggegangen ist. Wenn es bei der Wahl eines Kongressortes nur darauf ankommen würde, auf die Schönheit der Stadt, die Liebenswürdigkeit der Bewohner, die künstlerische Vollenbung und behagliche Stimmung des Verhandlungsfaales zu sehen, dann würde auch der Verein das Beispiel des alten Reichstages nachahmen und seine Tagung immer in Regensburg abhalten. (Lebhafter Beifall.)

(Schluß der Verhandlungen 6 Uhr 50 Minuten.)





# Schriftliche Berichte.

---

## Dritter Bericht.

### Arten und Stufen der Sozialisierung.

Von

Franz Eulenburg.

Wort und Begriff der Sozialisierung sind erst neueren Datums: man versteht darunter alle Maßnahmen, die das Wirtschaftsleben dem Ziele einer „sozialistischen Ordnung“ näherführen können. Diese selbst wird nach dem deutschen Sprachgebrauch gefaßt als Bergesellschaftung der Produktionsmittel; das schließt die Leitung der Erzeugung und Verteilung für und durch die Volksgesamtheit ein<sup>1)</sup>. Jenes ist also ein politischer Begriff. Dabei können die Mittel, deren sich die Sozialisierung bedient, sehr verschiedene sein. Sie fallen keineswegs mit „Verstaatlichung“ zusammen, wenn diese auch oftmals in Betracht kommen wird. Soweit ich sehe, verknüpfen sich mit dem Begriff drei Motivreihen, die auseinanderzuhalten sind. Einmal der Gedanke einer Steigerung des sachlichen Gütervorrates und der produktiven Kräfte, die durch die heutige Ordnung zurückgehalten und gehemmt würden; sodann der Gedanke einer gleichmäßigeren Verteilung der Güter unter alle Volksgenossen; endlich der einer wesentlichen Mitbestimmung der Arbeiter am Betriebe und Produktionsprozeß, den heute die Unternehmer bzw. die Kapitalisten allein zu bestimmen haben. Es handelt sich also um ein Reichthumsproblem, um ein Verteilungsproblem und ein Machtproblem — drei Fragen, die nicht ohne weiteres zusammenfallen, wenn sie auch innerlich zusammenhängen. Im politisch-wirtschaftlichen Kampfe spielen die beiden letzteren Probleme die allein ausschlaggebende Rolle. Nach der und durch die Revolution in noch stärkerem Maße als vordem. Man kann sagen: der Kampf um den Mehrwert spielte sich ab als Kampf um die Macht, und umgekehrt.

---

<sup>1)</sup> Dazu August Müller, Sozialisierung oder Sozialismus, Berlin 1919, S. 51 f. Es ist festzuhalten, daß der Begriff des Sozialismus in anderen Ländern viel weiter geht, und daß vor allem in England schon alle Sozialisierungsmaßnahmen auch bei Fortbestehen des Privateigentums als Sozialismus gelten würden. Charakteristisch dafür das Finanzprogramm der Fabian society, das Dinge fordert, die wir in Deutschland längst haben.

Es ist aber deutlich, daß beide jenes erstere zur Voraussetzung haben. Das Reichthumsproblem erweist sich als das bei weitem wichtigste. Für jede Wirtschaft ist das Vorhandensein von Gütern nun einmal die Grundlage aller Weiterungen. Möglich ist es, daß durch die Verteilung der Ertragnisse und durch die Macht der Klassen auch die Produktion ihrerseits wieder beeinflusst wird. Aber von selbst versteht es sich nicht. Wir werden darum dieses Problem des Reichthums vor allem im Auge behalten.

Dem entsprechen die verschiedenen Stufen der Sozialisierung, die man bei Befolgung des Weges logisch wie historisch unterscheiden kann. Man ordnet die Maßnahmen zweckmäßig unter dem Gesichtspunkte eines allmählichen Hinstrebens auf das Ziel der Vergesellschaftung unseres ganzen Lebensprozesses. Dieses Ziel selbst kann die Tendenz einer autonomen organischen Entwicklung sein: das also, was man oft auch das „Hineinwachsen in den Sozialismus“ genannt hat, ohne daß die Politik es bewußterweise zu fördern unternimmt. Dabei lassen wir es dahingestellt, ob in Wahrheit dieses Ziel objektiv für uns schon erkennbar ist, oder ob es nur eine Deutung des Wirtschaftsgeschehens darstellt. Andererseits kann man aber gewisse Maßnahmen so einrichten, daß sie geeignet erscheinen, jenes Ziel zu erreichen. Wiederum muß es von vornherein unentschieden bleiben, ob dieses Ziel auch wirklich dadurch erreicht wird. Das kann allemal erst durch die Tatsachen bewiesen, nicht aber von vornherein als sicher angenommen werden. Man spricht nicht umsonst von einer Heteronomie der Zwecke.

Wenn man die verschiedenen Möglichkeiten auf ihre Wesenheit betrachtet, so scheinen mir vier solcher Stufen von Maßnahmen aufeinanderzufolgen. Wir charakterisieren sie folgendermaßen:

- I. Bestimmender Einfluß der Arbeiter auf das Einzelunternehmen (Betriebsräte),
- II. Überführung „reifer“ Gewerbe in die Hände der Gesamtheit: Vollsozialisierung (Verstaatlichung),
- III. Beteiligung der Gesamtheit am Wirtschaftsleben überhaupt: gemischtwirtschaftliche Betriebe (Staatskapitalismus),
- IV. Planmäßige Leitung der Volkswirtschaft durch Änderung der Wirtschaftsverfassung (Gemeinwirtschaft).

Dabei läßt sich jede der vier Stufen wieder in verschiedener Weise verwirklichen.

Es kann nicht die Aufgabe dieses vorläufigen Gutachtens sein, sämtliche bisher gemachten Vorschläge darzustellen oder die vorhandenen

Möglichkeiten zu erschöpfen<sup>1)</sup>. Ebensovienig werden hier selbst neue Vorschläge gemacht, um etwa die Sozialisierung schnellstens zu verwirklichen. Das ist nicht Sache einer wissenschaftlichen Betrachtung. Vielmehr werden die Maßnahmen unter den beiden wesentlichen Gesichtspunkten kritisch betrachtet: a) Wie wirken sie auf die Erhöhung des nationalen Produktionsumfanges und die Gütermenge? b) Wie wirken sie auf den individuellen Produktionsanteil und damit auf das Realeinkommen? Das sind die beiden Zentralprobleme aller Wirtschaft überhaupt, gleich welcher Ordnung sie untersteht: es werden auch die Zentralprobleme einer sozialistischen Ordnung sein. Es ist deutlich, muß aber ausdrücklich hervorgehoben werden, daß damit keineswegs das ganze Problem der Sozialisierung erschöpft ist. Denn alle Machtfragen sind politisch zu beurteilen und zu werten. Sie lassen in weitem Maße für gefühlsmäßige Momente Raum, wie das bei jedem Staatsideal der Fall ist. Sie entziehen sich damit einer wissenschaftlichen Behandlung. Sie gehören in das Reich des Glaubens, nicht des Wissens. Von dieser Erörterung wird hier Abstand genommen und nur die ökonomisch-sozialen Ursachenbeziehungen einer Betrachtung unterworfen. Wir möchten also gleichsam die Logik der Sozialisierung untersuchen, ihren metapolitischen Sinn, der hinter den äußeren Maßnahmen steckt: wenn durchgeführt, welches kann ihre Tragweite für den volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß sein?

### I. Einfluß der Arbeiter auf das Einzelunternehmen: Betriebsräte.

Das System der Betriebsräte ist durch Gesetz jetzt grundsätzlich geregelt, und mithin künftig als integrierender Bestandteil des Produktionsprozesses

<sup>1)</sup> Die Literatur darüber ist recht groß geworden und in der Hauptsache dem Folgenden zugrunde gelegt. Es seien genannt: Edmund Fischer, Das sozialistische Werden, 1918. — Kautsky, Die soziale Revolution, 1911. — Derselbe, Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft, 1918. — Derselbe, Kriegsmarxismus (Marx-Studien 4), 1918. — Rathenau, Die neue Wirtschaft, 1918. — Erich Schairer, Rathenaubrevier, 1918. — H. Beck, Wege und Ziele der Sozialisierung, 1918. — W. v. Müllendorff, Deutsche Gemeinwirtschaft, 1916. — L. v. Wiese, Freie Wirtschaft, 1918. — Goldscheid, Staatskapitalismus oder Staatssozialismus?, 1917. — Derselbe, Sozialisierung der Wirtschaft oder Staatsbankrott, 1919. — Bücher, Die Sozialisierung, 1918. — Neurath, Die Sozialisierung Sachsens, 1919. — v. Tyszká, Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens, 1919. — Neurath und Schumann, Können wir heute sozialisieren?, 1919. — Ballod, Der Zukunftsstaat, 1919. — August Müller, Sozialisierung oder Sozialismus, 1919. — Nachträglich: Calwer, Gebundene Planwirtschaft?, 1919. — Wilbrandt, Sozialismus, 1919.

zu betrachten. Ihr Aufgabenkreis läßt sich demnach überschauen. Soweit dadurch ein Einfluß der Arbeiter auf die Leitung der einzelnen Betriebe stattfindet, kann er für diese selbst große Bedeutung erlangen. Der einseitige Machtstandpunkt innerhalb des Betriebes wird verschoben. Das wird zunächst die Behandlung aller sozialpolitischen Fragen betreffen: also Überstunden und Zeitverwendung, Anstellung und Entlassung der Arbeiter, Ferien und Ruhepausen, dazu auch die Arbeitsmethoden in Verbindung mit den neuen Entlohnungsarten, die künftig kaum noch auf die einfache Formel der Zeit- und Akkordlöhne zurückzuführen sein werden. Aber auch andere Fragen können hereingezogen werden. Nicht gehört dazu freilich die Preisbemessung, da hierin der einzelne Betrieb nicht selbständig vorgehen kann, sondern auf Markt, Konjunktur, Auslandskonkurrenz Rücksicht nehmen muß. Man scheint das vielfach zu verkennen, wie immer neue Äußerungen vermuten lassen. Dafür kann anderes in den Aufgabenkreis der Betriebsräte fallen. Betriebsverbesserungen, vornehmlich auch die Frage der wissenschaftlichen Betriebsführung und des Taylorsystems, werden fortan nur im Einverständnis mit der Arbeiterschaft sich lösen lassen. Ihre Mitwirkung ist für eine Umstellung und Neueinrichtung nicht zu umgehen. Auf diesen Gebiete ist ein wirtschaftlicher Fortschritt im Sinne besserer Ausnützung des Stoffes, des Transportes, der Zeit und der Arbeitskraft bei verständnisvollem Zusammenarbeiten aller Beteiligten allerdings möglich. Sie ist andererseits freilich nötig. Einmal zwingen die gesetzliche Zeitverkürzung des Achtstundentages, sodann die hohen Nominallöhne ohnedies dazu, in jedem einzelnen Falle mit geringeren absoluten Kosten höhere Realerträge herauszuwirtschaften. Alle Rationalisierung des Betriebes setzt aber verständnisvolles Mitgehen der Arbeiterschaft voraus: Verstehen der neuen Methoden, Anpassen der Hand an die Aufgaben, Vermeiden unnützer Bewegungen, Sparen an toter Zeit und toten Kosten<sup>1)</sup>. All das verlangt dauerndes SichEinstellen der Arbeiter. Der Betriebsrat bedeutet weit mehr als der ehemalige Betriebsausschuß, dem nur ein kleiner Aufgabenkreis zuerkannt war. Natürlich besagt die rein formale Schaffung solcher Betriebsräte noch nichts über ihre tatsächliche Gestaltung und Wirksamkeit. Es soll die Möglichkeit nicht bestritten werden, daß in technischer Beziehung die Arbeiter leicht sehr konservativ wirken können und Neuerungen sich wenig zugänglich erweisen, wie das Beispiel der englischen Gewerkschaften zeigt.

<sup>1)</sup> Darüber habe ich geschrieben in „Vortragen zur künftigen Finanzwirtschaft“ (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 156, II) und sodann „Neue Wege der Wirtschaft“, Leipzig 1918.

Anders steht die Frage, ob die Arbeiter eines Betriebes unmittelbar am Gewinn beteiligt werden können. Abgesehen werden soll ganz von der Frage, in welcher Art von Betrieben eine Gewinnbeteiligung überhaupt möglich und durchführbar erscheint. Sie ist es nur in Betrieben mit gleichem Absatz, gleichartiger Produktion und gleichartiger, sehr hochstehender Arbeiterschaft, wie dies bei Zeiß-Zena tatsächlich der Fall ist<sup>1)</sup>. Auch bei solchen Betrieben besteht die Schwierigkeit in dem Unterschied zwischen dauernden Gewinnarbeitern und vorübergehend angenommenen Lohnarbeitern. Aber es wird erklärlich, daß manche gutgelohnten Arbeiter dem Tarifgedanken ablehnend gegenüberstehen und sich viel lieber auf die Umgestaltung des eigenen Betriebes selbst verweisen: vornehmlich unter dem Gesichtspunkt der Gewinnbeteiligung. Diese würde, wie es scheint, imstande sein, den Profit wesentlich zu beschneiden und den Mehrwert des Unternehmens direkt an die Arbeiterschaft abzuführen. Unternehmerlohn und eine geringe Vergütung für Aufsichtsräte würde neben der normalen Verzinsung des Kapitals bestehen bleiben, das übrige aber unter die Arbeiter verteilt werden. Das scheint manchem die Folge des Räteystems werden zu sollen. Indessen bedeutete das eine rein individualistische Lösung des Problems. Eine bestimmte, ausgewählte Arbeiterkategorie würde am Betrieb interessiert, der ihr auch allein zugute käme. Es möchte das der realistischen Behandlung solcher Fragen, wie sie etwa seitens der englischen Arbeiter befolgt wurde, am ehesten entsprechen. Die Betriebsgemeinschaft von Arbeitern und Unternehmern würde dadurch gleichmäßig an möglichst hohem Gewinn interessiert sein und entsprechend vermutlich auch an hohen Preisen. Letzteres ist am bedeutsamsten. Das Gewinnstreben würde dadurch unmittelbar die Arbeiter ergreifen. Ob freilich in Deutschland diese letzteren Folgen eintreten dürften, ist aus politischen Gründen ungewiß. Man braucht an sich Sozialismus nicht immer unter der deutschen Flagge zu betrachten, die für die englisch-amerikanische Sinnesart von vornherein nicht paßt. Gewinnbeteiligung bedeutet jedoch nirgends eine soziale Lösung der Lohnfrage, geschweige denn, daß damit überhaupt das Verteilungsproblem im ganzen berührt wird. Eine andere Erwägung kommt noch hinzu. Es würde die durch Gewinnbeteiligung erlangte Mehreinnahme für die einzelnen Arbeiter-

<sup>1)</sup> Die Vorschläge von R. Wilbrandt im „Vorwärts“ vom 9. Dezember 1918 sind davon natürlich auch getroffen; sie sind mehr gefühlvoll-romantisch als sozialökonomisch gedacht. Auffallenderweise schlägt auch die Sozialisationskommission in ihrem „vorläufigen Berichte“ S. 39 für den Kohlenbergbau „Beteiligung am Ertrage“ vor.

kategorie sehr unerheblich sein. Verführt durch das Schema von Marx, der in seinen Beispielen rein hypothetisch vorzugsweise die halbe Tagesleistung als Mehrwert annahm, wird seitens der Arbeiter allgemein der individuelle Mehrwert erheblich überschätzt.

Geheimrat Deutsch von der A. G. G. hat berechnet, daß bei 66 Aktiengesellschaften mit zusammen  $2\frac{1}{2}$  Milliarden Mark Kapital, die im Durchschnitt des letzten Jahrzehntes 10 % Dividende verteilten, entfallen seien<sup>1)</sup>: 215 Millionen Mark auf Dividende, 217 für staatliche, kommunale und soziale Lasten, 1425 auf Löhne. Erstere macht also 13 % der übrigen Posten aus. Verteilt man die ganze Dividende auf Arbeiter und Angestellte, so erhält jeder 270 Mark als Anteil des gesamten Mehrwertes. Da sie bisher im Durchschnitt 1945 Mark Arbeitslohn empfangen, so macht also die Verbesserung nur  $\frac{1}{7}$  des Lohnes aus. Wenn man die Verzinsung des Kapitals mit 4 vom Hundert in Abrechnung bringt, so bleiben nur noch 115 Millionen Mark Mehrwert übrig. Auf jeden Arbeiter entfallen 147 Mark gleich  $7\frac{1}{2}$  % des Lohnes: das beträgt für die Arbeitsstunde ganze 5 Pfennig mehr. Das ist alles, was bei Verteilung des Mehrwertes<sup>2)</sup> herauskommt. Eine lächerlich kleine Summe, die wirklich von keiner grundstürzenden Bedeutung ist. Dabei liegen hier abnorm günstige Verhältnisse vor, da kaum viele Gesellschaften durchschnittlich eine so hohe Dividende verteilen können. Wie August Müller berechnet<sup>3)</sup>, würde vor dem Kriege bei einer reiflosen Verteilung aller Reingewinne auf jeden Arbeiter im Durchschnitt überhaupt nur 100 Mark mehr entfallen; bei 3000 Arbeitsstunden in der Stunde etwa 3 Pfennig. Offenbar bedeutet die Gewinnbeteiligung oder auch die Wegbesteuerung des Mehrwertes *ceteris paribus* keine Lösung des Verteilungsproblems. Der Mehrwert ist eben im Verhältnis zu der Masse der Lohnempfänger nicht groß genug, als daß seine bloße Verteilung ohne Änderung der übrigen Verhältnisse viel ausmachen könnte.

Über noch eine andere wichtige Folgerung ergibt sich daraus: auch die Menge der realen Güter, auf die die Arbeiter bei einer gleichen Verteilung des Einkommens Anspruch erheben können, ist nicht groß genug. Der Konsum der wohl-

1) Deutsche Wirtschaftszeitung Nr. 10 vom 15. Mai 1919.

2) Es bedeutet keinen Einwand, daß auch in dem festen Bestandteil des Kapitals bereits früherer „Mehrwert“ steckt. Wenn dieser aus den Produktionskosten fortfällt, so muß auch der Kostenpreis der Produkte sich niedriger stellen.

3) August Müller, a. a. O., S. 78 — auch bei anderen Grundzahlen würde doch das Verhältnis das gleiche bleiben.

habenden Schichten beträgt nicht so viel, daß durch deren Beseitigung der einzelne Arbeiter erheblich mehr an realen Gütern erhalten würde. Es kommt natürlich immer nur auf das reale Einkommen, nicht auf die nominale Höhe des Geldlohnes an.

Die Gewinnbeteiligung brächte also im günstigsten Falle, wenn nämlich die Preise der Waren die gleichen blieben, nur eine sehr geringere Verbesserung der Lebenslage mit sich. Es würde von vornherein durch das System nur ein verschwindender Teil der Arbeiter Vorteil haben. Die große Mehrzahl würde leer ausgehen. Das ist der Haupteinwand: das Prinzip läßt sich überhaupt gar nicht verallgemeinern. Es versagt mit Notwendigkeit in dem Augenblicke, wo es auf alle angewandt werden soll. Ein gesellschaftlicher Mehrwert an sich ist in jeder Gesellschaftsordnung nötig<sup>1)</sup>. Er dürfte künftig um so nötiger werden, weil die Aufgaben der Gesellschaft gegenüber den einzelnen außerordentlich wachsen werden. Der einzelne Arbeiter empfängt ja in jedem Augenblick von der Gesellschaft eine ganze Menge von Aufwendungen: Schule, Rechtsschutz, Gesundheitspflege, öffentliche Einrichtungen bis zur Straßenbeleuchtung herab. Sein individueller Konsum wird ergänzt durch soziale Aufwendungen. Die aber müssen von vornherein durch Verkürzung des Arbeitslohnes mitgetragen werden. Jeder Arbeiter hat eben durch seine Arbeit gleichzeitig gesellschaftlichen Mehrwert zu erzeugen — gleich ob dieser durch die Hände der Unternehmer geht oder unmittelbar an die Gesamtheit abgeführt wird. Er hat durch seine Arbeit nicht nur unmittelbar sich und seine Familie sowie die unproduktiven Glieder der Gesellschaft zu erhalten. Vielmehr muß er auch für die allgemeinen Ausgaben der Gesamtheit, an denen er beständig teilnimmt, beisteuern. Mit anderen Worten, er muß täglich so viel Stunden Mehrarbeit leisten, die über sein individuelles Einkommen hinausgehen. Wenn er über eine gepflasterte Straße geht, so hat er schon dafür Mehrstunden zu „frohnden“. Er muß außerdem für die Ausweitung des Produktionsapparates Mehrarbeit mit leisten, die erst in Zukunft Früchte trägt, von der er aber unmittelbar gar nichts hat<sup>2)</sup>.

Betriebsräte bedeuten Demokratisierung der Gewerbe und Verwirklichung der konstitutionellen Fabrik. Sie können daneben auch auf Intensivierung des Betriebes, Auswahl des Personals, wissenschaftliche Betriebs-

<sup>1)</sup> „Mehrwert“ ist hier natürlich im uneigentlichen Sinne gemeint.

<sup>2)</sup> Über die naive Vorstellung Neuraths a. a. O., der glaubt, daß eine kommunistische Lebensordnung ohne Wert- und Preisberechnung auskommen könne, brauche ich mich hier nicht auszulassen. Es gehört in den Bereich der „Utopistik“, die freilich zahlreiche Anhänger hat.



führung und Verbesserung der Arbeitsmethoden Einfluß gewinnen. Insofern kommt ihnen allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung zu. Sie können freilich auch jene hemmen. Die letztere Gefahr liegt sehr nahe, wenn damit persönliche Unbequemlichkeiten und keine Verbesserung der Lohnungsmethoden verbunden sind. Dagegen bedeutet die Beteiligung der Arbeiter am Gewinn und Reinertrag lediglich eine individuelle Besserstellung einiger Betriebsarbeiter, keine Hebung der Gesamtlage der Arbeiter überhaupt selbst. Sie vermag höchstens einzelne Arbeitergruppen individuell herauszuheben und dadurch differenzierend auf ihr Einkommen zu wirken. Materiell nicht sehr bedeutungsvoll, stellt sie formell keine Bergesellschaftung des Mehrwertes dar, sondern eher das Gegenteil; nämlich die unmittelbare Hineinziehung des Arbeiters in die kapitalistische Ordnung. Dabei ist es eine Frage für sich, ob diese „Sozialisierung“ sich nicht weit zweckmäßiger auf dem Wege der Besteuerung zugunsten der Allgemeinheit erreichen ließe.

## II. Überführung „reifer“ Gewerbe in die Hände der Gesamtheit: „Vollsozialisierung“.

Weit stärker in die Augen springt und darum weit mehr erörtert ist die zweite Gruppe von Maßnahmen, die man wohl als „Vollsozialisierung“ bezeichnen kann. Wir verstehen darunter die restlose Überführung einzelner, besonders „reifer“ Gewerbe in die Hände der Gesamtheit: entweder durch einfache Verstaatlichung, indem Reich oder Gemeinde einzelne Gewerbebetriebe gänzlich übernehmen, wie das bisher schon oft genug geschehen ist. Oder in der Form, daß selbständige halb öffentliche Wirtschaftskörper gebildet werden: Zwangssyndikate mit öffentlichem Charakter oder Gesamtorganisationen einzelner Gewerbebezweige wie des Kohlenbergbaues. Welche von beiden Formen gewählt wird, bleibt die Frage von Zweckmäßigkeitserwägungen. Es ist zu untersuchen, was das wirtschaftlich für die Erhöhung des Produktionsertrages und für die Ausgleichung bzw. Erhöhung des Produktionsanteiles bedeutet. Wir betrachten zuerst die Verstaatlichung.

Gewöhnlich begreift man unter sozialisierungsreifen Gewerben solche, bei denen auch ohnedies die Konzentration und die Zusammenballung in wenigen Händen weit vorgerückt ist. Als Muster dient immer das Kohlenyndikat. Andererseits kommen solche Gewerbebezweige in Betracht, die erst neu geschaffen werden und von vornherein monopolistischen Charakter haben, wie die Luftstickstoffgewinnung, die Kraftversorgung oder der Schleppdienst auf den deutschen Binnenwasserstraßen. Damit ver-

knüpft sich überhaupt der Gedanke der staatlichen Ausnutzung eines faktischen Monopols, wie bei den natürlichen Bodenschätzen. Diese gehören an sich der Allgemeinheit und sind erst aus historischen Gründen der privaten Ausbeutung überantwortet<sup>1)</sup>. Nächst dem Kohlenbergbau, sowie dem Kaliwären außerdem zu nennen: Verkehrsunternehmungen der Städte, elektrotechnische Industrie, mindestens die elektrische Kraftversorgung des Landes, ferner Versicherungswesen und Hypothekenbanken, ev. gewisse Zweige der chemischen Industrie. Eine mehr oder weniger straffe Kartellierung kann vorangehen, muß es aber nicht. Seltener genannt als sozialisierungsreif werden die Banken und die transsozeanische Dampfschiffahrt, obwohl in beiden die Konzentration weit genug gediehen ist. In Betracht kämen noch etwa die Apothekerei und die Milchversorgung, beide vorwiegend als kommunale Angelegenheit. Absehen möchten wir dabei von den weitergehenden Vorschlägen des sächsischen Dreimännerprogramms<sup>2)</sup> oder von den Versuchen Neuraths in Bayern, die die direkte Herbeiführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung „auf kürzestem Wege“, um mich so auszudrücken, bezweckten. Dabei setzt die Verwirklichung einer Überführung der einzelnen Gewerbezweige in die Hände der Allgemeinheit natürlich eingehende Untersuchungen voraus, die bisher zum guten Teil fehlen. So läßt sich ohne genaue Kenntnissnahme des Versicherungswesens und der Hypothekenbanken ein Urteil über ihre Verwirklichung nicht abgeben.

Am weitesten gediehen sind solche Untersuchungen beim Kohlen- und beim Kalibergbau. Am wenigsten Schwierigkeit macht die Sozialisierung bei der Luftstickstoffherzeugung, bei der Kraftgewinnung und -versorgung. Letztere müssen neu geschaffen werden, und ein Staatsmonopol ließe sich hier wie beim Schleppdienst leicht erreichen. Durchführbar erscheint die Verstaatlichung bei einzelnen Zweigen des Handels, so beim Getreide-, Petroleum-, ev. Zuckerhandel, ev. noch bei der einen oder anderen Art, wenn man von dem Gedanken öffentlicher Einfuhrsyndikate für Rohstoffe

---

<sup>1)</sup> Über das Bergbaumonopol und die Verstaatlichung des Bergbaues ist sehr viel geschrieben worden, außer den bekannten Abhandlungen von Hue, Georg Gothein, Eberhard Gothein (Schriften des Vereins für Sozialpolitik) noch Edmund Fischer a. a. O., sodann „Vorläufiger Bericht der Sozialisierungskommission über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues“ 1919 und Bruno Habicht, Beitrag zur Frage der Sozialisierung der Montanindustrie, 1919.

<sup>2)</sup> Neurath-Rtanold-Schumann, aufgeführt in den genannten Schriften von Neurath.

ganz abzieht<sup>1)</sup>. Dabei ist eine ganze Reihe von Fragen den Volkswirtschaftlern seit länger bekannt. Sie sind unter dem Namen der „Finanzmonopole“ öfters erörtert, für einzelne Zweige, wie Tabak, Streichholzfabrikation, Spiritusverkehr, sind sie auch tatsächlich schon verwirklicht. Ebenso haben die Kommunen zum Teil aus finanziellen, zum Teil aus sozialpolitischen Gründen gleichfalls eine Kommunalisierung vieler Betriebe durchgeführt, nur daß man das ehemals nicht „Sozialisierung“ nannte<sup>2)</sup>. Hatte doch Deutschland selbst noch im Kriege das Spiritusmonopol 1918 verwirklicht. Man sieht schon aus dieser Aufzählung, daß im Sinne der „Reifeit“ eigentlich nur wenige Gewerbe in Betracht kämen, bei denen die Konzentration hinreichend weit vorgeschritten ist. Andererseits wird manchmal gerade wegen der vorhandenen Zersplitterung (Tabak, Spiritus, Kali) die Überführung in den Staats- bzw. Sozialbetrieb befürwortet. Wir halten uns bei unserer vorläufigen Betrachtung vorwiegend an den Kohlenbergbau.

Es kann sich bei dieser Vollsozialisierung um etwas Doppeltes handeln. einmal um die Übernahme der Verwaltung selbst, sodann um die Abtretung des Besitzes dieser Gewerbe. Wir können von „sozialisierter Verwaltung“ und von „sozialisiertem Besitz“ sprechen. Letzterer erscheint als das bei weitem Einfachere. Er würde, wenn die Verwaltung im Grunde unverändert bliebe, auf eine steuer- und finanzpolitische Maßnahme hinauslaufen. Diese Art Sozialisierung wird besonders auf die Gewerbe zutreffen, die sich mit Ausbeutung der Bodenschätze — Kohlen, Kali, Erze, Wasser — abgeben. Dabei scheidet die Frage der Entschädigung (bzw. der Enteignung) hier aus, obwohl sie vor allem für die künftige Rentabilität eine entscheidende Bedeutung erlangt. In der Art der Abfindung kann sich bereits ein sozialer Gesichtspunkt äußern: ob man nur die heutigen Besitzer und ev. ihre Söhne oder auch die

<sup>1)</sup> Auch die Frage des Getreidemonopols ist öfters erörtert. So von H a i n i s c h in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 156, sodann B l a n k e n s t e i n, Finanzquellen I, Getreidemonopol; außerdem E d m u n d F i s c h e r a. a. O.

<sup>2)</sup> Der Zusammenhang sozialer Finanzmonopole mit Sozialisierungsabsichten ist in der ganzen Finanzliteratur dauernd behandelt; zuletzt bei L o z, Finanzwissenschaft. Neuerdings wird dieser Zusammenhang jedoch über Gebühr vernachlässigt. Ausführlich handelt darüber wieder F i s c h e r. Allerdings begnügt sich der letztere mit der Darstellung und Durchführung der Maßnahmen selbst. Betrachtungen über die wirtschaftliche Tragweite, über die Wirkungen auf Produktion und Verteilung sowie über die Notwendigkeit einer bürokratischen Mitwirkung finden sich nicht. Wirtschaftliche Gesichtspunkte fehlen überhaupt durchgängig bei der Mehrzahl der einschlägigen Schriften.

Rente selbst abfindet, also ob Vollabfindung des Besitzes oder Individualabfindung der Besitzer. Allerdings dürfte die Tatsache der Besitzübernahme bald auch eine sozialisierte Verwaltung als notwendige Folge nach sich ziehen. Das ergibt sich als Konsequenz. Warum und in welcher Form?

Wenn die verschiedenen privaten Besitztitel, die heute den Betrieb bestimmen, fortfallen, so ist an sich die Möglichkeit eines Zusammenlegens mehrerer Werke gegeben. Denn es hat offenbar keinen Sinn, wenn derselbe Besitzer (Staat) Betriebe von minderer Rentabilität aufrechterhält. Diese könnten und müßten vielmehr stillgelegt werden. Möglicherweise wird ein größerer technischer und wirtschaftlicher Fortschritt damit erzielt werden, daß bei Preisfestsetzung auf jene keine Rücksicht mehr genommen zu werden braucht. Vorausgesetzt natürlich, daß der zentralisierte Betrieb gleich leistungsfähig ist. Allerdings würde die Wirkung auf die Arbeiterverhältnisse für die Übergangszeit genau so ungünstig sein wie bei der Privatindustrie: Proletarisierung von Arbeitern, die durch die Konzentration überflüssig werden, zumal wenn sich die Werke an verschiedenen Orten befinden. Es ist die erneute Schaffung einer industriellen Reservearmee mit all ihren Folgen. Vorwiegend brauchte das nur die Übergangszeit zu betreffen, während im übrigen gerade die dadurch erzielte Intensivierung der Betriebe eine Hebung der wirtschaftlichen Kräfte herbeiführen könnte. Beschränkt man sich demnach auf die Überführung des Besitzes unter Beibehaltung der privaten, unternehmungsweisen Verwaltung, so würde das von vornherein auf bloße Sozialisierung der Gewinne hinauslaufen. Nur würde hier im Unterschied von jener ersten Form der Gewinnbeteiligung nicht eine einzelne Arbeitergruppe, sondern tatsächlich die Gesamtheit daran beteiligt. Es würden die Erwerbseinkünfte des Staates dadurch wesentlich vermehrt. Es ist also im Grunde eine besondere Form der Finanz- und Steuerpolitik; vom fiskalischen Standpunkt käme dabei alles auf die Höhe der Entschädigungen an. Man kann sich eventuell auch damit begnügen, die besondere Differentialrente aus Grund und Boden fortzubesteuern bzw. zu „sozialisieren“, indem man dadurch eine besonders krasse Form des Renteneinkommens an der Quelle trifft<sup>1)</sup>. Das ist die eine Möglichkeit der Vollsozialisierung, die sich aus der bloßen Abtretung des Besitzes als Konsequenz ergibt.

Soll aber gleichzeitig auch mit der Sozialisierung der Verwaltung Ernst gemacht werden, und das scheint mir die notwendige Folge zu sein,

---

<sup>1)</sup> Dies ist der Vorschlag der Minderheit der Sozialisierungskommission, der dort eingehend begründet wird. Vgl. „Vorläufiger Bericht“, S. 22f.

so entsteht eine Reihe von weiteren Problemen. Dabei ist es ganz gleich, ob der Staat unmittelbar jene übernimmt, oder ob man eine besondere Kohलगemeinschaft oder ähnliche Körperschaften zu diesem Zwecke ins Leben ruft<sup>1)</sup>. Das private Kohलगyndikat bedeutete bei aller strengen Organisation, die ihm bezüglich Umfang der Produktion sowie Preis und Absatz der Waren eigen war, doch Fortbestehen der individuellen Einzelverwaltung jeder Kohलगzeche. Eine sozialisierte Verwaltung bedeutet demgegenüber prinzipiell etwas anderes: eben eine Gemeinschaft aller vorhandenen Betriebe. Nicht anders, wie die einzelnen Betriebsämter der Eisenbahn zwar für sich verrechnen und einer Direktion unterstehen, aber doch im ganzen eine gemeinsame Zentralverwaltung haben. Einen bürokratischen Apparat, darüber soll man sich nicht täuschen, braucht auch die Kohलगemeinschaft wie jede andere Körperschaft ähnlicher Art in stärkerem Maße als das ehemalige Syndikat.

Was bedeutet nun aber diese Sozialisierung der Verwaltung in Wirklichkeit? Seitens der Arbeiter und Angestellten würde jedenfalls eine stärkere Berücksichtigung ihrer Interessen gefordert werden. Das stellen sie sich in der Mehrzahl der Fälle als „Sozialisierung“ vor, daß sie unmittelbar dabei besser fahren. Begreiflich genug. Rein ideelle Momente sind in der Regel nicht stark genug, um große Bewegungen nach dieser Richtung auszulösen; die Maßnahmen sollen vielmehr schon im gegenwärtigen Leben etwas bringen. Auf den Genuß zu verzichten und nur für die Enkel zu arbeiten, übt geringe Werbekraft aus. Wenn die Verwaltung der sozialisierten Betriebe im übrigen die gleiche bliebe, die Lohnhöhe nicht wesentlich stiege, so haben die Arbeiter und Angestellten unmittelbar kein stärkeres Interesse daran, wer den Mehrwert, d. i. den Überschuß der Preise über die Produktionskosten an sich, einsteckt. Demokratisierung des Betriebes wird ja ohnedies allenthalben vorhanden sein — im vollsozialisierten Betrieb kaum mehr als anderwärts. Die Betriebsräte der sozialisierten Werke würden jedenfalls darauf bestehen, daß der Gewinn in der Hauptsache an die Arbeiter selbst abgeführt wird. Sonst hätten sie ja nur den Herrn gewechselt, eventuell das Mitverwaltungsrecht erweitert; die Ausbeutung der einzelnen Arbeiter bliebe aber dieselbe. Welches war denn der leitende Gedanke der Vollsozialisierung? Das Gewinnstreben sollte fortfallen. Nicht darauf dürfe es ankommen, Überschüsse und Mehrwert für den privaten Besitzer zu schaffen. Wenigstens diese sozialisierten Betriebe müßten lediglich vom gemeinwirtschaftlichen

---

<sup>1)</sup> Vorschlag der Mehrheit der Sozialisierungskommission.

Gefichtspunkt geleitet werden: Überschüsse für das private Kapital erscheinen nicht mehr nötig. Damit entfielen allerdings auch ein Gewinn für den Staat oder die Kohलगemeinschaft. Es würde scheinbar in diesem Gewerbezug wirklich „Gemeinwirtschaft“ herrschen, zumal dann, wenn die Betriebsräte in weitgehendem Maße mitzusprechen hätten. Das allein wird die anderen Arbeiter zur Nachahmung reizen, wenn ihre eigenen Aussichten im ganzen verbessert werden und sie jetzt Herren im eigenen Hause des sozialisierten Gewerbes würden. Das ist die zweite Konsequenz.

Hier aber gilt nun das unter I Gesagte. Es würde nämlich lediglich eine besondere Arbeitergruppe individuell herausgehoben. Diesmal erhielten rund 600 000 Bergarbeiter einen etwas höheren Lohn. Die Allgemeinheit aber hätte keineswegs viel davon, wenn eine einzelne Arbeiterkategorie nominell besser gestellt wäre als früher. Im Gegenteil müßten die übrigen wegen Entganges an Steuern und Kapitalbildung seitens der früheren Bergwerksbesitzer nun ihrerseits den Verlust durch Mehrlasten aufbringen. Es bedeutete dies also nur eine Verschiebung des Nominaleinkommens zugunsten der sozialisierten Bergarbeiter, aber zuungunsten der Allgemeinheit. Wir lassen es dahingestellt, ob nicht schon dieses Resultat des Aufsteigens gewisser Arbeitergruppen erwünscht wäre. Vielmehr versuchen wir nur, uns die wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen deutlich zu machen. Die Bevorzugung einer einzelnen Arbeitergruppe, und sei sie auch so bedeutsam wie die der Bergarbeiter, denen man eine Besserstellung gewiß wünscht, würde für die Gesamtheit der übrigen direkt ungünstige Folgen haben. Denn es müßte nun der Anteil dieser Gruppe an den allgemeinen Aufwendungen von den übrigen Arbeitern mitgetragen werden. Der Egoismus dieser Gruppe würde einer wirklichen Sozialisierung entgegenstehen, ohne daß dabei jene selbst in ihrem Arbeitslohn sehr gehoben würde. Dazu, das sagten wir vordem, macht die Aufteilung des Mehrwertes unter die Arbeiter dieses Gewerbezeuges im Verhältnis zur Allgemeinheit nicht genug aus. Danach kann also die sozialisierte Verwaltung einzelner Gewerbezeuger wie des Kohlenbergbaues keine sehr weittragenden Folgen für die Allgemeinheit haben.

Andererseits kommt bei der Frage der sozialisierten Verwaltung das oft erörterte Problem der Staatsregie in Betracht. Die Anhänger des Systems sehen in der Tatsache eigener öffentlicher Unternehmungen, wie Post, Eisenbahn, Bergwerke, schon einen hinreichenden Beweis für die Zuträglichkeit des Systems<sup>1)</sup>. Ebenso sei durch die in vielen Ländern vor-

<sup>1)</sup> So Goldscheid, Staatskapitalismus oder Staatssozialismus, der neuerdings zu einer vollständigen Staatsvergottung neigt; sodann Edm und

handenen Monopole auf Tabak, Spiritus und andere Gegenstände erwiesen, daß Staatsverwaltung sehr gut neben der privaten bestehen könne. Meistens wird jedoch von Anhängern der Sozialisierung zugegeben, daß dem nicht so sei: staatliche Verwaltung wirtschaftlich schlechter, kostspieliger und weniger ertragreich als die private. Man kann sich auch nicht gut damit trösten, daß eine künftige Bureaufratie schon einsichtsvoller und ökonomischer wirken werde. Diese Betrachtung verkennt das Wesen einer selbständigen und das einer bureaufratischen Leitung. Zudem handelt es sich gerade um Gegenwartsprobleme. So ist denn auch die Sozialisierungskommission einstimmig zu dem Ergebnis gelangt<sup>1)</sup>: „Jegliche Ausdehnung der staatlichen Betriebe ist unökonomisch und daher abzulehnen.“ Darum wünscht man eine private Verwaltung beizubehalten: in der Form der „deutschen Kohlegemeinschaft“ und anderer wirtschaftlicher Betriebskörper. Das würde auch aus finanziellen Gründen erwünscht sein, vor allem bei einem so wichtigen Gewerbe wie dem Kohlenbergbau.

Will man sich in sozialisierten Betrieben eine Einnahmequelle schaffen, so muß man ihre Ertragsfähigkeit nach Möglichkeit steigern, d. h. man wird gerade das Gewinnstreben, den Profit, zum Angelpunkt dieser Betriebe machen, wenn und weil sie der Allgemeinheit nützlich sein sollen. Mit dem Unterschiede freilich, daß die Nutznießer dieses Gewinnstrebens nicht die individuellen Besitzer, sondern die Gesamtheit ist. Es ist eine Art von „fiskalischem Sozialismus“ — eine alte Sache mit neuen Namen.

Hier aber sehe ich einen gewissen Antagonismus, eine ökonomische Antinomie, die durch noch so schöne Worte nicht verdeckt sind. Zwei Möglichkeiten bestehen: entweder bleiben nämlich private Verwaltungsgrundsätze mit bloßer Gewinnbeteiligung des Staates und der Allgemein-

---

Fischer, Das sozialistische Werden, der sich mit der rein formalen Übernahme begnügt. Dazu Eulenburg, Von Staatsregie, Sozialisierung und anderem in „Deutsche Politik“, Heft 11—12 (1919). Hué sucht für den Kohlenbergbau die größere Rentabilität der Staatsbetriebe zu erweisen. Er wird aber von dem einstimmigen Botum der Sozialisierungskommission widerlegt.

<sup>1)</sup> Vorläufiger Bericht S. 5. Allerdings kommt noch ein Zusatz: „solange nicht die völlige Loslösung dieser wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates von seiner politischen und verwaltungsmäßigen, solange nicht der Bruch mit den bureaufratischen Praktiken in den wirtschaftlichen Betrieben des Staates erfolgt“. Der Satz ist reichlich dunkel und unklar, wie sich denn überhaupt der „vorläufige Bericht“ keineswegs durch scharfe Formulierung auszeichnet. Offenbar wird das Wesen jeder Bureaufratie verkannt.



heit. Sozialisiert man sozusagen nur den Ertrag, so wird die Beeinflussung seitens der Zentrale immer gering sein. Bestehen bliebe auf diese Weise allerdings die Beweglichkeit, die Selbstverantwortlichkeit und damit auch der Eigenvorteil des Unternehmens. Auf Anpassungsfähigkeit, schnellste Entschlußfähigkeit, Selbsteinsicht, Auspähen der besten Methoden, Einschlagen neuer Wege beruhte gerade das Wesen der energetischen Unternehmung. Das bedeutet, daß man das Hineinreden der Zentrale, das Binden an bestimmte Richtlinien, die Befolgung von obersten Leitfäden hier nicht brauchen kann. Diese Art „Sozialisierung“ schlägt dann ungefähr in das Gegenteil um. Sie ist rein privatwirtschaftlich gerichtet; möglichst ausgedehntes Verwertungstreiben des Kapitals ist ihr Zweck. Höchste ökonomische Leistungsfähigkeit wird bis zu einem gewissen Grade immer einer gemeinwirtschaftlichen Regelung widersprechen. Das ist die eine Möglichkeit sozialisierter Verwaltung.

Oder aber, man wünscht eine bestimmte Richtungsgebung (mag sie von einem staatlichen Kohlenamte oder von einem öffentlichen Kohlendirektorium ausgehen): Rücksichtnahme auf die Verbraucher bez. der Preise, Schonung der Kohlenvorräte für die Zukunft, besonders hohe Entlohnung der Arbeiter, entsprechend niedrigere des Direktoriums. Man wünscht auch in den verschiedenen Betrieben Befolgung einheitlicher Grundsätze, man wünscht eine vorgeschriebene und im öffentlichen Interesse gehaltene planmäßige Leitung der Wirtschaft. Dann kann man offenbar Privatverwaltung nicht gebrauchen; die läßt sich nun einmal nach solchen Grundsätzen nicht regeln. Die öffentliche Leitung würde den Kohlenbergbau nicht als privates Gewinnunternehmen, sondern als eine öffentliche Angelegenheit behandeln sollen. Sie setze nicht nur eine Zentralinstanz voraus, sondern auch eine dauernde Kontrolle und Beaufsichtigung, Leitung und Bindung durch eine oberste Wirtschaftsbehörde (Kohlendirektorium) mit öffentlichem Charakter. Das private Syndikat läßt den einzelnen Betrieben trotz allem eine weit größere Freiheit, als eine Kohlengemeinschaft oder gar eine Staatsregie jemals dürfte. Man vergesse doch nicht, daß eine Kohlengemeinschaft, die Arbeiter und Unternehmer zugleich umfaßt, an sich ebenso egoistisch denkt und handelt wie das bisherige Einzelunternehmen. Nur mit dem Unterschied, daß jetzt auch die Arbeiter an dem Gewinn interessiert sind. Mithin dürfte ihre Macht und ihre Profitgier, die den eigenen Genossen direkt zugute kommt, sich noch weit stärker entwickeln, falls hier nicht von oben eingegriffen würde. Dem müßte nun die sozialisierte Verwaltung entgegensteuern, indem gemeinwirtschaftliche Grundsätze befolgt werden. Dann haben wir aber wieder die alte un-

ökonomische Folge der Staatsregie, der wir gerade entgehen wollten. Das ist die zweite Möglichkeit, die sich aus einer Vollsozialisierung ergibt. Die Dinge haben eben ihre eigene Dialektik, die oft genug mit unseren Absichten wenig übereinstimmt.

Der Kohlenbergbau ist bisher am meisten durchgearbeitet und seine künftige Organisation am besten gesichert. Hier liegt der Gedanke an die Überführung in die Hände der Gesamtheit sehr nahe. Sie hat hier am ehesten Aussicht auf Verwirklichung und läßt sich auch zweifellos am leichtesten durchführen. Dabei scheiden wir die heikle Frage der Trennung des Kohlenbergbaues von anderen zusammenhängenden Betrieben noch ganz aus. Trotzdem besteht gerade hier jenes sehr schwierige Dilemma. Privatverwaltung und Sozialisierung lediglich des Gewinnes bedeutet Beibehaltung des privatwirtschaftlichen Systems auf Kosten der eigenen Arbeiter zugunsten der Volksgesamtheit, bedeutet zugleich aber auch Verzicht auf planmäßige Leitung. Staatsregie andererseits könnte eventuell die eigenen Arbeiter besser stellen, ließe eventuell eine planmäßige Behandlung der Kohlenschätze, ihres Verbrauches, der Preisstellung wie des Absatzes vornehmen: würde aber nach allgemeinem Urteil zugleich sehr unökonomisch sein und wirtschaftlich keinen Fortschritt darstellen. Um eine deutliche Entscheidung handelt es sich dabei: Entweder — oder. Man kann eben nicht gut in Einem das energetische Prinzip des freien Unternehmungsgeistes, das immer ein privatwirtschaftliches Mehrwertstreben in sich tragen wird, wollen und gleichzeitig staatliche Verwaltung mit planmäßiger Bindung fordern. Gemeinwirtschaftliche Verwaltung nach privaten wirtschaftlichen Grundsätzen ist nun einmal ein Widerspruch in sich<sup>1)</sup>. Wenigstens innerhalb des kapitalistischen Systemes, mit dem wir es zunächst noch zu tun haben. Beides schließt sich *toto coelo* aus. Wenn man bei der praktischen Verwirklichung, wie es wohl der Fall sein mag, ein Kompromiß schließt, so verhindert man gleichzeitig beides.

Am allerwenigsten darf man sich jedoch einbilden, wie es als die Meinung vieler erscheint, von hier aus unser Wirtschaftsleben im ganzen stark beeinflussen zu können. Sogar in der Preisbildung — das wird meist ganz verkannt — würde sich eine Staatsregie wie eine Kohलगemeinschaft im Prinzip nicht gar so weit von der bisherigen Gepflogen-

<sup>1)</sup> Dieser Widerspruch zwischen freier Initiative, individueller Verantwortlichkeit, die man für unerlässlich hält, und den Forderungen der Gemeinwirtschaft, die jene notwendig hemmen muß, besonders deutlich im „Vorläufigen Bericht der Sozialisierungskommission“, S. 13.

heit unterscheiden. Das heißt, die Preise müssen einmal auf die Selbstkosten der schwächsten Werke Rücksicht nehmen, wenn diese fortbestehen sollen. Andererseits haben die nationalen Preise auf die Weltmarktpreise zu achten und sich denen anzupassen. Die bloßen Verbraucher pflegen das gerne zu übersehen. Deklamationen, denen man hier besonders häufig begegnet, sind leider keine Gründe. Im ganzen wird der Einfluß der Sozialisierung eines einzelnen Gewerbezweigs, und sei es auch die des Kohlenbergbaues, auf die Gesamtwirtschaft ganz erheblich überschätzt, solange im übrigen das privatwirtschaftliche System weiterbesteht.

Vollsozialisierung reifer Betriebe dürfte ökonomisch nur dann eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit und damit des Güterquantums darstellen, wenn gerade das privatwirtschaftliche Gewinnstreben beibehalten wird. Dabei kann freilich der Mehrwert ausgenutzt werden, indem der Überschuß der Gesamtheit anheimfällt. Es ist nur eine besondere Form der Besteuerung. Das Verteilungsproblem selbst wird auf diese Weise der Lösung keinen Schritt näher gebracht. Das Realeinkommen wird davon überhaupt gar nicht betroffen. Will man aber andererseits wirklich eine Besserstellung dieser besonderen Arbeiterkategorien erzielen, so muß man alle weitergehenden Pläne aufgeben: darf weder für die Gesamtheit einen nennenswerten Überschuß erzielen noch eine fortschreitende Ökonomisierung der Betriebe selbst in die Wege leiten.

### III. Stärkere Beteiligung der Gesamtheit am Wirtschaftsleben überhaupt: Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen.

Aber man braucht bei der Durchführung sich nicht auf einzelne Gewerbezweige und Betriebe zu beschränken. Vielmehr bleibt der Gedanke maßgebend, daß die „Vollsozialisierung“ nur den Anfang bedeutet; andere Industrien würden folgen, wenn sie dazu „reif“ sind. Wann indessen werden sie das? Das Tempo der Konzentration im Gewerbe vollzieht sich weit langsamer, als Marx ursprünglich annahm. Aber kann man den Prozeß nicht beschleunigen, indem man überhaupt den Anteil des Staates bezüglich der Gemeinden vermehrt? Damit schaffte man eine Form, die als Übergang zur späteren Entwicklung betrachtet werden könnte. Das „Werden der sozialistischen Ordnung“ braucht sich nicht auf einem Wege zu vollziehen. Das führt auf den Gedanken einer allgemeinen Beteiligung der Gesamtheit am Wirtschaftsleben überhaupt. Nicht die Arbeitsgemeinschaften der Arbeiter und Unternehmer dürften dabei in Frage kommen: die möchten in der Hauptsache sozialpolitische Fragen ihres Gewerbes behandeln, also Tarifverträge, Lohnstreitigkeiten, Arbeits-

frieden, Durchführung der Schutzgesetzgebung. Wohl aber kann daran gedacht werden, die Zahl der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen, wie die Reichsbank eine ist, zu vermehren. Im Hintergrund steht die Erwägung, auf diese Weise den Einfluß der Gemeinwirtschaft zu stärken. Dem könnte in doppelter Weise Rechnung getragen werden. Einmal durch Realabtretung bestimmter Gewerbebranche und Betriebe, sodann durch Schaffung von Zwangssyndikaten, denen bestimmte Richtlinien gegeben werden.

Der erstere Gedanke ist als finanzielle Maßregel verfochten worden gelegentlich der Vermögensabgabe <sup>1)</sup>. Sie soll darin bestehen, daß gewisse Vermögensteile in natura abgetreten werden. Von vornherein würde man mit Vorteil nur solche Betriebe auswählen, die bisher wirtschaftlich rentabel waren; die Auswahl würde auch die Art der Gewerbebranche berücksichtigen. Es ist ein Gedanke, der in ähnlicher Form zuerst bei Louis Blanc sich findet, jetzt aber, wie es scheint, leichter verwirklicht zu werden vermöchte. Dadurch würde das Reich in den Teilbesitz von Betrieben gelangen. Es besteht des ferneren auch die Möglichkeit, einzelne Werke ganz zu erwerben. Eine Enteignung, wie das österreichische Sozialisierungsgesetz sie vorschlägt, vermöchte diesen Weg zu beschleunigen und auf alle mögliche Arten von Betrieben ausgedehnt zu werden. Es könnten ebenso Schuhfabriken wie Eisenwerke, Verkehrsunternehmungen wie Bankgeschäfte auf diese Weise verstaatlicht werden. Man darf sehr wohl von „Staatskapitalismus“ sprechen. Der Natur der Sache nach eignen sich nur größere Werke dazu. Dabei kann die Weiterbehandlung verschieden geschehen: am ehesten durch Anteil am Besitz und Gewinn, der dadurch der Allgemeinheit zugeführt wird, statt in die Hände der Privatunternehmer zu fließen. Es würde also wesentlich auf eine Reichsreingewinnabgabe hinauslaufen. An dem Unternehmen selbst würde sich wenig ändern. Weiter, Angestellte, Arbeiter würde in derselben Stellung belassen und weiter durch Privatverträge mit dem Unternehmen verbunden bleiben. Nur mit dem Unterschiede, daß das Geschäft für Auftrag und Rechnung des Reiches geführt würde. Es liegt auf der Hand, daß diese Form der Sozialisierung nicht vor bestimmten einzelnen Gewerbebetrieben halt zu machen brauchte, sondern weitergehen kann. Die Wißelsche Denkschrift hatte für die reine Vermögensverwaltung dieses Staatsbesitzes die Einrichtung einer „Vermögensbank“ geplant <sup>2)</sup>. Man könnte auf diese

<sup>1)</sup> So von Jastrow, Gut und Blut fürs Vaterland, 1918; Goldscheid, a. a. O., Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums.

<sup>2)</sup> Siehe Anmerkung 3 auf S. 32.

Weise versuchen, wie es einst L. Blanc dachte, der Privatindustrie Konkurrenz zu machen. Nehmen wir als Beispiel den Erwerb leistungsfähiger Schuhfabriken. Der private Unternehmer würde auch nachdem die Leitung des Unternehmens in Händen haben. Dabei ließe sich die Fabrikation vereinfachen, indem sie auf Massenfabrication eingestellt würde und den Absatz durch Konsumgenossenschaften oder bestimmte Verkaufsstellen betriebe. Man würde so eine Sozialisierung von der Produktions- und Absatzseite aus in Verbindung mit den Genossenschaften vornehmen. Es würde durchaus die Form eines gemischtwirtschaftlichen Unternehmens sein, wie die Porzellanmanufaktur oder Reichsdruckerei es sind, übertragen auf gewisse größere und umfassendere Produktionszweige. Im Gegensatz zu der reifen Vollsozialisierung würden in erster Linie nicht Produktionsmittelindustrien, sondern vielmehr gerade die der Fertigerzeugnisse Gegenstand der Sozialisierung werden. Jene blieben aber nicht ausgeschlossen. Der Gedanke selbst war in der Wiffelschen Denkschrift nicht durchgeführt, da man sich hier auf eine reine Vermögensverwaltung beschränkte. Die Form der Privatunternehmung würde gewahrt sein. Die der Produktivgenossenschaft, die an sich für solche sozialisierten Betriebe naheläge, hat sich bisher zu wenig bewährt, als daß sie dafür groß in Betracht zu ziehen wäre. Wohl aber würde die Verbindung mit Konsumvereinen und Absatzgenossenschaften in Frage kommen. Eventuell könnten diese an der Leitung mitbeteiligt werden und dadurch einen Teil „Gemeinwirtschaft“ verwirklichen<sup>1)</sup>. Das Gewinnstreben als Stimulans bleibt bestehen. Auch eine bürokratische Verwaltung wird nicht notwendig werden, da der Betrieb unter Verantwortung der Leiter für Rechnung des Reiches bzw. der beteiligten Genossenschaften geschähe.

Welches würde die volkswirtschaftliche Wirkung sein? Die individuellen Arbeitergruppen würden als Produzenten keine besonderen Vorteile haben. Wir nehmen an, daß das System der Betriebsräte und der konstitutionellen Fabrik sich überall durchsetzte, die Methode der Gewinnbeteiligung aber aus anderen Gründen sich nicht als durchführbar erwiese. Insofern würde also keine erhebliche Änderung in den Werken eintreten. Technisch könnte allerdings eine gewisse Vereinfachung erfolgen, indem die Herstellung sich auf gewisse Massenfabrikate spezialisierte. Normalisierung etwa der Schuhe

<sup>1)</sup> Charakteristischerweise tritt in der Mehrzahl der Vorschläge der Genossenschaftsgebände wiederum gänzlich zurück, kaum daß er erwähnt wird. Dafür überwiegt gänzlich der Staat und seine Funktionen. Darüber die Leitsätze von Staudinger in Beck, Wege und Ziele, S. 82. Berücksichtigung findet er dagegen bei Kautsky, Soziale Revolution.

auf wenige Nummern, Typisierung der Formen ließe sich anstreben. Möglicherweise ließen sich durch Stilllegung einzelner und Vergrößerung anderer Betriebe wirtschaftlich neue Vorteile wahrnehmen. Zweckmäßige Verteilung der Standorte würde hinzukommen. Es könnte also billig fabriziert werden. Die Produkte würden, weil der Absatz direkt an bestimmte Geschäfte, Konsumvereine und Genossenschaften geschähe, bei gleicher Qualität preiswerter sein. Es würde ein großer Absatz von bestimmtem Umfang gewährleistet werden, der keinem großen Risiko unterläge. Denkbar wäre es immerhin, daß dann andere Betriebe verwandter Art freiwillig ihre Werte an das Reich abträten. Ich mag den Gedanken nicht weiter ausmalen, der ganz im Verfolge einer solchen Vermögensabgabe bestände. Der Gewinn würde natürlich dem Reich bzw. Staate zufallen und eine besondere Einnahmequelle darstellen. Das ist offenbar ein Hauptmotiv für das Vorgehen: den Standpunkt des energetischen Unternehmers mit der Sozialisierung des Gewinnes und der Verbilligung des Absatzes zu verbinden. Zwang würde gänzlich vermieden sein, auch bürokratische Verwaltung fortfallen, öffentliche Kontrolle nicht nötig werden. Vielmehr wird nur der Gewinn auf der Einnahmeseite des Reichsetats zu buchen sein.

Offenbar kommt es auf den Umfang solcher übernommener Betriebe an, wie groß ihre Bedeutung wird. Die Möglichkeit, auf diese Weise gewisse Industriezweige zu sozialisieren, wenn dabei ein Staatsbetrieb vermieden wird, braucht nicht geleugnet zu werden. Untereinander würden die Werke den Wettbewerb ausschalten, würden den Absatz unter sich verteilen. Allerdings die Produktionsweise müßte und würde im Prinzip rein kapitalistisch sein, nur daß sie für Rechnung des Reiches und der Gemeinschaft geschieht. Es würde an Absatzpreisen gespart; auch könnte Vereinfachung der Produktion Platz greifen. Der Gewinn kann möglicherweise den normalen privaten übertreffen und die Produktion trotzdem verbilligt werden. Vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft würde das Realeinkommen und der Reallohn der Arbeiter relativ dadurch steigen, daß gewisse Massenprodukte preiswert abgegeben würden. Es ist eine Form der Sozialisierung, die allerdings gewisse Grenzen in sich selbst hat. Es eignen sich nur bestimmte Industriezweige mit einem Massenabsatz, wie Bekleidungsgegenstände, Baumaterialien, Küchengeräte, dazu. In allen Betrieben, die einen ausländischen Absatz haben, würde eine nicht geringe Schwierigkeit bestehen, ebenso dort, wo starke Modeschwankungen des Absatzes vorhanden sind. Noch eines ist dabei zu bemerken und für die Zukunft im Auge zu halten: die völlige Übernahme eines ganzen Gewerbezweiges durch das Reich würde auf diese Weise nur sehr langsam vorstatten



gehen, solange die Privatindustrie daneben besteht und neue Geschäfte sich gründen können. Die entstehende Konkurrenz ist die Achillesferse des Vorgehens, falls man nicht die Neugründungen solcher Gewerbebetriebe konzessionspflichtig machen will. Offenbar kommt gerade hier alles auf die energetische Leitung an. Sie müßte genau so wie bei der privaten Unternehmung stark am Gewinn beteiligt sein, ohne doch dabei den Arbeitern höhere Löhne gewähren zu können. Vollends eine einheitliche Organisation des ganzen Gewerbebezweiges würde dadurch nicht erreicht werden, da eben nur einzelne Betriebe der Sozialisierung unterliegen. Immerhin scheint mir auf diesem Wege noch manches durchführbar zu sein, was eines weiteren Durchdenkens bedarf.

Die Form der gemischtwirtschaftlichen Unternehmung läßt sich aber auch auf ganz andere Weise erreichen, nämlich in Anknüpfung an die schon vorhandenen Syndikate. Freilich wäre Bedingung dafür, daß sie überall dort, wo ihre Bildung hinreichend fortgeschritten ist, einen Zwangscharakter erhielten. Nur dann können ihnen auch öffentlich-rechtliche Funktionen zugewiesen werden. Es leuchtet von vornherein ein, daß keineswegs in sämtlichen Gewerbebezweigen sich solche Zwangssyndikate durchführen ließen, sondern vorwiegend nur in denen der Halbfabrikate und Rohstoffe, während die fertige Industrie dafür sich nicht eignet. Versuchte man anders vorzugehen, so würde man die schwersten Enttäuschungen erleben. Der privatwirtschaftliche Charakter der Syndikate und der ihnen angeschlossenen Betriebe würde jedenfalls durchaus bestehen bleiben. Ebenso jedenfalls auch die Isoliertheit der einzelnen Syndikate, die nur für ihr eigenes Gewerbe zu wirken hätten. Ein Kartellamt würde freilich die Überwachung des Ganzen vornehmen und ein einvernehmliches Handeln in die Wege leiten. Allerdings ist durch diesen Zwangscharakter, den die Kartelle wohl oder übel erhalten müßten, eine wesentliche Änderung ihrer Struktur zu gewärtigen. Wir heben einige Punkte hervor.

Einmal würden ihre bisherige Selbstregulierung und Anpassungsfähigkeit an die geänderten Verhältnisse, denen mit Ablauf des Kartellvertrages immer von neuem Rechnung getragen wird, dadurch sehr leicht erstarren. Es hat schon seinen guten Sinn, daß die Kartelle nur auf eine Reihe von Jahren abgeschlossen und dann erneuert werden. Vorausichtlich würde den Zwangssyndikaten das selektorische Element ganz abgehen, das ihnen jetzt noch eigen ist. Die kleineren und schwächeren Werke erhalten ohnedies durch das Kartell einen besonderen Schutz. Wenn sie nun sogar „zwangsweise“ angeschlossenen sind, würde ihre Erhaltung ein Stück Kartellpolitik werden. Sie würden stärker als bisher Preise und Produktion



bestimmen. Das müßte gerade dann der Fall sein, wenn die Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht bekämen. Denn natürlich wollen jene ebenfalls erhalten werden. Den konservativen Charakter jeder solchen Zwangsorganisation dürfen wir nicht verkennen. Ich glaube, man übersieht allgemein zu sehr, daß das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter künftig ein stark konservatives Element im Gewerbe darstellen wird. Natürlich ist jede Stilllegung bzw. Betriebsänderung mit großen Ungelegenheiten für die betroffene Arbeitergruppe verbunden: bei dem starken Solidaritätsgefühl der Arbeiter würde das nach Möglichkeit verhindert werden. Der Arbeiter ist in allen Fragen der Wirtschaft sicherlich sehr wenig revolutionär. Der einzelne Unternehmer steht in dieser Beziehung viel freier als der zwangsweise sozialisierte. Es ist schwer vorstellbar, daß von dem Rechte der Stilllegung, des Ankaufes, des Aufsaugens durch andere Betriebe dann noch viel Gebrauch gemacht werden sollte, selbst wenn den Kartellen die Befugnis dazu eingeräumt wird. In diesem konservativ-antiselektorischem Momente scheint mir eine nicht geringe Gefahr der Zwangssyndizierung für den industriellen Fortschritt zu liegen.

Sodann würden die Zwangssyndikate künftig einen maßgebenden Einfluß auf die Schutzzölle ausüben, um die Preise hochzuhalten. Es würden ihnen gewisse Preisfestsetzungen garantiert werden, und dafür würde dem Reiche ein Anteil am Kartellgewinn zufließen<sup>1)</sup>. Gerade darum, weil der Kartellgewinn zum größten Teil sozialisiert und an die Gemeinschaft abgeführt wird, würde aus finanziellen Gründen der Staat an dessen Höhe interessiert sein: Gewinn um jeden Preis, aber zum Besten der Volksgesamtheit. Mit Notwendigkeit erhalten dadurch alle Probleme einen stark finanziellen Anstrich. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, daß die Kartelle selten den ganzen Betrieb beherrschen, sondern stets nur einzelne Produkte. Man scheint vielfach zu übersehen, daß nur sehr wenige Kartelle wirkliche Betriebskartelle darstellen, sondern meist nur Waren- und Verkehrskartelle sind. Sie berühren die Produktion nicht kartellierter Waren desselben Betriebes gar nicht. Das bekannteste Beispiel ist die Kartellierung der A-Produkte im Stahlwerksverband, der die übrige Erzeugung derselben Werke unbeeinflusst läßt. Dasselbe gilt aber auch von der Mehrzahl der andern Syndikate. Man muß sich nicht immer die Steinkohle zum Muster nehmen, wo die Sache anders liegt. Darum ließe im allgemeinen auch ein Zwangssyndikat

<sup>1)</sup> So der Vorschlag des schlesischen Großindustriellen Caro in mehreren Denkschriften. Der Gedanke liegt aber auf dem Wege des Zwangssyndikates überhaupt.

für die übrige Produktion dem Leiter noch eine große Bewegungsfreiheit und Ausdehnungsmöglichkeit, weil nur ein gewisser Teil des Betriebes von den Kartellen wirklich erfaßt wird. Dadurch aber müßte eine Regelung der Gesamtproduktion sehr erheblich erschwert werden.

Die Zwangssyndikate vermöchten andererseits durch Absatzorganisation in stärkerem Maße als bisher den Handel zu ersetzen oder von sich abhängig zu machen. Wieweit dadurch eine wirkliche Ersparnis an unproduktiven Aufwendungen herbeigeführt wird, kann nicht allgemein bestimmt werden. Ebenso wenig der Einfluß auf den Aus- und Einfuhrhandel der kartellierten Gewerbe. Auch hier dürfen wir nicht, wie es so leicht geschieht, die mit jeder Organisation verbundene Bureaukratisierung, die unproduktive Kosten verursacht, übersehen. Der Außenhandel wird sich kaum syndizieren lassen, da hier alles auf die Initiative des Kaufmanns ankommt. Doch könnte eventuell ebenso wie beim inneren Absatz möglicherweise das eine oder andere Glied gespart werden. Die Funktionen des Handels selbst müssen freilich erfüllt und ihre Kosten getragen werden. Ferner könnten die Syndikate durch Normalisierung und Typisierung die Erzeugnisse in weitem Maße einheitlichen. Es könnte bei Erneuerung der Kartellverträge auf die Innehaltung gewisser Mindestleistungen hingewirkt werden und dadurch eine Erhöhung der Produktion eintreten. Wahrscheinlich ist das freilich nicht. Das Bedenken bleibt vielmehr immer bestehen, daß durch sie die zufällig vorhandenen Werke eine Verewigung erfahren, daß Sozialisierung gerade vom Standpunkt der beteiligten Arbeiter als Erhaltung ihrer Stellung aufgefaßt wird. Weiter erlangen Staat und Allgemeinheit durch ihre Beteiligung notwendigerweise ein Interesse am Gewinnstreben und Plusmacherei. Man wird kaum die finanzielle Tragweite von der wirtschaftlichen ganz trennen können. Es ist stets mit Gegenwartsaufgaben zu rechnen, so daß bei einer halböffentlichen Verwaltung niemals sehr radikal vorgegangen werden kann. Vielmehr wird das kapitalistische System nunmehr ein Glied der Volksgesamtheit und der Arbeiterschaft selbst.

Die Sozialisierung würde nur darin bestehen, daß das Reich bzw. das Kartelldirektorium, in dem natürlich Arbeiter und Angestellte vertreten sein müßten, ein Mitbestimmungsrecht über die Erzeugung erhält: also bei der Preisnormierung, bei Bestimmung des Umfangs der Produktion, der Absatzregelung, der Schaffung eigener Absatzorgane. Die sozialpolitische Seite würde durch Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten gewahrt werden, das Interesse der Allgemeinheit durch Anteil am Gewinn und durch billigen Absatz gewisser Erzeugnisse an ärmere Bevölkerungsschichten.

Diese Zwangssyndikate lassen das Verteilungsproblem wiederum ganz unbeeinflusst. Die Gewinnbeteiligung des Reiches ist keine solche Lösung. Auch auf das Gesamterträgnis der Volkswirtschaft würde dadurch kaum sehr erheblicher Einfluß ausgeübt werden — gerade wegen ihres Zwangsscharakters. Wenn sie den Wettbewerb auf ihrem Gebiete ausschalten, so mögen manche seiner Nachteile verschwinden. Andererseits hemmen sie aber auch dessen Vorzüge. Es fragt sich vom Gesamtstandpunkt aus, welches von beiden überwiegt.

Deutlich ist endlich, daß die Zwangssyndikate leicht einen Übergang bilden zur „Vollsozialisierung“, deren Tragweite wir vordem auseinandersetzen. Nur würden sie sich in Unterschied von jenen „reifen“ Betrieben jetzt auf weit mehr Gewerbebezüge erstrecken. Bisher ist man über die Aufstellung von Forderungen noch nicht weit hinausgekommen, ohne konkrete Vorschläge zu machen, vor allem ohne den inneren Zusammenhang der Erscheinungen zu klären. Der wirkliche Einfluß dieser gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen auf die Umgestaltung der Gesellschaft darf indes nicht überschätzt werden: ihre eigene Wirksamkeit ist vom Standpunkt der Gütererzeugung zwiespältig und, wie wir sahen, voll innerer Widersprüche. Eine Lösung bringen sie offenbar nicht.

Zimmerhin bedeuten sie einen Schritt auf dem Wege zur „Organisation der Volkswirtschaft“, die bei den anderen Formen der Sozialisierung kaum in Frage kam. Sie erhält das privatwirtschaftliche System aufrecht, um es stärker mit dem Interesse des Volkes und der Allgemeinheit zu verbinden. Aber auch wenn dem Kapital der private Erwerbscharakter entzogen wird, bleibt doch das Verwertungstreiben der Produktivmittel selbst bestehen, das notwendig „kapitalistische“ Konsequenzen nach sich zieht.

#### IV. Änderungen der Wirtschaftsverfassung durch planmäßige Leitung des Ganzen: Gemeinwirtschaft.

Die bisherigen Wege der Sozialisierung liefen darauf hinaus: entweder einzelnen Arbeitergruppen einen größeren Nominalertrag vom Reingewinn zu gewähren, oder den Einfluß der Arbeiter auf die Betriebsleitung zu stärken und sie mitverantwortlich zu machen, oder den Staat in größeren Besitz von Vermögen zu setzen, oder endlich einen Einfluß der Allgemeinheit auf einzelne Produktionsvorgänge zu gewährleisten. Es blieb bei alledem zweifelhaft, wieweit dadurch die Hauptsache, nämlich die Hebung der produktiven Kräfte, in nennenswertem Umfange erreicht wird. Alle jene Maßnahmen lassen nicht nur die ganze Eigentumsordnung grundsätzlich unberührt, sondern im wesentlichen auch die Leitung des

Produktionsprozesses selbst. Ebenso bleibt die ganze Organisation der Volkswirtschaft, die wesentlich auf Selbststeuerung eingestellt ist, in bisheriger Weise bestehen. Gerade auch die Übernahme schon „reifer“ Unternehmungen und Gewerbezeige schließt eigentlich eine größere Umstellung der Wirtschaft aus. Wenn nur solche Industriezweige vom Staate übernommen werden, die ohnedies schon eine weitgehende Konzentration oder ein natürliches Monopol bzw. eine mehr oder weniger vollständige Vertrustung besitzen, so besagt dies: die Entwicklung selbst wird völlig den immanenten Kräften der Wirtschaft überlassen. Es wird damit im Grunde ein passiver Standpunkt eingenommen. Man vermeidet, von Gemeinschafts wegen aus eine Neuorganisation vorzunehmen. Wo die gesellschaftlichen Kräfte die Entwicklung zum Großbetrieb und die Konzentration nicht herbeigeführt haben, da ist offenbar noch nicht jenes Stadium erreicht, von dem Marx spricht: „Neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoße der alten Gesellschaft selbst ausgebaut sind.“ Gerade die Überführung ohnedies reifer Gewerbezeige in die Hände der Gesellschaft läßt den Aufbau der Volkswirtschaft im ganzen unverändert. Die gegenteilige Meinung erscheint durchaus unbegründet. Es bedeutet eine gewisse Verlegenheit, wenn man sich auf diese „reifen“ Betriebe beschränkt, alle andern aber sich selbst überlassen will. Es spricht sich ein deutliches Mißtrauen darin aus, als wenn die Gesamtheit von sich aus willkürlich den Entwicklungsprozeß zu beschleunigen oder auch nur eindeutig zu regeln und bewußt zu beeinflussen vermöchte. Nur das von uns so bezeichnete dritte Stadium der Übernahme aller möglichen Betriebe durch den Staat oder die Schaffung von Zwangssyndikaten könnte eine teilweise Durchbrechung dieses Grundsatzes der Passivität gegenüber der Entwicklung darstellen: aber doch auch nur in beschränktem Maße. Alles das bedeutet noch keine Gesamtorganisation der Volkswirtschaft.

Hierin scheint sich nun eine grundsätzlich andere Auffassung anzubahnen. Dazu führt einmal die allgemeine Höherwertung der Staatsstätigkeit überhaupt, die mehr merkantilistische Denkweise der Wirtschaftspolitiker schon vor dem Kriege. Ebenso kommt die zunehmende Rationalisierung unseres Denkens dem stark entgegen. Vernunft scheint auch „vernünftige“ Leitung der Wirtschaft vorauszusetzen und das Unvernünftige ausschalten zu müssen. Andererseits hatte aber der Krieg auch tatsächlich eine weit ausgedehnte Umstellung vorgenommen und der Wirtschaft einen zwangsläufigen Charakter verliehen. Es liegt daher nahe, die alte Entwicklung überhaupt für abgeschlossen zu halten und an den neuen Zuständen als

einem Seienden anzuknüpfen. Allerdings wird der Umstand dabei leicht übersehen, daß der Friedenszustand schon durch den freien Verkehr mit dem Auslande und durch die zunehmende Mannigfaltigkeit der Bedürfnisse anders gekennzeichnet ist<sup>1)</sup>. Die Kriegswirtschaft war nur auf das eine Ziel des Durchhaltens eingestellt, das nunmehr ganz fortfällt. Gleichwohl wirkt die ganze Denkweise fort. Endlich hat durch die Anteilnahme der Arbeiterklasse an der Regierung der Staat selbst ein anderes Gepräge erhalten. Aus dem Obrigkeitsstaat wird der Volksstaat. Darum kann versucht werden, die Wirtschaft im Interesse der Gesamtheit nach bestimmter Richtung mehr zu überwachen. Die breite Masse wird immer für eine solche stärkere Beeinflussung des Lebens durch den Staat zu haben sein, wie das schon Lassalle betont hatte. So treffen sich mehrere Motive in dem gleichen Gedanken zunehmender Staatsstätigkeit und planmäßiger Regelung der Wirtschaft. Trotzdem besteht ein theoretischer Widerspruch zwischen jener autonomen Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der bewußten Richtungsgebung durch Staats- und Volkswillen.

Die Überführung reifer Betriebe in die Hand des Reiches und der Gesellschaft bedeutet noch keine bewußt planmäßige Leitung der ganzen Volkswirtschaft. Man wird auf diese Weise voraussichtlich noch Generationen brauchen, bis neue Gewerbezweige „reif“ werden. Jene würde beispielsweise die gesamte Stoffverwertung wie die Arbeitsmethoden, die Verteilung der Betriebe wie das Verhältnis zur Ausfuhr im ganzen ziemlich unbeeinflusst lassen. Am allerwenigsten vermöchte sie weitgehendere Folgen für eine einheitliche Leitung der Volkswirtschaft zu zeitigen. Das gilt selbst von der Kohlenwirtschaft, deren Bedeutung nach dieser Richtung wesentlich überschätzt wird. Wo soll dieser Einfluß auch herkommen? Sogar die staatliche Preisbeeinflussung dürfte wegen der Internationalität des Kohlenhandels kaum von der bisherigen nationalen Preisbildung sich wesentlich unterscheiden. Noch weniger würde das bei anderen Produkten der Fall sein. Versicherungswesen und Hypothekenbanken würden wohl eine nennenswerte Änderung ihrer Form erfahren; auch beim Kalibergbau würde eine wesentliche Umstellung eintreten. Doch scheinen mir alle drei von keiner grundstürzenden Neuerung für das Ganze der Volkswirtschaft zu sein. Auch die Verstaatlichung bzw. Kommunalisierung der Forsten und Wälder sowie die Übernahme der Stickstoffverwertung würden noch keine planmäßige Wirtschaft bedeuten. Ebenso wenig würden von hier aus

---

1) Richtig die Ausführungen von Kautsky in den Sozialdemokratischen Bemerkungen.

tatsächlich die übrigen Teile des Wirtschaftslebens stärker beeinflusst werden. Eher ist das Gegenteil zu vermuten, daß nämlich jene Betriebe sich grundsätzlich gar nicht vom privatwirtschaftlichen System unterscheiden! Größer dürfte allerdings der Einfluß der staatlichen Kräftezeugung und der Sozialisierung der elektrischen Wirtschaft werden, wie sie jetzt bei uns verwirklicht werden soll. Die Kraftversorgung würde aber auch ohnedies eine bedeutame Neugestaltung herbeiführen<sup>1)</sup>.

Es ist notwendig, sich diese Konsequenzen klarzumachen und vor einer Überschätzung der bisherigen Stufen der Sozialisierung für die Allgemeinheit dringendst zu warnen. Man mag solche sozialisierten Betriebe als „Gemeinwirtschaft“ bezeichnen und in ihnen einen neuen Geist sehen. Der Erfolg würde tatsächlich entweder nur einer besonderen Arbeitergruppe zugute kommen oder auf eine besondere Form öffentlicher Erwerbseinkünfte hinauslaufen. Auch der „Geist“ wird kaum ein anderer werden. Dazu bedarf es eines langsamen Umbildungsprozesses; mit einer plötzlichen Sinnesänderung ist es nicht getan. Anders würde zum Teil wohl nur der Weg der Zwangssyndikate wirken. Aber doch eben nur zum Teil. Demgegenüber kann man nun ernsthaft versuchen, eine wirkliche Leitung der Wirtschaft anzustreben und damit das Produktionsproblem an der Wurzel anzugreifen. Das erscheint dann allerdings geeignet, wirklich die produktiven Kräfte günstig zu beeinflussen: um aus der scheinbar planlosen eine fest vorgeschriebene und nach vernünftigen Grundsätzen geleitete Wirtschaft zu schaffen. Es ist der Weg der Rationalisierung nicht nur im einzelnen Betriebe, sondern in der ganzen Wirtschaftsführung: möglichst Ausschaltung des Zufalls und dafür bewußte Durchorganisation.

Der Gedanke der planmäßigen Wirtschaftsführung betrifft nicht das Verteilungsproblem, auch nicht das der sozialen Macht, sondern das Produktionsproblem. Es bedeutet den Versuch, die Wirtschaft als Gesamtprozeß selbst zu regeln. Bisher hatte der Gedanke immer nur in utopischen Schilderungen oder in sozialistischen Parteiprogrammen ein Dasein geführt. Selbst der Merkantilismus, der eine regelnde Wirtschaftspolitik befolgte, unterstützte gerade die private Initiative, wenn er auch im einzelnen die Produktion vorzuschreiben suchte. Von vornherein wird bei einer einheitlichen Leitung durch den modernen Volksstaat die Arbeiterschaft in entscheidender Weise mitzusprechen haben. Freilich würde eine solche Verwaltung einseitig die Produzenteninteressen zum Ausdruck bringen.

---

<sup>1)</sup> Der Entwurf der elektrischen Wirtschaft ist freilich von einer stärkeren Sozialisierung weit entfernt, da nur die Höchstkraftwerke erfaßt werden.



Es müßten darum auch die Verbraucher sowie unabhängige Personen (die „Wissenschaft“) in der Leitung mit vertreten sein. Dies fordert auch zum Beispiel Kautsky aus der richtigen Erkenntnis heraus, daß bloße Arbeiterinteressen noch keineswegs mit den Interessen der Gesamtheit zusammenfallen<sup>1)</sup>. Ihren Ausdruck hat der Versuch einer Planwirtschaft in der bekannten Wißellschen Denkschrift gefunden. Wir stellen hier den Grundgedanken einer planmäßigen Gesamtorganisation unabhängig von der dort vorgetragenen zufälligen Form dar.

Soweit ich sehe, sind zwei Wege zur planmäßigen Regelung der Wirtschaft an sich denkbar und bisher vorgeschlagen worden. Der eine ist vorgeschrittener Staatssozialismus, d. h. die Leitung der ganzen Wirtschaft geht von einer einzigen Zentralstelle aus<sup>2)</sup>. Sie bestimmt mit einem riesigen Apparat von Statistiken (Universalstatistik Neuraths) den Bedarf und verteilt danach einheitlich die Aufträge an die einzelnen Betriebe, die die Erzeugnisse dann an bestimmte Geschäftsstellen abzuliefern oder unmittelbar an die Verarbeiter weiterzugeben hätten. Dieser Weg scheidet aber wegen seiner Undurchführbarkeit von vornherein aus. Es ist reine Utopie und Phantastik und enthält keine brauchbaren Vorschläge. Das sächsische Sozialisierungsprogramm ist wohl nicht ernst zu nehmen, wenn es auch den Anspruch unmittelbarer Verwirklichung erhebt. Der andere Weg bedient sich bestimmter, schon vorhandener Organisationen oder sucht das Ziel durch Schaffung neuer Wirtschaftskörper zu erreichen, mögen es nun allgemeine Zwangssyndikate, mögen es Selbstverwaltungskörper der Industrie sein. Es sind Vermittlungsorgane, um zielbewußt „die Volkswirtschaft zugunsten der Volksgemeinschaft zu betreiben und gesellschaftlich zu kontrollieren“<sup>3)</sup>. Die Leitung müßte — das unterscheidet diese Form der Sozialisierung grundsätzlich von der vorangehenden — die Gütererzeugung selbst mindestens überwachen und damit das Ganze der Volkswirtschaft zu beeinflussen versuchen. Es würde also eine neue Wirtschaftsverfassung sein, der notwendig auch ein anderer Inhalt eignet. Da die feineren Ausführungen im einzelnen nicht Gegenstand dieser vorläufigen Erörterungen sein können, so werden wir uns auf einige Punkte beschränken.

<sup>1)</sup> Kautsky, Kriegsmarxismus; sodann Referat auf dem Kongreß der Arbeiterräte; vordem schon in der „Sozialen Revolution“.

<sup>2)</sup> Dies das sächsische Sozialisierungsprogramm von Neurath-Kranold-Schumann, das der erstere dann in Bayern durchzusetzen versuchte.

<sup>3)</sup> So die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums, S. 181; abgedruckt in „Blutus“ Nr. 23 u. 24 vom 4. Juni 1919.



Es besteht zunächst ein Unterschied, ob eine Wirtschaftsverfassung organisch wächst und sich entwickelt, wie es bisher in aller Geschichte der Fall gewesen ist, oder ob künstlich ein solches Gebilde gemacht und bewußt geschaffen wird<sup>1</sup>. Gerade die Geschichte der Kartelle und Syndikate ist in dieser Beziehung sehr lehrreich. Wie sie erst langsam gleichsam tastend sich bilden, allmählich feste Formen annehmen, bis dann schließlich ein so festes Gebilde wie das Kohlsyndikat hervorgeht. Auch dieses ist noch keineswegs abgeschlossen, sondern bildet sich dauernd um. Andere Kartelle haben überhaupt gar nicht annähernd diese feste Form erhalten und werden auch in der Weiterentwicklung schwerlich jemals dazu gelangen. Das gleiche war ehemals bei den Zünften der Fall, die keineswegs als fertige Bildungen erschienen, sondern dauernd in Umbildung begriffen waren, bis sie dann verknöcherten. Es ist ein erheblicher Unterschied, ob man zwangsweise solche Organe neu schafft, nach denen sich das Leben richten soll, oder ob diese aus dem Leben selbst sich gebildet haben und mit diesem dauernd eine Veränderung erleiden. Solchen künstlichen Bildungen geht von vornherein nur zu leicht die Anpassungsfähigkeit ab, gerade weil sie bewußterweise geschaffen sind. Sie verfallen einer Organisationsstarre um so eher, je feiner sie ausgedacht waren. Der dialektische Prozeß macht vor bewußt geschaffenen Organisationen keineswegs halt; es gibt auch hier eine Heteronomie der Zwecke. Der „Kapitalismus“ war jedenfalls nicht gemacht, nicht aufgebaut und geschaffen, sondern war gewachsen und organisch geworden.

Doch dies sei, wie es wolle. Wir betrachten die einzelnen Maßnahmen, die eine solche Gesamtorganisation schaffen könnte, und lassen es dahingestellt, ob die Neuordnung der Wirtschaft durch Zwangssyndikate, durch Selbstverwaltungskörper oder durch ein zentralistisches Wirtschaftsamt verwirklicht wird. Das Wesentliche ist, daß auch die gedachte Organisation an das Bestehende anknüpft und nur dieses in allen seinen Teilen planmäßig zu regeln unternimmt. Wir betrachten die Aufgabe, die sich eine solche planmäßige Wirtschaftsführung logischerweise stellen kann, daraufhin: ob die produktiven Kräfte und die Gütererzeugung dadurch dauernd gehoben werden, ob andererseits den Arbeitern wie der

<sup>1</sup>) Die philosophische Frage, ob wir aus einem Zustande mehr unbewußten Schaffens in einen solchen des bewußt schaffenden Geistes gelangen, scheidet hier aus. Es ist offenbar der neu erwachende Einfluß Hegels, der das Schwergewicht wieder nach der Seite der Bewußtheit verschiebt, und der sich durch Marx und das sozialdemokratische Programm auf die Politik überträgt. Die notwendige Entwicklung der Willensrichtung zu einer „bewußten“ zu machen, wird im Erfurter Programm geradezu als politische Aufgabe betrachtet.

Gesamtheit ein größerer Anteil am Realertrag zuteil wird. Dabei lassen wir es ausdrücklich dahingestellt sein, ob nicht der materielle Nachteil durch andere immaterielle Werte (Selbständigkeit, Mitbestimmung, Selbstverantwortlichkeit) aufgewogen werden kann. Wir haben es nur mit der ökonomischen Seite des Problems zu tun. Vier Aufgaben könnte eine planmäßige Wirtschaft sich stellen:

- a) Verteilung der Rohstoffe und Herstellung der Güter nach Dringlichkeit des Bedarfs;
- b) Regelung des Absatzes im Inlande und eventuell des Außenhandels;
- c) Einfluß auf die Preisbildung;
- d) Stilllegung und Konzentration der Betriebe, sowie technische Verbesserungen.

Es besteht Einmütigkeit darin, daß nicht der Staat selbst die ganze Wirtschaft in die Hand nimmt und durch Beamte betreiben läßt. Soweit nicht Vollsozialisierung einzelner Gewerbe oder die Einrichtung gemischtwirtschaftlicher Betriebe vorgenommen wird, bliebe das privatwirtschaftliche System in weitestem Umfange bestehen. Man spricht wohl von „Gemeinwirtschaft“ und versteht darunter „die zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft“<sup>1)</sup>. Wir behandeln die einzelnen Teilprobleme, ohne uns über die Art der Durchführung und Realisierung im einzelnen den Kopf zu zerbrechen, obwohl gerade sie schwer genug sein dürfte.

a) Verteilung der Rohstoffe sowie Herstellung der Güter nach Dringlichkeit des Bedarfs. Solange Rohstoffknappheit besteht, liegt es im Interesse des Volkes, auch die kleineren Betriebe über das ganze Land hin zu erhalten, weil sonst eine Stauung der Bevölkerung an wenigen Stellen die Folge sein würde. Diese vorübergehende Zuteilung der Rohstoffe geschieht wesentlich deshalb, um nicht einigen kapitalkräftigen Betrieben allein die Versorgung zu gewährleisten. Ein Verteilungsschlüssel nach der bestehenden Kapazität der einzelnen Betriebe für jedes Gewerbe würde sich ohne große Organisation aufstellen lassen<sup>2)</sup>. Etwas anders wäre aber naturgemäß die dauernde

<sup>1)</sup> Wörtlich die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums, S. 181.

<sup>2)</sup> In der Tagesliteratur scheint ganz übersehen zu sein, daß die alte Kommission für die Übergangswirtschaft einen solchen Schlüssel ausgearbeitet hatte. Der Bezug der Rohstoffe sollte an sich freistehen, aber die Zuteilung nur quotenweise nach der Höhe der Gesamteinfuhr geschehen. Wenn diese zunahm, würde auch automatisch der Anteil und das Bezugsrecht jedes einzelnen Empfängers zunehmen.

Zuteilung der Rohstoffe nach der Dringlichkeit des Bedarfes. Damit soll die Richtung der Produktion überhaupt vorgeschrieben werden. Ich halte das im Grunde allerdings für eine ziemlich unüberlegte Redensart, der recht wenig Anschaulichkeit entspricht. Die „Dringlichkeit des Bedarfes“ im ganzen läßt sich von vornherein nicht einfach bestimmen. Jene hängt in erster Linie ab von der Einkommensgestaltung und der Kaufkraft der Bevölkerung, sodann aber von der Ausfuhrmöglichkeit. Die letztere besteht häufig genug gerade in weniger dringenden Bedarfsartikeln des Luxus und der Qualitätswaren. Eine solche Ausfuhr ist für die ganze Volkswirtschaft weit vorteilhafter als die von Massenwaren. Es gibt eben auch einen nationalen Mehrwert. Spitzen und kostbare Pelze für die Ausfuhr herzustellen, dürfte einen größeren nationalen Mehrwert ergeben als die Ausfuhr von Kohlen und Halbzeug. Andererseits kann schwerlich die vorhandene nationale Industrie allein auf die dringlichen Bedürfnisse eingerichtet werden, weil das eine vollständige Umstellung der vorhandenen Betriebe bedeuten würde. Man wird also auch die Herstellung von Erzeugnissen gestatten müssen, die vom Standpunkt des Inlandskonsums nicht absolut dringend erscheinen. Gardinenfabrikation, obwohl sie weniger dringend ist als die von Hemden, müßte berücksichtigt werden, ebenso die Erzeugung von feinen Metallwaren, obwohl Küchengeräte dringender sind. Sonst stiftet man eine kolossale Verwirrung und Entwertung von festgelegtem Kapital, das man später doch wieder braucht. Nur eine andere Einkommensverteilung und eine Besteuerung der höheren Bezüge kann hier einwirken und eine allmähliche Umstellung auf den Massenbedarf hervorbringen. „Planmäßig“ läßt sich sehr wenig auf diese Weise erreichen.

Andererseits aber überschätzt man allzugern die Bedeutung des nicht dringenden Bedarfes und des Luxuskonsums ganz erheblich. Es bestehen im allgemeinen ganz phantastische Vorstellungen darüber, was wonders für Bedeutung der Luxuskonsum erlangt hat<sup>1</sup>). Es liegt das daran, daß er es ist, der in den Schaufenstern vor allem zur Geltung kommt, und daß seine Zurschaufstellung aufreizend wirkt. In Wirklichkeit macht er aber im Verhältnis zur nationalen Produktion einen geradezu verschwindenden Bruchteil aus. Ein Fortfall dieses würde tatsächlich nur sehr wenig produktive Kräfte freisetzen. Dasselbe gilt übrigens auch für die Reklame: ob darauf über ein Prozent unserer Produktion entfällt? Es ist zu bezweifeln, wenn auch genauere Angaben bisher fehlen. Für die allgemeine Massenherstellung würde durch beides nur wenig mehr an Produk-

<sup>1</sup> Besonders kraß in den Schriften von Walter Rathenau.

tionsmöglichkeiten gewonnen. Das ergibt sich schon aus den früheren Erwägungen, die wir über den Mehrwert anstellten. Wenn im Verhältnis zum Arbeitslohn der Teil des Mehrwertes, der von der bestehenden Klasse wirklich konsumiert wird, nur einen so kleinen Bruchteil ausmacht, so kann auch die Umstellung der Erzeugung auf den dringlichen Bedarf keine so erheblichen Mehrprodukte für die Gesamtheit liefern. Aus dieser Umstellung allein dürfte keine nennenswerte Erhöhung des Güteranteiles herauskommen. Abgesehen von der Schwierigkeit der wirklichen Feststellung dessen, was dringlich ist, abgesehen von der Unmöglichkeit, Produktion für Inland und für Ausfuhr zu trennen, ist auch das Realergebnis einer Umstellung der nationalen Produktion unter heutigen Verhältnissen nicht beträchtlich genug. Es erweckt den Anschein einer wunder wie großen Neugestaltung, ist es aber nicht.

b) Zu zweit käme Regelung des Absatzes unter Ausschaltung „unnützer Zwischenglieder“ in Betracht; sodann Regelung der Ein- und Ausfuhr, die bisher scheinbar ganz zufällig und willkürlich erfolgte. Hier scheint am ehesten anstatt der planlosen Wirtschaft eine vorgeschriebene Regulierung einzusetzen zu können. Die Übersetzung des Detailhandels in vielen Branchen, die überflüssigen Geschäftsreisenden usw. sind oft Gegenstand der Anklage geworden. Zum Teil durchaus mit Recht. Es geschieht freilich schon von selbst manches, um Zwischenglieder auszuschalten: so durch die Syndikate, durch Einkaufsgenossenschaften der Landwirte und einzelner Gewerbe, durch Konsumvereine und Absatzvereinigungen. Vermöchte das indessen nicht ganz planmäßig ins Werk gesetzt zu werden? Durch eine solche wirkliche Gemeinwirtschaft scheinen Kräfte freigesetzt zu werden, die unmittelbare Nützlichkeiten und Gebrauchsgüter herstellen könnten. Verursacht nicht der heutige Weg, in der sehr viele konkurrierende Geschäfte nebeneinander bestehen, in der Niederlagsfreiheit und Gewerbefreiheit den Bedarf vermitteln, zu hohe unproduktive Kosten, die bei planmäßiger Leitung ganz fortfielen? Hier liegt eine weitverbreitete, aber unrichtige Vorstellung zugrunde. Jede zentrale Organisation, gleich ob Amtsstelle oder Selbstverwaltungskörper, hat andere neue Kostenelemente aufzuweisen, kommt aber ebensowenig ohne solche aus wie der private Handel. Denn es bestehen eben ganz bestimmte Funktionen, die unter allen Umständen erfüllt werden müssen, und die bisher der Handel erfüllte. Es ist zuzugeben: oft auf sehr unvollkommene Weise. Welche sind das?

Einmal handelt es sich um Rohstoffe bestimmter Qualität und um bestimmte Warenarten, die der individuelle Kaufmann weit passender

auszuwählen vermag als ein Zwangssyndikat oder ein staatliches Bureau<sup>1)</sup>. Sodann hat der Handel die pflegliche Behandlung der Waren zu übernehmen, auf die es sehr viel ankommt. Eine solche Verwaltung der Waren ist wiederum eine Funktion, die ihm kein anderer abnehmen kann, um Verluste möglichst zu vermeiden. Das hat die Kriegsverwaltung deutlich gezeigt. Weiter kommt das Kreditmoment in Frage; bei Fortfall des Handels müßte für die Zeit des Warenumsatzes das Kapital oder die notwendigen Genußmittelvorräte von anderer Seite vorgestreckt werden: das setzt bedeutende Aufwendungen voraus. Endlich verursacht jede andere Organisation an sich ebenfalls Kosten. Vor allem jede zentralistische Organisation, die notwendig bürokratisch und fachunkundig vorgenommen werden muß, kostet noch mehr. Man hat eben in jedem volkswirtschaftlichen System mit unproduktiven Leistungen zu rechnen, die man voll in Rechnung setzen soll. Die distributive Tätigkeit des Handels an sich muß aber unter allen Umständen ausgeübt werden. Darum erscheint mir die Ersparnis an nationalen Kräften nicht sehr erheblich zu sein, die bei einer einheitlichen Regelung des Absatzes, wie die Planwirtschaft sie vornehmen will, herauspringt. Sicherlich entfallen bei dem gegenwärtigen System in Deutschland zwölf vom Hundert der Bevölkerung allein auf Handel und Verkehr. Aber ob die Zahl der distributiven Kräfte an sich geringer wird, wenn diese Tätigkeit „geregelt“ würde, sieht doch höchst zweifelhaft aus. Noch mehr freilich, ob sie gleich gut und zuverlässig arbeiten wird. Denn man müßte statt der privaten Händler ebensoviele anderes Personal und sachliche Kosten auf den Apparat und die Organisation verwenden. Und vermutlich sogar noch einige mehr. Unproduktive Leistungen hier, unproduktive Leistungen dort: wir müssen sie nun einmal in Kauf nehmen und sie bei einer Sozialisierung erst recht in Rechnung stellen.

c) Ein Einfluß auf die Preisbildung wird vor allem in dem Sinne angestrebt, daß man übermäßige Preise herabdrückt oder durch Betriebsverbesserungen vermindert. Auch hier scheint ein erhebliches Mißverständnis vorzuliegen, das sich aus dem Zustand der Kriegswirtschaft herschreibt. Die Eigentümlichkeit der Abschließung des Marktes und die dadurch erlangte Monopolstellung der Anbietenden kommt in der Friedenswirtschaft wieder in Fortfall. Eine nationale Preispolitik verbietet sich jedoch in dem Augenblick, wo der freie Weltmarkt wiederhergestellt ist. Selbst bei einem noch so stramm organisierten Kartell ist der

<sup>1)</sup> Dazu die unter dem Titel „Der Großhandel und die deutsche Volkswirtschaft“ herausgegebene Schriftenfolge, z. B. Oppenheimer, Großmann, Leidig u. a.

Wettbewerb keineswegs ganz ausgeschlossen. Zudem hat die Handelspolitik Mittel zur Verfügung, um ihn effektiv werden zu lassen. Dieser Umstand gilt auch bei der Mitwirkung der Verbraucher an der Preisbildung: sie würde voraussichtlich von erheblich geringerem Belang sein, als man vielfach mutmaßt. Eine Mitwirkung aller anderen Instanzen vollends würde nur verschwindenden Einfluß auf die Preise auszuüben vermögen. Oder sie würde durch unrichtige Normierung die Produktion hemmen und die ganze Volkswirtschaft schädigen. Der Preis ist nun einmal im privatwirtschaftlichen System, das man ja im übrigen beibehält, der Regulator der Produktion wie des Einkommens und Güterverbrauches. Er beruht auf einem sehr exakt arbeitenden Feinmechanismus, der sich kaum durch einseitige Regelung beseitigen oder wesentlich verschieben läßt, ohne das System selbst ins Wanken zu bringen. Er will darum ganz besonders behutsam behandelt werden.

d) Endlich Standortsänderung und Stilllegung von Betrieben. An sich vermöchte eine Planwirtschaft allerdings unvorteilhafte Betriebe auszuschalten. Wenigstens auf dem Papier. Die unmittelbare Wirkung auf die Arbeiterschaft würde aber, wie schon vorher gesagt ist, eine höchst ungünstige sein. Sie wäre zu ertragen und müßte in Kauf genommen werden, wenn dadurch eine Entlastung der Volkswirtschaft und eine Erhöhung der Erträgnisse einträte. Darum darf sie nur mit allergrößter Vorsicht und ganz allmählich geschehen, wenn eine Zentralstelle die Sache verwaltet. Dabei wären außerdem stets lokale Vorteile und eine gewisse Dezentralisation im Auge zu behalten. Auch hier besteht ein nicht geringer Widerspruch zwischen theoretisch weitestgehender Konzentration der Verwaltung und der damit Hand in Hand gehenden Dezentralisation der Betriebe. Natürlich verursachte die geschaffene Zentralinstanz wieder von neuem unproduktive Aufwendungen, die die Erzeugung mittelbar belasten.

Anderß stünde die Sache, wie ich vorher schon ausgeführt habe, in dem Falle, wo Zwangssyndikate oder Selbstverwaltungskörper der Industrie gebildet würden<sup>1)</sup>. Sie müßten alle möglichen Betriebe des Gewerbezweiges umfassen, auch die kleineren und schwächeren. Das erschien uns vordem als Haupteinwand gegen eine solche Zwangsorganisation der Wirtschaft, daß sie einen bestehenden Zustand zu verewigen imstande ist. Die kleineren und schwächeren Betriebe würden natürlich mitzureden haben. Gerade bei Mitwirkung der Arbeiterschaft würden sie sich einer Still-

<sup>1)</sup> Dies bekanntlich ein Grundgedanke der Wiffelschen Denkschrift.

legung nach Möglichkeit zu widersetzen versuchen: sie verhalten sich darin ganz anders wie die Trusts, die aus privatem Gewinnstreben solche Stilllegungen vornehmen. Diesen großen Unterschied darf man niemals übersehen. Wenn man jedoch eine solche Stilllegung aus gemeinwirtschaftlichen Gründen befiehlt, so würde die Folge wiederum Arbeitslosigkeit sein, die man dem heutigen System der Konkurrenz gerade zum Vorwurf macht. Auch hier also ein schweres Dilemma und ein innerer Widerspruch.

Ähnlich steht es mit der Frage des technischen Fortschrittes. Ob er gerade durch Zwangssyndikate und Selbstverwaltungskörper bei dem Fehlen jeder Konkurrenz am besten aufgehoben wird, kann höchst zweifelhaft sein. Übrigens möchte auch hier sehr oft die Einführung technischer Verbesserungen, vor allem der weitere Ersatz der Menschenarbeit durch Maschinen, wiederum die Wirkung haben, eine industrielle Reservearmee zu erzeugen und mithin den Lohndruck zu vermehren. Ihr dürfte also nur sehr allmählich stattgegeben werden. — Etwas anderes ist es, eine vollständig planmäßig organisierte Wirtschaft auf dem Papier zu entwerfen. Die funktioniert natürlich, wie alle rationellen Konstruktionen, vollständig reibungslos. Sie bedeutet ein „Perpetuum mobile“ der Volkswirtschaft, das es nicht gibt und niemals geben kann. Etwas anderes ist es, im privatwirtschaftlichen System die Durchführung von bestimmten Maßnahmen ins Werk zu setzen und vorher in allen Konsequenzen zu durchdenken. Nur mit letzterem haben wir es hier zu tun. Dabei wird sich freilich auf dem Gebiete der Normalisierung und Typisierung durch Vereinbarungen der Fachverbände und Kartelle unendlich viel erreichen lassen. Hierin scheinen mir die Anhänger des Systems absolut recht zu haben, daß eine Überfülle ganz nebensächlicher und zufälliger Formen, Muster und Modelle zum guten Teil nur aus Konkurrenzgründen entstanden sind, die unproduktive Arbeit bedeuten<sup>1)</sup>. Auch an überflüssigem Ein- und Hertransportieren der Waren könnte sehr gespart werden, wenn der nächste Produzent den Verbraucher aufsucht und umgekehrt (Carey-Dürringsches Problem). Es bleibt die Frage offen, wie weit hier freiwilliger Zusammenschluß, wie weit Zwang und planmäßige Regelung dieses Gebiet am meisten fördert.

Andererseits bringt aber die absolute Konzentration der Betriebe an gewissen Plätzen, die scheinbar höchste Rationalisierung bedeutet, nur teilweise eine Hebung der produktiven Kräfte. Stauung der Arbeiter erzeugt

<sup>1)</sup> Darüber *Gu lenburg*, *Neue Wege der Wirtschaft*. Beispiele bei *Rathenau*, *Neurath*, *Wilbrandt* u. a.

*Schriften* 159. — *Verhandlungen*.



eine unökonomische Zusammendrängung der Bevölkerung, damit Steigerung der Grundrente, bedenkliche Wohnungsverhältnisse, Schwierigkeit der Ernährung, erschwerten Transport. Eine gewisse gleichmäßige Verteilung der Industrie ist darum aus ökonomischen Gründen zweckmäßiger. Sie bringt aber, wie wir sahen, nun andere unproduktive Aufwendungen mit sich<sup>1)</sup>, die in der Natur der Sache liegen. —

Prüfen wir so die einzelnen Maßnahmen, die eine „planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft“ durchführen könnte, kritisch auf ihre Tragfähigkeit, so ist das Ergebnis durchaus nicht eindeutig, falls man versucht, sie aus dem Papiernen in das Wirkliche zu übertragen. Eine nationale Preisregelung ist in einer Zeit weltwirtschaftlicher Beziehungen von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Eine Regelung der Produktion nach der Dringlichkeit des Bedarfes erwies sich nicht als durchführbar, weil diese selbst nicht eindeutig feststeht. Sie würde höchstens bei völliger Verstaatlichung aller Industrie und Landwirtschaft, also bei reinem Kommunismus, möglich sein. Der Luxuskonsum hängt zudem wesentlich von der Einkommensverteilung ab, die von der Organisation gar nicht getroffen wird. Die Regelung des Absatzes hat auf alle Fälle das Moment der inneren Kosten in Rechnung zu ziehen. Sie dürfte sich bei einer bestimmten zwangsläufigen Organisation weit höher stellen als bei freiem Wettbewerb, obwohl hier unproduktive Leistungen ohne weiteres zuzugeben sind. Stilllegung und Konzentration von Betrieben endlich haben ebenfalls doppelte Folgen. Einmal können sie wachsende Verwaltungskosten verursachen, wenn sie über ein gewisses Maß hinausgehen (Gesetz der zunehmenden Generalkosten); andererseits möchten sie die Selbstauslese der Betriebe dauernd hindern. Dagegen werden manche Regiekosten, die nur aus Konkurrenzgründen entstehen, tatsächlich fortfallen. Auch könnten eventuell Normalisierung und Typisierung sowie andere technische Verbesserungen in die Wege geleitet werden, sobald nicht sozialpolitische Momente dies vorübergehend erschweren. Dabei bleibt es eine psychologische Frage, wie weit sich die Dinge durch bürokratische Regelung von oben erzwingen lassen, wie weit eine freiere Gestaltung und das Gewinnstreben des Einzelnen das herbeiführt. Auch das Ergebnis erscheint durchaus strittig und keineswegs eindeutig festzustellen.

<sup>1)</sup> Untersuchungen über die Wirtschaftlichkeit der Trusts stehen noch ganz aus. Auffallenderweise fehlt leider jede konkrete Vorstellung darüber, und es sind nur ganz vage allgemeine Behauptungen aufgestellt. Es ist aber billig zu bezweifeln, daß ihre Wirtschaftlichkeit eine so große ist. Die Ursache der Vertrufung liegt mehr in finanziellen als in rein betriebswirtschaftlichen Momenten.

### V. Vorläufige Zusammenfassung.

1. Wir versuchen die vorläufigen Ergebnisse unserer wissenschaftlichen Betrachtungen in etwas mehr systematischer Weise festzuhalten. Es kann sich dabei nicht um die Kritik von Entwürfen zu einer künftigen Gesellschaftsordnung handeln, sondern nur um die Frage der Tragfähigkeit bestimmter Maßnahmen im heutigen Wirtschaftssystem, ihrer Wirkungen auf die Gesamtheit der Volkswirtschaft, auf deren Gang und Entwicklungsfähigkeit. Dabei ist freilich das politisch-psychologische Moment nicht zu vernachlässigen. Das Bewußtsein der größeren Macht und des mitbestimmenden Einflusses kann die Menschen williger machen, sich den Verhältnissen zu unterwerfen, als wenn sie nur den Befehlen einer bevorzugten Minderheit gehorchen. Das erscheint als der Sinn der modernen Bewegung überhaupt, die Machtverhältnisse von Grund aus zu ändern. Damit wäre die psychologische Möglichkeit gegeben, daß der Mensch sich auf die Verhältnisse anders einstellt als dort, wo reine Herrschaft ausübt wird. Dabei könnte die Notwendigkeit einer Leitung der Wirtschaftsvorgänge durch selbstverantwortliche Unternehmer allenthalben gewahrt bleiben. Der energetische Unternehmungsgeist ist offenbar noch auf lange hinaus die Bedingung für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Solange diese aber nicht vollständig entwickelt sind — und sie sind es noch in keiner Weise —, kann nicht gut von einer rein bürokratischen Verwaltung die Rede sein.

Ein Teil der Sozialisierungsmaßnahmen stellt sich lediglich die Aufgabe, die neue Machtverschiebung äußerlich zum Ausdruck zu bringen. Die Bedingung ihrer Verwirklichung im ökonomischen Sinne aber ist: daß dadurch die Entfaltung der produktiven Kräfte nicht gehemmt oder gar unterbunden wird. Wenn das einträte, so würde die Gesamtheit eine Schädigung, d. h. einen Minderertrag an volkswirtschaftlichen Gütern, erhalten. Auf deren Mehrung kommt es durchaus an. Die Demokratisierung der Gewerbe ist an sich nach dieser Richtung neutral. Sie kann fördern, aber sie kann auch hemmen. Die Möglichkeit, daß durch Mitwirkung der Betriebsräte technisch-organisatorische Maßnahmen unterbleiben, weil dadurch die beteiligte Arbeiterschaft unmittelbar ungünstig getroffen wird (Lohnverkürzung, Mechanisierung der Arbeit, Arbeiterentlassung), ist vorhanden. Dadurch würde die Gesamtheit und die zukünftige Entwicklung geschädigt. Es wird die Frage der tatsächlichen Gestaltung sein, ob die Räteorganisation mehr von einem Geiste, der das gerade Bestehende zu erhalten sucht, oder mehr von einem fort-

schreitenden Geiste der Wirtschaft getragen ist. A priori ist darüber nichts auszusagen. Nur sind beide Möglichkeiten stets im Auge zu behalten, damit nicht schmerzhaftere Enttäuschungen erlebt werden.

2. Soweit die bisher vorgeschlagenen Maßnahmen das Verteilungsproblem betreffen, erscheinen die Wirkungen auf die Gesamtheit nicht sehr erheblich. Es handelt sich dabei ausschließlich, das ist niemals zu vergessen, zunächst nur um eine Änderung des Nominalertrages durch Verteilung des in Geld ausgedrückten Überschusses (Mehrwertes) an die Arbeiter. Es ist möglich, dadurch einzelne Arbeiterkategorien herauszuheben und ihren Nominalertrag zu erhöhen. Das kann geschehen auf Kosten des Einkommensanteils der Besitzenden, also des privaten Konsumtionsfonds. Es kann geschehen auf Kosten künftiger Kapitalbildung und des künftigen Güterumfangs, also des volkswirtschaftlichen Akkumulationsfonds. Es kann endlich geschehen auf Kosten, der für die Allgemeinheit bestimmten Aufwendungen (Abgabefonds): im ganzen also auf Kosten der drei Verwendungsarten, für die bislang die Überschüsse des Mehrwertes bestimmt waren. Letztere beiden Änderungen in der Verteilung würden jedoch für die Gesamtheit ohne jeden Vorteil, ja sogar schädlich sein. Vom Abgabefonds kann nichts fortgenommen werden. Denn die allgemeinen Aufwendungen (Kultur, Gesundheitspflege, Rechtssprechung, Verwaltung) werden in Zukunft größer sein, also auch einen größeren Anteil des Überschusses in Anspruch nehmen. Das einzelne Mitglied der Gesellschaft wird stärker auf sie angewiesen sein. Kapitalbildung andererseits bleibt zur Schaffung von Zukunftswerten nötig. Wird dieser für die Kapitalbildung bestimmte Teil des Ertrages, also der Akkumulationsfonds, unmittelbar in den Konsum der Arbeiter überführt, so vermindert sich die Herstellung von Gütern für die Zukunft. Eine Verminderung der Bevölkerung oder Auswanderung müßte die Folge sein. Von der Einwirkung auf die Preise sehen wir dabei ganz ab.

Es bliebe also nur eines übrig: es muß die Erhöhung des Anteiles der Arbeiter und Angestellten am Ertrage auf Kosten des privaten Konsumtionsfonds der bisherigen Genießer (Unternehmer, Kapitalisten, Rentner, Grundbesitzer) geschehen. Wie wir gesehen haben, ist aber der Mehrwert, der dadurch wirklich zur Verteilung gelangt, mag er auch im einzelnen außerordentlich groß erscheinen, im Verhältnis zur Zahl der anteilberechtigten Arbeiter, Angestellten und Beamten doch nur verschwindend. Das war bereits der Fall, wenn wir uns lediglich auf die Geldform beschränkten. Aber man kann durch den „Geldfetisch“ hindurchschauend zu den realen Gütern gelangen. Dabei ergibt sich das Folgende: War

schon der bloße Geldbetrag, der auf diese Weise für den einzelnen herauskommt, sehr unerheblich, so ist vollends der Realbetrag an Stoffen, Materialien, Konsumtionsgütern, der durch Verkleinerung des Luxuskonsums der Besitzenden gewonnen werden könnte, noch viel geringer. Denn ein Teil ihres Konsums bezieht sich ohnedies auf gewöhnliche Güter. Wenn der reine Luxuskonsum fortfällt, so würde ihr Normalkonsum entsprechend steigen und müßte natürlich ebenfalls befriedigt werden. Verbieten wir das Tragen von Samt und Seide, so würden diese Kreise mehr Baumwolle und Wolle beanspruchen usw. Die materielle Gesamtersparnis an Materien, Hilfsstoffen und Arbeitskräften, die daraus entstehen, erscheint verschwindend. Das ergibt sich bereits aus dem, was wir aus der Erhöhung des Geldanteiles früher ausgeführt haben. Es würde aber selbst die völlige Wegnahme des überdurchschnittlichen Anteils der Besitzenden an Gütern, also die völlige Wegnahme ihres Überkonsums (Möbel, Wohnungseinrichtungen, Badereifen, Pferdevennen, Schmuck, Mehrzimmerwohnung, Eß- und Kleiderluxus) die Gesamtgütererzeugung für die große Mehrzahl nicht wesentlich vermehren. Absehen wollen wir davon, daß die Beseitigung jeder Differenzierung eine kulturelle Verarmung darstellt. Sie möchte in Kauf zu nehmen sein, wenn dadurch wirklich die Allgemeinheit Vorteil hätte. Das ist aber nicht der Fall.

Das Ergebnis ist also: der allgemeine Konsumtionsfond erfährt durch die Verteilung des gesamten realen Überkonsums der Besitzenden gar keine wesentliche Vergrößerung. Die auf Luxus eingestellte Produktion ist im Verhältnis zur Gesamtgütererzeugung viel zu gering. Eine Erhöhung des Nominalertrages, sei es durch Gewinnbeteiligung der Arbeiter am Einzelbetriebe, sei es durch Lohnerhöhung der Arbeiter in sozialisierten Betrieben, bedeutet darum in Wirklichkeit gar keine oder nur eine geringe Besserstellung der Arbeiter in ihrer Gesamtheit. Der Verzicht auf Herstellung alles Luxus- und Überkonsums vermehrte die realen Güter für die übrige Bevölkerung vollends nur in ganz verschwindendem Maße. Ob dadurch jede Proletarierfamilie mehr als etwa eine Bluse oder ein Paar Stiefel, einen Kinderanzug und endlich noch das eine oder andere Hausgerät beziehen würde? Schwerlich. Die Wirkung eines Ausgleichs der Reichthumsunterschiede durch völlige Fortbesteuerung hat mehr eine psychologische Bedeutung als eine volkswirtschaftliche. Damit fallen all die Erwartungen, die sich die Arbeiter unmittelbar aus der Gewinnbeteiligung und der Vollsozialisierung ganzer Betriebe etwa versprechen sollten, in sich zusammen. Alle Maßnahmen, die eine Änderung des Verteilungsproblems auf dem Boden der privaten Wirtschafts-

ordnung erstreben, sind in Wirklichkeit nur Scheinlösungen. Das Schwergewicht liegt ausschließlich auf seiten des Produktionsproblems.

3. Bleibt die Hauptfrage: die Erhöhung des Rohertrages der Volkswirtschaft, die Mehrung der absoluten Gütererzeugung überhaupt und die Stärkung der produktiven Kräfte. Wie weit können diese auf dem Wege der Sozialisierung erreicht werden? Das Produktionsproblem gibt sich in Form einer allgemeinen Rationalisierung der Wirtschaft überhaupt — sei es der Stoffökonomie, der Zeitausnutzung, der Standortwirtschaft, der Arbeitsökonomie, der Gebrauchsverwendung, sei es endlich der Durchorganisierung der Volkswirtschaft im ganzen<sup>1)</sup>. Es ist die Frage nach der Erhöhung des ökonomischen Koeffizienten, d. h. des Verhältnisses zwischen Ergiebigkeit und Aufwand der nationalen Produktion, wie wir das öfters genannt haben. Wird dies besser erreicht durch das System der freien Unternehmung und der energetischen Leitung oder durch eine bewußte Organisierung der produktiven Kräfte? Das ist allein die entscheidende Frage des Sozialisierungsproblems.

Jedes System der Gütererzeugung enthält eine Reihe von unproduktiven Kosten, die das Maximum der Leistungsfähigkeit verhindern<sup>2)</sup>. Sie verlangen Aufwendungen für an sich „wertlose“ Leistungen, ohne irgendwie der Gesamtheit schon materiell zu nützen. Sie mögen dabei für den einzelnen vorteilhaft genug sein. Das System des mittelalterlichen Handwerkes wie das des Merkantilismus enthielt eine große Menge solcher toten Kosten, die zu überwinden sich das liberale Wirtschaftssystem zur Aufgabe stellte. In diesem selbst sind nun von neuem solche tote Kosten entstanden. Bei der freien Verkehrswirtschaft sind die hemmenden Momente oft hervorgehoben worden, indem man den Maßstab der absoluten Vernünftigkeit anlegte. Zersplitterung der Betriebe, überflüssige Zwischenglieder, Übersetzung vieler Branchen, vor allem beim Detailhandel, Aufwendung für Reklame, Herstellung reiner Konkurrenzwaren mit tausend Mustern, ungünstiger Standort der Betriebe usw. Der Grund ist einfach darin zu suchen, daß das System nicht mit einem Male nach Vernunftprinzipien aufgebaut

<sup>1)</sup> Die Einzelheiten in meinen „Vorfragen zur künftigen Finanzwirtschaft“ und in den „Neuen Wegen der Wirtschaft“.

<sup>2)</sup> Die Lehre von den produktiven Kräften liegt bei uns im argen; ebenso die ganze Lehre von der Produktion. Sehr vieles, zum Teil ausgezeichnetes bei Marx, Theorien über den Mehrwert, vor allem in Bb. I über Smith, aber auch sonst. Dazu vielleicht noch Philippovich, Begriff der Produktivität, in Schriften des Vereins für Sozialpolitik.

wurde, sondern organisch-historisch, also unrationell geworden ist: Der Wille hat mehr als die Vernunft bei seiner Entwicklung und Ausdehnung mitgewirkt. Aber jedes noch so gut durchdachte und organisierte System würde tote Kosten und unproduktive Leistungen nicht entbehren können. Gerade die Organisation und der ganze Apparat der Verwaltung stellen eine solche unproduktive Verteuerung dar. Die Übersichtlichkeit leidet auf andere Weise als unter dem freien System: nämlich durch die Kompliziertheit der Organisation selbst, durch die unökonomische Gesinnung aller nicht unmittelbar am Betriebe interessierten Persönlichkeiten, durch die enormen Kosten der Kontrolle und des bürokratischen Instanzenweges. Es sind Aufwendungen, die an sich gänzlich wertlos und unproduktiv bleiben. Sie geben zwar Beschäftigung, sind aber doch nur Mittel zum Zweck und vermehren offenbar die produktiven Güter gar nicht. Der Regulierungsapparat kostet eben selbst, abgesehen von der Frage, ob die Leistungen eines solchen Apparates ebensoviel zu schaffen vermögen<sup>1)</sup>. Dazu kommt die Vermehrung der inneren Reibungen des Systems, die einen Teil seiner Vorzüge wieder aufzuheben drohen. Es wird für die ideale Gestaltung einer Wirtschaftsordnung an sich darauf ankommen, die toten Kosten auf ein Minimum zu bringen.

Die Mehrzahl der vorgeschlagenen Maßnahmen, das sahen wir, lassen an sich das Produktionsproblem in der Hauptsache überhaupt gänzlich unbeeinflusst. Sie vermögen darum auch die reale Gütererzeugung der Volkswirtschaft kaum nennenswert zu beeinflussen, außer soweit die Demokratisierung der Gewerbe diesen Erfolg zeitigt. Allerdings erwiesen sich gewisse Momente imstande, durch stärkere Interessen der Arbeiter die Rationalisierung selbst zu fördern. Andere scheinen geeignet, dies bezüglich der technischen Errungenschaften zu tun. Die Frage des Arbeitsantriebes kann auf ganz neuen Kulturwerten beruhen, nachdem einzelne der alten Arbeitsantriebe zum Teil zurückgetreten sind. Die Hauptsache wird aber stets die Steigerung der Bedürfnisse und die Notwendigkeit ihrer Befriedigung durch intensive Arbeit bilden. Wir fanden auf der anderen Seite freilich

---

<sup>1)</sup> Als Organisationsproblem faßt die ganze Frage von vornherein G. Weck, Wege und Ziele der Sozialifizierung. Die Lehre von der Organisation hat sich Blenge zum Gegenstand besonderer Untersuchungen gemacht; ein Kapitel in den Preussischen Jahrbüchern, 1919, Maiheft. — Die Lehre von der Bürokratie, die eine besondere Bedeutung künftig erlangen wird, ist überhaupt vollständig vernachlässigt. Der einzige Max Weber hat ihre zentrale Bedeutung für jede künftige Wirtschaft, mag sie sich als „Gemeinwirtschaft“ oder wie sonst immer bezeichnen, erkannt und anregend behandelt.



ebenso starke hemmende Momente, die durch die Berücksichtigung der Gegenwartsz Interessen der Arbeiter bedingt sind. Viele der Umstellungen organisationstechnischer Art setzen sich zum Teil über die unmittelbaren Interessen der lebenden Arbeitergeneration hinweg. Sie kommen erst einer künftigen Generation zugute. Die Frage ist, ob trotzdem solche Maßnahmen Aussicht auf Verwirklichung haben. Ich wage diese Frage nicht zu entscheiden. Aber allzu wahrscheinlich ist wohl ihre Bejahung nicht. Nur ist sie das eigentliche Zentralproblem aller Sozialisierung überhaupt, wenn sie wirklich die ökonomische Lage der großen Mehrzahl der Bevölkerung auf die Dauer verbessern soll.

Die Planwirtschaft im ganzen erweist sich noch nicht ohne weiteres als die wirtschaftlich ertragreichere: sie bringt eben ein neues Moment der toten Kosten und unproduktiver Leistungen gerade durch die Organisation selbst herein. Das Wirtschaftsprogramm der Wiffelschen Denkschrift enthielt davon ein besonders abschreckendes Beispiel<sup>1)</sup>. Dieser Apparat entbehrte jeder Anpassungsfähigkeit und vermehrte die Menge der unproduktiven Aufwendungen enorm. Selbst die Übersichtlichkeit des Ganzen ist durch eine planmäßige Leitung noch keineswegs gewährleistet. Jede zu starke Zentralisation birgt in sich wieder neue Momente der Unübersichtlichkeit, des inneren Reibungswiderstandes und der zunehmenden Generalkosten. Es ist aber das erste, was man in jedem System feststellen muß, wie groß der innere Widerstand und damit die toten Kosten sich stellen. Es liegt nur selten in unserer Hand, sie zu beseitigen.

Nur wenn die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft im ganzen gehoben wird, wenn die unproduktiven Aufwendungen sich wesentlich vermindern, die produktiven Kräfte also sich voll entwickeln, kann die absolute Gütererzeugung so gefördert werden, daß damit auch der Anteil am Ertrag des Arbeiters größer wird. Der Wunsch, daß es der Fall sein möge, bringt leider noch keine Erfüllung, Deklamationen noch keine Änderung. Der Wille des Politikers sieht Lösungen, wo einstweilen nur Probleme vorliegen. Wenn das Verteilungsproblem nicht das Wesentliche ausmachen kann, so sind alle Sozialisierungsmaßnahmen vom Stand-

---

<sup>1)</sup> Die obigen Bemerkungen erfahren durch den kürzlich herausgekommenen Gesetzentwurf über die Sozialisierung der elektrischen Wirtschaft keine Änderung. Sie gehört ganz in das Kapitel der Staats- und Finanzmonopole, der „Vollsozialisierung“ nach jeglichem Wortgebrauch. Sie bedeutet aber keine Durchbrechung des privatwirtschaftlichen Systems. Über die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums im ganzen Gulenburg, Die geplante Planwirtschaft in „Deutsche Politik“ Nr. 29 und 30 vom 11. und 18. Juni 1919.



punkt der Produktivität zu prüfen. Hier aber, das geht aus der Beschreibung der verschiedenen Stufen hervor, ist eine einwandfreie positive Antwort zurzeit nicht möglich. Mir scheinen einstweilen sehr starke Momente dagegen zu sprechen, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen das Ziel einer Erhöhung der Produktivkräfte irgendwie zu erreichen vermögen: selbst unter der Voraussetzung, daß man die energetische Leitung der Unternehmer beibehält. Bisher geben alle Vorschläge weit mehr Probleme nach dieser Richtung auf, als daß sie etwa schon Lösungen bringen.

Es scheint immer als ein wissenschaftlicher Gewinn, die Fragestellung richtig zu formulieren. Das wurde hier versucht. Die ökonomische Seite der Sozialisierung ist ausschließlich ein Produktionsproblem: Wie gelingt die Erhöhung und Entwicklung der produktiven Kräfte innerhalb eines gegebenen Systems der Volkswirtschaft? Maßnahmen bloß organisatorischer Art bedeuten an sich noch keine Lösung dieses Problems, so oft man es auch gemeint hat: auch dann kann es sich um eine Scheinlösung handeln. Es kommt auf das wirkliche Funktionieren an. Denn in jeder „Organisation“ stecken eben an sich noch erhebliche unrationelle Momente: es fragt sich stets, wie teuer diese selbst arbeitet. In der Regel wird bei all den Organisationsvorschlägen eben ein Hauptposten vergessen, der sich gedanklich freilich leicht der Aufmerksamkeit entzieht — das ist der innere Reibungswiderstand und die toten Kosten, die der Apparat der Organisation selbst verursacht<sup>1)</sup>. Beide sind unter allen Umständen in Rechnung zu stellen. Es ist darum keineswegs sicher, wie weit durch bestimmte Organisationsänderung und Umbilden der Wirtschaftsverfassung das Problem der Lösung näher gebracht werden kann<sup>2)</sup>.

4. Die Frage, ob überhaupt Sozialisierung durchgeführt werden soll, stand hier nicht zur Erörterung. Sie ist ein politisches Problem.

<sup>1)</sup> Wie leicht dieses Moment verkannt wird, zeigt der Mehrheitsbericht der Sozialisierungskommission. Sie spricht (S. 8) davon, „die überflüssigen Reibungsverluste der kapitalistischen Produktion zu vermeiden und durch Organisation zu erfassen“ — als wenn diese letztere keine „überflüssigen Reibungsverluste“ verursachte! Es ist hier wiederum der Gedanke nicht bis zu Ende gedacht.

<sup>2)</sup> Ein vollständig durchgeführtes Programm der Sozialisierungspolitik als organisatorische Aufgabe enthält Beck a. a. O. S. 46/7. Es handelt sich um 5 Aufgaben: 1. Produktionsregelung, 2. Produktionssteigerung, 3. Lohn- und Preispolitik, 4. Verteilung des Produktionsgewinnes, 5. Verstaatlichung und Kommunalisierung. Das Moment der Kosten und der inneren Reibungen des Systems behandelt er freilich nicht. Es ist doch aber die Hauptsache! — Die neueste Schrift von Robert Wilbrandt, Sozialismus, konnte nicht mehr benützt werden.

Ich habe mich darauf beschränkt, die Tragweite der vorgeschlagenen oder schon ergriffenen Maßnahmen gedanklich zu untersuchen. Was eine kasuistische Erörterung vermag, ist: die Gedanken zu Ende zu durchdenken. Unsere Fragestellung ist bewußterweise eine einseitige gewesen, indem sie ausschließlich die ökonomische Seite des Problems betrachtete. Die Sozialisierung hat aber noch eine andere Seite, wie schon hervorgehoben wurde, die politisch-psychologische. Diese entzieht sich naturgemäß einer wissenschaftlichen Beurteilung. Es ist die Frage, ob nicht die stärkere Beteiligung der Volksgesamtheit am Wirtschaftsleben, ihre stärkere Mitverantwortlichkeit am Wirtschaftsprozess, ihr Mitbestimmungsrecht am Schicksal des Ganzen, auch neue Wirkungen psychischer Art auslösen kann. Ob nicht gerade in dem Formalen die Erfüllung weitestgehender Forderungen der Arbeiterklasse liegt, auch wenn der materielle Inhalt des Lebens selbst keine so umstürzende Änderung erfährt? Sozialpolitik würde nötig bleiben, um auf den verschiedensten Gebieten die Schädlichkeiten zu beheben und Vororgemaßnahmen zu treffen. Aber die ganze Wirtschaftsverfassung vermöchte dabei eine neue Form zu erhalten, die eine ideelle Besserung des Lebens darstellte. Dadurch vermöchte wenigstens das Bewußtsein in der Freiheit ein anderes zu werden. Wollte man der Hegelschen Deutung des geschichtlichen Prozesses folgen, so könnte die Sozialisierung als ein solcher „Fortschritt in Bewußtsein der Freiheit“ gedeutet werden auch ohne daß die ökonomische Änderung selbst von Belang wäre. Das alles sind politische Fragen, die sich nicht auf Grund wissenschaftlicher Erörterungen beantworten lassen.

Nur dies eine scheint wiederum ein unmittelbares Ergebnis unserer Betrachtungen zu sein: auch die stärksten Maßnahmen der Sozialisierung vermögen nur außerordentlich langsam eine Änderung in der wirtschaftlichen Lage der großen Masse der Bevölkerung herbeizuführen. Sie vermögen es nur, wenn das Produktionsproblem selbst in Angriff genommen wird. Auf dem Gebiete der Wirtschaft vollziehen sich die großen Änderungen nicht durch Revolution, sondern durch organische Entwicklung von innen heraus und durch das stetige Wirken der gesellschaftlichen Kräfte. Sie vermögen durch politische Maßnahmen wohl beschleunigt, aber nicht grundstürzend geändert zu werden. Diese Maßnahmen selbst sind in ihrer Wirksamkeit an die Gesetze der organischen Entwicklung gebunden.

## Vierter Bericht.

# Die Probleme der „Sozialisierung“.

Von

Leopold v. Wiese.

Solange ein System der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nur eine Idee ist, die als Wunschbild aus dem Widerspruche zu einer andersartigen, aber realen Sozialordnung in den Köpfen neuerungssüchtiger Menschen entstanden ist, erscheint es meist als ein einfaches, einheitliches und in sich widerspruchsloses Gebilde. Der Kampf der Parteien mißbraucht die Idee als Schlagwort, unter dessen Herrschaft sie sich noch einfacher und unteilbarer ausnimmt, als sie sich wenigstens den Nachdenklicheren bei einiger Vertiefung darstellen würde. Aber auch die theoretische Analyse vermag in diesem rein ideologischen Vorstadium die volle Kompliziertheit des Systems noch nicht wahrzunehmen. Je mehr es sodann in die Sphäre der Verwirklichung gerückt wird, und je mehr praktische Ausführungsversuche — gewöhnlich in Teilabschnitten — vorgenommen werden, desto mehr enthüllt sich das scheinbar einzellige Gebilde als ein verwickelt zusammengesetztes und formenreiches Etwas.

Dies zeigt sich deutlich beim Sozialismus. Seit Marx ihm ein — wenn auch nicht lückenloses, so doch im ganzen — methodisch ausgebauten, zentriertes System gegeben hatte, schien es klar, was man unter wissenschaftlichem Sozialismus zu verstehen hätte: Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Aus dieser organisatorischen Maßnahme würden sich die Fortschritte notwendig ergeben, die man im Interesse des Proletariats und der Gesellschaft im allgemeinen für wünschenswert hielt. Mochte über den Zeitpunkt des Eintritts dieses Zieles, über die Taktik zu seiner Beschleunigung und über die Reihenfolge der zu treffenden Vorbereitungen auch manche Meinungsverschiedenheit bestehen, so war man sich — wenigstens in Deutschland — ziemlich klar darüber, daß, wenn man wirklich vollen Sozialismus wollte, man den in sich begrifflich unzerlegbaren Prozeß der Vergesellschaftung der Produktions- und Verkehrsmittel wollen mußte.

Dadurch hob sich auch mit einiger Deutlichkeit der Sozialismus von den Bestrebungen bürgerlicher Sozialreform ab. Hier waren die

Schattierungen schon zahlreicher, da die aus dem Kathedersozialismus hervorgegangenen Reformsysteme bereits im Stadium der Realisierung standen und sich mit ihrer fortschreitenden praktischen Verwirklichung alsbald differenzierten.

Die scheinbare Einfachheit des sozialistischen Zieles lag in erster Linie darin begründet, daß man die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als eine Aufgabe der Eigentumsgestaltung auffaßte. Land und Kapital sollten in Gemeineigentum gewandelt werden. Unentschieden war nur, ob dieses Gemeineigentum als Staatsbesitz zu zentralisieren, oder ob es (zum größeren oder geringeren Teile) zu kommunalisieren und außerdem Genossenschaften zu überlassen wäre. Jedenfalls stand das Problem des Eigentumsrechts im Vordergrund, und die Kernfrage war: ob Privat- oder Gesamteigentum. Damit hoffte man, zugleich auch die den Sozialisten nicht minder wichtigen Fragen nach der Verteilung des Produktionsertrags und nach der Organisation der Betriebe zu lösen; denn es schien klar zu sein, daß der Eigentümer — also gegebenenfalls die Gesellschaft — die Arbeitsteilung und die Verteilung des Ertrags in seinen Werken nach eigenem freiem Ermessen gestalten könnte und würde.

Faßte man den Sozialismus als ein System des Eigentumsrechts auf, so hob er sich auch am deutlichsten von den bürgerlich-sozialreformatorischen Bestrebungen ab. Diese hielten grundsätzlich am Privateigentume als einer unentbehrlichen gesellschaftlichen Institution fest, wollten es aber mit Gemeineigentum ausgleichend mischen und die persönliche Verfügungsgewalt, die — wenigstens nach römisch-rechtlicher Auffassung — reichlich aus dem Privateigentume floß, nach mannigfacher Richtung im Dienste des Gemeinwohls abschwächen.

Aber schon im letzten Jahrzehnte vor dem Kriege zeigte sich, daß die Praxis der Sozialreform schrittweise dem Sozialismus näher kam, und daß andererseits der Sozialismus Teilversuche der Realisierung unternehmen mußte. Dabei wurde hier und da einigen Beobachtern schon klar, daß mit der bloßen Veränderung des Eigentumsrechts die Aufgabe vom Sozialismus nicht zu lösen und daß der ganze Problemkomplex viel verwickelter wäre, als man sich vorher gedacht hatte. Auch ergaben sich aus den Übergängen von der bloßen Sozialreform bürgerlichen alten Stils zum eigentlichen Sozialismus Zwischengebilde, in denen ganz andere Gesichtspunkte als der genannte vorherrschten. Das galt besonders für den Staatssozialismus. Er war schwer einzuordnen. Bisweilen wurde er irrtümlicherweise einfach mit dem alten Kathedersozialismus

gleichgesetzt, obwohl bei ihm gar nicht wie bei diesem die Sorge um das Proletariat der Ausgangspunkt war. Für den Marxismus war der Staatssozialismus überhaupt kein Sozialismus. Denn es fehlte dem Staatssozialismus der Klassencharakter. Was ihn in einige Nachbarschaft mit dem Marxismus brachte, war nicht die Gemeinschaft des Ziels, sondern der Mittel, nämlich Zentralisation, Intervention und Unterordnung des Privatinteresses unter das, was man für das Gemeinwohl hielt.

Heute nach Krieg und Revolution sieht man deutlich, daß der Sozialismus eine zusammengesetzte, vielschichtige Erscheinung ist, von der jedem etwas anderes als das Wichtigste, Charakteristische, jedenfalls als das Nächstliegende und am ehesten zu Verwirklichende erscheint. Die einzelnen praktischen Versuche und zahllosen auf dem Papiere ausgearbeiteten Projekte zu Ganz- oder Teilverwirklichungen von Sozialismus und radikaler Sozialreform aller Art erhalten den farblosen und unbestimmten Sammelnamen Sozialisierung, erweisen sich aber als eine bunte und nuancenreiche Musterkarte. Worin man auch das Charakteristische des Sozialismus sehen mag, immer erweist sich, daß die eine oder andere von Sozialisten getragene und propagierte Bestrebung nicht unter den Begriff des Sozialismus fällt. Die Sozialdemokratie, die man doch als eigentliche Partei des Sozialismus wird ansehen müssen, ist völlig durchsetzt von Klassen- und auch von Grüppchen-Individualismus; andere gemeinwirtschaftliche — also doch sozialistische — Projekte hingegen wiederum sind so verquickt mit echt kapitalistischen Ideen, daß sie mit Klassensozialismus nur wenig gemein haben.

Die große Masse der Arbeiter fordert bessere Lebenshaltung. Die Kurzsichtigeren unter ihnen (also die Mehrzahl) erwarten sie von Erhöhung der Nominallöhne und Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Ob das Unternehmen, dem sie angehören, vergesellschaftet ist oder nicht, ist ihnen gleichgültig. Manche versprechen sich sogar bessere Erfolge ihrer Forderungen bei Fortbestehen des Privatbetriebes. Bei anderen Kreisen der Arbeiter gesellt sich zum Streben nach persönlicher materieller Besserstellung das Machtverlangen. Sie wollen in ihrem industriellen Betriebe Anteil oder alleinige Ausübung der Herrschaft für sich erlangen. Dabei ist ihnen wiederum die Volkswirtschaft Hehuba. Sie halten sich an das Nächstliegende, Greifbare: ihr Werk. Solche und ähnliche Tendenzen von Arbeitern und Angestellten haben mit Vergesellschaftung der Produktionsmittel nichts Gemeinsames, gehören jedoch auch zur Sozialisierung.

Den Gegensatz dazu bilden die während des Krieges — meist aus bürgerlichen Nationalideologien — entstandenen Bestrebungen auf Militarisierung des gesamten volkswirtschaftlichen Lebens, die für sich Bezeichnungen wie Gemeinwirtschaft, geschlossene Planwirtschaft und Ähnliches in Anspruch nehmen, und die mit dem Marxismus die Tendenz zum Kollektivismus und zur Zentralisation gemein haben. Mehr oder weniger sind bei solchen Vorschlägen auch die Arbeiter als mitbestimmende Faktoren in die Organisationspläne einbezogen; aber das individuelle Los des Einzelmenschen, also auch des einzelnen Arbeiters, erscheint hier so untergeordnet, daß sogenannte „wilde Sozialisierungen“, rücksichtslose Lohnforderungen usw. aufs schärfste verpönt sind.

Dazwischen liegen Bestrebungen in verwirrender Fülle. Alle die Sozialisierungen zum Beispiel, die man als Räteysteme bezeichnet, sind mannigfaltig genug. Schon daß die Arbeiterräte bald vorwiegend als Glieder der politischen Organisation des Staatswesens erscheinen, bald mehr als Träger der wirtschaftlichen Interessenvertretung in Betriebe und lokalen Bezirke angesehen werden, ergibt eine schwierige Mischung der Standpunkte. Aber jenseits des Räteystems erhebt jetzt auch in Deutschland der früher fast ausschließlich romanische Syndikalismus sein Haupt. Er strebt nach Dezentralisation und begnügt sich nicht mit einer bloßen Vertretung der Arbeiterschaft in der Betriebsverwaltung.

Dieses Durcheinander ist so groß, daß jeder Diskussion über Sozialisierung der Versuch einer orientierenden Systematik vorausgehen muß. Als eine unerläßliche Voraussetzung der Verständigung möchte ich vor allem innerhalb des überladenen Begriffs Sozialismus die Sonderung von formalem und materialem Sozialismus empfehlen. Dieser erstrebt stets eine Änderung der Gesellschafts- und speziell der Wirtschafts- (Produktions-, Verkehrs- und Verteilungs-) Ordnung zugunsten der relativ besitzlosen Bevölkerungsschichten. Er ist in der Hauptsache eine Arbeiterbewegung. Aller formale Sozialismus hingegen kennzeichnet sich durch den Gegensatz zum Individualismus als eine Bestrebung auf mehr oder weniger vollständige Vergesellschaftung. (Heute ist klarer denn je, daß sich eine Arbeiterbewegung nicht mit einer Bestrebung auf Vergesellschaftung zu decken braucht.) Der Staatssozialismus bildet die Hauptform eines rein formalen Sozialismus.

Dabei kann freilich der materiale Sozialismus sich des formalen als Mittel zum Zwecke wie dieser sich jenes bedienen. Der Marxismus

der als Klassensozialismus materialen Charakter trägt, erstrebt sein Ziel durch Zentralisation und andere Mittel des formalen Sozialismus. Davin stimmt er mit dem Staatssozialismus der Vorkriegszeit, der nationalen Kriegswirtschaftspolitik und der geschlossenen Planwirtschaft (Rathenau, Möllendorffs, Wiffels) überein. Aber für diese Richtungen ist im Gegensatz zu ihm Zentralisation, Intervention und Beamtensystem Selbstzweck (genauer: Hauptmittel zu einem sozialethischen Zwecke). Ein Mittel — aber eben bloß ein Mittel, nicht Zweck — wiederum, um diese und andere Gemeinwirtschaftssysteme durchzuführen, ist neben anderen positive Arbeiterförderungs politik.

Zu zweit scheint mir notwendig, sich darüber klar zu werden, daß sich das Sozialisierungsproblem (d. h. die Verwirklichung jedweden Sozialismus) in drei Aufgabenkreise zerlegt: in das (obenerwähnte) Problem der Eigentumsgestaltung, in das Verwaltungsproblem und drittens in das Verteilungsproblem. Sie sind nicht, wie man früher glaubte, eines. Die Fragen des Eigentumsrechtes treten an praktischer Bedeutung zurück hinter das Verteilungsproblem, besonders aber hinter die Fragen der Organisation der Leitung von Betrieb und Volkswirtschaft. In der alten (unvollständig) liberalen Wirtschaftsordnung zerlegte sich die Gesamtorganisation von Industrie, Handel und Transport (von der Urproduktion sei hier abgesehen) fast ganz in die Organisation vieler Unternehmungen. In ihnen waren die oder der Unternehmer mehr oder weniger die ausschließlichen Leiter und Organisatoren der Betriebe. Es fragt sich, welche Verwaltungsprinzipien dieses sogenannte kapitalistische System infolge der Sozialisierung ablösen könnten? Ich sehe vier Möglichkeiten: das genossenschaftliche, das konstitutionelle, das kollektive und das kleinkapitalistische. Beim ersten übernimmt die Gesamtheit der Arbeiter und Angestellten auf der Grundlage des Vertretungssystems die Leitung; beim zweiten teilen sich die früheren Unternehmer mit den Vertretern von Arbeitern und Angestellten in die Leitung; beim dritten wird die bisher relativ selbständige Unternehmung ein unter- und eingeordnetes Teilglied eines großen zentralisierten Produktionsorganismus; beim vierten wird die bisherige Groß- oder Mittelunternehmung aufgelöst in handwerksmäßige Kleinbetriebe mit relativ selbständigen Meistern an ihrer Spitze.

Zusammengefaßt: Bei den Volkswirtschaftsproblemen insgesamt (in nationalwirtschaftlicher Hinsicht) unterscheide ich formalen und materialen Sozialismus. Bei den Problemen der Umgestaltung der



einzelnen Unternehmungen in Industrie, Handel und Transport — zum größten Teil auch in Land- und Forstwirtschaft — zerlege ich den Vorgang der sogenannten Sozialisierung in drei Aufgaben: Eigentums-gestaltung, Ertragsverteilung und vor allem Betriebsleitungs-Organisation. Diese dritte, wichtigste Aufgabe setzt die Wahl voraus zwischen dem alten Prinzip der Unternehmervollständigkeit oder dem genossenschaftlichen oder dem konstitutionellen, dem kollektiven oder schließlich fünftens dem kleinkapitalistischen Prinzip.

Erst nach dieser begrifflichen Zerlegung scheint mir eine Stellungnahme zu dem ungegliederten Komplex „Sozialisierung“ möglich. Wer heute in dem Streite um eine gesellschaftliche Kernfrage, wie es das Verhältnis einer mehr liberalen zu einer mehr sozialistischen Wirtschaftsordnung ist, Stellung nehmen will, muß bei seinen Zustimmung- oder Ablehnungen sich über den inneren Gegensatz von formalem und materialem Sozialismus klar sein. Freilich wird ihm die Entscheidung dadurch erschwert, daß, wenn man den Zweck will, man auch das Mittel wollen muß. Ließe sich zeigen, daß ein materialer (Klassen-) Sozialismus nicht erreichbar wäre ohne formalen Sozialismus (also ohne Intervention, Bürokratisierung, Zentralisation, Bevormundung), so müßte der Anhänger des materialen Sozialismus auch diesen Formen zu seiner Verwirklichung zustimmen. Dem stelle ich aber — hier nur in kurzer thesenartiger Fassung und ohne nähere Begründung — folgende (im anderen Zusammenhange näher zu untersuchende) Sätze gegenüber:

1. Die Ziele des Klassensozialismus werden mit den Mitteln des formalen Sozialismus teils überhaupt nicht, teils höchst unvollkommen und nur unter großen anderweitigen Schädigungen der Volkswirtschaft erreicht.

2. Ablehnungen des formalen Sozialismus bedeuten nicht Ablehnung jeder in der Richtung auf Verwirklichung des materialen Sozialismus liegenden Arbeiterbestrebung.

3. Die Ablehnung der Haltung, die im folgenden gegenüber manchen Plänen auf „Sozialisierung“ eingenommen werden soll, gilt dem formalen Sozialismus. Die Beurteilung der Grundfragen des Klassensozialismus muß einer von anderen Gesichtspunkten ausgehenden Betrachtung überlassen bleiben.

Hinzuzufügen wäre noch: die Anhänger einer Wirtschaftsordnung, die zumeist (wenn auch ungenau und übertrieben) als individualistische bezeichnet wird, sind heute wie gestern zumeist der irrtümlichen Einschätzung ausgesetzt, daß sie den Klassenegoismus der Besitzenden gegen die Klassenansprüche des Proletariats oder gegen Erfordernisse des

Gemeinwohls verteidigen wollten. Diese Absicht liegt mir fern (womit ich nicht sagen will, daß eine solche Absicht von vornherein und unbesehen grundsätzlich zu verwerfen wäre). Sie liegt mir deshalb fern, weil mir eine andere Betrachtungsweise wichtiger, umfassender und sowohl wissenschaftlich wie ethisch stichhaltiger erscheint. Die Argumente, die ich gegen den formalen Sozialismus geltend zu machen habe, stehen jedenfalls außerhalb jedes Klasseninteresses; sie sind allgemein kultureller Natur und sind ebenso vom Standpunkte des Arbeiters wie von dem des Großbankiers oder des Handwerkers wirksam. Unter Vielregiererei leiden alle Gesellschaftsschichten gleichmäßig. Was hier abgelehnt wird, ist Kollektivismus im formalen und eigentlichen Sinne des Wortes. Er macht sich geltend in Uniformierung, Zentralisation auf Kosten der Mannigfaltigkeit, durch Übergeschäftigkeit in papierenen Reformen, in Schaffung und Ausdehnung von Behörden und Halbbehörden, in einem Übermaß von Gesetzen und Verordnungen und in der Lahmlegung selbständiger Naturen. Ich könnte kurz sagen: es ist die Überschätzung der Organisation, die hier am formalen Sozialismus getadelt wird. Aber der Begriff Organisation wird bisweilen in einem so allgemeinen und zugleich vertieften Sinne gebraucht, daß ihm die bloße Routine und die rein mechanische Anordnung gegenübersteht. Eine solche Organisation, die in wahrhaft ökonomischer und also Kräfte sparender, den Ertrag steigernder Weise tätig ist, und die erst die Fähigkeiten tüchtiger Menschen zur Geltung bringt, wird selbstverständlich nicht abgelehnt werden dürfen. Niemand will das Chaos an die Stelle des Kosmos setzen. Wenn Organisationen abgelehnt werden, so sind damit stets äußere Gruppierungen gemeint, die in ihrem Mangel an Anpassungsfähigkeit und in ihrer Umständlichkeit mehr die Merkmale des Mechanismus als des Organismus tragen. Sie kennzeichnen sich dadurch, daß sie nicht Leben fördern und schaffen, sondern es hemmen und ersticken.

Der formale Sozialismus krankt an dem Grundirrtume, daß er ein im Kerne ethisches Ziel auf außerethischem Wege erreichen will. Er will eine soziale Gemeinschaft auf einem allgemeinen Beamtentume begründen; in Wahrheit ließe sie sich jedoch nur auf inneren Überzeugungen und starken Gefühlen der Gegenseitigkeit aufbauen. Da die moralischen Kräfte hierzu in ausreichender Stärke offenbar nicht bestehen, so soll ein Zwangssystem durch äußeren Druck die fehlenden sittlichen Kräfte ersetzen. Das aber ist allzeit ein soziologischer Hauptfehler. Es mag vorübergehend eine Scheinlösung (wie in den ersten zwei Jahren der Kriegswirtschaft) entstehen. In Wirklichkeit unterhöhlen alsbald die unvollkommen unter-

drückten, eigennütigen Interessen das nur äußerlich hergestellte Gemeinwirtschaftssystem. Nur daß bei ihm der Gegensatz zwischen der aller psychologischen Erfahrung widersprechenden Scheinlösung und der praktischen Alltagserfahrung um so peinlicher und demoralisierender wirkt.

Was an der deutschen Sozial- und Wirtschaftspolitik so unheilvoll erscheint, sind die rein theoretischen unpsychologischen Konstruktionen von formal-sozialistischen Soll-Systemen, die man dem praktischen Leben aufzwingen möchte. Gelänge es wirklich, eines der — in Folge ihrer Umständlichkeit, Überladenheit mit Formalitäten und Kontrollorganen — unökonomischen Gemeinwirtschaftssysteme durchzuführen, so würde sich unter anderem der Zustand ergeben, daß gerade die Arbeiterschaft in immer stärkere Opposition zu dieser Art Sozialismus gedrängt würde und damit ein neuer Kampf entstände zwischen sozialistischen Arbeitern und einer zum Beamtentume umgewandelten Unternehmerchaft.

Wirkliche Förderung der Arbeiterklasse ist außerhalb des formalen Sozialismus leichter zu erreichen, weil eine vom überlasteten Verwaltungsmechanismus freie Volkswirtschaft ergiebiger ist.

Jedoch bedeutet die Ablehnung des formalen Kollektivismus keineswegs unbedingte Ablehnung von öffentlichen Monopolen. Ihre Ausdehnung ist von finanzpolitischen Berechnungen abhängig, die freilich meist zu dem Ergebnis führen, daß vorsichtiges und schrittweises Verfahren angebracht ist. Die eigentlichen Arbeiterfragen verlieren durch Verstaatlichung oder Kommunalisierung von Unternehmungen nicht an Schärfe und werden dadurch eher schwieriger und verwickelter. Durch Verstaatlichung von Produktionsmitteln wird die wirtschaftliche Lage der in den betreffenden Betrieben tätigen Arbeiter und Angestellten in der Regel keineswegs verbessert. Zwischen einem großen Aktienunternehmen und einem Staatsbetriebe besteht in dieser Hinsicht kein wesentlicher Unterschied. Eher schon ist das private Unternehmen freier in seiner positiven Arbeiterpolitik (z. B. hinsichtlich Gewinnbeteiligung) als der öffentliche Betrieb von Gemeinwesen, die so zur Sparsamkeit genötigt sind wie heute die deutschen Staaten und Kommunen.

Die (oben zu zweit erwähnte) Ertragsverteilung ist in erster Linie von der Höhe des Reinertrages selbst abhängig und damit in nicht geringem Maße von objektiven Bedingungen bestimmt, die nicht durch sozialetische, sondern volkswirtschaftliche und politische Faktoren geleitet werden. Es ergibt sich bei ihr gegenwärtig die Notwendigkeit, das bisher kaum irgendwo ganz geglückte Problem der Gewinnbeteiligung

wieder aufzunehmen und nach neuen Gesichtspunkten erfolgreicher durchzuführen.

Das Kernproblem ist heute die Frage der Arbeitsteilung in der Leitung der Industrie- und Verkehrsanstalten. Die Zeit des Unternehmerabsolutismus ist vorüber. (Vgl. meinen Aufsatz in der „Unternehmer-Nummer“ der „Freien Wirtschaft“, August 1919). Dieses System durch das kollektive abzulösen, bei dem also die gesamte Industrie und der Handel in einer die ganze Volkswirtschaft umfassenden Mammut-Organisation vereinigt wären, ist verfehlt, weil dies nur auf dem oben abgelehnten Wege des formalen Sozialismus möglich wäre.

Das Kleinkapitalistische Prinzip ist das eigentlich reaktionäre. Es wäre das unerwünschte Ergebnis einer rückläufigen Entwicklung unserer Volkswirtschaft. Es anzustreben, wäre beschränkter Kleinmut und pessimistische Verzweiflung. Jedoch liegt leider eine solche Entwicklung nicht außerhalb der von unserem Willen unabhängigen Möglichkeiten, dann nämlich, wenn Deutschland politisch ganz zerbräche, zum vorwiegend agrarischen, vom Weltmarkte abgeschnittenen Kleinstaate herabsänke und auf lange Zeit hinaus unheilbar verarmte. Mit der dann eintretenden Auflösung aller größeren Unternehmungen wäre jene Unternehmungsform mittelalterlichen Gepräges gegeben. Alle tatkräftigen Deutschen werden ihre ganze Kraft darein setzen müssen, eine solche Entwicklung zu vermeiden.

Voll-Produktiv-Genossenschaften des Gewerbes waren bisher in Deutschland, soweit sie nicht im engsten Zusammenhange mit Verbänden der Konsumvereine standen, wenig vorhanden und, wo sie bestanden, wenig ertragreich. Aber ihr Mißlingen war nicht durch unabänderliche Ursachen bestimmt. Hier wird sich gleichfalls ein wirklich fruchtbarer Organisationsfönn und -eifer betätigen können und müssen.

Als eigentlich typisches Gebilde der deutschen Industrie erscheint mir in Zukunft die konstitutionelle Unternehmung<sup>1)</sup>. Sie beruht auf der Verbindung eines in seiner Initiative möglichst ungehemmten Unternehmers und eines maßvollen Systems der Arbeiterräte. Die Schwierigkeit liegt hier in der Auffindung des rechten Kompromisses zwischen Unternehmerselbständigkeit und wirksamer Mitarbeit der Vertreter der Arbeiter

<sup>1)</sup> Daß ich in der „konstitutionellen Fabrik“ keinen absoluten Fortschritt, sondern nur eine von den Zeitverhältnissen gebotene, problemreiche Notwendigkeit erblicken muß, darüber vergleiche den letzten Absatz des Aufsatzes „Der Unternehmer und die sozialpolitischen Forderungen“ in „Freie Wirtschaft“ vom 1. August 1919 (1. Jahrg., Heft 6 u. 7).

und Angestellten. Mit Recht hat man sogar von sehr konservativer Unternehmerseite betont, daß es manchem Industriellen willkommener sein wird, mit vernünftigen Arbeitervertretern zusammen tätig zu sein, als in Abhängigkeit zu stehen von einer dividendengierigen Generalversammlung von Aktionären. Es ist hierbei der Erfolg von der rechten Erziehung und dem Grade der Einsicht der Arbeiterschaft abhängig. Ins einzelne gehende Vorschläge und Kritiken müssen besonderen Darlegungen überlassen bleiben.

Soviel wird vielleicht aus dieser kurzen Skizze ersichtlich sein, daß nach der hier vertretenen Ansicht das Vertrauen zum formalen Sozialismus verfehlt erscheint, daß dagegen die Fortbildung von privaten Unternehmungen — nicht in erster Linie zu sogenannten gemischt-wirtschaftlichen oder zu öffentlichen Monopolbetrieben, sondern im stärkeren Maße — zu konstitutionellen Unternehmungen und teilweise auch ihre Umwandlung zu Produktivgenossenschaften notwendig ist. Es bleibt zu untersuchen, welcher Grad von Mitwirkung der Handarbeiter und Angestellten sich mit dem Gedeihen der Volkswirtschaft verträgt. Eine solche Untersuchung, die hier nicht mehr vorgenommen werden kann, führt, wie mir scheinen will, zu dem Ergebnis, daß auch auf diesem Gebiete Uniformierung unangebracht ist, vielmehr eine mannigfaltig abgestufte Fülle von Formen, die den speziellen Produktionsverhältnissen der einzelnen Werke angepaßt sind, entstehen kann und wird.

Es ist das törichte Schlagwort geprägt worden, Wirtschaft dürfe nicht mehr Sache des einzelnen, sondern müsse Sache der Gemeinschaft sein. Da Wirtschaft in erster Linie Arbeit bedeutet, so wäre nichts unheilvoller, als wenn man dem Einzelmenschen die Verantwortung und das Mühen um wirtschaftlichen Erfolg abnehmen wollte. Ebenso töricht wäre es freilich, wollte man Wirtschaft nur als Sache der Einzelmenschen und ihrer freien Vereine ansehen, Staat und Kommunen aber keine wesentlichen Aufgaben überlassen. Nicht nur Geld- und Kreditwesen, Eisenbahnen, Energiequellen und die Schätze der Erdrinde gehören zum Einflußbereiche der öffentlichen Körperschaften. Richtig allein ist der Satz, daß Wirtschaft auf dem sich gegenseitig fördernden Zusammenwirken von interessierten Einzelmenschen, Gemeinschaften und Gesellschaften beruht.

## Verzeichnis der Redner.

- |  |  |
|--|--|
| <p>v. Altrock — S. 186.<br/>                     Amonn — S. 83. 168.<br/>                     Bleyer — S. 4.<br/>                     Boese — S. 97. 158.<br/>                     Bräuer — S. 86.<br/>                     Braun — S. 140.<br/>                     Clarus — S. 10.<br/>                     Cohen — S. 81.<br/>                     Conrad — S. 150.<br/>                     Fuchs — S. 71. 177.<br/>                     v. Gottl-Ottlilienfeld — S. 158.<br/>                     Hainisch — S. 8. — (Gedächtnis-<br/>                     rede) 25. — 70. 180.<br/>                     Hamm — S. 3.<br/>                     Herkner (Vereinsvorsitzender) — (Er-<br/>                     öffnung) S. 1. — (Gedächtnis-<br/>                     rede) 11. — (Verabschiedung) 205.<br/>                     Kaufmann — S. 174.<br/>                     Lederer — (Bericht) S. 99. —<br/>                     (Schlußwort) 193.<br/>                     v. d. Leyen — S. 95.<br/>                     Loß — S. 190.</p> | <p>Lufensky — (Bericht) S. 31. —<br/>                     (Schlußwort) 89.<br/>                     v. Mammen — S. 182.<br/>                     v. Mises — S. 84.<br/>                     Potthoff — S. 146.<br/>                     Rathgen (Versammlungsvorsitzender)<br/>                     — S. 3. 4. 6. 8. 9. 10. 23.<br/>                     31. 47. 63. 81. 88. 94. 95. 97.<br/>                     99. 117. 139. 150. 155. 158.<br/>                     170. 192. 204.<br/>                     Spann — S. 63.<br/>                     Stephinger — S. 155.<br/>                     Stolper — (Bericht) S. 49. —<br/>                     (Schlußwort) 92. — 171.<br/>                     Umbreit — S. 164.<br/>                     Vogelstein — (Bericht) S. 119. —<br/>                     (Antrag) 139. — (Schlußwort)<br/>                     201.<br/>                     Weidinger — S. 6.<br/>                     v. Wiese — S. 144.<br/>                     Wilbrandt — S. 161.<br/>                     v. Wittke — S. 74.</p> |
|--|--|

# Generalversammlung vom 15. und 16. September 1919.

---

## Stimmzettel für die Ausschusßwahlen.

An Stelle der seit der letzten Generalversammlung ausgeschiedenen **neun** und der in der gegenwärtigen ausscheidenden **sechs** Ausschusßmitglieder sind **fünfzehn** Herren zu wählen. Ferner scheidet sämtliche vom Ausschusß selbst kooptierte Mitglieder aus. Alle ausgeschiedenen Mitglieder sind wieder wählbar. Es kommen demnach für eine etwaige Wiederwahl in Betracht:

die Mitglieder des Ausschusßvorstandes:

Herkner	}	kooptiert 1893—1911;
Hainisch		
May Weber		
v. d. Leyen		
Francke		
Boese		
Geibel		

die infolge erloschener Wahl (1907) ausscheidenden Herren:

Albrecht	}	gemählt 1907;
Frhr. v. Berlepsch		
Bücher		
Delbrück		
Rnapp		
Ludwig-Wolf		

Sering	Zuckerlandl	Rosin	}	kooptiert 1889—1918 (chronologisch nach der frühesten Kooptation geordnet)
Siteda	Hefischer	Schwanhäußer		
Fuchs	Rauchberg	Singheimer		
Loß	Schumacher	Spiethoff		
Oldenbergl	Tönnies	Stein		
Rathgen	Zastrow	Troeltzsch		
v. Schulze-Gaevernitz	Harms	Walz		
Hize	Redlich	Wiedenfeld		
Ob. Gothein	Schott	v. Zwiedineck-Südenhorst		
G. Gothein	Diehl	Grünberg		
Mataja	Giert	Hartmann		
Raumann	Eulenburg	Frhr. v. Wieser		
Pierstorff	Liefmann	Wallod		
Hfr. Weber	Mombert	Bonn		
Wirminghaus	Potthoff	v. d. Borgh		



v. Bortkiewicz	Zoepfl	v. Fellner	} kooptiert 1889—1918 (chronologisch nach der frühesten Kooptation geordnet)
Eßlen	Schacht	Schiff	
Günther	Wygodzinski	Stolper	
Kammerer	Bauer	v. Tyszka	
Moft	Feuchtwanger	Wagemann	
v. Mostiz	Gerlach-Königsberg	Winnig	
Schmöle	v. Gottl	Wissell	
Seibt	Gesse	Diezel	
v. Wiese	Jaffé	Schwarz	
Wilbrandt	Neurath	Somary	
Zimmermann	Spann	Struß	

Es steht jedem Wahlberechtigten frei, statt des vorliegenden Stimmzettels sich eines anderen zu bedienen und darauf fünfzehn hier nicht vermerkte Vereinsmitglieder zu wählen. Wird der vorliegende Zettel benutzt, so sind die Namen der zu Wählenden mit einem  $\times$  zu bezeichnen. Werden Wahlzettel ohne Vermerke abgegeben, so werden die hier zuerst verzeichneten fünfzehn Herren als die vom Wähler Gewählten betrachtet. Diejenigen fünfzehn Herren gelten als gewählt, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben.

Im Ausschuß verbleiben folgende Herren:

im Jahre 1909 gewählt: Brentano, Cohn, v. Gierke, Behrend, Boehmert (Bremen);  
im Jahre 1911 gewählt: Sombart, Anton, Arndt, Auhagen.



# Verzeichnis der Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik

nach dem Stand vom 1. Dezember 1919.

## 1. Vorstand.

Perkner, Geh. Reg.-Rat Professor Dr. H., Charlottenburg, Vorsitzender.	Geibel, Verlagsbuchhändler Carl St. A., München, Schriftführer.
Weber, Professor Dr. Max, Heidelberg, stellvertretender Vorsitzender.	Boese, Franz, Berlin-Halensee, Schriftführer (Generalsekretär).
Sainisch, Dr. Michael, Wien, stellvertretender Vorsitzender.	von der Leyen, Wirklicher Geh. Rat Professor Dr. Alfred, Czöllenz, Berlin, Schatzmeister.
Francke, Professor Dr. E., Dießen am Ammersee, Schriftführer.	

## 2. Ausschuß.

Albrecht, Professor Dr. Heinrich, Berlin-Lichterfelde.	Brentano, Geh. Hofrat Professor Dr. Lujo, München.
Altman, Professor Dr. S. K., Mannheim.	Bücher, Geh. Hofrat Professor Dr. K., Leipzig.
Amonn, Prof. Dr. Alfred, Wien.	Clarus, Syndikus der Handelskammer Dr., Regensburg.
Anzön, Professor Dr. G. K., Jena.	Delbrück, Geh. Reg.-Rat Professor Dr. H., Berlin-Grünwald.
Arndt, Professor Dr. P., Frankfurt a. M.-Eschersheim.	Diehl, Geh. Hofrat Professor Dr. K. Freiburg i. B.
Auhagen, Professor Dr. D., Berlin-Dahlem.	Diegel, Geh. Reg.-Rat Professor Dr. H., Bonn a. Rh.
Bäumer, Fräulein Dr. Gertrud, Berlin.	Eckert, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Chr. Köln a. Rh.
Behrend, Professor Dr., Mannheim.	Eßfen, Professor Dr. J., Göttingen.
Böhmert, Direktor des Statist. Amtes Dr. W., Bremen.	Eulenburg, Professor Dr. Franz, Berlin.
Bonn, Professor Dr. M. J., München.	von Fellner, Dr. Friedrich, Budapest.
Bingold, Syndikus der Handelskammer Dr., Regensburg.	Feuchtwanger, Dr. L., München.
van der Borcht, Präsident Dr. Richard, Berlin-Wilmersdorf.	Fuchs, Professor Dr. Carl Johannes, Tübingen.
von Bortkiewicz, Professor Dr. Ladislaus, Berlin.	Gehrig, Professor Dr. H., Dresden-N.
Brauer, Redakteur Th., Köln.	Gerlach, Professor Dr. D., Königsberg i. Pr.
Braun, Redakteur Dr. A., Nürnberg.	

- Gerloff, Professor Dr. W., Innsbruck.  
 von Gierke, Geh. Justizrat Professor Dr. Otto, Charlottenburg.  
 Gothein, Geh. Rat Professor Dr. Eberhard, Heidelberg.  
 Gothein, Reichschatzminister a. D. Georg, Berlin.  
 von Gottl-Ottlilienfeld, Professor Dr. F., Loderham.  
 Grünberg, Professor Dr. C., Wien.  
 Günther, Professor Dr. A., Berlin-Wilmersdorf.  
 Hamm, bayer. Handelsminister, München.  
 Harms, Geh. Reg.-Rat Professor Dr. B., Kiel.  
 Hartmann, Gustav, Vorsitzender des Verbandes der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker), Berlin.  
 Hartmann, Professor Dr. Ludo, Wien.  
 Heckscher, Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, Hamburg.  
 Hesse, Professor Dr. A., Königsberg i. Pr.  
 Hize, Professor Dr., Münster i. W.  
 Jaffé, Professor Dr. C., München.  
 Jastrow, Professor Dr., Charlottenburg-Westend.  
 Kammerer, Professor Dr., Charlottenburg.  
 Knapp, Professor Dr. Georg Friedrich, Straßburg i. E.  
 Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Dr., Berlin-Schöneberg.  
 Lederer, Professor Dr. C., Heidelberg.  
 Liefmann, Professor Dr. R., Freiburg i. B.  
 Lok, Professor Dr. W., München.  
 Ludwig-Wolf, Stadtrat a. D. L. F., Leipzig.  
 Lusensky, Wirklicher Geh. Rat F., Erzellenz, Berlin-Grunewald.  
 Mataja, Sektionschef Dr. Vift., Wien.  
 von Mises, Dr. Ebler L., Wien.  
 Mombert, Professor Dr. P., Freiburg i. Br.  
 Most, Oberbürgermeister Dr. D., Sterkrade (Rheinland).  
 von Mostik, Wirklicher Geh. Rat, Erzelenz, Dresden.  
 Oldenberg, Professor Dr., Göttingen.  
 Pierstorff, Geh. Rat Professor Dr., Jena.  
 Potthoff, Dr. H., München.  
 Rathgen, Professor Dr. R., Hamburg.  
 Rauchberg, Professor Dr. H., Prag-Weinberge.  
 Redlich, Professor Dr. Josef, Wien.  
 Schiff, Professor Dr. Walter, Wien.  
 Schmöle, Professor Dr. J., Münster i. W.  
 Schott, Direktor des Statistischen Amtes Professor Dr. S., Mannheim.  
 von Schulze-Gavernik, Geh. Rat Professor Dr., Freiburg i. B.  
 Schumacher, Geh. Rat Professor Dr. H., Berlin-Steglitz.  
 Schwanhäuser, Fabrikbesitzer Dr. C., Nürnberg.  
 Schwarz, Wirklicher Geh. Oberfinanzrat Dr., Berlin.  
 Seibt, Geh. Reg.-Rat Dr. G., Berlin-Grunewald.  
 Sering, Geh. Reg.-Rat Professor Dr., Berlin-Grunewald.  
 Siemering, Fräulein Dr. rer. pol. Hertha, Charlottenburg-Westend.  
 Sieveking, Professor Dr. H., Zürich (Schweiz).  
 Singheimer, Professor Dr. Ludwig, München.  
 Skalmweit, Professor Dr. A., Gießen.  
 Somary, Dr., Berlin.  
 Sombart, Geh. Reg.-Rat, Professor Dr. W., Berlin-Wilmersdorf.  
 Spann, Professor Dr. Othmar, Wien.  
 Spiethoff, Professor Dr. A., Bonn.  
 Stein, Professor Dr. Philipp, Frankfurt a. M.  
 Stieda, Geh. Hofrat Professor Dr., Leipzig.  
 Stolper, Dr. Gustav, Wien.  
 Struh, Senatspräsident des Reichsfinanzhofs Wirklicher Geh. Ober-Reg.-Rat, München.  
 Tönnies, Geh. Reg.-Rat Professor Dr. F., Eutin i. S.

Troeltsch, Geh. Reg.-Rat Professor Dr. W., Marburg a. Lahn.	Winnig, Reichskommissar für den Osten, Königsberg i. Pr.
von Tyszkä, Professor Dr., Hamburg.	Wirminghaus, Professor Dr. A., Köln a. Rh.
Umbreit, Chefredakteur Paul, Berlin.	Wissell, Reichsminister a. D. Aud., Berlin.
Vogelstein, Dr. Th., Berlin.	von Wittke, Staatsminister a. D. Dr. H., Ritter, Czjellenz, Wien.
Wagemann, Professor Dr. Ernst, Charlottenburg.	Wygodzinski, Professor Dr., Bonn a. Rh.
Weber, Professor Dr. Alfred, Heidelberg.	Zahn, Präsident Dr. F., München.
Wiedensfeld, Geh. Reg.-Rat Professor Dr., Berlin-Wilmersdorf.	Zimmermann, Professor Dr. W., Hamburg.
von Wiese, Prof. Dr. L., Köln a. Rh.	Zuckerlandl, Hofrat Professor Dr. R., Prag-Smichow.
von Wieser, Professor Dr. Freiherr, Wien.	von Zwiedineck, Professor Dr. D., Karlsruhe i. B.
Wilbrandt, Professor Dr. R., Tübingen.	

### 3. Übrige Mitglieder.

#### A. Persönliche Mitglieder.

Abler, Dr. F., Frankfurt a. M.	Beurle, Hörer der Rechte H., Linz a. d. Donau.
Abler, Professor Dr. S., Wien.	Biermann, Professor Dr. E., Greifswald.
Albrecht, Dr. Gerhard, Berlin-Lankwitz.	Bitter, Dr. W., Hamburg.
Allers, Privatdozent Dr. Rudolf, Wien.	Blank, Dr. D., München.
Arnold, Reg.-Rat Dr. Ph., Regensburg.	Bonn, Direktor Dr. P., Berlin.
Aischrott, Landger.-Direktor a. D. Geh. Justizrat, Berlin.	Borgius, Geschäftsführer des Handelsvertragsvereins Dr., Berlin.
Auer, Sekretär Ehrhardt, München.	Bosch, Robert, Stuttgart.
Baer, Buchhändler Edwin, Frankfurt a. M.	Bosenick, Konsul Dr. A., Charlottenburg.
Bahr, Dr. Eugen, Berlin.	Böttger, Schriftsteller Dr. H., Berlin-Steglitz.
Bahr, Bibliothekar, Hermann, Berlin.	Bräuer, Dozent an der Gehe-Stiftung Dr. R., Weißer Hirsch bei Dresden.
Bartsch, Dr. Helmut, Mannheim.	Brodnick, Professor Dr. Georg, Halle a. Saale.
von Beckerath, Privatdozent Dr. Erw., Leipzig.	Bruck, Professor Dr. W. F., Hain im Riesengebirge.
Benario, Redakteur L., Nürnberg.	Bunzel, Kaufmann Hugo, Triest.
Bendigen, Bankdirektor Dr. Fr., Hamburg.	Bunzel, Finanzrat Dr. Julius, Graz.
Bergson-Sonnenberg, Rechtsanwalt Dr. Egon, Wien.	Carbe, Rechtsanwalt Dr. Martin, Berlin-Wilmersdorf.
von Berlepsch, Staatsminister a. D. Dr. Frhr., Czjellenz, Seebach.	Cohen, Professor Dr. A., Pullach bei München.
Bernhard, Georg, Herausgeber des Plutus, Berlin.	
Beumer, Generalsekretär Dr. ing. W., Düsseldorf.	

- Conrad, Sefr. Stellv. an der Handels- und Gewerbekammer Dr. Otto, Wien.
- Dade, Professor Dr., Berlin.
- Darmstaedter-Helversen, Dr. Fritz, Berlin.
- von Degenfeld-Schonburg, Landrat Graf, Reichenbach in Schlesien.
- Deutsch, Affessor Dr. S., Berlin.
- Diensttag, Rechtsanwalt Dr. P., Berlin.
- Dietrich, Dr. jur. Albert, Kiel.
- Dorn, Professor Dr. Hanns, Berlin-Dahlem.
- Dreyfuß, Frau Martha, Frankfurt a. M.
- von Dungen, Regierungsrat Freiherr Dr., Wiesbaden.
- Dünkelberg, Geh. Reg.-Rat, Gumbinnen.
- Dyhrenfurth, Kommerzienrat Richard, Berlin.
- Eberstadt, Professor Dr. R., Berlin.
- Eisfeld, Dr. C., Berlin-Steglitz.
- Elbogen, Kommerzienrat R., Prag.
- Elfas, städtischer Rechtsrat Dr., Stuttgart.
- Elfas, Fräulein stud. rer. pol. Grete, Karlsruhe i. B.
- Engelbrecht, Hofbesitzer Dr. Th. S., Obendiech.
- Epstein, Fabrikant J. S., Frankfurt a. M.
- Ergang, Direktor des Statistischen Amtes Dr. C., Königsberg i. Pr.
- Ertheiler, Großhändler, Nürnberg.
- Eyck, Rechtsanwalt Dr. Erich, Berlin.
- Fauft, Buchhändler C., Heidelberg.
- Feig, Geh. Reg.-Rat Dr. J., Charlottenburg.
- Feiler, Redakteur A., Frankfurt a. M.
- Felber, Verlagsbuchhändler Emil, Berlin.
- Flechner, Generalsekretär Dr. Fr., Stettin.
- Fleck, Professor Dr. Anton, Kiel.
- Flügge, Senatspräsident Dr., Berlin.
- Frank, Dr. Frz., Frankfurt a. M.
- Frankenstein, Stadtrat L., Leipzig-Gohlis.
- Frenkel, Dr. Erich, Berlin-Dahlem.
- Freytag, Dr. C. T., Magdeburg.
- Friedenthal, Fräulein Marg., Berlin.
- Friedmann, Heinrich, Frankfurt a. M.
- Fries, Generalrat Dr. Heinr., Wien.
- Fuerst, Dr. med. M., Hamburg.
- Georgi, Justizrat Dr. Otto, Leipzig.
- Gerhardt, Dr. Hans, Zwickau i. Sa.
- Gerlach, Professor, Privatdozent an der Universität Kiel Dr. Kurt Albert, Kiel.
- Gerold & Co., Buchhandlung, Wien.
- Gerz, Syndikus der Handelskammer Dr., Koblenz.
- Goldschmidt, Dr. A., Berlin.
- Goldschmidt, Rechtsanwalt Dr. Conr., Leipzig.
- Goldschmidt, Direktor der Westdeutschen Bodenkreditanstalt Dr. R., Köln a. Rh.
- Gottlieb-Billroth, Sektionschef Dr. Otto, Wien.
- Grabenstedt, Dr., Berlin.
- Graek, Dr. Viktor, Wien.
- Graeker, Schriftsteller Dr. Rud., Berlin-Schöneberg.
- Grünfeld, Privatdozent Dr. C., Halle a. S.
- Guggenheimer, Dr. S., Nürnberg.
- Günther, Privatdozent Dr. C., Dresden.
- Gutmann, Professor Dr. Franz, Lüdingen.
- Haefner, Gerhard, Berlin.
- Haefner, Johannes, Berlin.
- Hahn, Dr. Albert, Berlin-Wilmersdorf.
- Hahn, Gerichtsassessor Karl, Bochum.
- Haller-Hallerstein, Staatsrat Dr. Sigmund, München.
- Hamburger, Dr. ph. M., Landeshut in Schlesien.
- Hammer Schlag, Direktor der Oesterreichischen Kreditanstalt für Handel und Gewerbe Dr. Paul, Wien.
- Hammer Schmidt, Dr. W., Düsseldorf.
- Hansen, Geh. Reg.-Rat Professor Dr., Königsberg i. Pr.
- Hasselberger, Regierungsassessor Dr. J., München.

- Hasenkamp, Professor Dr., Zoppot.  
 von Heck, Professor Dr. Ph., Tübingen.  
 Heimann, Dr. Eduard, Berlin-Grunewald.  
 Heimann, Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter, Berlin.  
 Heiß, Dr. Cl., Berlin-Mariendorf.  
 Helander, Dozent und Leiter der Handelshochschulcourse Sven, Gothenburg in Schweden.  
 Helfferich, Staatsminister a. D. Dr. R., Czjellenz, Berlin.  
 Heraeus, Dr. W., Hanau.  
 Herzfelder, Direktor Dr. C., Berlin.  
 Heurich, Geh. Kommerzienrat C. F., Frankfurt a. M.  
 Heyman, Hugo, Berlin-Grunewald.  
 Hierl, Mich., Schwabach.  
 Hinsberg, Justizrat Dr., Barmen.  
 Hirsch, Amtsgerichtsrat Dr. jur. R., Frankfurt a. M.  
 Hirsch, Diplom-Ingenieur M., Frankfurt a. M.  
 Hirsch, Ministerpräsident Paul, Charlottenburg.  
 Hirschfeld, Dr. P., Berlin.  
 Hirschmann, Zeitungsverleger Dr. H., Wien.  
 Hoffmann, Professor Dr. Friedrich, Kiel.  
 Höfle, Dr., Technikerverband, Berlin.  
 Hohn, Dr. W., M.-Gladbach.  
 von Holzkendorff, Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, Berlin.  
 Homburger, Dr. Paul, Karlsruhe i. B.  
 Homburger, Dr. Viktor, Karlsruhe i. B.  
 Huber, Dr. Paul, Berlin.  
 Hübener, Volkswirtschaftlicher Syndikus der Ältesten der Kaufmannschaft Dr. Erhard, Berlin-Halensee.  
 Jaehner, Reg.-Rat Dr., Schleswig.  
 Seidels, Direktor der Berliner Handelsgesellschaft Dr. D., Berlin.  
 Jenny, Dr. C., Berlin.  
 Jöhlinger, Dr. Otto, Berlin.  
 Kähler, Professor Dr., Greifswald.  
 Kammerlander, Dr. Franz, Wien.  
 Kantorowicz, Fabrikdirektor Dr. Fr., Posen.  
 Kaufmann, Heinrich, Hamburg.  
 Kaulla, Professor Dr. R., Stuttgart.  
 Keck, Dr. R., Berlin.  
 Keibel, Syndikus der Handelskammer Dr. R., Bochum.  
 Keller, Dr. phil. Karl, Berlin-Lankwiz.  
 Kopecki, Geh. Kommerzienrat W., Berlin.  
 Köppe, Professor Dr. H., Marburg a. d. Lahn.  
 von Krasny, Sektionschef Professor Dr. A., Wien.  
 Kriegel, Stadtrat a. D. Dr. F., Berlin-Schöneberg.  
 Kriener, Postrat Dr., Augsburg.  
 Krueger, Hauptgeschäftsführer des Deutsch. volksw. Verbandes Professor Dr. H. C., Berlin-Wilmersdorf.  
 Kumpel, Rechtsanwalt, Hamburg.  
 Kumpmann, Professor Dr. R., Düsseldorf-Oberassel.  
 Kuzer, Oberbürgermeister Dr. Th., Mannheim.  
 Landauer, Dr. Edgar, Berlin.  
 Landmann, Stadtrat Dr., Frankfurt a. M.  
 Langer, Rechtsanwalt Dr. Josef, Wien.  
 Lahusen, Geh. Kommerzienrat Carl, Delmenhorst.  
 Lanz, Fabrikant H., Mannheim.  
 Leitner, Professor Dr., Berlin.  
 Lenz, Professor Dr. Friedrich, Braunschweig.  
 Levy, Dr. A., Berlin.  
 Levy, Professor Dr. H., Heidelberg.  
 Lindemann, Minister Dr. H., Stuttgart-Degerloch.  
 Loewe, Rechtsanwalt Dr. J., Berlin.  
 Loewenfeld, Rechtsanwalt Dr. Philipp, München.  
 Loewy, Bankier Georg Hermann, Breslau.  
 Lotmar, Professor Dr. Ph., Bern (Schweiz).  
 Lüders, Dr. jur., Charlottenburg.  
 Ludewig, Oberingenieur Hans, Berlin-Pankow.  
 Lueken, Oberbürgermstr. Dr. Rüstingen.



- von Lumm, Geh. Oberfinanzrat Dr., Berlin.
- Magnus, Ingenieur H., Wandsbeck.
- von Mammen, Professor Dr. Franz, Brandstein.
- Manes, Generalsekretär Professor Dr. A., Berlin.
- Mann, Privatdozent Dr. F. R., Kiel.
- Mannstaedt, Professor Dr. F., Bonn a. Rh.
- Markwald, Dr. C. W., Berlin=Wilmerdsdorf.
- May, R. C., Hamburg.
- von Mayr, Unterstaatssekretär z. D. Professor Dr. Georg, Erzellenz, Tübing.
- Meiner, Buchhändler Dr. Felix, Leipzig.
- Meister, Handelskammersyndikus Dr. R., Gera (Reuß).
- Merton, Rittmeister Walter, Berlin=Grünemald.
- Mitschlich, Professor Dr. W., Breslau.
- Moll, Geh. Finanzrat Dr. C., Berlin.
- Moll, Professor Dr. Bruno, Kiel.
- Mollwo, Professor Dr. C., Berlin.
- Morgenstern, Kommerzienrat Dr. F., Fürth i. B.
- Nasse, Geh. Reg.-Rat Landrat, Hufum.
- Nasse, Generaldirektor Dr., Schädlich.
- Neißer, Frau Justizrat, Breslau.
- Neumann, Kaufmann Leopold, Karlsruhe i. B.
- Noack, Archivar der Handelshochschule Dr. Frithjof, München.
- Obst, Professor Dr. Georg, Dresden.
- Oppenheim, Frau, Berlin.
- von Oppenheimer, Ministerialrat Frhr., Wien.
- Pachnide, Mitglied der deutschen Nationalversammlung Dr., Berlin.
- Passow, Professor Dr. R., Kiel.
- Pfizner, Privatdozent Dr., Berlin.
- Pichler, Dr., Graz.
- Pietrkowski, Fabrikdirektor Dr. C., Posen.
- Plenge, Professor Dr. J., Münster.
- Prager, Gertrud, Berlin.
- Prager, Rechtsanwalt Dr. M., München.
- Prager, Werner, Berlin.
- Preuß, Reichsminister a. D. Dr. F., Berlin.
- Pribram, Professor Dr. R., Wien.
- Prion, Professor Dr. Wilhelm, Berlin=Grünemald.
- von Prißbuer, F., Berlin=Siemensstadt.
- Raunig, Sekretär des Industrie-Klubs G., Wien.
- Redlich, Dr. Harry, Wien.
- von Reibnitz, Staatsminister Vorsitzender des Staatsministeriums Mitglied des Reichsrats Dr. jur. Dr. phil. Freiherr, Neustrelitz.
- Reichensperger, Geh. Oberjustizrat Landgerichtspräsident a. D. Dr. C., Koblenz.
- Robinson, Redakteur M., Graz.
- Roghé, Syndikus Dr., Berlin=Lichterfelde.
- Rohrbeck, Dr. W., Köln-Lindenthal.
- Roscher, Wirklicher Geh. Rat Ministerialdirektor, Erzellenz, Loshwitz.
- Rosenbaum, Dr. Eduard, Altona=Ottensen.
- Rosenstock, Fräulein Lotte F., Leipzig.
- Rosenthal, Geh. Justizrat Professor Dr. C., Jena.
- Rosin, Geh. Rat Professor Dr., Freiburg i. B.
- Saenger, Präsident des Preuß. Statist. Landesamts Geh. Oberregierungsrat Dr., Berlin-Dahlem.
- Salin, Dr. Edgar, Heidelberg.
- Salz, Professor Dr. Arthur, München.
- Salzer, Direktor d. Bayer. Lloyd, Schiffahrts-A.-G. R.; Regensburg.
- Sandhagen, A., Frankfurt a. M.
- Sandoß, Carl, Berlin=Pankow.
- Schacht, Direktor Dr., Berlin.
- Schanz, Kaufmann Mor., Chemnitz.

- von Scheller=Steinwark, Dr., Berlin.  
 Schenk von Stauffenberg, Freiherr Franz, Rittissen bei Ulm.  
 Schmidmer, Georg, Nürnberg.  
 Schmidt, Regierungsreferendar Gerh., Kassel.  
 Schmidt=Ramsin, Dr. jur. Kurt Franz, Magdeburg.  
 Schmitt, Geh. Rat Ministerialdirektor Dr., Dresden.  
 Schubert, Dr. Emmerich, Weißer Hirsch b. Dresden.  
 von Schulze=Reichenbach, Professor Dr. Ed. D., St. Gallen (Schweiz).  
 Schwarz, Parlamentsstenograph Bernhard, München.  
 Schwiger, Dr. E. L., Wien.  
 Siebe, Direktor d. Bayer. Lloyd=Schiff=fahrts=V. G. F., Regensburg.  
 Silberberg, Generaldirektor Dr. P., Köln a. Rh.  
 Simon, Fräulein Helene, Berlin.  
 Singheimer, Rechtsanwalt Dr. H., Frankfurt a. M.  
 Soetbeer, Generalsekretär Dr. H., Berlin.  
 Sokal, Vizedirektor des Wiener Giro=und Kassenvereins Dr. Rag, Wien.  
 Sommerlad, Professor Dr. Theo, Halle a. S.  
 Sondheim, M., Frankfurt a. M.  
 Spängler, Ingenieur, Direktor der Straßenbahn L., Wien.  
 von Spitzmüller, Wirklicher Geh. Rat Minister a. D. Freiherr Dr. Alexander, Graz, Wien.  
 von Sprung, Rechtsanwalt Dr. F., Wien.  
 Steinbeis, Dr. Ferd., Bad Aibling.  
 Steinborn, Stadtrat, Fabrikbesitzer M., Berlin=Wilmerdsdorf.  
 Steiner, Dr., Wien.  
 Steiniß, Justizrat Dr. K., Breslau.  
 Stephinger, Professor Dr., Tübingen.  
 Stern, Rechtsanwalt Dr. B., Würzburg.  
 Stern, Direktor J., Berlin.  
 Stinnes, Dr. H., Köln=Lindenthal.  
 von Strafosch, Dr. S., Großindustrieller, Wien.  
 von Ströhl, Geheimrat Bankdirektor Dr. M., München.  
 Strube, Dr. A., Bremen.  
 Stubmann, Geschäftsführer d. Hamb. Reeder Dr. P., Hamburg.  
 Südekum, Preuß. Finanzminister Dr. A., Berlin=Zehlendorf.  
 Supf, Dr. Willy, Berlin=Wilmerdsdorf.  
 Teleky, Dr. L., Wien.  
 Thal, Regierungsaffessor Dr., Berlin.  
 Thieß, Professor Dr., Köln a. Rh.  
 Trimborn, Staatssekretär a. D. Geh. Justizrat Dr. K., Unfel (Rhein).  
 Troeltsch, Dr. Hermann, Mannheim.  
 Troyer, Rechtsanwalt Dr. Otto, Salzburg.  
 Uhlfelder, Rechtsanwalt Dr. W., Nürnberg.  
 Voerster, Buchhändler A., Leipzig.  
 Walz, Oberbürgermeister Professor Dr., Heidelberg.  
 Wegener, Landesökonomierat Dr. L., Posen.  
 Weidinger, Kommerzienrat, Regensburg.  
 Weil, cand. rer. pol., Tübingen.  
 Weiß von Wellenstein, Generalsekretär Dr. Gustav, Wien.  
 Winkler, Landrat, Salsitz.  
 Wöhler, Syndikus Dr. Otto, Berlin.  
 Wolff, Professor Dr. Helmuth, Halle a. S.  
 Zeiler, Erster Staatsanwalt Alois, Zweibrücken.  
 Zeiß, Opt. Werkstätte, Jena.  
 Zielenziger, Kommerzienrat Alfred, Charlottenburg.  
 Zielenziger, Dr. rer. pol. Kurt, Berlin=Schöneberg.  
 von Bizak, Professor Dr., Frankfurt a. M.  
 Zung, Dr. J., Berlin.

**B. Körperchaftliche Mitglieder.**

- Aachen**, Bibliothek der technischen Hochschule.  
— Oberbürgermeister.  
— Volkswirtschaftliches Institut der technischen Hochschule.
- Amsterdam**, Centraal Bureau voor sociale Adviezen.
- Aischaffenburg**, Zentralverband christlicher Fabrik- u. Transportarbeiter Deutschlands.
- Augsburg**, Handelskammer.
- Baden-Baden**, Stadtgemeinde.
- Barmen**, Handelskammer für den Wuppertaler Industriebezirk.
- Basel**, Statistisches Amt des Kantons.  
— Statistische volkswirtschaftliche Gesellschaft.
- Berlin**, Archiv der Preussischen Zentralbodenkredit A.-G., Berlin.  
— Bibliothek des Abgeordnetenhauses.  
— Bibliothek des Reichstages.  
— Bund der Landwirte.  
— Bund der technischen Angestellten und Beamten.  
— Bücherei des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten.  
— Deutscher Versicherungs-Schutzverband, e. V.  
— Generalkommission der Gewerkschaften.  
— Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften, e. V.  
— Gewerbeverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter.  
— Handelshochschule.  
— Handelskammer.  
— Korporation der Kaufmannschaft.  
— Landesökonomikollegium.  
— Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg.  
— Magistrat (Statistisches Amt).  
— Reichsverkehrsamts.  
— Staatswissenschaftlich-statistisches Seminar der Universität.  
— Universitätsbibliothek.
- Berlin**, Verband deutscher Arbeitsnachweise.  
— Verband deutscher Gewerbevereine (Hirsch-Duncker).  
— Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, e. V.  
— Vereinigte Königs- und Laurahütte, A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb.  
— Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie.  
— Volkswirtschaftliches Seminar der Handelshochschule.
- Bingen a. Rh.**, Hessische Handelskammer.  
— Magistrat.
- Bochum**, Allgemeiner Knappschaftsverein.  
— Handelskammer.
- Bonn**, Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz.  
— Staatswissenschaftliches Seminar der Universität.  
— Universitätsbibliothek.
- Bonn - Poppelsdorf**, Landwirtschaftliche Akademie.
- Brandenburg a. H.**, Handelskammer.
- Bremen**, Gewerbeamt.  
— Handelskammer.
- Breslau**, Handelskammer.  
— Städtisches Statistisches Amt.  
— Technische Hochschule.  
— Universitätsbibliothek.
- Bromberg**, Handelskammer.
- Brünn**, Stadtgemeinde.
- Charlottenburg**, Allgemeiner Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, e. V.  
— Magistrat.  
— Technische Hochschule.
- Chemnitz**, Statistisches Amt.
- Dahlem**, Zentralauschuß für innere Mission.
- Danzig**, Bibliothek der Technischen Hochschule.
- Darmstadt**, Finanzministerium.

**Darmstadt, Handelskammer.**

- Hessische Hof- und Landesbibliothek.
- Hessische Landeshypothekenbank A.-G.
- Hessische Landesversicherungsanstalt.

**Deffau, Handelskammer für Anhalt.**

- Magistrat.

**Dortmund, Statistisches Amt.****Dresden, Bücherei des Ministeriums des Innern.**

- Gehe-Stiftung.
- Landesstelle für Gemeinwirtschaft Sachsen.
- Städtisches Statistisches Amt.
- Ständische Bibliothek.
- Statistisches Landesamt.
- Technische Hochschule.
- Verein Deutscher Wollkämmer und Kammgarnspinner.
- Volkswirtschaftliches Seminar der Technischen Hochschule.

**Duisburg, Verein zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen.****Duisburg-Ruhrort, Handelskammer.****Düsseldorf, Deutscher Werkmeisterverband.**

- Handelskammer.
- Landesversicherungsanstalt.
- Landes- und Stadtbibliothek.
- Rheinische Provinzialverwaltung.
- Rheinischer Verein für Kleinwohnungs-wesen.
- Zentralverband Christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

**Eisenach, Magistrat.****Elberfeld, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner.**

- Magistrat.

**Essen, Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands.**

- Handelskammer.
- Stadtgemeinde (Wohlfahrtsamt).
- Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund.

**Frankfurt a. M., Handelskammer.**

- Institut für Gemeinwohl.
- Stadtbibliothek.
- Schriften 150. — Verhandlungen.

**Frankfurt a. M., Universität.****Frankfurt a. D., Handwerkskammer.****Freiberg i. Sa., Stadtrat.****Freiburg i. B., Magistrat.**

- Volkswirtschaftliches Seminar der Universität.

**Freiburg (Schweiz), Volkswirtschaftliches Seminar.****Friedrichsfeld i. Bd., Deutsche Steingewerfabrik.****M.-Gladbach, Katholischer Volksverein.****Wittenberg (Schweden), Stadtbibliothek.****Göttingen, Universitätsbibliothek.**

- Staatswissenschaftliches Seminar.

**Graz, Handels- und Gewerbekammer.**

- Statistisches Landesamt für Steiermark.
- Universitätsbibliothek.

**Greifswald, Staatswissenschaftliches Seminar.**

- Universitätsbibliothek.

**Hagen, Magistrat.****Halle a. S., Handelskammer.**

- Statistisches Amt der Stadt.
- Staatswissenschaftliches Seminar der Universität.

**Hamburg, Gewerbekammer.**

- Großverkaufsgesellschaft der Konsumvereine.
- Hamburg-Amerika-Linie.
- Ortskrankenkasse für das Bekleidungs-gewerbe.
- Seminar für Nationalökonomie.
- Statistisches Landesamt.
- Verein für Handelskommiss von 1858.

**Hannau, Handelskammer.****Hannover, Landesdirektorium.**

- Magistrat.

**Heidelberg, Handelskammer.**

- Magistrat.
- Universitätsbibliothek.
- Volkswirtschaftliches Seminar der Universität.

**Herne, Stadtgemeinde.****Innsbruck, Universitätsbibliothek.**

**Jena, Magistrat.**

- Staatswissenschaftliches Seminar der Universität.

**Karlsruhe i. Bd., Bibliothek des Landes-**  
**gewerbeamts.**

- Bibliothek der Technischen Hochschule.
- Gewerbeaufsichtsamt.
- Ministerium des Innern.
- Stadtrat.
- Statistisches Landesamt.

**Kassel, Handelskammer.**

- Murhardtsche Stadtbibliothek.

**Kiel, Institut für Seeverkehr und Welt-**  
**wirtschaft.**

- Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein.
- Magistrat.
- Staatswissenschaftliches Seminar der Universität.

**Köln a. Rh., Generalsekretariat des Ge-**  
**samtverbandes der christlichen Gewerk-**  
**schaften Deutschlands.**

- Internationaler Hotelbesitzerverein.
- Magistrat.
- Rheinisch-Westfälisches Wirtschafts-
- archiv.
- Universität.
- Verein für die Interessen der rheinischen Braunkohlenindustrie.

**Königsberg i. Pr., Institut für ostdeutsche**  
**Wirtschaft.**

- Magistrat.
- Staatswissenschaftliches Seminar der Universität.
- Universitätsbibliothek.

**Kraflau, Handels- und Gewerkekammer.****Krefeld, Handelskammer.****Leipzig, Armenamt.**

- Handelskammer.
- Reichsgerichtsbibliothek.
- Stadtrat.
- Statistisches Amt.
- Universitätsbibliothek.
- Verband deutscher Handlungsgehilfen.

**Leipzig, Vereinigte staatswissenschaftliche**  
**Seminare.**

- Volkswirtschaftliches Seminar.

**Linz a. D., Stadtgemeinde.****Lübeck, Handelskammer.**

- Statistisches Amt der freien und Hanse-
- stadt.

**Ludwigshafen, Badische Anilin- und**  
**Sodafabrik.**

- Handelskammer.
- Magistrat.

**Magdeburg, Deutscher Privatbeamten-**  
**verein.**

- Handelskammer.
- Magistrat.

**Mainz, Bürgermeisterei.**

- Handelskammer.
- Mittelrheinischer Fabrikantenverein.

**Mannheim, Bibliothek der Handelshoch-**  
**schule.**

- Handelskammer.
- Rheinische Hypothekenbank.
- Stadtgemeinde.
- Verein chemischer Fabriken.
- Vereinigte Spediteure und Schiffer (Rheinschiffahrts-Ges. m. b. H.).
- Volkswirtschaftliches Seminar der Handelshochschule.

**Marburg i. H., Staatswissenschaftliches**  
**Seminar der Universität.****Meißen, Stadtrat.****München, Bayerische Handelsbank.**

- Handelshochschule.
- Institut für soziale Arbeit.
- Landessekretariat des Volksvereins.
- Ministerium für Soziale Fürsorge.
- Neueste Nachrichten.
- Stadtbibliothek.
- Statistisches Amt der Stadt.
- Statistisches Landesamt.

- Staatswissenschaftliches Seminar der Universität.

**Münster i. W., Generalkommission.**

- Handelskammer.
- Seminar für Volkswirtschaft und Ver-
- waltung.

- Neufölln**, Magistrat.  
**Nürnberg**, Fränkische Tagespost.  
 — Sozialdemokratischer Verein.  
 — Verband bayerischer Metallindustrieller.  
 — Zentralverband der Schuhmacher.
- Oldenburg**, Statistisches Landesamt.  
**Oppeln**, Regierungsbibliothek.  
**Osnabrück**, Regierung.
- Pilsen**, Handels- und Gewerbekammer.  
**Pirna**, Stadtrat.  
**Plauen i. B.**, Handelskammer.
- Stettin**, Korporation der Kaufmannschaft.  
 — Stadtbibliothek.  
**Stralsund**, Regierung.  
**Stuttgart**, Städtische Bibliotheksverwaltung.  
 — Statistisches Landesamt.
- Tetschen-Liebwerd**, Landwirtschaftliche Akademie.  
**Troppau**, Statistisches Landesamt für Schlesien.
- Tübingen**, Staatswissenschaftliches Seminar.  
 — Universitätsbibliothek.
- Weimar**, Bibliothek.  
 — Verband thüringischer Industrieller.
- Wesel**, Handelskammer.
- Wien**, Deutschösterreichisches Staatsamt für Justiz.  
 — Gewerbeförderungsamt.  
 — Gremium der Kaufmannschaft.  
 — Handels- und Gewerbekammer.  
 — Neues Wiener Tagblatt.  
 — Osterreich-Ungarische Bank.  
 — Osterreichische Industrie-u. Handelsbank.  
 — Osterreich-Ungarischer Verband der Fabrikanten gebogener Holzarbeiten.  
 — Statistische Zentralkommission.  
 — Zentralstelle des katholischen Volksbundes.
- Wiesbaden**, Nassauische Landesbibliothek.  
**Wilmerdsdorf**, Magistrat.  
**Worms**, Großherzogliches Kreisamt.
- Zittau**, Handelskammer.  
**Zürich**, Kantonsbibliothek.  
 — Statistisches Amt der Stadt.

# Satzungen

des

## Vereins für Sozialpolitik.

Festgestellt zu Eisenach am 3. Oktober 1873.

Abgeändert in Bremen am 25. Oktober 1876.

„ „ Frankfurt a. M. am 29. Dezember 1881.

„ „ Berlin am 20. März 1893.

„ „ Regensburg am 16. September 1919.

- § 1. Die Leitung des Vereins liegt einem ständigen Ausschusse ob.
- § 2. Der ständige Ausschuß besteht aus 24 Mitgliedern. Auf jeder Vereinsversammlung scheidet ein Drittel nach dem Alter der Wahl oder durch das Los aus. Die Wiederwahl ist zulässig.
- § 3. Die Wahl der Ausschußmitglieder erfolgt während der Versammlung durch Stimmzettel, die von den in der Versammlung anwesenden Vereinsmitgliedern einer dazu vom Vorsitzenden zu bezeichnenden Wahlkommission übergeben werden.
- § 4. Der Ausschuß ist befugt, sich durch Zuwahl weiterer Mitglieder zu ergänzen, deren Mitgliedschaft bis zur nächsten Vereinsversammlung dauert.
- § 5. Der Ausschuß erwählt seinen Vorsitzenden, seinen Schriftführer (Generalsekretär) sowie deren Vertreter und einen Schatzmeister. Die Verwalter dieser Ämter bilden den Vorstand des Vereins. Der Schatzmeister hat jährlich einen Kassenabluß vorzulegen. Die Kasse und die Rechnungslegung sind durch Ausschußmitglieder zu prüfen.
- § 6. Der Ausschuß hat seinen Sitz am Wohnorte des Vorsitzenden.
- § 7. Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Ausschusses ist die Einladung aller Mitglieder erforderlich.
- § 8. Der Ausschuß hat für die Ausführung der von der Vereinsversammlung gefaßten Beschlüsse zu sorgen, nach eigenem Ermessen den Druck der Protokolle und Vorlagen zu veranlassen, die Verteilung der Drucksachen an die Mitglieder zu bewirken und die Akten und Schriftstücke des Vereins zu bewahren.
- § 9. Der Ausschuß bestimmt Zeit und Ort der nächsten Vereinsversammlung, trifft die Vorbereitungen dafür, erläßt die Einladungen, stellt die Tagesordnung auf, bestimmt die zur Verhandlung kommenden Fragen und bereitet die Verhandlung durch Ernennung von Berichterstattern und, soweit möglich, durch gedruckte Berichte, Gutachten oder Vorschläge vor.
- § 10. Die Vorsitzenden der Vereinsversammlung werden von den in der Versammlung anwesenden Vereinsmitgliedern durch Stimmenmehrheit erwählt.



- § 11. Nur eine vom Ausschuß berufene Versammlung hat die in §§ 3 und 10 gedachten Wahlbefugnisse.
- § 12. Eine Erklärung, mit der der Verein oder der Ausschuß vor die Öffentlichkeit treten soll, muß acht Tage vorher zur Abgabe eines etwaigen Einspruchs sämtlichen Ausschußmitgliedern zugestellt werden.
- § 13. Der Beitritt zum Verein erfolgt durch Einsendung des Jahresbeitrages und eine den Beitritt erklärende Mitteilung an den Schatzmeister. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Empfang der Mitgliedskarte. Diese berechtigt zur Teilnahme an den Verhandlungen und Abstimmungen.
- § 14. Die Vereinsversammlung wie der Ausschuß fassen nur über Vereinsangelegenheiten, nicht über Thesen wissenschaftlichen oder politischen Inhalts Beschluß. Bei allen Wahlen und Beschlüssen entscheidet, soweit nichts anderes bestimmt ist, einfache Mehrheit und im Falle der Stimmengleichheit das Los.
- § 15. Wird bei den Verhandlungen Schluß der Aussprache beantragt, so wird über diesen Antrag sofort abgestimmt. Mit Ausnahme des Antrags auf Schluß sind in den Vereinsversammlungen alle Anträge schriftlich zu stellen.
- § 16. Der Beitrag der persönlichen Vereinsmitglieder beträgt 20 Mk., der der körperschaftlichen Mitglieder 30 Mk. jährlich und ist innerhalb vier Wochen nach Beginn des neuen Vereinsjahres zu entrichten, widrigenfalls er durch Postauftrag eingezogen wird. Nimmt ein Mitglied den durch Postauftrag beschwerten Brief nicht an, so wird dies einer ausdrücklichen Austrittserklärung gleichgeachtet. Der Beitrag berechtigt zum Bezug der Schriften des Vereins. Eine einmalige Zahlung von 500 Mk. seitens persönlicher, von 1000 Mk. seitens körperschaftlicher Mitglieder erwirbt die dauernde Mitgliedschaft. Für die Teilnahme an der Vereinsversammlung kann ein besonderer Beitrag zur Bestreitung der örtlichen Kosten durch Beschluß des Ausschusses erhoben werden.
- § 17. Das Geschäftsjahr des Vereins läuft vom 1. April jedes Jahres bis zum 31. März des darauffolgenden.
- § 18. An den Verhandlungen nehmen nur die Mitglieder und als Zuhörer nur solche Personen teil, denen der Vorsitzende den Einlaß gestattet.
- § 19. Abänderungen der Satzungen oder der Geschäftsordnung können von der Vereinsversammlung durch einfache Stimmenmehrheit, jedoch nur auf schriftlichen, dem Vorsitzenden oder Schriftführer vier Wochen vor der Zusammentunft des Vereins übergebenen Antrag beschloffen werden. Der Antrag ist den Ausschußmitgliedern mindestens acht Tage vor der Versammlung bekanntzumachen.